

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Finanzbericht / KfW ; 2017

Provided in Cooperation with:

KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main

Reference: Finanzbericht / KfW ; 2017 (2018).

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/11159/3575>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://savearchive.zbw.eu/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.



Finanzbericht

2017

»»» Lebensbedingungen nachhaltig verbessern. Dafür übernehmen wir Verantwortung.

Die KfW ist eine der führenden Förderbanken der Welt. Mit ihrer jahrzehntelangen Erfahrung setzt sich die KfW im Auftrag des Bundes und der Länder dafür ein, die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen weltweit zu verbessern. Allein 2017 hat sie dafür ein Fördervolumen von 76,5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt. Davon flossen 43 % in Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz. Die KfW besitzt keine Filialen und verfügt nicht über Kundeneinlagen. Sie refinanziert ihr Fördergeschäft fast vollständig über die internationalen Kapitalmärkte. Im Jahr 2017 hat sie zu diesem Zweck 78,2 Mrd. EUR aufgenommen. In Deutschland ist die KfW Bankengruppe mit Standorten in Frankfurt am Main, Berlin, Bonn und Köln vertreten. Weltweit gehören rund 80 Büros und Repräsentanzen zu ihrem Netzwerk.

Kennzahlen des KfW-Konzerns

Fördervolumen

	2017	2016
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
	76,5	81,0

Erfolgskennzahlen

	2017	2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss (vor Förderaufwand)	2.579	2.802
Provisionsüberschuss (vor Förderaufwand)	316	280
Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand)	1.234	1.185
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand)	1.661	1.898
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-209	-150
Ergebnisse aus Hedge Accounting und Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	194	349
Ergebnisse aus Finanzanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	22	11
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderaufwand)	1.669	2.108
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-2	102
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderaufwand)	1.667	2.210
Förderaufwand	213	230
Ertragsteueraufwand	26	-21
Konzerngewinn	1.427	2.002
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	1.192	1.769
Cost-Income-Ratio (vor Förderaufwand) ¹⁾	42,6%	38,4%

¹⁾ Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand) in Relation zum bereinigten Ertrag. Der bereinigte Ertrag berechnet sich aus der Größe des Zins- und Provisionsüberschusses (jeweils vor Förderaufwand).

Bilanzkennzahlen

	31.12.2017	31.12.2016
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Bilanzsumme	472,3	507,0
Kreditvolumen	471,7	472,4
Geschäftsvolumen	572,2	609,2
Bilanzielles Eigenkapital	28,7	27,1
Bilanzielle Eigenkapitalquote	6,1 %	5,3 %

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen

	31.12.2017	31.12.2016
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Risikoposition	133,1	116,1
Kernkapital	27,3	25,9
Regulatorische Eigenmittel	27,3	25,9
Kernkapitalquote	20,6 %	22,3 %
Gesamtkapitalquote	20,6 %	22,3 %

Beschäftigte der KfW Bankengruppe¹⁾

	2017	2016
	6.113	5.944

¹⁾ Durchschnittlicher Personalbestand von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, einschließlich Aushilfen

Bank aus Verantwortung

Inhalt

Brief des Vorstands	5
Vorstand, Direktoren und Geschäftsführer der KfW Bankengruppe	16
Bericht des Verwaltungsrats	17
Mitglieder und Aufgaben des Verwaltungsrats	20
Corporate Governance Bericht	22
Konzernlagebericht	26
Grundlagen des KfW-Konzerns	28
Wirtschaftsbericht	33
Risikobericht	44
Prognose- und Chancenbericht	67
Erklärung zur Unternehmensführung	74
Nichtfinanzielle Konzernklärung	74
Konzernabschluss	75
Gesamtergebnisrechnung	78
Bilanz	80
Entwicklung des Eigenkapitals	81
Kapitalflussrechnung	85
Anhang	87
Bestätigungen	197
Erklärung des Vorstands	198
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	199



Brief des Vorstands

1950

Klima- und Umweltschutz sind noch weitestgehend unbekannt. Als erstes deutsches Förderinstitut finanziert die KfW aber bereits Maßnahmen im Bereich der kommunalen Abwasserbeseitigung und Gewässerreinhaltung.



2018

Heute unterstützt die KfW innovative Klima- und Umweltprojekte und gehört zu den größten Umweltbanken weltweit. Sie fördert die Energiewende und hilft Menschen in Entwicklungsländern, sich an die Folgen des Klimawandels anzupassen.





Wir müssen beim Klima- und Umweltschutz weiterdenken. Gut, dass die KfW hier seit Jahrzehnten aus einem großen Wissenspool schöpfen kann. >>>

KfW – Bank aus Verantwortung. Seit 70 Jahren.

Dr. Günther Bräunig

Nachhaltige Förderung – seit 70 Jahren

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Geschäftsbericht erscheint in einem ganz besonderen Jahr für die KfW. Vor 70 Jahren, am 18. November 1948, wurde die Kreditanstalt für Wiederaufbau gegründet, die erste öffentlich-rechtliche Bank nach dem Zweiten Weltkrieg, die mit Mitteln des Marshall-Plans den Wiederaufbau Deutschlands finanzieren sollte. Heute blicken wir mit Stolz auf unsere spannende und erfolgreiche Fördergeschichte zurück.

Ob beim Wiederaufbau der unzähligen im Krieg zerstörten Wohnungen und Häuser, beim Beginn der Entwicklungsfinanzierung Anfang der 1960er und der Mittelstandsförderung in den 1970ern, beim Aufbau Ost in den 1990ern, bei der Finanzierung der Energiewende seit 2012 oder dem Programm zur Bewältigung der Flüchtlingskrise 2015 – seit ihrer Gründung hat die KfW stets in die Zukunft gedacht und Menschen, Länder und Institutionen gefördert, die weiterdenken und uns alle weiterbringen. Damit sie dafür die notwendigen Mittel haben, hat die KfW in sieben Jahrzehnten mehr als 1 Bio. EUR als Darlehen vergeben.

Erfolgreiches Förderjahr 2017

Die Erfahrung, die die KfW in den 70 Jahren gesammelt hat, ist heute gefragt – in Deutschland und international. Das inspiriert und motiviert uns, uns als Bank aus Verantwortung für bessere Lebensbedingungen in Deutschland und weltweit einzusetzen.

Das Förderjahr 2017 war gut und erfolgreich. Für uns stehen unser Förderauftrag und die Förderwirkung im Mittelpunkt. Wenn das Finanzierungsumfeld und die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so gut sind wie derzeit, konzentrieren wir uns als Förderbank stärker auf Felder mit besonderer Zukunftsrelevanz, wie zum Beispiel Innovation, Digitalisierung und Energieeffizienz in Deutschland, sowie auf die nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse in den Partnerländern unserer Finanziellen Zusammenarbeit.



Nur wer weiterdenkt, Standards setzt und innovative Technologien fördert, eröffnet Perspektiven für die Wirtschaft, den Wohnungsbau und neue Lebensqualität. >>>

KfW – Bank aus Verantwortung. Seit 70 Jahren.

Dr. Ingrid Hengster

In Deutschland war das vergangene Jahr von einer starken Konjunktur und einem anhaltend guten Finanzierungsumfeld geprägt. Deshalb hat die KfW ihr Fördergeschäft planmäßig leicht zurückgefahren und ein Gesamtvolumen von 76,5 Mrd. EUR erzielt (2016: 81 Mrd. EUR). Ihre Förderung für gewerbliche, private und öffentliche Investoren in Deutschland reduzierte die KfW um etwa 6 % auf 51,8 Mrd. EUR.

Das internationale Geschäft erreichte ein Volumen von 23,5 Mrd. EUR (2016: 24,9 Mrd. EUR) und war geprägt von einem deutlichen Anstieg der Zusagen in der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf 8,2 Mrd. EUR (2016: 7,3 Mrd. EUR). Die Export- und Projektfinanzierung erzielte in einem wettbewerbsintensiven Umfeld ein Geschäftsvolumen von 13,8 Mrd. EUR (2016: 16,1 Mrd. EUR).

Wie in den Jahren zuvor hat die KfW auch 2017 ihre Fördertätigkeit an qualitativen Zielmarken orientiert, wie zum Beispiel der Unterstützung des Klima- und Umweltschutzes. So ist der Finanzierungsanteil von Vorhaben im Bereich „Green Finance“ von 31 % im Jahr 2010 auf inzwischen 43 % gestiegen. Auch am Kapitalmarkt misst die KfW der Nachhaltigkeit zunehmend Gewicht bei, beispielsweise durch ihr verstärktes Engagement im Green-Bond-Sektor oder die strengere Ausrichtung ihres nachhaltigen Investmentansatzes in ihrem Liquiditätsportfolio.

Ebenso bedeutend wie „Green Finance“ ist für die KfW die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen bei der Investitionsfinanzierung. Rund 52.000 Gründer und Mittelständler haben im Jahr 2017 von einer KfW-Förderung profitiert. Insgesamt lag die Quote der KfW-Finanzierungen mit Mittelstandsbezug im Jahr 2017 bei 44 % (2016: 41 %).

Das Geschäftsfeld Finanzmärkte hat im Jahr 2017 durch Investitionen in Verbriefungstransaktionen und in Green Bonds insgesamt 1,5 Mrd. EUR (2016: 1,3 Mrd. EUR) zur Förderung des Mittelstands und zu Finanzierungen im Klima- und Umweltschutz beigetragen. Mittels ihres Green-Bond-Portfolios hat die KfW 2017 den Klimaschutz unterstützt und grüne Anleihen im Volumen von rund 350 Mio. EUR gekauft. Dabei bewirkt jedes Investment von 1 Mio. EUR eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen um 800 Tonnen.

1949

Angesichts der Wohnungsnot im Nachkriegsdeutschland hat der Wohnungsbau oberste Priorität. Bereits 1949 beginnt daher die KfW mit der Vergabe günstiger Finanzierungsmittel für den Wohnungsbau. 1950 wird in Westdeutschland jede zehnte Wohnung mit Mitteln der KfW finanziert.



2018

Bis heute setzt die KfW eigene Standards für den Wohnungsbau, bei denen die energetische und barrierefreie Sanierung sowie der Neubau von Energiesparhäusern im Vordergrund stehen. Besonders innovative Konzepte werden alljährlich mit dem KfW Award ausgezeichnet.



1982

Die Versorgung mit Energie bildet seit den Anfängen der „Kapitalhilfe an Entwicklungsländer“ einen Schwerpunkt der Arbeit der KfW. In den 1980er Jahren richtet die KfW ihre Arbeitsmethoden verstärkt darauf aus, eine nachhaltige und wirksame Armutsbekämpfung und Ressourcenschonung zu erreichen.



2018

Heute fördert die KfW weltweit moderne Energieversorgung als eine wesentliche Voraussetzung für Entwicklung. Eine zentrale Maßnahme für den Klimaschutz besteht darin, ihre Partnerländer dabei zu unterstützen, Energiesysteme nachhaltig auf- und umzubauen.





Wir fördern globales Weiterdenken und tragen so unseren Teil dazu bei, Herausforderungen wie Klimawandel und Armutsbekämpfung anzugehen – für Lebensqualität und Wohlstand. >>>

KfW – Bank aus Verantwortung. Seit 70 Jahren.

Prof. Dr. Joachim Nagel

Zudem engagiert sich die KfW stark in Projekten mit Flüchtlingsbezug. Der Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank betreut derzeit 117 laufende Vorhaben mit Flüchtlingsbezug in 28 Ländern und mit einem Gesamtvolumen über 3 Mrd. EUR. Insgesamt wurden 2017 entsprechende Neuzusagen in Höhe von 1,2 Mrd. EUR erteilt. Der regionale Schwerpunkt des Engagements liegt auf dem Nahen Osten.

Zur Refinanzierung ihres Fördergeschäfts nahm die KfW 2017 Mittel in Höhe von 78,2 Mrd. EUR an den internationalen Kapitalmärkten auf. Für das Jahr 2018 plant die KfW ein Refinanzierungsvolumen von 70 bis 75 Mrd. EUR.

Ergebnis des Geschäftsjahres 2017

Die Ertragslage zeigte sich im Geschäftsjahr 2017 weiterhin sehr zufriedenstellend. Der Konzerngewinn von 1,4 Mrd. EUR bleibt zwar erwartungsgemäß unter dem durch Sondereffekte begünstigten hohen Niveau des Vorjahres (2 Mrd. EUR), liegt damit aber weiterhin deutlich über dem nachhaltigen Ergebnispotenzial. Das Be-

triebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand) lag mit 1,7 Mrd. EUR unter dem Vorjahr (2016: 1,9 Mrd. EUR).

Das Bewertungsergebnis leistete einen positiven und über den Erwartungen liegenden Beitrag zum Konzerngewinn. Dieser Beitrag fällt aber per saldo geringer aus als im Vorjahr. Die Gründe hierfür sind zum einen die gestiegenen, aber weiterhin deutlich unter Plan liegenden Nettobelastungen aus der Kreditrisikoversorge. Zum anderen belasteten die negativen Wechselkursinduzierten Effekte im Beteiligungsportfolio das Bewertungsergebnis.

Der von der KfW im Geschäftsjahr 2017 zu Lasten der eigenen Ertragslage erbrachte Förderaufwand im Inlandsgeschäft liegt im anhaltenden Niedrigzinsumfeld mit 213 Mio. EUR (2016: 230 Mio. EUR) weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau.

Die Bilanzsumme des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2017 472,3 Mrd. EUR

und lag damit um 34,7 Mrd. EUR unter dem Vorjahreswert (2016: 507 Mrd. EUR). Zurückzuführen ist der Rückgang auf den um 24,9 Mrd. EUR gesunkenen Bilanzansatz der zu Sicherungszwecken eingesetzten Derivate und eine um 11,3 Mrd. EUR niedrigere Liquiditätshaltung (33,8 Mrd. EUR).

Ausblick 2018

70 Jahre Nachhaltigkeit

Die Ausrichtung auf Nachhaltigkeit war schon immer eines der wichtigsten Merkmale der KfW – im Geschäft, im Betrieb und als Arbeitgeberin. Bereits Ende der 1950er Jahre finanzierte die KfW die ersten Umweltschutzmaßnahmen, damals noch ein wenig geläufiges Thema. Heute ist die KfW national wie international eine der wichtigsten Akteurinnen der Umwelt- und vor allem der Klimafinanzierung: In den vergangenen zehn Jahren flossen rund 280 Mrd. EUR in diesen Schwerpunkt.



Digitalisierung und Regulatorik verändern unsere Bankenlandschaft nachhaltig und dürfen nicht im Widerspruch zueinander stehen. >>>

KfW – Bank aus Verantwortung. Seit 70 Jahren.

Bernd Loewen

Die KfW berücksichtigt bei ihren Finanzierungen höchste ökologische und soziale Maßstäbe, nicht zuletzt auch, um Impulse im Markt zu setzen. Die Stärkung der Position der KfW als nachhaltige Förderbank ist ein wichtiges Ziel für die kommenden Jahre. Die KfW bekennt sich zu ihrer Verantwortung für soziale Belange und die Umwelt und ist hier in intensivem Dialog mit ihren Stakeholdern.

Venture Capital

Die KfW wird ihre Aktivitäten im Bereich Beteiligungsfinanzierung in den kommenden Jahren substanziell ausbauen. Dazu wird sie 2018 eine eigene Tochtergesellschaft gründen. Dies geht auf eine gemeinsame Initiative des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi), des Bundesfinanzministeriums (BMF) und der KfW zurück. Die neue Beteiligungsgesellschaft wird künftig das Finanzierungsangebot der KfW im Bereich Venture Capital (VC) bündeln und erweitern.

Digitalisierung

Die Digitalisierung stellt für alle Banken eine Herausforderung dar – auch für die

KfW. Wir sehen die Unterstützung des Mittelstands beim digitalen Wandel als ein Kernthema. Außerdem wollen wir uns im Ausbau und in der Förderung der digitalen Infrastruktur weiter engagieren. Auch beim Ausbau der Blockchain-Technologie wollen wir Akzente setzen, sowohl im Funding-Bereich als auch insbesondere in der Finanziellen Zusammenarbeit, für die das Digital Office der KfW im vergangenen Jahr eigene Ansätze entwickelte. Pilotprojekte sind angelaufen. Außerdem setzt sich die KfW für den Ausbau ihrer digitalen Plattformen ein, etwa des Zuschussportals für private Bauherren oder zuletzt der Gründerplattform, auf der Gründungswillige Hilfestellungen für den gesamten Gründungsprozess erhalten.

Europa

Die Förderexpertise der KfW ist nicht nur in Deutschland, sondern europaweit gefragt. Die KfW engagiert sich dabei im Rahmen der EU-Investitionsoffensive und arbeitet eng mit der EIB-Gruppe und anderen nationalen Förderbanken in der EU zusammen. Daneben setzt die KfW europäische Fördermittel auch in der Entwick-

lungsfinanzierung um und unterstützt so mit ihren Partnern die ambitionierte Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens und die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Entwicklungsländern. Die weitere Stärkung dieser Zusammenarbeit, auch zwischen Deutschland und Frankreich, liegt uns am Herzen.

Entwicklungszusammenarbeit

Die globalen Herausforderungen wie Armutsbekämpfung, Klimaschutz und Flüchtlingskrisen wachsen – und damit die Aufgaben des Geschäftsbereichs KfW Entwicklungsbank, der im Auftrag der Bundesregierung Entwicklungsvorhaben weltweit finanziert. Aufgrund ihrer Förderungserfahrungen in Deutschland, regionaler Präsenz sowie ihrer Fachexpertise ist die KfW ein gefragter Partner auch für weiter entwickelte Länder und andere nationale Entwicklungsbanken. Wir gehen von einem weiteren Wachstum des Geschäftsbereichs KfW Entwicklungsbank aus.

1968

Die KfW lässt den Einsatz von EDV durch die Treuarbeit prüfen und entscheidet sich dann für die neue Technik. 1972 führt das Rechnungswesen die elektronische Datenverarbeitung ein.



2018

Die KfW betrachtet neue Technologien weiterhin als Chance: bei der Nutzung im eigenen Haus, bei der Innovationsförderung des deutschen Mittelstands und bei der Überwindung von weltweiten Entwicklungshemmnissen.



1990

Die Wiedervereinigung stellt Deutschland vor eine gewaltige Herausforderung. Finanzierungen der KfW dienen vor allem der Förderung kommunaler Infrastruktur, der Modernisierung von Wohnraum und dem Aufbau neuer Wirtschaftsstrukturen.



2018

In der Flüchtlingskrise sind vor allem Kommunen gefordert, Flüchtlinge aufzunehmen und erträgliche Lebensumstände zu schaffen – die KfW unterstützt in den Herkunfts- und Transitländern und in Deutschland.





Wir als KfW müssen weiterdenken. Nicht nur die Finanzindustrie befindet sich im Wandel, besonders gesellschaftliche Veränderungen machen den Förderauftrag der KfW wichtiger denn je. >>>

KfW – Bank aus Verantwortung. Seit 70 Jahren.

Dr. Stefan Peiß

Regulatorik/Aufsicht

Zur langfristigen Sicherung ihrer Förderleistung hat sich die KfW ein Modernisierungsprogramm auferlegt. Neben dem Digitalisierungskurs gehört dazu auch die Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben. Seit 2016 sind wesentliche bankaufsichtsrechtliche Normen des Kreditwesengesetzes (KWG) und der europäischen Capital Requirements Regulation (CRR) auf die KfW entsprechend anzuwenden. Zudem hat die KfW den Themenkomplex „Regulatorik“ in ihr Strategisches Zielsystem aufgenommen. Damit verfolgt die KfW einen ganzheitlichen Steuerungsansatz, um Auswirkungen aktueller und neuer regulatorischer Vorhaben umfassend identifizieren, bewerten und in der Bank kommunizieren zu können.

IT-Modernisierung

Die KfW begegnet den stets steigenden Sicherheits- und Regulierungsanforderungen für Banken mit einer umfassenden Modernisierung ihrer IT. Die einzelnen Elemente des IT-Modernisierungs-Programms werden unter anderem in Großprojekten abgearbeitet, die im Jahr 2017 weitere Fortschritte erzielt haben. Hierbei finden neu hinzukommende aufsichtsrechtliche Anforderungen oder Feststellungen eine entsprechende Berücksichtigung.

Die KfW zeigte auch 2017, dass sie als moderne, effiziente und kundenorientierte Förderbank eine wichtige Rolle für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft einnimmt.

Sie hat die nachhaltige Förderung zu ihrer Leitlinie bestimmt und trägt unter strikter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips dazu bei, die Herausforderungen unserer Zeit erfolgreich zu meistern. Als verlässlicher Partner übernimmt die KfW Verantwortung – in Deutschland, in Europa und weltweit. Diese Stärke verdankt sie vor allem auch ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, für deren Engagement und leidenschaftlichen Einsatz wir uns in diesem Jubiläumsjahr herzlich bedanken. Der 18. November 2018 ist vor allem ihr Festtag.

Dr. Günther Bräunig
(Vorstandsvorsitzender)

Dr. Ingrid Hengster

Bernd Loewen

Prof. Dr. Joachim Nagel

Dr. Stefan Peiß

Vorstand

Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender) (bis 31.12.2017) | **Dr. Günther Bräunig** (seit 01.01.2018 Vorstandsvorsitzender)
Dr. Ingrid Hengster | **Dr. Norbert Kloppenburg** (bis 31.10.2017) | **Prof. Dr. Joachim Nagel** (seit 01.11.2017)
Bernd Loewen | **Dr. Stefan Peiß**

Generalbevollmächtigter

Prof. Dr. Joachim Nagel (bis 31.10.2017)

Direktorinnen und Direktoren

Dr. Stefan Breuer

Jörg Brombach

Dr. Frank Czichowski

Andreas Fichelscher

Eberhard Fuchs (komm.) (bis 31.03.2018)

Dr. Lutz-Christian Funke

Helmut Gauges

Werner Genter

Dr. Karsten Hardraht

Detlev Kalischer

Dirk Kuhmann

Cherifa Larabi (bis 31.12.2017)

Dr. Katrin Leonhardt

Dr. Velibor Marjanovic

Andreas Müller

Klaus Neumann

Stephan Opitz

Dr. Ralf Prinzler

Wolfgang Reuß

Dr. Wolfgang Richter (seit 01.07.2017)

Matthias Schwenk

Roland Siller

Birgit Spors

Robert Szwedo

Klaus Weirich

Mitglieder der Geschäftsführung der KfW IPEX-Bank GmbH

Klaus R. Michalak (Vorsitzender) | **Christian K. Murach** (bis 16.03.2017)

Markus Scheer | **Claudia Schneider** (seit 17.03.2017) | **Andreas Ufer**

Die KfW IPEX-Bank verantwortet das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung. Seit Beginn des Jahres 2008 ist sie ein rechtlich selbstständiges Tochterunternehmen der KfW, das dem KWG und der Bankenaufsicht unterliegt.

Mitglieder der Geschäftsführung der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH

Bruno Wenn (Sprecher) | **Philipp Kreutz** | **Christiane Laibach**

Die 1962 gegründete DEG ist seit 2001 eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der KfW. Die DEG ist einer der größten europäischen Entwicklungsfinanzierer für langfristige Projekt- und Unternehmensfinanzierungen. Sie finanziert und strukturiert seit über 50 Jahren Investitionen privater Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Bericht des Verwaltungsrats



Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie

Sitzungen des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat mit seinen Ausschüssen hat die Geschäftsführung und die Vermögensverwaltung der KfW laufend überwacht. Die erforderlichen Beschlüsse über die Gewährung von Finanzierungen und die Durchführung sonstiger Geschäfte nach KfW-Gesetz und -Satzung wurden gefasst. Zu diesem Zweck tagten im Jahr 2017 der Verwaltungsrat und der Prüfungsausschuss jeweils dreimal, der Präsidial- und Nominierungsausschuss fünfmal, der Vergütungskontrollausschuss viermal sowie der Risiko- und Kreditausschuss siebenmal.

In den Sitzungen nahm der Verwaltungsrat die Informationen des Vorstands über

- den Jahres- und Konzernabschluss der KfW 2016,
- die Geschäftstätigkeit und aktuelle Entwicklungen in den einzelnen Geschäftsfeldern, inkl. KfW IPEX-Bank GmbH und DEG,
- die Vermögens-, Ertrags- und Risikolage des Konzerns im Allgemeinen und im Besonderen über sensitive Risikobereiche wie zum Beispiel das Schiffsportfolio sowie politische Risiken einschließlich etwaiger Auswirkungen des Austritts Großbritanniens aus der EU,
- die Bedeutung der Digitalisierung für die KfW und deren Aktivitäten, um die sich ergebenden Chancen zu nutzen,
- bankenaufsichtliche Themen der KfW, aktuelle Abstimmungen mit den Bankenaufsichtsbehörden, insbesondere zur Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen, abgeschlossene und laufende Prüfungen, die hieraus abgeleiteten Maßnahmen sowie mögliche Auswirkungen künftiger regulatorischer Veränderungen,
- den aktuellen Status des Großprojektportfolios, insbesondere zum Stand der Erneuerung der Finanzarchitektur (unter anderem Projekt „SAPFin“),
- die Modernisierung und Neuausrichtung der IT sowie die Verbesserungsmaßnahmen im Bereich des Zahlungsverkehrs vor dem Hintergrund der in diesen Bereichen zu Tage getretenen Defizite,
- die Geschäfts- und Risikostrategie, die IT-Konzernstrategie und die IT-Strategie der KfW für das Jahr 2018 zur Kenntnis.

Der Verwaltungsrat hat der Gründung einer Beteiligungsgesellschaft als Tochtergesellschaft zum Zweck verstärkter Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierungsaktivitäten zugestimmt. Die KfW soll mit dem Ausbau der inländischen Beteiligungsfinanzierung einen substanziellen Beitrag zur Verringerung der Angebotslücke in der Start-up- und Wachstumsphase bei Anschluss- und Wachstumsfinanzierungen unter Verwendung von Mitteln des ERP-Sondervermögens leisten.

Darüber hinaus hat sich der Verwaltungsrat auf der Grundlage der jeweiligen Berichterstattung des Vorstands zu den einzelnen Geschäftsfeldern mit folgenden inhaltlichen Schwerpunkten in seinen Sitzungen befasst:

- Bezüglich der Aktivitäten in der **Inlandsförderung** diskutierte der Verwaltungsrat über die Umorganisation des Förderbereichs und detailliert den Ausbau der Beteiligungsfinanzierung, das Engagement im Rahmen des Klima- und Umweltschutzes und der Energieeffizienz sowie die Weiterentwicklung der Innovationsförderung im Bereich der Digitalisierung.
- Mit Blick auf das Geschäftsfeld **Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer** beriet der Verwaltungsrat über Schwerpunktthemen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ), den geplanten Ausbau der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unter Nutzung zusätzlicher Haushaltsmittel des Bundes, die Krisen- und Flüchtlingshilfe, die Umsetzung der Afrika-Initiativen der Bundesregierung, die Initiativen im Rahmen des Klimaschutzes sowie über Geschäftsausrichtung und -ergebnisse der DEG.
- Hinsichtlich der KfW IPEX-Bank GmbH bzw. des Geschäftsfeldes **Export- und Projektfinanzierung** stand die Begleitung deutscher bzw. europäischer Investoren und Exporteure im Mittelpunkt. Weiterhin wurde über die künftige strategische Ausrichtung, die Kapitalausstattung und die Geschäftsergebnisse der KfW IPEX-Bank GmbH beraten.
- Der Verwaltungsrat wurde regelmäßig über die Entwicklung des Kapitalmarktes und den Stand der Refinanzierung der KfW informiert. Im immer stärker werdenden Green-Bond-Markt nimmt die KfW weiterhin eine führende Rolle ein und leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Marktsegmentes „Sustainable Finance“.
- Des Weiteren überwachte der Verwaltungsrat das Umwelt- und Nachhaltigkeitsengagement der KfW Bankengruppe.

Der Verwaltungsrat wurde in den Sitzungen sowie quartalsweise auch schriftlich über die Vermögens-, Ertrags- und Risikolage des Konzerns, die Fördergeschäftsentwicklung und die Tätigkeit der Internen Revision informiert. Der Verwaltungsratsvorsitz bzw. seine Vertretung wurde auch zwischen den Sitzungen vom Vorstand über wesentliche Entwicklungen der Bank informiert.

Der Verwaltungsrat diskutierte die Schwerpunkte der Geschäftsstrategie – insbesondere auf den Gebieten Klimawandel und Umwelt, Globalisierung, Innovation und Mittelstand – einschließlich der Aktivitäten der KfW in Europa. Die Planung für das Jahr 2018 wurde vom Verwaltungsrat genehmigt, die mehrjährige Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, die IT-Konzernstrategie und die IT-Strategie zur Kenntnis genommen.

Jedes Verwaltungsratsmitglied ist verpflichtet, vor der Beschlussfassung den Vorsitzenden des Verwaltungsrats bzw. des jeweiligen Ausschusses über mögliche Interessenkonflikte zu informieren. Infolgedessen gab es im Berichtsjahr im Risiko- und Kreditausschuss Fälle von Stimmenthaltungen oder Nichtmitwirkung an Beschlüssen.

Im Berichtsjahr haben zehn Verwaltungsratsmitglieder an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen. Im

Präsidial- und Nominierungsausschuss hat ein Mitglied an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Gleiches gilt für den Vergütungskontrollausschuss und den Prüfungsausschuss. Im Risiko- und Kreditausschuss haben zwei Mitglieder an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen.

Mitglieder des Verwaltungsrats nahmen im Laufe des Jahres 2017 an drei Schulungsveranstaltungen und drei Einzelschulungen zur Erlangung und zum Erhalt der Sachkundeerfordernisse gemäß Kreditwesengesetz (KWG) teil. Ferner wurde eine Schulung für Mitarbeiter von Verwaltungsratsmitgliedern durchgeführt.

Ausschüsse des Verwaltungsrats

Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss** beriet in Ausübung seiner satzungsgemäßen Aufgaben über Vorstandsangelegenheiten und sprach Empfehlungen an den Verwaltungsrat zur Bestellung bzw. Wiederbestellung von Herrn Prof. Dr. Joachim Nagel und Frau Dr. Ingrid Hengster sowie zur Bestimmung von Herrn Dr. Günther Bräunig zum Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bzw. zum Vorstandsvorsitzenden der KfW aus. Auch über die Entscheidung, künftig eine alleinige Zuständigkeit für die IT auf Vorstandsebene zu etablieren, wurde beraten. Des Weiteren wurde er zu bankenaufsichtlichen Themen und über die KfW Stiftung informiert. Über den Sachstand der Großprojekte und die Optimierung der Zahlungsverkehrssysteme der KfW wurde mit dem Vorstand diskutiert. Der Ausschuss sprach eine Empfehlung an den Verwaltungsrat zur Gründung einer Tochtergesellschaft zum Zweck verstärkter Wagniskapital- und Beteiligungsfinanzierungsaktivitäten aus. Er führte die Evaluierung der Organe der KfW durch und formulierte entsprechende Empfehlungen an den Verwaltungsrat. Zudem wurde er über Rechtsstreitigkeiten und Bauvorhaben informiert.

Der **Risiko- und Kreditausschuss** behandelte die nach KfW-Gesetz und -Satzung vorlagepflichtigen Kreditengagements und Beteiligungen, Organkredite, den Rahmen für die zur Refinanzierung der KfW erforderlichen Mittelaufnahmen sowie die für deren Absicherung notwendigen Swapgeschäfte und befasste sich mit der Risikolage und der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Ferner wurde unter anderem auf das Exposure der KfW in einzelnen Ländern und Regionen, die Entwicklung und Bewertung politischer Risiken inkl. des Austritts Großbritanniens aus der EU, die ODA-Anrechnungssystematik, die Neuauftellung der Beteiligungsfinanzierung, die möglichen Auswirkungen aktuell diskutierter regulatorischer Vorhaben sowie das Risikoprofil des Geschäftsfeldes der Export- und Projektfinanzierung eingegangen. Auch über die Ergebnisse von Prüfungen der Bundesbank und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen und Projekte, die Gespräche mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die regulatorischen Kapitalanforderungen an die KfW wurde berichtet und diskutiert. Schließlich befasste sich der Ausschuss mit den ersten risikorelevanten Ergebnissen der Jahresabschlussprüfung 2017 sowie der Risikostrategie einschließlich der Kapitalplanung für die kommenden Geschäftsjahre.

Der **Prüfungsausschuss** befasste sich mit dem Rechnungslegungsprozess, der Vermögens- und Ertragslage der KfW, den

Berichten der Internen Revision, der Compliance sowie dem Jahresabschluss der KfW Bankengruppe 2016. Zur Feststellung des Jahresabschlusses 2016 sowie zur Bestellung des Abschlussprüfers für das Jahr 2018 sprach er entsprechende Empfehlungen an den Verwaltungsrat aus. Er befasste sich anhand von Informationen des Vorstands mit der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des Internen Kontrollsystems (IKS) und des Internen Revisionssystems. Zusätzlich befasste er sich mit der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, bestimmte Schwerpunkte für die Jahresabschlussprüfung 2017 und setzte sich mit den ersten Ergebnissen der Jahresabschlussprüfung 2017 (Teilprüfungsbericht I) auseinander. Der Ausschuss stimmte dem Prüfungsplan der Internen Revision für das Jahr 2018 zu. Er wurde über bankenaufsichtliche Themen, insbesondere die Prüfungen der Bundesbank, und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen und Projekte, sowie über die laufenden Großprojekte informiert und befasste sich in mehreren Sitzungen intensiv mit einem Zahlungsverkehrsvorfall, beauftragte hierzu eine Sonderuntersuchung durch einen Wirtschaftsprüfer und besprach ausführlich den durch die KfW und den Prüfer entwickelten Maßnahmenplan zu den Zahlungsverkehrssystemen der KfW und deren Optimierung.

Der **Vergütungskontrollausschuss** befasste sich mit Vergütungsfragen und der Umsetzung der Institutsvergütungsverordnung ab 2018. Er wurde unter anderem über das Vergütungssystem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW sowie dessen künftige Ausgestaltung einschließlich des neuen Zielvereinbarungs- und Beurteilungssystems sowie die Risikoanalyse zur Ermittlung der Risikoträgerinnen und Risikoträger informiert. Im Rahmen dieser Risikoanalyse hat die KfW als Einzelinstitut sowie auf Gruppenebene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu identifizieren, deren berufliche Tätigkeit sich wesentlich auf das Risikoprofil des Instituts bzw. der Gruppe auswirken kann. Zudem wurde über die gruppenweite Vergütungsstrategie beraten.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse haben dem Verwaltungsrat regelmäßig über die Arbeit der Ausschüsse berichtet.

Personalien

Der Verwaltungsrat hat im Berichtszeitraum Herrn Prof. Dr. Joachim Nagel zum 01.11.2017 neu in den Vorstand bestellt und Frau Dr. Ingrid Hengster zum 01.04.2018 in den Vorstand wiederbestellt. Herr Dr. Norbert Kloppenburg ist zum 31.10.2017 in den Ruhestand getreten, Herr Dr. Ulrich Schröder auf eigenen Wunsch zum 31.12.2017, damit sind sie aus dem Vorstand ausgeschieden. Herr Dr. Günther Bräunig wurde zum 01.09.2017 zum Stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden und zum 01.01.2018 zum Vorstandsvorsitzenden der KfW bestimmt. Der Verwaltungsrat dankt Herrn Dr. Kloppenburg für die 28-jährige engagierte Tätigkeit für die KfW. Am 25. März 2018 verstarb Herr Dr. Schröder nach schwerer Krankheit im Alter von 66 Jahren. Herr Dr. Schröder hat sich stets mit großer Energie, Disziplin und Sorgfalt für das Wohl der KfW eingesetzt. Der Verwaltungsrat ist ihm für die fast neunjährige engagierte Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender dankbar.

Gemäß § 7 Absatz 1 Nummer 1 KfW-Gesetz hatte die damalige Bundesministerin für Wirtschaft und Energie, Brigitte Zypries, für das Jahr 2018 den Vorsitz im Verwaltungsrat von mir als damaligem Bundesminister der Finanzen übernommen.

Neu in den Verwaltungsrat eingetreten sind im Jahr 2017 Dr. Holger Bingmann, Volker Bouffier, Dr. Louis Hagen, Andreas Ibel, Dr. Joachim Lang, Lutz Lienenkämper, Edith Sitzmann und Brigitte Zypries. Im Jahr 2017 schieden Kerstin Andreae, Anton F. Börner, Hans-Dieter Brenner, Alexander Dobrindt, Georg Fahrenschoen, Dr. Markus Kerber, Dr. Gesine Löttsch, Dr. Wolfgang Schäuble, Andreas Schmitz, Peter-Jürgen Schneider, Dr. Frank-Walter Steinmeier, Prof. Dr. Georg Unland und Dr. Norbert Walter-Borjans aus dem Verwaltungsrat aus. Turnusgemäß sind zum 31.12.2017 ausgeschieden und zum 01.01.2018 wiederbestellt worden: Robert Feiger, Reiner Hoffmann, Stefan Körzell und Dr. Joachim Lang.

Neu in den Verwaltungsrat eingetreten sind zum 01.01.2018 Dr. Hans-Walter Peters, Dr. Johannes-Jörg Riegler und Helmut Schleweis, zum 02.02.2018 Herr Reinhold Hilbers, zum 01.03.2018 Dr. Bruno Hollnagel sowie Dr. Florian Toncar, zum 02.03.2018 Herr Dr. Matthias Haß und zum 14.03.2018 Julia Klöckner, Heiko Maas, Andreas Scheuer, Olaf Scholz und Svenja Schulze. Zum 14.03.2018 sind aus dem Verwaltungsrat ausgeschieden Sigmar Gabriel, Hubertus Heil, Dr. Barbara Hendricks, Christian Schmidt und Brigitte Zypries. Der Verwaltungsrat dankt den 2017 und 2018 ausgeschiedenen Mitgliedern für ihre Mitarbeit.

Jahresabschluss

Die für das Geschäftsjahr 2017 zum Abschlussprüfer bestellte Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht der KfW sowie den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht des KfW Konzerns zum 31.12.2017 geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Jahresabschluss und Lagebericht der KfW wurden nach den Vorschriften des HGB, Konzernabschluss und -lagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind.

Der Verwaltungsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss in der Sitzung am 11.04.2018 gemäß § 9 Absatz 2 KfW-Gesetz nach Empfehlung durch den Prüfungsausschuss genehmigt sowie den Konzernabschluss gebilligt.

Frankfurt am Main, 11. April 2018

DER VERWALTUNGSRAT



Vorsitzender

Mitglieder und Aufgaben des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung und Vermögensverwaltung der KfW. Er genehmigt unter anderem den Jahresabschluss. Der Verwaltungsrat besteht aus 37 Mitgliedern. Vorsitzender im Berichtsjahr war der Bundesminister der Finanzen, stellvertretender Vorsitzender bzw. stellvertretende Vorsitzende der/die Bundesminister/in für Wirtschaft und Energie.

Peter Altmaier

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Vorsitzender
(seit 14.03.2018)

Brigitte Zypries

Bundesministerin
für Wirtschaft und Energie
Stellvertretende Vorsitzende
(27.01.2017 bis 31.12.2017)
Vorsitzende
(01.01.2018 bis 14.03.2018)

Sigmar Gabriel

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Stellvertretender Vorsitzender
(bis 27.01.2017)

Olaf Scholz

Bundesminister der Finanzen
Stellvertretender Vorsitzender
(seit 14.03.2018)

Peter Altmaier

Bundesminister der Finanzen
Vorsitzender
(24.10.2017 bis 31.12.2017)
Stellvertretender Vorsitzender
(01.01.2018 bis 14.03.2018)

Dr. Wolfgang Schäuble

Bundesminister der Finanzen
Vorsitzender
(01.01.2017 bis 24.10.2017)

Kerstin Andreae

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2017)

Dr. Holger Bingmann

Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V. (BGA)
Vertreter des Handels
(seit 13.12.2017)

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes
Großhandel, Außenhandel,
Dienstleistungen e.V. (BGA)
Vertreter des Handels
(bis 26.09.2017)

Volker Bouffier

Ministerpräsident des Landes Hessen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Uwe Brandl

Präsident des Bayerischen Gemeindetages
Vertreter der Gemeinden

Hans-Dieter Brenner

Vorsitzender des Vorstands
Helaba Landesbank Hessen-Thüringen a.D.
Vertreter des Industriekredits
(bis 31.12.2017)

Frank Bsirske

Vorsitzender der ver.di -
Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft
Vertreter der Gewerkschaften

Alexander Dobrindt

Bundesminister für Verkehr und
digitale Infrastruktur
(bis 24.10.2017)

Georg Fahrenschon

Präsident des Deutschen
Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) a.D.
Vertreter der Sparkassen
(bis 31.12.2017)

Robert Feiger

Bundsvorsitzender der
IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau)
Vertreter der Gewerkschaften

Klaus-Peter Flosbach

Mitglied des Deutschen Bundestages a.D.
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Sigmar Gabriel

Bundesminister des Auswärtigen
(27.01.2017 bis 14.03.2018)

Christian Görke

Stellvertretender Ministerpräsident
Finanzminister des Landes Brandenburg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Louis Hagen

Vorsitzender des Vorstands
der Münchener Hypothekbank eG
Vertreter der Realkreditinstitute

Dr. Matthias Haß

Sächsischer Staatsminister der Finanzen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 02.03.2018)

Hubertus Heil

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied
(bis 14.03.2018)

Monika Heinold

Finanzministerin des Landes
Schleswig-Holstein
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Barbara Hendricks

Bundesministerin für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
(bis 14.03.2018)

Reinhold Hilbers

Finanzminister des Landes Niedersachsen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 02.02.2018)

Reiner Hoffmann

Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes (DGB)
Vertreter der Gewerkschaften

Gerhard Hofmann

Mitglied des Vorstands des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. (BVR)
Vertreter der genossenschaftlichen Kreditinstitute

Dr. Bruno Hollnagel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied
(seit 01.03.2018)

Andreas Ibel

Präsident des Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e. V.
Vertreter der Wohnungswirtschaft

Bartholomäus Kalb

Mitglied des Deutschen Bundestages a. D.
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Markus Kerber

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Vertreter der Industrie
(bis 31.03.2017)

Julia Klöckner

Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft
(seit 14.03.2018)

Stefan Körzell

Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)
Vertreter der Gewerkschaften

Dr. Joachim Lang

Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V. (BDI)
Vertreter der Industrie
(seit 01.04.2017)

Lutz Lienenkämper

Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(seit 22.09.2017)

Dr. Gesine Lötzsch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied
(bis 31.12.2017)

Heiko Maas

Bundesminister des Auswärtigen
(seit 14.03.2018)

Dr. Gerd Müller

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Hans-Walter Peters

Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken e. V. (BdB)
Vertreter der Kreditbanken
(seit 01.01.2018)

Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Präsident des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands e. V. (VÖB)
Vertreter des Industriekredits
(seit 01.01.2018)

Joachim Rukwied

Präsident des Deutschen Bauernverbandes e. V. (DBV)
Vertreter der Landwirtschaft

Andreas Scheuer

Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur
(seit 14.03.2018)

Helmut Schleweis

Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e. V. (DSGV)
Vertreter der Sparkassen
(seit 01.01.2018)

Christian Schmidt

Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft
(bis 14.03.2018)

Christian Schmidt

Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur
(24.10.2017 bis 14.03.2018)

Andreas Schmitz

Vorsitzender des Aufsichtsrats der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
Vertreter der Kreditbanken
(bis 31.12.2017)

Carsten Schneider

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied

Peter-Jürgen Schneider

Finanzminister des Landes Niedersachsen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 20.11.2017)

Svenja Schulze

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(seit 14.03.2018)

Holger Schwannecke

Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH)
Vertreter des Handwerks

Edith Sitzmann

Finanzministerin des Landes Baden-Württemberg
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Bundesminister des Auswärtigen
(bis 27.01.2017)

Dr. Florian Toncar

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vom Bundestag bestelltes Mitglied
(seit 01.03.2018)

Prof. Dr. Georg Unland

Sächsischer Staatsminister der Finanzen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 28.12.2017)

Dr. Norbert Walter-Borjans

Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen
Vom Bundesrat bestelltes Mitglied
(bis 08.07.2017)

Dr. Martin Wansleben

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertages e. V. (DIHK)
Vertreter der Industrie

Corporate Governance Bericht

Als Förderbank des Bundes hat sich die KfW verpflichtet, verantwortliches und transparentes Handeln nachvollziehbar zu machen. Vorstand und Verwaltungsrat der KfW erkennen die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) für die KfW an. Erstmals am 06.04.2011 wurde eine Entsprechenserklärung zur Einhaltung der Empfehlungen des PCGK abgegeben. Eventuelle Abweichungen werden seitdem jährlich offengelegt und erläutert.

Die KfW ist als Anstalt des öffentlichen Rechts durch das Gesetz über die KfW (KfW-Gesetz) gegründet. Im Gesetz sind die wesentlichen strukturellen Merkmale der KfW festgelegt. So verfügt die KfW bspw. nicht über eine Anteilseignerversammlung. Die Anteilseigner sind im Verwaltungsrat der KfW vertreten und üben dort neben Kontroll- auch Anteilseignerfunktionen aus (zum Beispiel die Feststellung des Jahresabschlusses oder Beschlussfassungen über die Satzung). Mitgliederzahl, Zusammensetzung und Aufgaben des Verwaltungsrats sind im KfW-Gesetz festgeschrieben. Ferner sind im KfW-Gesetz die direkte Unterstellung unter die Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sowie die unmittelbare Kontrolle durch den Bundesrechnungshof vorgegeben. Gemäß KfW-Gesetz in Verbindung mit der „Verordnung zur Anwendung von bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie zur Zuweisung der Aufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht“ (KfW-Verordnung) vom 20.09.2013 unterliegt die KfW im Hinblick auf die Einhaltung der entsprechend anwendbaren bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften außerdem der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Zusammenarbeit mit der Bundesbank.

Entsprechenserklärung

Vorstand und Verwaltungsrat der KfW erklären: „Seit der letzten Entsprechenserklärung vom 28.03.2017 wurde und wird den von der Bundesregierung am 01.07.2009 verabschiedeten Empfehlungen zum PCGK, soweit sie für die KfW als Anstalt des öffentlichen Rechts entsprechend anwendbar sind, – mit Ausnahme der nachstehenden Empfehlungen – entsprochen.“

Selbstbehalt D&O-Versicherung

Die KfW hat für Verwaltungsratsmitglieder D&O-Versicherungsverträge abgeschlossen, die in Abweichung von Ziffer 3.3.2 PCGK lediglich eine Option zur Einführung eines Selbstbehalts vorsehen. Über die Ausübung der Option wird in Abstimmung mit dem Vorsitzenden und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats entschieden.

Delegation auf Ausschüsse

Das KfW-Gesetz gibt die Größe des Verwaltungsrats mit 37 Mitgliedern vor. Eine Entlastung des Verwaltungsrats erfolgt über Ausschüsse, die sachnäher und zeitlich flexibler sind und deren Einrichtung rechtlich vorgegeben ist. In einigen Fällen bereiten die Ausschüsse nicht nur Entscheidungen des Verwaltungsrats vor, sondern entscheiden – entgegen Ziffer 5.1.8 PCGK – abschließend. Dies ist aus Praktikabilitäts- und Effizienzgründen geboten.

– Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss** entscheidet abschließend in folgenden Fällen: Er beschließt Maßnahmen in wichtigen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten und kann in dringenden Angelegenheiten Eilentscheidungen treffen. Er entwirft außerdem Stellenbeschreibungen mit Bewerberprofil für Stellen im Vorstand sowie für in den Verwaltungsrat zu bestellende Personen. Er erteilt die Zustimmung zur Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands und zu wesentlichen Änderungen hieran und beschließt das Vergütungssystem für den Vorstand, wobei jedoch die Entscheidung über die Grundstruktur des Vergütungssystems dem Verwaltungsrat vorbehalten bleibt. In Abweichung von Ziffer 4.4.3 PCGK nimmt der Präsidial- und Nominierungsausschuss über seinen jeweiligen Vorsitzenden auch anstelle des Verwaltungsrats die Anzeige von Interessenkonflikten eines Vorstandsmitglieds entgegen. Der Vorsitzende des Präsidial- und Nominierungsausschusses stimmt – entgegen Ziffer 4.4.4 PCGK – anstelle des Verwaltungsrats der Ausübung von Nebentätigkeiten des Vorstands zu.

– Der **Risiko- und Kreditausschuss** entscheidet abschließend über alle gemäß KfW-Satzung zustimmungspflichtigen Finanzierungen, über die Mittelaufnahmen durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder durch Aufnahme von Darlehen in Fremdwährungen sowie über Swapgeschäfte. Die abschließende Entscheidung durch einen Ausschuss in solchen Angelegenheiten entspricht dem üblichen Vorgehen bei Banken. Sie dient der Beschleunigung und der Bündelung des Sachverstands im Ausschuss.

Kreditvergabe an Organmitglieder

Die KfW darf den Mitgliedern des Vorstands und des Verwaltungsrats nach Maßgabe der Satzung keine individuellen Kredite gewähren. Aus Gründen der Gleichbehandlung gilt das Verbot jedoch – in Abweichung von Ziffer 3.4 PCGK – nicht für die Inanspruchnahme von Förderkrediten, die im Rahmen von KfW-Programmen zur Verfügung gestellt werden. Aufgrund der Standardisierung der Kreditvergabe und des Prinzips der Durchleitung durch Hausbanken besteht bei Programmkrediten keine Gefahr von Interessenkonflikten. Programmkredite, die Vorstands- oder Verwaltungsratsmitgliedern gewährt wurden, sind jedoch dem Verwaltungsrat zur Kenntnis zu geben.

Zusammenwirken von Vorstand und Verwaltungsrat

Vorstand und Verwaltungsrat arbeiten zum Wohl der KfW eng zusammen. Mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden und dessen Stellvertreter hält der Vorstand regelmäßig Kontakt und berät mit ihnen wichtige Fragen der Unternehmensführung und -strategie. Bei wichtigem Anlass informiert der Verwaltungsratsvorsitzende den Verwaltungsrat und beruft erforderlichenfalls eine außerordentliche Sitzung ein.

Der Vorstand hat den Verwaltungsrat im Berichtsjahr umfassend über alle für die KfW relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage und -strategie, des Risikomanagements, der IT-Strategie, der Vergütungsstrategie und der finanziellen Lage unterrichtet.

Vorstand

Der Vorstand leitet die KfW in eigener Verantwortung nach Maßgabe des KfW-Gesetzes, der KfW-Verordnung, der Satzung und der Geschäftsordnung für den Vorstand. Die Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands regelt ein Geschäftsverteilungsplan. Der Vorstand bedarf seit 01.08.2014 der vorherigen Zustimmung des Präsidial- und Nominierungsausschusses zu wesentlichen Änderungen der Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands.

Im Berichtsjahr waren die Mitglieder des Vorstands der KfW jeweils für die folgenden Dezernate zuständig:

- Dr. Ulrich Schröder als Vorstandsvorsitzender für Vorstandsstab und Kommunikation, Konzernentwicklung und Volkswirtschaft, Interne Revision und Compliance sowie als Umweltvorstand der KfW für das Thema Nachhaltigkeit;
- Dr. Günther Bräunig für Finanzmärkte, für Personal, für Recht sowie für Zentrale Services; Herr Dr. Bräunig wurde zum 01.09.2017 zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestimmt;
- Dr. Norbert Kloppenburg bis zum 31.10.2017 und Herr Prof. Dr. Joachim Nagel ab dem 01.11.2017 für Internationale Finanzierungen (Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer, Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung) unter Einschluss der Entwicklungsbank, der DEG und der KfW IPEX-Bank GmbH;
- Bernd Loewen für Rechnungswesen, Informationstechnologie und für Organisation und Consulting;
- Dr. Ingrid Hengster für Inländische Finanzierungen unter Einschluss von Mittelstandsbank/Steuerung, Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute, Neugeschäft Kreditservice, Vertrieb sowie Projektentwicklung Digitalisierung Inland;
- Dr. Stefan Peiß für Risikocontrolling, Kreditrisikomanagement, Transaktionsmanagement und Bestand Kreditservice.

Der Präsidial- und Nominierungsausschuss hat im Jahr 2015 eine neue Geschäftsverteilung ab dem 01.01.2016 beschlossen, die die ab dem 01.01.2016 geltenden Bestimmungen der Rechtsverordnung zu den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) umsetzt, die eine Trennung der Vorstandszuständigkeit für die Bereiche Risikomanagement und -controlling und Rechnungswesen erfordern.

Das Vorstandsmandat von Herrn Dr. Norbert Kloppenburg endete zum 31.10.2017 und Herr Prof. Dr. Joachim Nagel wurde zum 01.11.2017 erstmals zum Mitglied des Vorstands der KfW bestellt. Frau Dr. Ingrid Hengster wurde vom Verwaltungsrat am 29.06.2017 für die Zeit vom 01.04.2018 bis zum 31.03.2023 erneut zum Mitglied des Vorstands der KfW bestellt. Herr Dr. Bräunig wurde im Umlaufverfahren vom Verwaltungsrat am 13.12.2017 mit Wirkung zum 01.01.2018 zum Vorstandsvorsitzenden bestimmt.

Vorstandsmitglieder sind dem Unternehmensinteresse der KfW verpflichtet, dürfen bei ihren Entscheidungen persönliche Interessen nicht verfolgen und unterliegen während ihrer Tätigkeit für die KfW einem umfassenden Wettbewerbsverbot. Die Vorstandsmitglieder müssen ihre Vorstandskollegen vor der Beschlussfassung über Interessenkonflikte informieren und diese dem Vorsitzenden des Präsidial- und Nominierungsausschusses gegenüber unverzüglich offenlegen.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Leitung der KfW.

Nach dem KfW-Gesetz gehören dem Verwaltungsrat 37 Mitglieder an. Sieben Bundesminister sind kraft Gesetzes Mitglieder im Verwaltungsrat. Jeweils sieben Mitglieder werden zudem vom Bundestag und vom Bundesrat bestellt. Die weiteren Mitglieder des Verwaltungsrats werden nach Anhörung der beteiligten Kreise durch die Bundesregierung bestellt. Der Vorsitz im Verwaltungsrat wird im jährlichen Wechsel vom Bundesminister der Finanzen und vom Bundesminister für Wirtschaft und Energie wahrgenommen. Verwaltungsratsvorsitzender im Berichtsjahr war Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble bis zum 24.10.2017 und ab dem 24.10.2017 Bundesminister Peter Altmaier. Im Berichtsjahr waren im Verwaltungsrat sechs Frauen vertreten.

Mitglied des Verwaltungsrats soll nicht sein, wer zur KfW oder zu deren Vorstandsmitgliedern in einer geschäftlichen oder persönlichen Beziehung steht, die einen wesentlichen und nicht nur vorübergehenden Interessenkonflikt begründet. Jedes Verwaltungsratsmitglied informiert vor der Beschlussfassung den Vorsitzenden des Verwaltungsrats bzw. des jeweiligen Ausschusses über Interessenkonflikte. Im Berichtsjahr gab es im Verwaltungs-

rat bzw. in seinen Ausschüssen Fälle von Nichtmitwirkung an Beschlüssen infolge von Interessenkonflikten.

Im Berichtsjahr haben zehn Verwaltungsratsmitglieder an weniger als der Hälfte der Verwaltungsratssitzungen teilgenommen.

Ausschüsse des Verwaltungsrats

Der Verwaltungsrat hat zur effizienten Aufgabenwahrnehmung, entsprechend § 25 d Kreditwesengesetz (KWG), vier Ausschüsse gebildet, die nachfolgend dargestellt werden.

Der **Präsidial- und Nominierungsausschuss** behandelt Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie grundsätzliche geschäfts- und unternehmenspolitische Angelegenheiten; zudem trifft er Eilentscheidungen in dringenden Angelegenheiten. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss behandelt außerdem Nominierungsangelegenheiten. Unbeschadet der Aufgaben des Vergütungskontrollausschusses gehören zu den Aufgaben des Präsidial- und Nominierungsausschusses auch die Beratung über das und Beschlussfassung zum Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der Vertragselemente und dessen regelmäßige Überprüfung. Über die Grundstruktur des Vergütungssystems für den Vorstand befindet der Verwaltungsrat. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss entwirft Stellenbeschreibungen mit Bewerberprofil für Stellen im Vorstand und für in den Verwaltungsrat zu bestellende Personen. Er ermittelt Bewerber für die Besetzung einer Stelle im Vorstand und sorgt mit dem Vorstand für ein langfristiges Nachfolgekonzept für den Vorstand. Er kann die bestellenden Bundesorgane bei der Auswahl der in den Verwaltungsrat zu bestellenden Personen unterstützen.

Der **Vergütungskontrollausschuss** behandelt Vergütungsthemen. Er befasst sich insbesondere mit der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme für den Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW und berät den Präsidial- und Nominierungsausschuss im Hinblick auf die Vergütung der Vorstandsmitglieder.

Der **Risiko- und Kreditausschuss** berät den Verwaltungsrat zu Risikothemen wie insbesondere der Gesamtrisikobereitschaft und -strategie der KfW. Der Risiko- und Kreditausschuss ist außerdem zuständig für die Behandlung von Kreditangelegenheiten, die Genehmigung von Mittelaufnahmen und von der KfW getätigte Swapgeschäfte.

Der **Prüfungsausschuss** bereitet Fragen der Rechnungslegung und des Risikomanagements vor. Er befasst sich insbesondere mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems, des Internen Revisionssystems und des Risikomanagementsystems, der Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, der erforderlichen Unabhängigkeit des Abschlussprüfers, der Bestimmung von Prüfungsschwerpunkten sowie der Überwachung der zügigen Behebung eventueller vom Abschlussprüfer festgestellter Mängel durch den Vorstand.

Die Vorsitzenden der Ausschüsse berichten dem Verwaltungsrat regelmäßig.

Über die Arbeit des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse im Berichtsjahr informiert der Verwaltungsrat in seinem Bericht. Eine Übersicht über die Mitglieder des Verwaltungsrats und seiner Ausschüsse findet sich auf der Internetseite der KfW.

Anteilseigner

Am Grundkapital der KfW sind der Bund zu 80 % und die Länder zu 20 % beteiligt. Der Bund haftet nach Maßgabe von § 1 a KfW-Gesetz für bestimmte Verbindlichkeiten der KfW. Eine Gewinnausschüttung findet nicht statt. Eine Anteilseignerversammlung sieht das KfW-Gesetz nicht vor; stattdessen nimmt der Verwaltungsrat Funktionen einer Anteilseignerversammlung wahr.

Aufsicht

Das Bundesministerium der Finanzen übt gemäß § 12 KfW-Gesetz die Rechtsaufsicht über die KfW im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aus. Die Rechtsaufsicht ist befugt, alle Anordnungen zu treffen, um den Geschäftsbetrieb der KfW mit Gesetzen, der Satzung und den sonstigen Bestimmungen in Einklang zu halten.

Die KfW gilt kraft § 2 Abs. 1 Nr. 2 KWG nicht als Kreditinstitut im Sinne des KWG und ist damit bis auf wenige Einzelschriften von der direkten Anwendung bankaufsichtsrechtlicher Regelungen generell ausgenommen. Gleichwohl hat sie die relevanten Normen des KWG, insbesondere die MaRisk und die Solvabilitätsverordnung (SolV) sowie die Kapitaladäquanzverordnung (CRR), schon bisher im Wesentlichen sinngemäß angewandt.

Die KfW-Verordnung vom 20.09.2013 erklärt jedoch zentrale bankaufsichtsrechtliche Normen für entsprechend anwendbar auf die KfW und unterstellt die KfW in Bezug auf deren Einhaltung der Aufsicht durch die BaFin in Zusammenarbeit mit der Bundesbank. Die Aufsichtszuständigkeit der BaFin in Zusammenarbeit mit der Bundesbank sowie bankaufsichtsrechtliche Prüfungsrechte sind seit 09.10.2013 begründet. Am 01.07.2014 wurden die §§ 25 c und 25 d KWG mit ihren Vorgaben für die Corporate Governance entsprechend auf die KfW anwendbar. Die übrigen in der KfW-Verordnung bezeichneten Normen wurden am 01.01.2016 entsprechend anwendbar.

Die Konzerngesellschaften KfW IPEX-Bank GmbH und DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) sind hingegen Kreditinstitute im Sinne des KWG. Die KfW IPEX-Bank GmbH unterliegt den Vorschriften des KWG vollständig, die DEG mit bestimmten Einschränkungen.

Transparenz

Die KfW stellt auf ihrer Internetseite alle wichtigen Informationen zum Konzern- und Jahresabschluss, Quartals- und Halbjahresberichte sowie den Finanzkalender zur Verfügung. Im Rahmen der Investor-Relations-Aktivitäten und der Unternehmenskommunikation wird zudem regelmäßig über aktuelle Unternehmensentwicklungen informiert. Die jährlichen Corporate Governance Berichte der KfW und der Konzerngesellschaften KfW IPEX-Bank GmbH und DEG unter Einschluss der Entsprechenserklärungen zum PCGK werden dauerhaft auf der Internetseite der KfW veröffentlicht.

Risikomanagement

Risikomanagement und Risikocontrolling sind zentrale Aufgaben der Gesamtbanksteuerung in der KfW. Der Vorstand setzt über die Risikostrategie den Rahmen der Geschäftsaktivitäten in Bezug auf Risikobereitschaft und Risikotragfähigkeit. Dadurch wird sichergestellt, dass die KfW ihre besonderen Aufgaben bei einem angemessenen Risikoprofil nachhaltig und langfristig erfüllt. In monatlichen Risikoberichten an den Vorstand wird die Gesamtrisikosituation der Bank umfassend analysiert. Der Verwaltungsrat wird über die Risikosituation regelmäßig, mindestens einmal pro Quartal, ausführlich informiert.

Compliance

Der Erfolg des KfW-Konzerns hängt maßgeblich vom Vertrauen der Anteilseigner, Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in seine Leistungsfähigkeit und vor allem auch in seine Integrität ab. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetzen und Regeln. Im Rahmen der Compliance-Organisation existieren in der KfW insbesondere Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen, zur Wertpapier-Compliance, zu Finanzsanktionsbestimmungen sowie zur Prävention von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen und zur Erreichung einer angemessenen Informationssicherheit. Entsprechend bestehen verbindliche Regelungen und Prozesse, die die gelebten Wertmaßstäbe und die Unternehmenskultur beeinflussen und kontinuierlich entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Marktanforderungen angepasst werden. Das Aufgabenspektrum der Compliance umfasst außerdem die fachliche Koordination der vollständigen Umsetzung der (kraft der KfW-Verordnung entsprechend anwendbaren) KWG-Anforderungen sowie die Funktion als sogenannte zentrale Stelle für die Compliance nach MaRisk. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KfW finden regelmäßig Schulungen zu allen Compliance-Themen statt. Neben diesen Präsenzs Schulungen sind auch E-Learning-Programme verfügbar.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Das Bundesministerium der Finanzen als Aufsichtsbehörde hat am 22.07.2016 im Einvernehmen mit dem Bundesrechnungshof die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2017 bestellt. Der Bestellung lag der Vorschlag des Verwaltungsrats der KfW vom 13.07.2016 zugrunde. Der Prüfungsausschuss hat diese Empfehlung vorbereitet. Mit dem Abschlussprüfer wurde vereinbart, dass der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über alle möglicherweise während der Durchführung der Abschlussprüfung auftretenden, für die Aufgaben des Verwaltungsrats wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse unverzüglich unterrichtet wird. Ergänzend wurde vereinbart, dass der Abschlussprüfer den Ausschussvorsitzenden informiert bzw. im Prüfungsbericht vermerkt, wenn er bei der Durchführung der Abschlussprüfung Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der Entsprechenserklärung zum PCGK darstellen.

Effizienzprüfung Verwaltungsrat

Seit Anwendung des § 25 d Abs. 11 KWG ab 01.07.2014 findet die Effizienzprüfung durch den Präsidial- und Nominierungsausschuss in Form einer jährlichen Evaluation des Verwaltungsrats sowie des Vorstands statt. Beide Evaluationen werden im jährlichen Turnus, erstmals Mitte 2015 und zuletzt Mitte 2017 durchgeführt.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht beschreibt die Grundstruktur der Vergütungssystematik von Vorstand und Verwaltungsrat und stellt die individuellen Vergütungen für den Vorstand und den Verwaltungsrat dar. Der Vergütungsbericht ist Bestandteil des Konzernabschlusses in der Anhangangabe „Vergütungsbericht“.

Frankfurt am Main, den 11. April 2018

Der Vorstand

Der Verwaltungsrat



Konzernlagebericht

Grundlagen des KfW-Konzerns	28
Überblick	28
Strategisches Zielsystem	29
Internes Steuerungssystem	30
Verwendete alternative Finanzkennzahlen	31
Wirtschaftsbericht	33
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	33
Entwicklung des KfW-Konzerns	34
Entwicklung der Ertragslage	37
Entwicklung der Vermögenslage	40
Entwicklung der Finanzlage	42
Risikobericht	44
Übersicht über wesentliche Kennzahlen	44
Aktuelle Entwicklungen	45
Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung	47
Organisation der Risikosteuerung und -überwachung	47
Risikosteuerungsansatz des KfW-Konzerns	49
Überblick	49
Interner Kapitaladäquanzprozess	50
Risikoarten	54
Adressenausfallrisiko	54
Marktpreisrisiko	59
Liquiditätsrisiko	61
Operationelle Risiken und Betriebliches	
Kontinuitätsmanagement (Betriebsrisiken)	63
Sonstige Risiken	64
Interne Kontrollverfahren	65
Prognose- und Chancenbericht	67
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends	67
Risikoseitige Prognose – Risikolage und Risikotragfähigkeit	67
Neugeschäftsplanung	69
Refinanzierungsplanung	72
Ergebnisplanung	72
Personalstrategie/Entwicklung Personalbestand	73
Digitalisierung als Chance	73
Erklärung zur Unternehmensführung	74
Nichtfinanzielle Konzernklärung	74

Grundlagen des KfW-Konzerns

Überblick

Der KfW-Konzern besteht neben der KfW aus vier einbezogenen Tochtergesellschaften. Die KfW ist als Förderbank der Bundesrepublik Deutschland – Eigentümer sind zu 80% der Bund und zu 20% die Bundesländer – eine der führenden Förderbanken der Welt. Den institutionellen Rahmen für den Förderauftrag einschließlich der Haftung des Bundes für Verbindlichkeiten der KfW definiert das Gesetz über die KfW (KfW-Gesetz).

Die KfW unterstützt die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen – mit einem Schwerpunkt auf der inländischen Förderung – weltweit. Der Fokus wird dabei auf gesellschaftliche Megatrends gelegt. Die verschiedenen Finanzierungsprodukte und Dienstleistungen betreffen insbesondere die Bereiche Mittelstand, Existenzgründung, Innovation, Klima- und Umweltschutz, Wohnungswirtschaft, Infrastruktur, Bildungsförderung, Export- und Projektfinanzierung

sowie Entwicklungszusammenarbeit. Das inländische Förderkreditgeschäft mit Unternehmen und Privatpersonen ist durch das bewährte und erfolgreiche Durchleitungsprinzip gekennzeichnet, bei dem die KfW die Kreditvergabe der Geschäftsbanken an den Endkreditnehmer günstig refinanziert. Ein eigenes Filialnetz ist daher nicht erforderlich. Refinanziert werden die Geschäftsaktivitäten fast vollständig über die internationalen Geld- und Kapitalmärkte, die KfW ist weltweit eine der aktivsten und größten Anleihe-Emittentinnen. Im Konzern sind neben der KfW im Wesentlichen die KfW IPEX-Bank in der Export- und Projektfinanzierung sowie die DEG in der Förderung der Privatwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern operativ tätig.

Gemäß der internen Geschäftsfeldstruktur des KfW-Konzerns gliedern sich die Segmente mit ihren wesentlichen Produkten und Dienstleistungen wie folgt:

Mittelstandsbank	– Finanzierung Unternehmensinvestitionen und gewerbliche Umweltschutzinvestitionen – Eigenkapitalfinanzierung
Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute	– Finanzierung Wohnungsbau und -modernisierung – Bildungsfinanzierung – Infrastruktur- und Sozialfinanzierung – Allgemeine Refinanzierung Landesförderinstitute – Individualfinanzierung Banken – Auftragsgeschäfte für den Bund
Export- und Projektfinanzierung	– Finanzierung deutscher und europäischer Exporte – Finanzierung von Projekten und Investitionen im deutschen und europäischen Interesse
Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer	– Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer mit Haushaltsmitteln des Bundes sowie ergänzend mit Marktmitteln der KfW – Finanzierungen der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Förderung der Privatwirtschaft)
Finanzmärkte	– Wertpapier- und Geldmarktanlagen – Platzhaltergeschäfte für den Bund – Zuweisungsgeschäft Kreditgewährung an Griechenland – Refinanzierung
Zentrale	– Zentrale Zins- und Währungssteuerung – Strategische Beteiligungen

Zusammensetzung des KfW-Konzerns – Bilanzsumme (IFRS, vor Konsolidierung)¹⁾

	31.12.2017	31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
KfW, Frankfurt am Main	470.645	505.597
Tochtergesellschaften		
KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main (KfW IPEX-Bank)	26.362	30.561
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln (DEG)	5.707	6.260
KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn	2.951	2.552
Interkonnektor GmbH, Frankfurt am Main	182	95
Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden		
Microfinance Enhancement Facility S.A., Luxemburg (19,8%)	552	617
DC Nordseekabel GmbH & Co. KG, Bayreuth (50,0%)	542	277
Green for Growth Fund, Southeast Europe S.A., Luxemburg (15,7%)	414	373
AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG, München (47,5%)	174	193
coparion GmbH & Co. KG, Köln (20,0%)	14	6

¹⁾ Die tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH wurde mit Wirkung zum 31.12.2017 entkonsolidiert.

Die operative Ergebnisentwicklung des Konzerns ist maßgeblich von der KfW geprägt.

Strategisches Zielsystem

Der KfW-Konzern verfügt über ein Strategisches Zielsystem, das die mittelfristig angestrebte Positionierung der KfW definiert. Es beinhaltet ausgewählte Top-Level-Ziele auf Gesamtbankenebene und dient als zentraler und verbindlicher Orientierungsrahmen für die strategische Ausrichtung aller Geschäftsfelder auf einen Fünf-Jahres-Horizont.

Das **Primärziel aller Marktbereiche der KfW ist die Förderung**, der wesentliche Kern der Geschäftsaktivitäten der KfW. Es orientiert sich an den Grundprinzipien der Subsidiarität und der Nachhaltigkeit. Die KfW richtet die Förderaktivitäten dabei im Wesentlichen an den gesellschaftlich und ökonomisch bedeutsamen Megatrends „Klimawandel & Umwelt“, „Globalisierung“, „Digitalisierung & Innovation“ und „Sozialer Wandel“ aus.

Zur Bewältigung des Megatrends „Klimawandel & Umwelt“ finanziert die KfW bspw. Maßnahmen zur Unterstützung erneuerbarer Energien, zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Sicherstellung von Biodiversität und zur Vermeidung bzw. Reduzierung von Umweltverschmutzung. Um der besonderen Bedeutung dieses Megatrends Rechnung zu tragen, wurde eine Umweltquote von rund 35% des gesamten Fördervolumens fixiert. Im Rahmen des

Megatrends „Globalisierung“ leistet die KfW durch Finanzierungen unter anderem im Bereich Rohstoffsicherung sowie Infrastruktur- und Transportwesen einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen. Der Megatrend „Digitalisierung & Innovation“ spiegelt die erfolgskritische Bedeutung einer fortschreitenden Digitalisierung für die deutsche Volkswirtschaft wider. Durch die Etablierung des Megatrends wird der Anspruch gesetzt, zielgerichtete Förderung in diesem Feld durch passende Produktansätze zu forcieren und auszuweiten. Unter anderem wird die geplante Ausweitung der inländischen Beteiligungsfinanzierung direkt auf diesen Megatrend einzahlen. Das Engagement der KfW beim Megatrend „Sozialer Wandel“ fokussiert sich auf die Themen „Demografischer Wandel im engeren Sinne“ (zum Beispiel altersgerechte Infrastruktur, Nachfolgefinanzierung) und „Aus- und Weiterbildung“. Das KfW-Engagement zur Bewältigung der Herausforderungen der Flüchtlingsthematik in den Inlandsbereichen wird ebenfalls in diesem Megatrend reflektiert. Zudem besetzt die KfW „trendunabhängige Förderthemen“, die für die KfW eine wichtige Rolle spielen, sich jedoch keinem der drei Megatrends zuordnen lassen, wie bspw. die Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern.

Zusätzlich zu der genannten thematischen Fokussierung beinhaltet das Strategische Zielsystem im Primärziel Förderung auch die für die KfW bedeutsamsten Kundengruppen und Regionen sowie die Förderqualität. Hierunter versteht die KfW zum einen die Selbstverpflichtung zur Beibehaltung der in den letzten Jahren erlangten hohen Qualität ihrer Förderprodukte sowie eine hinreichende Abdeckung der für die KfW wichtigen Regionen und Kundengruppen. Für die Fokus-Zielgruppe Mittelstand wird, aufgrund der besonderen Bedeutung, ein Anteil in Höhe von rund 45 % des Fördervolumens der Inlandsförderung angestrebt.

Internes Steuerungssystem

Die KfW verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Zentrales Planungs- und Steuerungsinstrument der KfW ist die Konzerngeschäftsfeldplanung (KGFP) als konzernweiter Strategieprozess. Die KGFP besteht aus zwei aufeinanderfolgenden Teilprozessen, die im jährlichen Turnus durchlaufen werden: der strategischen Planung und der operativen Planung. Im Rahmen des gesamten Strategie- und Planungsprozesses findet ein intensiver Austausch zwischen den Planungsverantwortlichen aller Bereiche inkl. Risikocontrolling statt.

Ausgangspunkt der strategischen Planung ist das konzernweite Strategische Zielsystem, das vom Vorstand vorgegeben wird. Es bietet dem KfW-Konzern einen stabilen Orientierungsrahmen und gibt an, wohin sich die KfW in den nächsten fünf Jahren entwickeln möchte. Mit dem Strategischen Zielsystem wird die mittelfristig angestrebte Positionierung des KfW-Konzerns definiert und werden Top-Level-Ziele auf Gesamtbankebene festgelegt. Das Strategische Zielsystem wird im Rahmen eines jährlichen Reviews auf Aktualität, Vollständigkeit und Anspruchsniveau überprüft und gegebenenfalls – bspw. bei geänderten Rahmenbedingungen oder neuer Schwerpunktsetzung – adjustiert. Grundsätzlich wird jedoch ein hohes Maß an Beständigkeit angestrebt mit der Ambition, strategische Impulse im Rahmen der jährlichen Überprüfung nicht grundlegend zu verändern. Unter Beachtung dieses strategischen Rahmens werden von den Geschäftsfeldern strategische Handlungsoptionen im Base Case mit einer mittelfristigen Perspektive erarbeitet. Auf Basis der Markteinschätzungen bezüglich Chancen und Risiken werden Annahmen für die zukünftige Entwicklung relevanter Einflussfaktoren getroffen. Dies berücksichtigt sowohl externe Einflussfaktoren (unter anderem Marktentwicklung, regulatorische Anforderungen, Wettbewerbssituation, Kundenverhalten) als auch interne Einflussfaktoren und Ressourcenausstattung (unter anderem personelle und technisch-organisatorische Ressourcen, Förderaufwand, Primärkostenbudget, Eigenkapitalbindung) sowie Zielvorstellungen zur Ertragsentwicklung. In diesem Rahmen findet eine regelmäßige Evaluation der maßgeblichen Geschäfts- und Ertragsstreiber für die Geschäftsfelder und den Konzern statt. Die Zentralbereiche (zum Beispiel IT, Human Resources, Zentrale Services) tragen maßgeblich zur Erreichung der strategischen Ziele bei. Durch deren Einbindung wird die Konsistenz ihrer strategischen Überlegungen mit dem Zielsystem sichergestellt. Auf Basis der strategischen Geschäftsfeldplanungen wird die erste

Die genannten Ausprägungen für das Primärziel werden ergänzt durch ein Set von **Sekundärzielen bzw. strikten Nebenbedingungen**, die insbesondere die Profitabilität und Effizienz, die Risikotragfähigkeit und Liquidität sowie die Regulatorik zum Inhalt haben. Die KfW agiert subsidiär und plant ein nominales Wachstum von durchschnittlich 2–3 % p.a., gemessen am Gesamtneuzusagevolumen des Konzerns. Grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der KfW sind zudem eine hohe Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit sowie die Fortsetzung des erfolgreichen Weges der Professionalisierung im eingeschlagenen Modernisierungsprozess.

turnusmäßige Kapitalplanungsrechnung im Base und Stress Case über einen Mehrjahreshorizont durchgeführt. So können sich ggf. aus den strategischen Überlegungen oder veränderten Rahmenbedingungen ergebende Kapitalengpässe frühzeitig aufgezeigt werden und es ist möglich, ihnen durch den Beschluss entsprechender Maßnahmen entgegenzuwirken. Parallel zur strategischen Planung der Geschäftsfelder wird die Kosten- und FTE-Planung für den gesamten Planungszeitraum für alle Bereiche durchgeführt. Die zugrunde liegenden Annahmen werden im Sinne einer rollierenden Planung jährlich überprüft. Resultierend aus der Bewertung aller strategischen Überlegungen aus Konzernsicht werden vom Vorstand Zielvorgaben für alle Bereiche in Form von Leitplanken (operative Geschäfts-, Risiko- und Kostenleitplanken) für den gesamten Planungszeitraum definiert. In diesem Jahr wurde die strategische Konzernplanung um eine geschäftsstrategische Szenarioanalyse erweitert. Im Sinne einer Was-wäre-wenn-Analyse wird für ein spezifisches, aber plausibles Szenario das Zusammenwirken exogener Einflussfaktoren analysiert und in die steuerungsrelevanten Größen in den Dimensionen Neugeschäft, Ertrag und Risiko/Kapital übersetzt. Szenarien unterstützen den Prozess der Erkennung möglicher Risiken und Opportunitäten für die förderpolitischen Ziele, die Ertragskraft und die Risikotragfähigkeit der KfW und ermöglichen deren Berücksichtigung im weiteren Planungsprozess.

Auf Basis der vom Vorstand vorgegebenen Leitplanken planen im Rahmen der operativen Planung die Geschäftsfelder unter Berücksichtigung ggf. veränderter externer und interner Rahmenbedingungen Neugeschäft, Risiko und Ertrag sowie alle Bereiche die Kosten. Diese Planungen werden auf Konsistenz mit der strategischen Planung des Konzerns und der Geschäftsfelder überprüft. Die prognostizierte Zinsentwicklung stellt einen wesentlichen Einflussfaktor für die Ertragslage der KfW dar. Neben dem erwarteten Base Case werden daher auch ein Hoch- und ein Niedrigzinsszenario betrachtet. Des Weiteren erfolgt eine Einwertung der Planung im Hinblick auf die zukünftige Risikotragfähigkeit im Rahmen einer zweiten turnusmäßigen Kapitalplanungsrechnung über einen Mehrjahreshorizont. Der Gesamtvorstand beschließt entweder die Ergebnisse der operativen Planung oder beauftragt die Anpassung der Planung im Rahmen einer Adjustierungsrunde. In dieser Phase werden auch die der Planung zugrunde liegenden exogenen Annahmen überprüft. Mit Beschluss der finalen Planung für den gesamten Planungszeit-

raum einschließlich des zukünftigen Kapitalbedarfs durch den Vorstand endet der Prozess der operativen Planung.

Die zentralen Ergebnisdokumente des Planungsprozesses sind die Geschäftsstrategie sowie die Risikostrategie. Die Formulierung und Verabschiedung beider Strategien liegt in der Gesamtverantwortung der Geschäftsleitung. Die Geschäftsstrategie beinhaltet die strategischen Ziele des Konzerns für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie wesentliche interne und externe Einflussfaktoren, die im Strategieprozess berücksichtigt werden. Weiterhin werden der Beitrag der Geschäftsfelder zum Strategischen Zielsystem und Maßnahmen für die jeweilige Zielerreichung dargelegt. Daneben fasst die Geschäftsstrategie die Ergebnisse der operativen Planung auf Konzern- und Geschäftsfeldebene zusammen. In der zur Geschäftsstrategie konsistenten Risikostrategie legt der Vorstand die risikopolitischen Grundsätze und Richtlinien für den KfW-Konzern fest. Risikostrategische Ziele sind für den KfW-Konzern unter anderem zur Risikotragfähigkeit und Liquiditätsausstattung definiert. Weiterhin werden in der Risikostrategie die wesentlichen Risikosteuerungskonzepte und die Risikobereitschaft als Grundlage für die operative Risikosteuerung zusammengefasst. Um die Konsistenz von Geschäfts- und Risikostrategie zu gewährleisten, findet bei Änderungen der Geschäftsstrategie ein Austausch mit dem Risikocontrolling statt. Die Ergebnisse der Planung für den gesamten Planungszeitraum einschließlich des zukünftigen Kapitalbedarfs sowie die Geschäfts- und Risikostrategie werden vom Gesamtvorstand beschlossen. Anschließend werden dem Aufsichtsorgan (Verwaltungsrat) die Planung zur Genehmigung, die Geschäfts- und Risikostrategie zur Erörterung vorgelegt. Nach Befassung des Verwaltungsrats werden die Geschäfts- und Risikostrategie der Belegschaft in angemessener Weise kommuniziert.

Mit Verabschiedung der KGFP werden die qualitativen und quantitativen Ziele für den Konzern vorgegeben. Im laufenden Geschäftsjahr wird die Zielerreichung im Rahmen des Controllings sowohl regelmäßig als auch anlassbezogen durch den Vorstand überprüft. Dies gilt auch für die bei der Festlegung der Geschäftsstrategie getroffenen Annahmen bezüglich externer und interner Einflussfaktoren. Im strategischen Controlling werden die Entwicklungen der relevanten Steuerungsgrößen, deren Zielerreichung sowie die Ursachen für etwaige Planverfehlungen analysiert. Zu

Verwendete alternative Finanzkennzahlen

Im KfW-Konzernlagebericht werden Finanzkennzahlen veröffentlicht, die nicht nach den IFRS ermittelt werden. Die KfW verwendet zum einen Kennzahlen im Rahmen ihres Strategischen Zielsystems, die der Förderung als Kerngeschäftsaktivität Rechnung tragen. Zum anderen werden Kennziffern verwendet, in denen die aus KfW-Sicht nicht sachgerechten temporären Ergebniseffekte in den gemäß IFRS ermittelten und ausgewiesenen Größen im Konzernabschluss bereinigt werden.

Die KfW hat folgende wesentliche alternative Finanzkennzahlen definiert:

Beginn eines jeden Jahres werden die strategischen Annahmen überprüft und wird ein systematischer Plan-Ist-Vergleich früherer Ziele und Prognosen durchgeführt. Daraus gewonnene Erfahrungswerte werden in den folgenden Planungsprozess eingebracht. Flankiert wird dies durch einen jährlichen strukturierten Peer-Group-Vergleich wesentlicher Kennzahlen, der wichtige Beiträge zur Standortbestimmung leistet und Handlungsbedarfe aufzeigt. Der integrierte Forecastprozess stellt zur Jahresmitte in Bezug auf strategisch bedeutsame quantitative Konzerngrößen (Neugeschäft, Risiko und Ertrag unter Berücksichtigung der Refinanzierungsmöglichkeiten) eine umfassende Basis für unterjährige Steuerungsimpulse dar und gibt eine fundierte Orientierung hinsichtlich der Erreichung der geplanten Ziele. Versprochene Nutzenbeiträge (zum Beispiel Effizienzen aus Projekten) werden vom strategischen Controlling gebündelt und nachgehalten, sodass eine entsprechende Berücksichtigung in der Planung der Bereiche erfolgen kann. Zusätzlich werden anlassbezogenen Fragestellungen mit strategischem Bezug im Austausch mit den Bereichen des Konzerns bearbeitet. Im Rahmen des Strategischen Performance-Berichts werden Handlungsempfehlungen in Bezug auf mögliche Strategieanpassungen oder Optimierungen des Ressourceneinsatzes in Richtung Vorstand formuliert. Die Analyseergebnisse werden in die weiteren Strategiediskussionen und die strategische Planung eingebracht. Dem Verwaltungsrat wird satzungsgemäß unterjährig ein Soll-Ist-Reporting vorgelegt. Die entsprechende Ursachenanalyse sowie mögliche Handlungsoptionen werden dort im Rahmen der Kommentierung dargelegt. Im Rahmen des operativen Controllings werden umfassende und granular aufbereitete Berichtsformate auf Monats- bzw. Quartalsbasis erstellt. Diese umfangreichen Detailanalysen auf Ebene des Konzerns, der Geschäftsfelder und/oder Produktgruppen umfassen Ertrags-, Kosten- und FTE-Entwicklungen und werden an einzelne Dezernate reportet. Gesamthafte Analysen mit wesentlichem Bezug zur Konzernentwicklung werden zudem direkt an den Gesamtvorstand übermittelt. Parallel zum strategischen und operativen Controlling ist die Risikocontrolling-Funktion implementiert. Konsistent zu den Risikosteuerungsvorgaben, die in der Risikostrategie festgelegt sind, sind für alle wesentlichen Risikoarten Frühwarnsysteme etabliert und Mitigationsmaßnahmen definiert. Alle Steuerungs- und Überwachungskonzepte sind in eine fortlaufende und umfassende Risikoberichterstattung eingebunden.

Fördervolumen

Unter Fördervolumen werden die jeweiligen Zusagen der Geschäftsfelder im Berichtszeitraum verstanden. Neben den Zusagen im bilanziellen Kreditgeschäft umfasst das Fördervolumen Kredite aus Haushaltsmitteln des Bundes zur Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer, die als Treuhandgeschäfte bilanziert werden, Avale, Beteiligungsfinanzierungen sowie Wertpapierankäufe in bestimmten Anlagekategorien (Green Bonds, Verbriefung Mittelstandsfinanzierung). Daneben enthält das Fördervolumen Zuschüsse, die im Rahmen der Entwicklungshilfe und in den inländischen Förderprogrammen zugesagt werden. Maßgeblich für die Zuordnung zum Fördervolumen des aktuellen Berichtsjahres sind

im Allgemeinen das jeweilige Zusagedatum der Kredite, Avale und Zuschüsse und das Transaktionsdatum der Beteiligungs- und Wertpapiergeschäfte. Abweichend davon wird bei Globaldarlehen an Landesförderinstitute (LFI) und BAföG-Staatsdarlehen nicht das Gesamtvertragsvolumen bei Zusage, sondern das Volumen der einzelnen Abrufe mit dem jeweiligen Abrufdatum zugrunde gelegt. Finanzierungsbeträge in Fremdwährung werden im Kreditgeschäft mit dem Stichtagskurs des Zusagedatums und im Wertpapier- und Beteiligungsgeschäft im Allgemeinen mit dem Kurs des Transaktionsdatums in Euro umgerechnet.

Eine Aufteilung des Fördervolumens auf die einzelnen Segmente lässt sich dem Wirtschaftsbericht, „Entwicklung des KfW-Konzerns“- bzw. Segmentbericht entnehmen.

Förderaufwand

Ab 2018 wird der Begriff „Förderleistung“ durch den Begriff „Förderaufwand“ bei grundsätzlich unveränderter inhaltlicher Definition in der Innen- und Außenkommunikation ersetzt. Unter **Förderaufwand** werden bestimmte Aufwendungen der beiden Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute mit positiver Wirkung auf die Erreichung der Förderziele verstanden.

Die wesentliche Komponente der von der KfW insgesamt erbrachten Förderaufwendungen sind barwertige Zinsverbilligungen, die die KfW bei bestimmten Förderkrediten im Inlandsgeschäft für das Neugeschäft während der ersten Zinsbindungsperiode zusätzlich zur Weitergabe ihrer günstigen Refinanzierungskonditionen gewährt. Der aufgrund der Unterverzinslichkeit entstehende Differenzbetrag zwischen dem beizulegenden Zeitwert dieser Förderkredite und dem Transaktionswert während der ersten Zinsbindungsphase wird erfolgswirksam als Zinsaufwand erfasst und als Korrektivposten im Bilanzposten Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Daneben wird die Aufzinsung des Zinsverbilligungsbestandes über die Laufzeit der Zinsbindung im Zinsüberschuss erfolgswirksam berücksichtigt (siehe entsprechende Angaben im Anhang zum Förderkreditgeschäft der KfW, zu Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden sowie zu Rückstellungen).

Zu den Förderkomponenten im Provisionsaufwand zählen seit dem Geschäftsjahr 2017 ausschließlich an Vertriebspartner gezahlte Upfront Fees für die Bearbeitung von Kleinkrediten. In den Vergleichszahlen für das Vorjahr sind zusätzlich Förderaufwendungen aus der einmaligen Finanzierungsbeteiligung der KfW an dem im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) neu aufgelegten Beratungsprogramm zur Förderung unternehmerischen Know-hows enthalten.

Daneben enthält der Förderaufwand disponible und produktbezogene Marketing- und Vertriebskosten (Verwaltungsaufwand).

Cost-Income-Ratio (vor Förderaufwand)

Unter der Cost-Income-Ratio (vor Förderaufwand) wird der Verwaltungsaufwand ohne Förderaufwand in Relation zu den Größen Zins- und Provisionsüberschuss vor Förderaufwand verstanden. Die Cost-Income-Ratio (CIR) reflektiert die Entwicklung von sich verschiebenden Kosten-Ertrags-Relationen und dient daher zur Effizienzmessung. Mit der Aufnahme der CIR als langfristiges Effizienzmaß in ihr Strategisches Zielsystem möchte die KfW ihre führende Position innerhalb der deutschen Förderbankenlandschaft stärken. Der Hintergrund der Berechnungsmethodik der CIR liegt darin begründet, dass der Förderaufwand einen Aufwand darstellt, der förderbankspezifisch ist (und zudem in Form der barwertigen Zinsverbilligung eine Mehrperiodensicht abbildet). Um die CIR mit anderen (Nicht-Förder-)Instituten vergleichbar zu machen und um eine korrekte standardisierte Höhe zu ermitteln, ist daher eine Bereinigung um die Förderaufwände in Zähler (Verwaltungsaufwand) und Nenner (Zins- und Provisionsüberschuss) notwendig. Die Steuerung des Förderaufwands erfolgt separat und unabhängig davon über eigene Budgets.

Konzerngewinn vor IFRS-Effekten

Der Konzerngewinn vor IFRS-Effekten aus Sicherungszusammenhängen ist eine auf den nach IFRS ermittelten Konzerngewinn aufsetzende weiterführende Ergebnisrechnung des Konzerns. Derivative Finanzinstrumente werden zu Sicherungszwecken abgeschlossen. Aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen ergeben sich unter IFRS trotzdem temporäre Ergebniseffekte. Diese sind aufgrund der wirtschaftlich effektiven Sicherungswirkung nach Auffassung der KfW ökonomisch nicht sachgerecht.

Es werden deshalb folgende Überleitungen durch Eliminierung temporärer Ergebniskomponenten vorgenommen:

- Bewertungsergebnisse aus dem Micro und Macro Hedge Accounting. Alle Sicherungsbeziehungen sind wirtschaftlich effektiv und erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Nutzung der *Fair-Value-Option* zur Vermeidung eines *Accounting Mismatch* bei Mittelaufnahmen einschließlich zugehöriger Sicherungsderivate. Die wirtschaftlich effektiven Sicherungsbeziehungen erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Marktwertbilanzierung nicht abgebildeter Sicherungszusammenhänge mit hoher wirtschaftlicher Effektivität. Sie erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von Währungspositionen, die aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen resultieren.

Wirtschaftsbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die **Weltkonjunktur** zog 2017 deutlich an und konnte damit die seit dem Jahr 2011 anhaltende Phase sich im Trend abschwächenden Wachstums beenden. Zu dieser Entwicklung trugen sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungs- und Schwellenländer bei. Mehr als die Hälfte aller Länder weltweit sind nach vorläufigen Zahlen im Vorjahresvergleich stärker gewachsen. Nach einem schwachen Start entwickelte sich die Wirtschaft in den USA sehr robust und auch die japanische Wirtschaft legte kräftiger zu als zu Jahresbeginn erwartet. Hinzu kam die starke Performance der chinesischen Wirtschaft, die von den politischen Maßnahmen des Vorjahres profitierte. Unterstützt wurde die globale Konjunktur durch einen nur verhaltenen Inflationsdruck und günstige internationale Finanzierungsbedingungen. Im Jahresverlauf nahm auch die Unsicherheit über die politische Stabilität der Europäischen Union, die unmittelbaren Folgen der Brexit-Entscheidung und die politische Haltung der neuen US-Regierung, insbesondere bezüglich Handelsfragen, ab. Der Welthandel konnte dann auch, gestützt auf eine sich fortsetzende Erholung der Investitionstätigkeit in Industrie- und Schwellenländern, kräftiger als in den letzten Jahren zulegen.

Die Wirtschaftsentwicklung in den Mitgliedsländern der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)** hat im vergangenen Jahr mit dem stärksten Wachstum seit 2007 positiv überrascht. Insgesamt nahm die Wirtschaftsleistung in den Ländern der EWU 2017 um 2,5 % gegenüber dem Vorjahr zu. Der Zuwachs fiel damit kräftiger aus als auch von der KfW vor Jahresfrist erwartet. Das Wachstum ruht inzwischen sowohl regional als auch nachfrageseitig auf einer breiten Basis. Der private Konsum bestätigte seine Rolle als verlässliche Wachstumsstütze, getragen von den anhaltenden Verbesserungen am Arbeitsmarkt und den damit einhergehenden Einkommenszuwächsen. Für den zusätzlichen Schub sorgte insbesondere die Belebung der globalen Handelstätigkeit, von der die europäische Wirtschaft trotz des im Jahresverlauf aufwertenden Euros profitieren konnte. Gemeinsam mit den im Jahresverlauf abnehmenden politischen Risiken initiierte der außenwirtschaftliche Rückenwind eine markante Verbesserung der Stimmung in den Unternehmen, die in der Folge ihre Zurückhaltung bei der Investitionstätigkeit überwand und die günstigen Finanzierungsbedingungen verstärkt nutzten.

Deutschland wuchs 2017 ausweislich der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes um 2,2 % und damit nochmals kräftiger als 2016 (+1,9 %). Vor Jahresfrist hatte die KfW für 2017 eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 1,3 % vorhergesagt. Wie praktisch alle anderen Prognostiker hat sie die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts damit unterschätzt; die Spannbreite der Ende 2016 öffentlich verfügbaren

Konjunktüreinschätzungen für das Jahr 2017 reichte von 0,9 bis 1,7 %. Der wesentliche Grund für die ex post gesehen zu vorsichtigen Konjunkturerwartungen für das Jahr 2017 liegt in der seinerzeitigen Bewertung der politischen Unwägbarkeiten. So war die KfW insbesondere davon ausgegangen, dass angesichts der Exportorientierung Deutschlands die unklaren Folgen des Brexit-Votums und die Gefahr eines von den USA ausgehenden weniger offenen Welthandelssystems nur einen gedämpften Anstieg der Unternehmensinvestitionen zulassen würden – trotz an sich günstiger Rahmenbedingungen wie einer bereits recht hohen Auslastung der Industriekapazitäten. Diese Risiken belasteten die Investitionsbereitschaft der Firmen aber weit weniger als befürchtet, die privaten Investitionen in Ausrüstungen legten 2017 sogar beschleunigt zu. Zugleich blieben die Wohnungsbauten sowie die Konsumausgaben auf ihrem klar aufwärts gerichteten Kurs und trugen markant zu dem kräftigen Jahreswachstum bei. Vom Außenbeitrag ging bei anziehendem Export- und Importwachstum ein nur leicht anregender Effekt auf das Wirtschaftswachstum aus.

Die **Finanzmärkte** gaben 2017 insgesamt ein freundliches Bild ab und blieben von Turbulenzen verschont. Augenfällig war die starke Aktienperformance dies- und jenseits des Atlantiks bei sehr geringen Kursschwankungen und Volatilitätsindizes, die sich auf historisch niedrigem Niveau bewegten. Der Optimismus der Aktienanleger speiste sich aus einer überraschend kräftigen Weltkonjunktur bei weiterhin sehr expansiver Geldpolitik der großen Notenbanken. Durch Letztere wurden vor allem in Europa und Japan die Zinsen auf extrem niedrigem Niveau gehalten. Ferner wandten sich 2017 die internationalen Investoren wieder verstärkt Euroland-Anlagen zu. Ein wesentlicher Auslöser war hierfür der Sieg des europafreundlichen Emmanuel Macron bei der französischen Präsidentschaftswahl. Schließlich wurde zum Jahresende die Anlegerstimmung durch die Verabschiedung der US-Steuerreform abermals angehoben. Auch der Rohölpreis erholte sich 2017 merklich, was unter anderem den erdölexportierenden Ökonomien zu mehr Wachstum verholfen und damit wiederum die Weltwirtschaft per saldo gestützt haben dürfte.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat 2017 mit einem sanften Ausstieg aus ihrer unkonventionellen Geldpolitik begonnen, indem sie ab April ihr monatliches Wertpapierkaufvolumen von 80 auf 60 Mrd. EUR gesenkt hat. Angesichts einer stabileren Inflation bei kräftiger Konjunktur hat sie dann im Herbst entschieden, das Volumen ihrer Wertpapierkäufe ab Januar 2018 zu halbieren und in dieser Höhe bis mindestens September 2018 fortzuführen. Gleichzeitig wurde 2017 wiederholt kommuniziert, dass erste Leitzinserhöhungen erst deutlich nach Beendigung des Wertpapierkaufprogramms erfolgen würden. Während vor

diesem Hintergrund die Geldmarktsätze des Euroraums auf historisch niedrigem Niveau (und im negativen Bereich) nahezu unverändert blieben, kam es am Kapitalmarkt zu leichten Zinsanstiegen. Im Jahresdurchschnitt 2017 ergab sich für die Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen ein Plus von rund 24 Basispunkten gegenüber dem Vorjahr. Zum Jahresende rentierten diese bei 0,43 %. Gleichzeitig legte die Steilheit der Zinsstrukturkurve im Jahresdurchschnitt deutlich zu, wovon Bankaktien spürbar profitierten. Die größere Steilheit resultierte auch daraus, dass die EZB ab Anfang 2017 erstmals Anleihen kaufte, deren Rendite unter dem Einlagensatz der EZB von –0,40 %, lag. Hierdurch wurde die Rendite der kürzer laufenden Anleihen, die bereits nahe dem Einlagensatz rentierten, zunächst nochmals spürbar nach unten gedrückt.

Die US-Geldmarktsätze stiegen angesichts einer im Leitzinserhöhungszyklus weiter voranschreitenden US-Notenbank über das gesamte Jahr 2017 hinweg an. Die Federal Reserve (Fed) hat 2017 nicht nur drei Zinsschritte vorgenommen, sodass die Leitzinsspanne zum Jahresende das Niveau von 1,25 % bis 1,5 % erreichte. Sie hat im Herbst zudem mit einem allmählichen Abbau ihrer Bilanz begonnen, indem sie fällig werdende Wertpapiere aus ihrem Bestand nicht mehr durch Neukäufe ersetzt. Am

Entwicklung des KfW-Konzerns

Die KfW blickt auf ein erfreuliches Geschäftsjahr 2017 zurück. Die Planungen sowie die strategischen Ziele zur mittelfristig angestrebten Positionierung wurden insgesamt erreicht. Mit einem **Fördervolumen** von 76,5 Mrd. EUR (2016: 81,0 Mrd. EUR) war das Geschäftsjahr 2017 ein gutes und erfolgreiches Förderjahr. Hierbei konnte die KfW mit ihren Förderprodukten einen wichtigen Beitrag leisten, den aktuellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Der Fokus der Förderung lag auf den gesellschaftlich und ökonomisch bedeutsamen Megatrends „Klimawandel & Umwelt“, „Globalisierung“, „Digitalisierung & Innovation“ sowie „Sozialer Wandel“.

Die **Ertragslage** zeigte sich im Geschäftsjahr 2017 weiterhin sehr zufriedenstellend. Der Konzerngewinn bleibt zwar erwartungsgemäß unter dem durch Sondereffekte begünstigten hohen Niveau des Vorjahres, liegt damit aber weiterhin deutlich über dem nachhaltigen Ergebnispotenzial. Das Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand) lag mit 1,7 Mrd. EUR unter dem Vorjahr (2016: 1,9 Mrd. EUR). Die Cost-Income-Ratio (vor Förderaufwand) hat sich durch rückläufige Zinserträge und steigende Verwaltungskosten, die vor allem mit der Modernisierung des KfW-Konzerns und regulatorischen Maßnahmen (KWG-Unterstellung) in Verbindung stehen, auf 42,6 % (2016: 38,4 %) erhöht. Das Bewertungsergebnis leistete einen positiven und über den Erwartungen liegenden Beitrag zum Konzerngewinn. Dieser Beitrag fällt aber per saldo geringer aus als im Vorjahr. Die Gründe hierfür sind zum einen die gestiegenen, aber weiterhin deutlich unter Plan liegenden Nettobelastungen aus der Kreditrisikovorsorge und zum anderen

Staatsanleihenmarkt der USA zogen vor allem die kürzeren Laufzeiten stark an, weil Marktteilnehmer erwarteten, dass die Fed zwar auf kürzere Sicht mehrfach ihre Leitzinsen anheben würde, aber mittelfristig wegen des fortgeschrittenen Konjunkturzyklus kaum über ein Niveau von gut 2 % hinauskommen würde. Folglich verflachte sich die Zinsstrukturkurve merklich: Hatte die Differenz der Renditen von zehn- und zweijährigen US-Staatsanleihen Anfang 2017 noch bei gut 120 Basispunkten gelegen, so notierte sie am Jahresende nur noch bei etwas über 50. In diesem Zeitraum war die Verzinsung zehnjähriger Anleihen um knapp zehn Basispunkte auf rund 2,4 % gestiegen.

Der EUR/USD-Wechselkurs legte 2017 spürbar zu – von rund 1,05 USD pro EUR zu Jahresbeginn auf 1,2 zum Jahresende. Diese Eurostärke war dabei nicht mit einem Rückgang des Zinsvorsprungs des US-Dollars zu erklären, sondern mit einer Wiederentdeckung des Euroraums durch die internationalen Anleger nach dem positiven Ausgang der französischen Präsidentschaftswahl. Ab diesem Zeitpunkt stieg der EUR/USD-Wechselkurs merklich an und konsolidierte dann im Herbst. Im Jahresdurchschnitt 2017 lag er mit 1,13 knapp über dem Vorjahresniveau von 1,11.

die negativen wechselkursinduzierten Effekte im Beteiligungsportfolio. Hierdurch konnte ein guter Konzerngewinn erzielt werden, der mit 1,4 Mrd. EUR unter dem Niveau des Vorjahres (2016: 2,0 Mrd. EUR), aber über den Erwartungen liegt. Der um die IFRS-bedingten Effekte aus der Abbildung von Sicherungszusammenhängen bereinigte Konzerngewinn liegt bei 1,2 Mrd. EUR (2016: 1,8 Mrd. EUR). Die KfW stabilisiert mit diesem Ergebnis die Kapitalbasis zur nachhaltigen Sicherstellung der Förderfähigkeit und zur Erfüllung der regulatorischen Anforderungen. Für das Geschäftsjahr 2018 erwartet die KfW in ihrer aktuellen Konzernergebnisplanung einen Konzerngewinn vor IFRS-Effekten von rund 0,9 Mrd. EUR. Dieser bewegt sich am unteren Rand der strategischen Zielgrößen.

Die **Bilanzsumme** des Konzerns ist im Geschäftsjahr 2017 um 34,7 Mrd. EUR auf 472,3 Mrd. EUR gesunken. Zurückzuführen ist der Rückgang auf den um 24,9 Mrd. EUR gesunkenen Bilanzansatz der zu Sicherungszwecken eingesetzten Derivate und eine um 11,3 Mrd. EUR niedrigere Liquiditätshaltung (33,8 Mrd. EUR). Refinanziert wird das Fördergeschäft im Wesentlichen an den internationalen Kapitalmärkten. Das Volumen der in den Verbriefen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Eigenemissionen liegt bei 406,3 Mrd. EUR (31.12.2016: 422,6 Mrd. EUR). Der Anstieg des bilanziellen Eigenkapitals um 1,7 Mrd. EUR auf 28,7 Mrd. EUR resultiert insbesondere aus dem Konzernergebnis.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2017 wurde im Wesentlichen von folgenden Entwicklungen geprägt:

A. Ungebrochen hohe Nachfrage nach KfW-Produkten

Der Konzern konnte im Geschäftsjahr 2017 mit einem Fördervolumen von 76,5 Mrd. EUR (2016: 81,0 Mrd. EUR) das geplante Neugeschäftsvolumen von 75,5 Mrd. EUR knapp übertreffen. Diese Entwicklung resultiert insbesondere aus der hohen Nachfrage in der Förderung von Klima- und Umweltschutzvorhaben, die mit 43 % (2016: 44 %) die KfW als einen der größten Finanziere von Klima- und Umweltschutzmaßnahmen auszeichnet.

Die Inlandsförderung der KfW blickt mit einem Fördervolumen in Höhe von 51,8 Mrd. EUR (2016: 55,1 Mrd. EUR) auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2017 zurück. Das Ergebnis spiegelt vor allem die hohe Nachfrage nach Investitionskrediten in den Bereichen betriebliche Energieeffizienz, Digitalisierung und Innovation sowie die anhaltend hohe Nachfrage bei Wohnungsbaufinanzie-

runge wider. Die Mittelstandsquote zeigte 2017 mit 44 % (2016: 41 %) eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr. Das Fördervolumen im Auslandsgeschäft liegt mit 23,6 Mrd. EUR auf einem stabilen Niveau (2016: 24,9 Mrd. EUR). In dem von hohem Wettbewerb geprägten Marktumfeld im Jahr 2017 wurde ein Neuzusagevolumen von 13,8 Mrd. EUR (2016: 16,1 Mrd. EUR) erzielt. Das Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer konnte das Fördervolumen mit 9,8 Mrd. EUR (2016: 8,9 Mrd. EUR) leicht steigern, wobei ein Großteil der Neuzusagen auf Projekte im Bereich Klima- und Umweltschutz entfiel.

Zur Refinanzierung der Geschäftsaktivitäten hat die KfW an den internationalen Kapitalmärkten Mittel in Höhe von 78,2 Mrd. EUR (2016: 72,8 Mrd. EUR) aufgenommen.

Fördervolumen des KfW-Konzerns

	2017 Mrd. EUR	2016 Mrd. EUR
Inlandsgeschäft	51,8	55,1
Mittelstandsbank	21,9	21,4
Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute	29,9	33,7
Finanzmärkte	1,5	1,3
Auslandsgeschäft	23,5	24,9
Export- und Projektfinanzierung	13,8	16,1
Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer	9,8	8,9
Volumen Neuzusagen¹⁾	76,5	81,0

¹⁾ Bereinigt um Export- und Projektfinanzierungen mit Refinanzierung aus KfW-Programmkrediten

B. Operatives Ergebnis leicht unter den Erwartungen

Das Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand) liegt mit 1.661 Mio. EUR (2016: 1.898 Mio. EUR) unter dem Niveau des Vorjahres. Dabei stellt der leicht rückläufige Zinsüberschuss (vor Förderaufwand) in Höhe von 2.579 Mio. EUR (2016: 2.802 Mio. EUR) auf Basis der weiterhin guten Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW unverändert die wesentliche Ertragsquelle dar.

Der Provisionsüberschuss (vor Förderaufwand) lag mit 316 Mio. EUR über dem Niveau des Vorjahres (2016: 280 Mio. EUR).

Bei den Verwaltungsaufwendungen (vor Förderaufwand) war mit 1.234 Mio. EUR (2016: 1.185 Mio. EUR) ein leichter Anstieg zu verzeichnen, der insgesamt aber auf Planniveau lag. Ausschlaggebend für diese Entwicklung sind insbesondere die umfangreichen Investitionen in die Modernisierung des KfW-Konzerns.

C. Positives Bewertungsergebnis profitiert weiterhin von niedriger Risikovorsorge

Aus der Risikovorsorge im Kreditgeschäft ergaben sich im Jahr 2017 Ergebnisbelastungen in Höhe von 209 Mio. EUR. Diese liegen weiterhin deutlich unterhalb der in der Planung angesetzten Standardrisikokosten, aber über dem Wert des Vorjahres (2016: 150 Mio. EUR).

Die rein IFRS-bedingten Effekte aus der Bewertung von Derivaten, die zu Sicherungszwecken eingesetzt werden, liegen mit 235 Mio. EUR (2016: 233 Mio. EUR) auf dem Niveau des Vorjahres. Der negative Beitrag aus dem Beteiligungsportfolio in Höhe von -19 Mio. EUR (2016: 98 Mio. EUR) resultiert vor allem aus dem Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer. Hier haben im DEG-Portfolio negative Wechselkursinduzierte Effekte die positive Wertentwicklung in Höhe überkompensiert, sodass per saldo ein Ergebnis in Höhe von -61 Mio. EUR erzielt wurde.

Im Wertpapierportfolio wurde ein nahezu gleichbleibendes Ergebnis von 8 Mio. EUR (2016: 9 Mio. EUR) erzielt.

D. Begrenzter Verbilligungsspielraum im anhaltenden Niedrigzinsumfeld

Der von der KfW zu Lasten der eigenen Ertragslage erbrachte Förderaufwand im Inlandsgeschäft ist im Geschäftsjahr 2017 leicht auf 213 Mio. EUR (2016: 230 Mio. EUR) gesunken und liegt damit deutlich unter den Erwartungen. Ursächlich hierfür waren rückläufige Zinsverbilligungen (186 Mio. EUR; 2016: 193 Mio. EUR),

insbesondere aufgrund der geringeren Nachfrage nach aus KfW-Mitteln verbilligten Förderkrediten und des im Niedrigzinsumfeld verringerten Verbilligungsspielraums.

Die folgenden Kennzahlen geben einen Überblick über die Entwicklungen im Geschäftsjahr 2017:

Finanzkennzahlen des KfW-Konzerns

	2017	2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Erfolgskennzahlen		
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand)	1.661	1.898
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderaufwand)	1.669	2.108
Förderaufwand	213	230
Konzerngewinn	1.427	2.002
Cost-Income-Ratio (vor Förderaufwand) ¹⁾	42,6 %	38,4 %
	2017	2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Ökonomische Kennzahlen		
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	1.192	1.769
	31.12.2017	31.12.2016
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Bilanzkennzahlen		
Bilanzsumme	472,3	507,0
Kreditvolumen	471,7	472,4
Geschäftsvolumen	572,2	609,2
Bilanzielles Eigenkapital	28,7	27,1
Bilanzielle Eigenkapitalquote	6,1 %	5,3 %

¹⁾ Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand) in Relation zum bereinigten Ertrag. Der bereinigte Ertrag berechnet sich aus der Größe des Zins- und Provisionsüberschusses (jeweils vor Förderaufwand).

Entwicklung der Ertragslage

Die weiterhin erfreuliche Ertragslage 2017 ist durch ein gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufiges Ergebnis im operativen Geschäft sowie durch ein positives Bewertungsergebnis ge-

prägt. Hieraus resultiert ein Konzerngewinn von 1,4 Mrd. EUR, der zwar erwartungsgemäß unter dem Vorjahresergebnis liegt, jedoch die Planung übertrifft.

Überleitungsrechnung Ertragslage vor/nach Förderaufwand für das Geschäftsjahr 2017

	Mio. EUR	Förderaufwand Mio. EUR	Mio. EUR	
Zinsüberschuss (vor Förderaufwand)	2.579	-186	2.393	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss (vor Förderaufwand)	316	-14	303	Provisionsüberschuss
Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand)	1.234	14	1.247	Verwaltungsaufwand
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand)	1.661	-213	1.448	Betriebsergebnis vor Bewertungen
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-209		-209	Risikovorsorge im Kreditgeschäft
Ergebnisse aus Hedge Accounting	591		591	Ergebnisse aus Hedge Accounting
Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	-397		-397	Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente
Ergebnisse aus Finanzanlagen	0		0	Ergebnisse aus Finanzanlagen
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	22		22	Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderaufwand)	1.669	-213	1.456	Betriebsergebnis nach Bewertungen
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-2		-2	Sonstiges betriebliches Ergebnis
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderaufwand)	1.667	-213	1.453	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Förderaufwand	213	-213	0	-
Ertragsteueraufwand	26		26	Ertragsteueraufwand
Konzerngewinn	1.427		1.427	Konzerngewinn
Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen	-235		-235	Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	1.192		1.192	Konzerngewinn vor IFRS-Effekten

	Mio. EUR	Förderaufwand Mio. EUR	Mio. EUR	
Zinsüberschuss (vor Förderaufwand)	2.802	-193	2.610	Zinsüberschuss
Provisionsüberschuss (vor Förderaufwand)	280	-23	257	Provisionsüberschuss
Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand)	1.185	14	1.199	Verwaltungsaufwand
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand)	1.898	-230	1.668	Betriebsergebnis vor Bewertungen
Risikoversorge im Kreditgeschäft	-150		-150	Risikoversorge im Kreditgeschäft
Ergebnisse aus Hedge Accounting	294		294	Ergebnisse aus Hedge Accounting
Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	55		55	Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente
Ergebnisse aus Finanzanlagen	-10		-10	Ergebnisse aus Finanzanlagen
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	21		21	Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen
Betriebsergebnis nach Bewertungen (vor Förderaufwand)	2.108	-230	1.878	Betriebsergebnis nach Bewertungen
Sonstiges betriebliches Ergebnis	102		102	Sonstiges betriebliches Ergebnis
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderaufwand)	2.210	-230	1.980	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
Förderaufwand	230	-230	0	-
Ertragsteueraufwand	-21		-21	Ertragsteueraufwand
Konzerngewinn	2.002		2.002	Konzerngewinn
Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen	-233		-233	Temporäre Ergebniseffekte aus Sicherungsbeziehungen
Konzerngewinn vor IFRS-Effekten	1.769		1.769	Konzerngewinn vor IFRS-Effekten

Das **Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand)** liegt mit 1.661 Mio. EUR (2016: 1.898 Mio. EUR) unter dem Vorjahresniveau und leicht unter den Planungen.

Der **Zinsüberschuss (vor Förderaufwand)** ist mit 2.579 Mio. EUR gegenüber dem Geschäftsjahr 2016 (2.802 Mio. EUR) leicht rückläufig. Der Rückgang ist zum einen darauf zurückzuführen, dass der in den vergangenen Jahren im Rahmen der ERP-Wirtschaftsförderung vereinnahmte Zuschuss (2016: 98 Mio. EUR) 2017 nicht mehr gewährt wurde. Zum anderen führten geringere Erträge aus Vorfälligkeitsentschädigungen von 123 Mio. EUR (2016: 154 Mio. EUR) sowie die vertragliche Neugestaltung der Förderprogramme Energieeffizient Bauen und Sanieren zum 01.07.2017 und eine damit verbundene Vereinnahmung der Vergütung in Höhe von 34 Mio. EUR im Provisionsüberschuss zu einem Rückgang der Zinserträge. Unabhängig von diesen Entwicklungen blieben die Zinsmargen im Aktivgeschäft weiterhin stabil. Auch die Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW am Kapital- und Geldmarkt waren infolge der erstklassigen Bonität weiterhin sehr gut und trugen substantiell zum Zinsergebnis bei. Insgesamt bleibt der Zinsüberschuss unverändert die wichtigste Ertragsquelle.

Der **Provisionsüberschuss (vor Förderaufwand)** liegt mit 316 Mio. EUR über dem Niveau des Jahres 2016 (280 Mio. EUR). Maßgeblich für den Anstieg sind die Vergütung für die Förderprogramme Energieeffizient Bauen und Sanieren in Höhe von 74 Mio. EUR (2016: 35 Mio. EUR) sowie höhere Kreditbearbei-

tungsgebühren mit 120 Mio. EUR (2016: 98 Mio. EUR). Daneben vereinnahmte die KfW aus der Abwicklung der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) für die Bundesrepublik Deutschland im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer Provisionserträge von insgesamt 180 Mio. EUR (2016: 175 Mio. EUR), denen entsprechende Aufwände im Verwaltungsaufwand gegenüberstehen.

Der Anstieg des **Verwaltungsaufwands (vor Förderaufwand)** auf 1.234 Mio. EUR (2016: 1.185 Mio. EUR) liegt insgesamt im Rahmen der Erwartungen. Aufwandstreiber sind weiterhin die Maßnahmen im Zusammenhang mit der KWG-Unterstellung sowie die umfangreichen Investitionen in die weitere Modernisierung des KfW-Konzerns.

Der Personalaufwand hat sich mit 668 Mio. EUR (2016: 634 Mio. EUR) um 34 Mio. EUR erhöht. Neben der größeren Anzahl Beschäftigter wirkten sich auch tarifliche Gehaltserhöhungen aus. Der Sachaufwand (vor Förderaufwand) beträgt 566 Mio. EUR (2016: 550 Mio. EUR). Der Anstieg um 15 Mio. EUR resultiert insbesondere aus in Anspruch genommenen Beratungs- bzw. Unterstützungsleistungen. Diese betreffen insbesondere die notwendige Umsetzung regulatorischer Vorgaben sowie die umfassende Modernisierung der IT-Architektur der KfW, die auch in den kommenden Jahren intensiv fortgesetzt wird. Aus diesem umfangreichen Projektportfolio wird auch künftig ein Anstieg des Verwaltungsaufwands erwartet.

Die **Cost-Income-Ratio (vor Förderaufwand)** ist vor allem aufgrund der insgesamt rückläufigen operativen Erträge sowie der erhöhten Aufwendungen aus der KWG-Unterstellung und der weiteren Modernisierung der KfW auf 42,6 % (2016: 38,4 %) gestiegen.

Aus der **Kreditrisikoversorge** im Konzern ergaben sich zwar im Vergleich zum Vorjahr gestiegene Ergebnisbelastungen in Höhe von 209 Mio. EUR (2016: 150 Mio. EUR), die jedoch weiterhin deutlich unterhalb der Planungen gemäß den Standardrisikokosten liegen. Risikoversorgeaufwand ergab sich per saldo insbesondere im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung sowie im Geschäftsfeld Förderung Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute in der Bildungsfinanzierung.

Die Nettozuführungen zur Vorsorge für die akuten Kreditrisiken einschließlich der Direktabschreibungen zeigen sich mit 316 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (381 Mio. EUR) rückläufig und betreffen insbesondere das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung mit Zuführungen von 147 Mio. EUR (2016: 192 Mio. EUR). Davon entfallen 61 Mio. EUR auf das Segment Maritime Industrie, das im Vorjahr im Zuge der Portfoliobereinigung noch Nettozuführungen von 195 Mio. EUR aufgewiesen hat. Einen Anstieg der Nettozuführungen verzeichnet mit 128 Mio. EUR die Inlandsförderung (2016: 81 Mio. EUR), die zu gleichen Teilen auf die Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute entfällt. Demgegenüber haben sich die Erträge aus Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen mit 107 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (216 Mio. EUR) nahezu halbiert. Hiervon entfielen 40 Mio. EUR auf das Geschäftsfeld Mittelstandsbank (2016: 36 Mio. EUR) sowie 43 Mio. EUR auf das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung (2016: 61 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr 2017 reduzierte sich der Vorsorgebestand von 1,1 Mrd. EUR auf 1,0 Mrd. EUR. Dieser betrifft in Höhe von 0,4 Mrd. EUR das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung sowie in Höhe von 0,3 Mrd. EUR das Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer.

Die Vorsorge für einzelne noch nicht zuordenbare Risiken im Kreditportfolio blieb 2017 mit einem Bestand von 0,6 Mrd. EUR nahezu unverändert.

Die bestehende Kreditrisikoversorge deckt alle akuten und latenten Risiken in konsequenter Fortsetzung der vorsichtigen Risikopolitik im KfW-Konzern ab.

Das **Ergebnis aus Hedge Accounting und Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente** beträgt 194 Mio. EUR (2016: 349 Mio. EUR) und war im Geschäftsjahr 2017 im Wesentlichen durch negative Effekte aus dem Beteiligungsportfolio sowie gegenläufig durch hohe positive rein IFRS-bedingte Effekte aus der Bewertung von Derivaten, die zu Sicherungszwecken eingesetzt werden, geprägt.

Das erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Beteiligungsportfolio wurde durch die positive Entwicklung der Investments und gegenläufige Wechselkursinduzierte Wertminderungen – insbesondere aus der Abwertung des US-Dollars –

geprägt. Im Ergebnis führte die Bewertung zu einem Aufwand von 32 Mio. EUR (2016: Ertrag von 99 Mio. EUR). Diese Entwicklung ist vor allem auf die Geschäftsaktivitäten der DEG in der Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer zurückzuführen.

Leicht positiv war das Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung mit Erträgen in Höhe von 4 Mio. EUR (2016: 11 Mio. EUR), resultierend aus Wechselkursänderungen, insbesondere beim US-Dollar, in Verbindung mit entsprechenden konzernbilanziellen Währungspositionen.

Darüber hinaus resultierten per saldo Erträge aus dem Hedge Accounting und den zum Fair Value bilanzierten Mittelaufnahmen einschließlich Sicherungsderivaten von in Summe 235 Mio. EUR (2016: 233 Mio. EUR). Dabei sind die marktbewerteten Derivate jeweils Bestandteil von wirtschaftlich geschlossenen Positionen. Soweit jedoch der andere Teil der jeweils geschlossenen Position nicht zum Marktwert ausgewiesen werden darf bzw. unterschiedliche Bewertungsmethoden anzuwenden sind, kommt es zwangsläufig zu temporären Ergebnisschwankungen, die sich über die Laufzeit der Geschäfte vollständig ausgleichen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen** war positiv und lag per saldo bei 22 Mio. EUR (2016: 11 Mio. EUR).

Die Wertpapiere, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, haben mit 9 Mio. EUR positiv zum Ergebnis beigetragen (2016: 12 Mio. EUR).

Die allgemeine Entwicklung an den Finanzmärkten führte zu nicht erfolgswirksamen Wertsteigerungen bei Wertpapieren in Höhe von 44 Mio. EUR (2016: 59 Mio. EUR Wertsteigerungen), die in den Neubewertungsrücklagen im Eigenkapital erfasst werden. Dazu beigetragen haben insbesondere europäische Pfandbriefe. Darüber hinaus ist bei den nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Beständen der positive Unterschiedsbetrag zwischen dem Bilanzansatz und dem beizulegenden Zeitwert per saldo um 12 Mio. EUR auf 67 Mio. EUR zum 31.12.2017 angestiegen (2016: um 36 Mio. EUR angestiegen). Zurückzuführen ist diese Entwicklung unter anderem auf Wertaufholungen bei Wertpapieren aus dem Kreditgeschäft in Wertpapierform.

Gegenläufig entwickelten sich die Beteiligungen, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, mit Ergebnisbelastungen in Höhe von insgesamt 9 Mio. EUR (2016: 22 Mio. EUR).

Aus den nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen erzielte der Konzern ein positives Ergebnis in Höhe von 22 Mio. EUR (2016: 21 Mio. EUR). Für den Ergebnisbeitrag zeichnet insbesondere die Wertentwicklung der DC Nordseekabel GmbH & Co. KG im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung verantwortlich.

Das **Sonstige betriebliche Ergebnis** liegt mit –2 Mio. EUR deutlich unter dem Wert des Vorjahres (2016: 102 Mio. EUR). Der Vorjahreswert war von Erträgen aus dem Erlass der Rückzahlung des vom ERP-Sondervermögen (ERP-SV) gewährten Nachrang-

darlehens in Höhe von 100 Mio. EUR geprägt, die im Berichtsjahr infolge einer vertraglichen Neuregelung nicht vereinnahmt wurden. In diesem Zusammenhang wurde das verbliebene Nachrangdarlehen in Höhe von 200 Mio. EUR an das ERP-Sondervermögen zurückgezahlt.

Der von der KfW zu Lasten der eigenen Ertragslage erbrachte **Förderaufwand** im Inlandsgeschäft lag im Geschäftsjahr 2017 mit 213 Mio. EUR leicht unter dem Niveau des Vorjahres (230 Mio. EUR) und deutlich unter den Planwerten.

Die wesentliche Komponente des von der KfW insgesamt erbrachten Förderaufwands sind Zinsverbilligungen, die die KfW bei bestimmten Förderkrediten im Inlandsgeschäft während der ersten Zinsbindungsperiode zusätzlich zur Weitergabe ihrer günstigen Refinanzierungskonditionen zu Lasten der Ertragslage gewährt. Im Geschäftsjahr 2017 ging das Volumen der geleisteten Zinsverbilligungen leicht auf 186 Mio. EUR (2016: 193 Mio. EUR) zurück. Ursächlich hierfür war zum einen der nachfragebedingte Rückgang an zinsverbilligten Förderkrediten. Zum anderen verringerte das anhaltend niedrige Zinsniveau das Potenzial, mit zusätzlichen Verbilligungen Steuerungsimpulse im Fördergeschäft zu setzen.

Daneben sind im Provisionsüberschuss bzw. Verwaltungsaufwand ausgewiesene Förderaufwände in Höhe von insgesamt 27 Mio. EUR (2016: 37 Mio. EUR) erbracht worden, die unter anderem einen besseren und zielgerichteten Vertrieb von KfW-Förderprodukten zum Ziel haben.

Unter Berücksichtigung der Ertragsteuerbelastungen (26 Mio. EUR) ergibt sich mit 1.427 Mio. EUR ein **Konzerngewinn**, der zwar unter dem Vorjahr (2.002 Mio. EUR), jedoch deutlich über den Erwartungen liegt.

Entwicklung der Vermögenslage

Das Kreditgeschäft mit Kreditinstituten und Kunden ist unverändert das Kerngeschäft des Konzerns. 80% des Konzernvermögens betrafen zum 31.12.2017 das Kreditgeschäft.

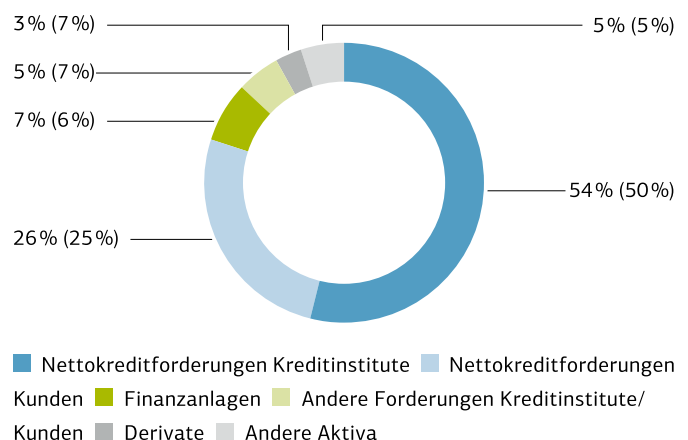
Der **Konzerngewinn vor IFRS-Effekten aus Sicherungszusammenhängen** ist eine auf den nach IFRS ermittelten Konzerngewinn aufsetzende weiterführende Ergebnisrechnung des Konzerns, die berücksichtigt, dass derivative Finanzinstrumente zu Sicherungszwecken abgeschlossen werden. Aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen ergeben sich unter IFRS trotzdem temporäre Ergebniseffekte. Diese sind aufgrund der wirtschaftlich effektiven Sicherungswirkung nach Auffassung der KfW nicht sachgerecht.

Es werden deshalb folgende Überleitungen durch Eliminierung temporärer Ergebniskomponenten in Höhe von –235 Mio. EUR (2016: –233 Mio. EUR) vorgenommen:

- Bewertungsergebnisse aus dem Micro und Macro Hedge Accounting. Alle Sicherungsbeziehungen sind wirtschaftlich effektiv und erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Nutzung der *Fair-Value-Option* zur Vermeidung eines *Accounting Mismatch* bei Mittelaufnahmen einschließlich zugehöriger Sicherungsderivate. Die wirtschaftlich effektiven Sicherungsbeziehungen erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Bewertungsergebnisse aus der Marktwertbilanzierung nicht abgebildeter Sicherungszusammenhänge mit hoher wirtschaftlicher Effektivität. Sie erzielen über die Gesamtlaufzeit keinen Ergebnisbeitrag.
- Ergebnisse aus der Währungsumrechnung von Währungspositionen, die aus den Vorgaben zur Bilanzierung und Bewertung von Derivaten und Sicherungsbeziehungen resultieren.

Die übergeleitete Ertragslage schließt mit einem Gewinn von 1.192 Mio. EUR (2016: 1.769 Mio. EUR). Insgesamt hat der KfW-Konzern im Geschäftsjahr 2017 ein gutes Ergebnis erzielt, das sich weiterhin oberhalb des nachhaltigen Ertragspotenzials bewegt.

Vermögenslage 31.12.2017 (31.12.2016)



Das **Kreditvolumen** liegt mit 471,7 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Kreditvolumen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen aus Krediten und Darlehen	378.436	377.871	564
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1.457	-1.610	153
Nettokreditforderungen	376.979	376.262	717
Eventualverpflichtungen aus Avalkrediten	2.229	2.647	-418
Unwiderrufliche Kreditzusagen	80.032	80.410	-378
Treuhänderisch ausgereichte Kredite und Darlehen	12.433	13.073	-641
Gesamt	471.673	472.392	-720

Die Forderungen aus Krediten und Darlehen konnten im Jahr 2017 einen leichten Anstieg verzeichnen, der von verschiedenen Effekten geprägt war. Hierbei haben die Auszahlungen im Kreditneugeschäft die außerplanmäßigen Tilgungen in Höhe von 13,4 Mrd. EUR (2016: 12,8 Mrd. EUR) sowie die Wechselkurseffekte, insbesondere aus dem schwächeren US-Dollar, überkompensiert. Insgesamt stellten die Nettokreditforderungen mit 377,0 Mrd. EUR 80 % (31.12.2016: 80 %) des Kreditvolumens dar.

Die Eventualverpflichtungen aus dem Avalkreditgeschäft sind von 2,6 Mrd. EUR auf 2,2 Mrd. EUR zurückgegangen. Die Unwiderruflichen Kreditzusagen bewegten sich mit 80,0 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Im Treuhandvermögen ist das

Volumen der treuhänderisch ausgereichten Kredite und Darlehen, die vor allem die Kredite zur Förderung der Entwicklungsländer mit Refinanzierung aus Haushaltsmitteln der Bundesrepublik Deutschland umfassen, leicht um 0,6 Mrd. EUR auf 12,4 Mrd. EUR gesunken.

Die Anderen Forderungen an Kreditinstitute und Kunden lagen mit 23,8 Mrd. EUR deutlich unter dem Vorjahresniveau von 34,8 Mrd. EUR. Darin enthalten sind insbesondere kurzfristige besicherte und unbesicherte Anlagen im Rahmen der allgemeinen Liquiditätshaltung sowie im Zusammenhang mit dem Sicherheitenmanagement im Derivategeschäft. Der Rückgang betrifft insbesondere die kurzfristigen besicherten Geldanlagen.

Der Gesamtbestand der **Finanzanlagen** lag mit 33,6 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

Finanzanlagen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.900	30.118	782
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	1	-1
Beteiligungen	2.672	2.595	77
Anteile an nicht einbezogenen Tochterunternehmen	43	0	43
Gesamt	33.615	32.715	900

Wesentliche Positionen der Finanzanlagen stellten die im Geschäftsjahr 2017 leicht angestiegenen Wertpapierbestände dar. Die Bestandserhöhung resultiert nahezu vollständig aus dem Anstieg der gehaltenen Anleihen und Schuldverschreibungen um 0,7 Mrd. EUR auf 29,6 Mrd. EUR, während sich das Volumen der Geldmarktpapiere leicht um 0,1 Mrd. EUR auf 1,3 Mrd. EUR erhöhte. Darüber hinaus erhöhte sich der Ausweis von Beteiligungen um 0,1 Mrd. EUR auf 2,7 Mrd. EUR.

Aus Derivaten mit positiven Marktwerten, die insbesondere zur Absicherung von Refinanzierungen eingesetzt werden, resultiert insbesondere aufgrund der Entwicklung der Marktparameter ein Rückgang von 34,8 Mrd. EUR um 20,6 Mrd. EUR auf 14,2 Mrd. EUR. Zum Rückgang trug nicht nur die Marktwertentwicklung bei, sondern auch die 2017 in der KfW eingeführte

Abwicklung von Derivategeschäften über das zentrale Clearing der EUREX, das zu einem bilanziellen Nettoausweis der betroffenen Derivategeschäfte mit positivem und negativem Marktwert führt. Für die bei dem zentralen Clearing nicht berücksichtigten Geschäfte verringern die mit den Kontrahenten getroffenen Nettingabreden sowie Besicherungsvereinbarungen (im Wesentlichen hereingenommene Barsicherheiten) das Kontrahentenrisiko substanziell. Die Wertanpassungen aus dem Macro Hedging für Grundgeschäftsportfolios aus Bilanzaktiva sind von 13,9 Mrd. EUR um 4,3 Mrd. EUR auf 9,6 Mrd. EUR gesunken.

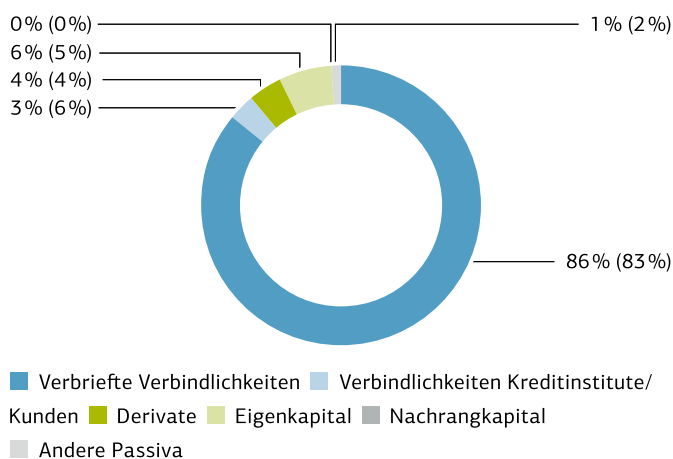
Die weiteren Bilanzaktiva haben sich nur in geringem Umfang verändert.

Entwicklung der Finanzlage

Die Refinanzierungsstrategie des Konzerns an den internationalen Kapitalmärkten basiert auf den drei Säulen „Benchmark-Anleihen in Euro und US-Dollar“, „andere öffentliche Anleihen“ und „Privatplatzierungen“. Mit einem gegenüber dem Vorjahr von 83 % auf 86 % gestiegenen Anteil an der Bilanzsumme waren die Mittelaufnahmen in Form von Verbrieften Verbindlichkeiten unverändert prägend.

Finanzlage

31.12.2017 (31.12.2016)



Das Volumen der aufgenommenen **fremden Mittel** hat sich um 32,1 Mrd. EUR auf 422,2 Mrd. EUR reduziert.

Fremde Mittel

	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Geldmarktaufnahmen	40.497	49.736	-9.239
Anleihen und Schuldverschreibungen	366.105	375.483	-9.379
Andere Mittelaufnahmen	15.563	28.806	-13.243
Nachrangkapital	0	200	-200
Gesamt	422.164	454.225	-32.061

Mittelaufnahmen in Form von emittierten mittel- und langfristigen Anleihen und Schuldverschreibungen der KfW stellten die Hauptrefinanzierungsquelle im Konzern dar. Sie deckten zum 31.12.2017 mit 366,1 Mrd. EUR (2016: 375,5 Mrd. EUR) 87 % der aufgenommenen fremden Mittel ab. Kurzfristige Emissionen in Form von Commercial Papers sind um 6,9 Mrd. EUR gesunken und beliefen sich auf 40,2 Mrd. EUR. Die kurzfristigen Mittelaufnahmen betrugen einschließlich Tages- und Termingeldern insgesamt 40,5 Mrd. EUR. Die Anderen Mittelaufnahmen umfassen bei der KfW neben Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und Kunden, die mit 7,1 Mrd. EUR gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mrd. EUR rückläufig sind, vor allem hereingenommene Barsicherheiten, die im Wesentlichen zur Absicherung des Kontrahentenrisikos aus dem Derivategeschäft dienen, in Höhe von 4,2 Mrd. EUR (31.12.2016: 17,8 Mrd. EUR) sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund.

Das **bilanzielle Eigenkapital** liegt mit 28,7 Mrd. EUR über dem Niveau vom 31.12.2016 von 27,1 Mrd. EUR. Der Anstieg resultiert insbesondere aus dem Konzerngewinn (1,4 Mrd. EUR) sowie aus der ergebnisneutralen Bewertung von Beteiligungen zum

Der Bestand der Derivate mit negativen Marktwerten, die insbesondere zur Absicherung von Kreditforderungen eingesetzt wurden, hat sich vor allem aufgrund der Entwicklung der Marktparameter von 21,5 Mrd. EUR um 4,1 Mrd. EUR auf 17,4 Mrd. EUR zum Jahresende 2017 reduziert.

Das vom ERP-Sondervermögen im Rahmen der Neustrukturierung der ERP-Wirtschaftsförderung 2007 gewährte Nachrangdarlehen wurde im Geschäftsjahr 2017 vollständig zurückgezahlt. Das Nachrangdarlehen wurde zum 31.12.2016 noch mit einem Saldo von 0,2 Mrd. EUR unter dem Nachrangkapital ausgewiesen.

Die weiteren Bilanzpassiva haben sich nur in geringem Umfang verändert.

Fair Value (0,2 Mrd. EUR). Die bilanzielle Eigenkapitalquote hat sich infolge der Eigenkapitalerhöhung bei gleichzeitig sinkender Bilanzsumme von 5,3 % Ende 2016 auf 6,1 % zum 31.12.2017 verbessert.

Eigenkapital

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Eingezahltes gezeichnetes Kapital	3.300	3.300	0
Kapitalrücklage	8.447	8.447	0
darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens	7.150	7.150	0
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	1.191	0
Gewinnrücklagen	15.500	14.092	1.407
Fonds für allgemeine Bankrisiken	600	600	0
Neubewertungsrücklagen	-295	-576	281
Gesamt	28.742	27.055	1.688

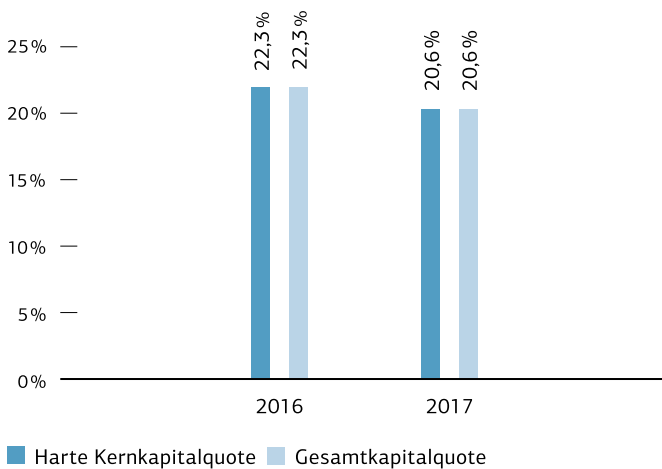
Mit dem Konzerngewinn konnten die Gewinnrücklagen dotiert werden.

Risikobericht

Übersicht über wesentliche Kennzahlen

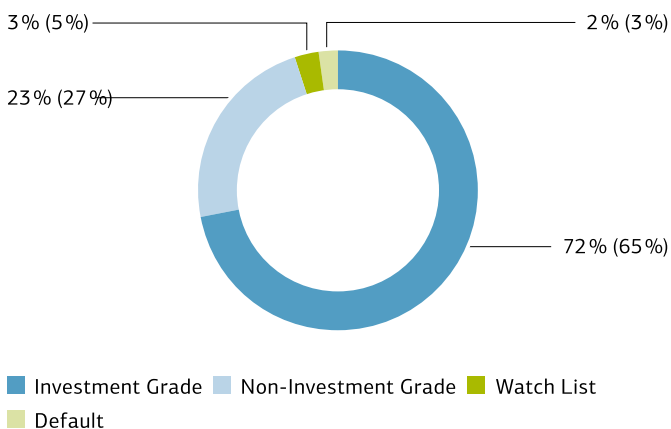
Die Risikoberichterstattung erfolgt entsprechend der internen Risikosteuerung der KfW auf Konzernebene. Nachfolgend werden die zentralen Risikokennzahlen dargestellt:

Aufsichtsrechtliche Eigenkapitalquoten: weiterhin auf gutem Niveau



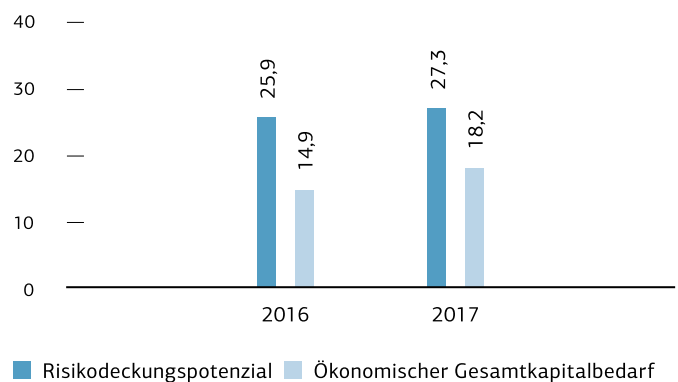
Per 30.06.2017 hat die KfW die aufsichtliche Zulassung zur Bewertung wesentlicher Portfoliosegmente gemäß fortgeschrittenem auf internem Rating basierendem Ansatz (IRB-Ansatz) erhalten. Der Rückgang in der Kapitalquote ist insbesondere auf Umstellungseffekte aus der zuvor für interne Zwecke erfolgten sinngemäßen IRB-Anwendung zurückzuführen.

Kreditrisiko: weiterhin gute Bonitätsstruktur 2017 (2016), Netto-Exposure-Verteilung



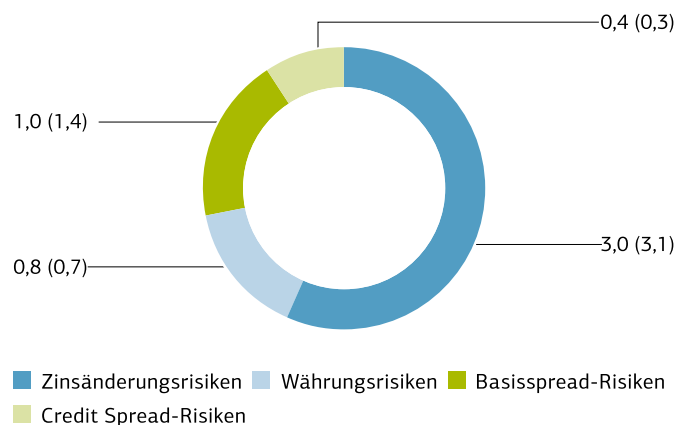
Der Investment-Grade-Bereich umfasst 72 % des gesamten Netto-Exposures. Die Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen [EWB], Portfolioberichtigungen [PoWB], Kreditrückstellungen) ging 2017 leicht zurück auf 1,5 Mrd. EUR (31.12.2016: 1,7 Mrd. EUR).

Ökonomische Risikotragfähigkeit: deutlich sichergestellt in Mrd. EUR



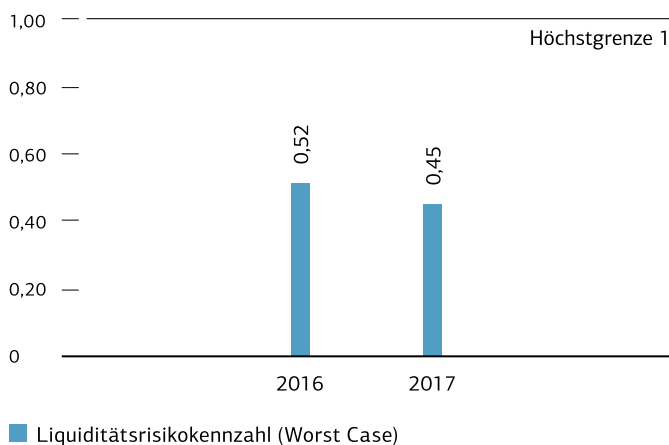
Die Überdeckung hat sich aufgrund eines höheren Gesamtkapitalbedarfs reduziert. Insgesamt ist die Risikotragfähigkeit auf einem Solvenzniveau von 99,99 % deutlich eingehalten.

Marktpreisrisiken: Kapitalbedarf leicht gefallen 2017 (2016), ECAP in Mrd. EUR



Der Kapitalbedarf für Marktpreisrisiken ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Dies resultiert im Wesentlichen aus einem reduzierten Ökonomischen Kapitalbedarf (ECAP) für das Basisspread-Risiko, dem ein gesteigener Kapitalbedarf beim Währungs- und Credit Spread-Risiko entgegenwirkt.

Liquiditätsrisiko: Lage weiterhin komfortabel

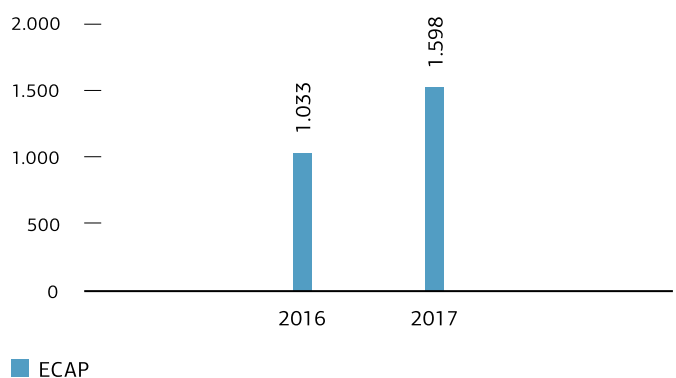


Die Liquiditätsrisikokennzahlen lagen zu jedem Zeitpunkt des Jahres deutlich unter dem internen Grenzwert.

Aktuelle Entwicklungen

Die Weltwirtschaft konnte 2017 im fünften Jahr in Folge ein reales Wirtschaftswachstum von über 3% verzeichnen, gegenüber dem Vorjahr nahm die Dynamik sogar zu. Dabei war die relativ gute Entwicklung auf einen insgesamt recht stabilen konjunkturellen Verlauf in vielen Industrie- und Schwellenländern zurückzuführen. Während bei den Industrieländern insbesondere die USA, Kanada, die Eurozone und auch Japan deutliche Wachstumszunahmen verzeichneten, musste Großbritannien – wie nach dem Brexit-Votum erwartet – eine Verlangsamung des Wachstums hinnehmen. Von einer Rezession, die von vielen Ökonomen prognostiziert wurde, ist Großbritannien aber weit entfernt. Auch ist die derzeitige Situation nicht ausschließlich als Folge des Brexits bzw. der daraus folgenden Unsicherheit zu sehen, sondern auf altbekannte Probleme wie das traditionelle twin deficit (gleichzeitiges Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit) und die vergleichsweise schwache internationale Wettbewerbsfähigkeit im Industriesektor zurückzuführen. Entscheidend für die ökonomische Zukunft des Landes wird daher neben der neuen Beziehung zwischen der EU und Großbritannien auch die notwendige Neuausrichtung der britischen Volkswirtschaft sein. Bei den großen Schwellenländern konnten China und Indien in etwa ihr hohes Vorjahreswachstumsniveau halten und schafften Brasilien und Russland den Weg aus der Rezession, während Südafrika weiterhin nahe der wirtschaftlichen Stagnation verharrte. Initiiert und unterstützt durch wirtschaftspolitische Impulse sorgten eine gute Stimmung bei Konsumenten und Unternehmen sowie eine gestiegene Industrieproduktion und eine Belebung des

Operationelle Risiken: Kapitalbedarf deutlich gestiegen in Mio. EUR.



Einzelne Schadensfälle und aktualisierte Risikoszenarien führen zu einem Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs im Jahr 2017.

Handels in vielen Ländern für eine recht breite Absicherung des Wachstums. Auch für 2018 sind die Wachstumserwartungen im Basisszenario weiterhin gut, da die aktuellen Stimmungsindikatoren und Auftragseingänge eine weiterhin stabile und breit abgestützte Entwicklung der Konjunktur in vielen Industrie- und Schwellenländern nahelegen.

Die Verbesserung der Wachstumsdynamik im Jahr 2017 darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die konjunkturelle Entwicklung im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen erhalten geblieben ist. Trotz der zu beobachtenden Verbesserungen sind die Nachwirkungen der Finanzkrise auch 2017 noch bei Produktivität, Investition, Lohnentwicklung und Handel spürbar. In den Industrieländern wurde die höhere Wirtschaftsdynamik maßgeblich durch die nach wie vor expansive Geldpolitik und zunehmend auch durch eine Lockerung der Fiskalpolitik gestützt. Eine Kehrseite dieser Wirtschaftspolitik ist eine zu beobachtende stetige Zunahme der Risiken auf den Finanzmärkten, da die lange Phase niedriger Zinsen einerseits die Risikobereitschaft erhöht und andererseits zu einem Anstieg der Vermögenspreise, insbesondere auf den Wohnimmobilienmärkten, geführt hat. In den Schwellen- und Entwicklungsländern, in denen das Wachstum ebenfalls nach wie vor schwächer als in der Vergangenheit ist, wird die Wachstumsentwicklung und damit auch der Aufholprozess durch reduzierte oder verzögerte Reformanstrengungen und zunehmende finanzielle Risiken infolge steigender Schuldenbelastungen (vor allem in China) gebremst.

Im Konzern werden diese Entwicklungen fortlaufend beobachtet und bewertet. Im Fokus von negativen Anpassungen der Länder-risikoeinschätzung standen auch 2017 insbesondere Länder mit hoher Anfälligkeit für externe Schocks (vor allem rohstoffexport-lastige Volkswirtschaften) und signifikant gestiegenen politischen Risiken.

Die Entwicklung des europäischen Bankensektors im Jahr 2017 war weiterhin wechselhaft, zeigte jedoch insgesamt positive Tendenzen, unter anderem auch durch weitere Kapitalerhöhungen systemrelevanter Banken. Die hohen Bestände an Non-Performing-Loans (NPL) sowie die daraus entstehenden Einschränkungen in der Geschäftstätigkeit waren ein zentrales Thema im vergangenen Jahr. Ideen zur Gründung einer europäischen „Bad Bank“ oder zu einer deutlich konservativeren Risikovorsorge von NPL ab 2018 konnten sich bisher nicht durchsetzen. In der zweiten Jahreshälfte zeigten sich insbesondere in Italien, wo sich der größte Teil an NPL konzentriert, verstärkt Erfolge bei deren Verkauf an private Investoren, wenn auch meist deutlich unter den Buchwerten. Die Situation der italienischen Banken bleibt trotzdem schwierig. Aufgrund der erdrückenden Problemlast mussten mehrere größere Banken gerettet werden. Dabei griff der Staat, zur Vermeidung von Verlusten für Senior-Unsecured-Gläubiger trotz Banking Recovery and Resolution Directive (BRRD) direkt ein. Die Furcht vor einem zu großen Schock für die Finanzmärkte bei Senior-Unsecured-Verlusten war, auch vor dem Hintergrund des beträchtlichen Anteils von Privatkunden als Halter von Bankanleihen in Italien, nach wie vor erheblich.

Die Schwächen des deutschen Bankensektors, hohe Verwaltungskosten und niedrige Rendite, zwingen die Banken, weiterhin an ihren Geschäftsmodellen zu arbeiten. Probleme im Sektor der Landesbanken, die zum Teil immer noch stark unter Schiffskrediten leiden und zum Teil unter Privatisierungsdruck stehen, konnten noch nicht ausreichend beseitigt werden. Des Weiteren mahnte die Bundesbank ein hohes Zinsänderungsrisiko des besonders stark vom Zinsergebnis abhängigen Sparkassen- und Genossenschaftssektors an. Die Unsicherheiten um zukünftige Geschäftsmöglichkeiten in Europa durch Banken mit Sitz in Großbritannien bewogen vor allem japanische Banken, ihre Europazentralen nach Frankfurt oder Amsterdam zu verlegen. Eine befürchtete Verschlechterung der Kreditqualität des türkischen Bankensektors durch die starke Abwertung der türkischen Lira bei einem hohen Anteil der Refinanzierung in Fremdwährungen blieb bisher aus – das Kreditwachstum und damit auch die Wirtschaft konnten durch einen Kreditgarantiefonds vorerst weiter hoch gehalten werden.

In verschiedenen Ländern zeigten sich Auffälligkeiten im Niveau der Immobilienmärkte (vor allem Schweden, Norwegen, Australien und Kanada) sowie der Konsumenten- und Automobilkredite (vor allem in den USA und Großbritannien), die zum Teil an Vor-

krisenniveaus erinnern und den Bankensektor zukünftig belasten könnten. Die dortigen Banken erscheinen derzeit aber robust und ausreichend gewappnet. Veränderungen in den Bankmärkten werden kontinuierlich beobachtet und bewertet, um frühzeitig risikomindernde Maßnahmen einleiten zu können.

Für den deutschen und den europäischen Unternehmenssektor wird 2018 vor dem Hintergrund einer stabilen Binnennachfrage weiter eine positive Gesamtentwicklung erwartet. Angesichts hoher Kapazitätsauslastungen könnte es sowohl in Deutschland als auch in Europa zudem zu einem Anstieg der Investitionstätigkeit kommen, der weitere positive Konjunkturimpulse setzen würde. Auch die Erwartungen für den US-amerikanischen Markt sind positiv. Lediglich im Offshore-Öl-Sektor erwartet der Konzern weiter eine schwierige Entwicklung. Soweit es in den diversen internationalen Krisenherden zu keiner Eskalation kommt, erwartet der Konzern für das Portfolio insgesamt eine stabile Bonitätsentwicklung. Die relevanten Teilportfolios werden weiter eng überwacht.

Insgesamt hat sich das Portfolio des Konzerns stabil entwickelt. Alle erkennbaren Risiken werden nach konservativen Maßstäben bewertet und über die konsequente Setzung von Risikoleitplänen in der Neugeschäftssteuerung berücksichtigt. Die regelmäßig durchgeführten Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen, dass der Konzern – auch unter Zugrundelegung von konservativen Stress-Szenarien – die im Zusammenhang mit seinem Geschäftsauftrag eingegangenen Risiken tragen kann. Wie in den vergangenen Jahren hat der Konzern auch im Geschäftsjahr 2017 seine Prozesse und Instrumente im Risikomanagement und -controlling unter Berücksichtigung aktueller bankaufsichtsrechtlicher Anforderungen systematisch weiterentwickelt. Dies betraf insbesondere die Weiterentwicklung der Messverfahren für Credit Spread- und Settlementrisiken, die Trennung von Weiterentwicklung und Validierung von Kreditrisikomodellen auf Abteilungsebene sowie die Überarbeitung der Steuerung der Operationellen Risiken (OpRisk) bezüglich der Reporting- und Governance-Prozesse. Nach Finalisierung der 5. MaRisk-Novelle hat die KfW mit diesbezüglichen Umsetzungsmaßnahmen begonnen.

Durch die Änderung des KfW-Gesetzes im Jahr 2013 und den Erlass der „Verordnung zur Anwendung von bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften auf die Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie zur Zuweisung der Aufsicht über die Einhaltung dieser Vorschriften an die BaFin“ (KfW-Verordnung – KfWV) wurde durch den Gesetzgeber eine erweiterte KWG-Anwendung für die KfW beschlossen. Seitdem ist die KfW zu einer entsprechenden Anwendung wesentlicher bankaufsichtsrechtlicher Regelungen (KWG und CRR) verpflichtet. Die Aufsicht über die Einhaltung der entsprechend anzuwendenden bankaufsichtsrechtlichen Regelungen erfolgt durch die BaFin und die Bundesbank. Die KfW befindet sich seit Herbst 2015 im Zulassungsprozess für

die Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes (IRBA). Zum 30.06.2017 erfolgte die erste IRBA-(Teil-)Zulassung. Mit der aufsichtlichen Zulassung der KfW zum fortgeschrittenen IRBA wurden die Kapitalmarktkommunikation, die interne Steuerung

und das Meldewesen auf den fortgeschrittenen IRB-Ansatz umgestellt. Gemäß aktuell gültiger Planung soll der IRBA-Zulassungsprozess spätestens zum 30.06.2022 abgeschlossen sein.

Grundlagen und Ziele der Risikosteuerung

Der Konzern hat einen gesetzlich verankerten Förderauftrag, der die besondere Stellung des Konzerns und seine institutionelle Ausgestaltung begründet. Nachhaltige Förderung ist der übergeordnete Unternehmenszweck des Konzerns. Um die vorhandenen Ressourcen optimal für die Realisierung des Förderauftrags einzusetzen, ist die Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken von großer Bedeutung. Im Rahmen der Risikosteuerung geht der Konzern Risiken nur in einem Umfang ein, wie sie im Hinblick auf die aktuelle und zu erwartende Ertragslage sowie die ermittelten Risikoverläufe tragfähig sind. Bei der Ertrags-/Risikosteuerung wird den Besonderheiten einer Förderbank Rechnung getragen. Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ist dabei Grundvoraussetzung der Konzerngeschäftstätigkeit.

Organisation der Risikosteuerung und -überwachung

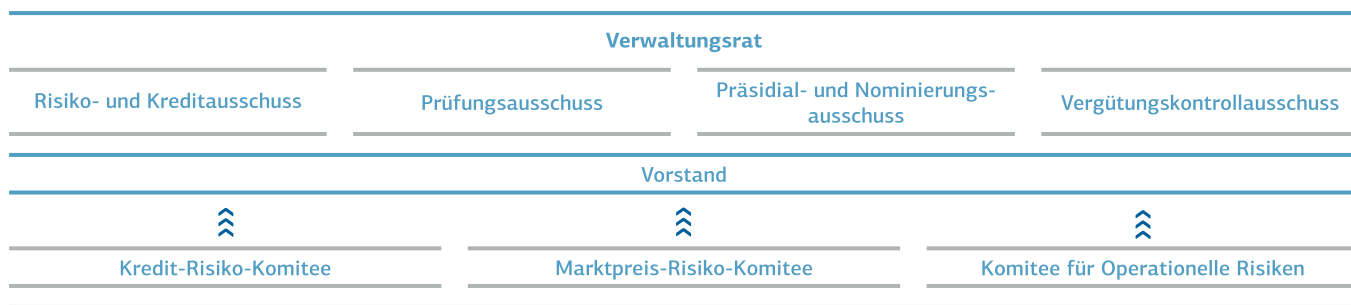
Gremien und Verantwortung

Der Vorstand der KfW bestimmt im Rahmen seiner Gesamtverantwortung die risikopolitischen Richtlinien und Grundsätze im Konzern. In einem mindestens vierteljährlichen Turnus wird der Verwaltungsrat über die Risikosituation des Konzerns informiert. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss ist für die Behandlung von Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten sowie von grundsätzlichen geschäfts- und unternehmenspolitischen Angelegenheiten zuständig. Daneben hat der Ausschuss die Kompetenz, in bestimmten eiligen Fällen anstatt des Verwaltungsrats Beschlüsse zu fassen. Ob eine dringende Angelegenheit vorliegt, entscheidet der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Der Risiko- und Kreditausschuss hat vor allem die Aufgabe, den Verwaltungsrat zur aktuellen und zur künftigen Gesamtrisikobereitschaft und -strategie des Konzerns zu beraten, und unterstützt ihn bei der Überwachung der Umsetzung dieser Strategie. Er entscheidet über die Zustimmung zu Krediten (einschließlich Organkreditentscheidungen), operativen Beteiligungen, Mittelaufnahmen und Swapgeschäften, soweit für diese nach der Satzung ein Gremienvorbehalt besteht. Der Prüfungsausschuss überwacht insbesondere den Rechnungslegungsprozess und die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie der internen Kontrollverfahren, gibt Empfehlungen an den Verwaltungsrat betreffend die Genehmigung des Jahresabschlusses sowie die Billigung des Konzernabschlusses. Der Vergütungskontrollausschuss überwacht die angemessene Ausgestaltung der Vergütungssysteme- und -struk-

Grundlage für eine effiziente Risikosteuerung ist die Risikokultur des Konzerns, die maßgeblich durch das Geschäftsmodell als Förderbank ohne primäre Gewinnerzielungsabsicht und ohne Handelsbuch geprägt ist. Neben dem Code of Conduct tragen eine offene Kommunikation, klare Verantwortlichkeiten sowie angemessene Anreizstrukturen zur Risikokultur des Konzerns bei. Um das Risikomanagement- und -controllingwissen in der Organisation des Konzerns zu verankern, schult der Konzern seine Mitarbeiter unter anderem mit einem modularartig aufgebauten Programm zu Risikothemen. Dieses ermöglicht es Mitarbeitern und Führungskräften aus dem gesamten Konzern, gezielt grundlegende Kenntnisse zu erwerben oder Spezialwissen zu vertiefen.

turen der Vorstände und Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter. Ihm obliegt im Rahmen der entsprechend anwendbaren bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben auch die Überwachung der angemessenen Ausgestaltung der Vergütungssysteme und -strukturen für die Leiter der Risikocontrolling-Funktion und der Compliance-Funktion sowie für solche Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, die einen wesentlichen Einfluss auf das Gesamtrisikoprofil des Konzerns haben.

Die Risikosteuerung im Konzern erfolgt durch eng miteinander verzahnte Entscheidungsgremien. An der Spitze der Gremienarchitektur steht der Gesamtvorstand, der die zentralen risikopolitischen Entscheidungen trifft und dafür relevante Informationen erhält. Unterhalb des Gesamtvorstands existieren drei Risikokomitees (Kredit-Risiko-Komitee, Marktpreis-Risiko-Komitee und Komitee für Operationelle Risiken), die zum einen Vorstandsentscheidungen vorbereiten und zum anderen im Rahmen festgelegter Kompetenzgrenzen eigenständig entscheiden. Die Komitees nehmen auch Konzernsteuerungsfunktionen wahr, sodass Vertreter aus der KfW IPEX-Bank und der DEG miteinbezogen sind. Weitere Arbeitsgruppen arbeiten den Komitees zu. In den Komitees werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefasst, wobei die Marktfolge bzw. das Risikocontrolling ein Vetorecht haben. Im Kredit-Risiko-Komitee und im Komitee für Operationelle Risiken ist eine Eskalation auf Gesamtvorstandsebene möglich.



Kredit-Risiko-Komitee

Die Leitung des Kredit-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Weitere stimmberechtigte Mitglieder des wöchentlich tagenden Kredit-Risiko-Komitees sind der Bereichsleiter Kreditrisikomanagement, die Marktvorstände sowie der Chief Risk Officer (CRO) der KfW IPEX-Bank. Dem Komitee arbeiten verschiedene Arbeitsgruppen (AG) zu: Die AG LänderRating dient als zentrale Instanz für die Beurteilung von Länderrisiken. In der AG Sicherheiten werden grundsätzliche Themen der Sicherheitenanrechnung und -bewertung, insbesondere bezüglich der verwendeten Methoden und deren Validierung, sowie der Sicherheitenmanagementprozesse behandelt. Für die Kreditrisikomessinstrumente bzw. Ratingverfahren liegt die entsprechende Verantwortung in der AG Ratingsysteme. Die AG Branchenrisiken Corporates analysiert als konzernweites Expertengremium die branchen- und produktbezogenen Kreditrisiken im Corporate-Segment. In den wöchentlichen Sitzungen des Kredit-Risiko-Komitees werden insbesondere Kredit- und Linienentscheidungen getroffen und aktuelle Entwicklungen im Kreditportfolio diskutiert. Auch Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG werden im Kredit-Risiko-Komitee vorgestellt. Quartalsweise erfolgt darüber hinaus eine um die Bereichsleiter des Risikocontrollings und der Geschäftsfelder sowie den CRO der DEG erweiterte Sitzung. Die Interne Revision, Compliance und der Bereich Recht haben einen Gaststatus. In dieser quartalsweise stattfindenden Sitzung wird über die Entwicklung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, deren Auswirkungen für den Konzern und über den Stand bei den Umsetzungsprojekten berichtet. Auch werden wesentliche Änderungen und Neuentwürfe von Risikogrundsätzen, Kreditrisikomethoden sowie der Verfahrensregelungen für die zuarbeitenden AGs verabschiedet. Darüber hinaus erfolgt ein Monitoring des konzernweiten Kreditportfolios inkl. der Länder- und Branchenrisiken.

Marktpreis-Risiko-Komitee

Die Leitung des monatlich tagenden Marktpreis-Risiko-Komitees liegt beim Risikovorstand. Daneben ist das Komitee mit den für das Kapitalmarktgeschäft und für Finanzen zuständigen Vorständen und mit den Bereichsleitern Finanzmärkte, Risikocontrolling, Rechnungswesen, Transaktionsmanagement sowie Konzernentwicklung und Volkswirtschaft besetzt. Die Interne Revision sowie Compliance besitzen Gaststatus. Quartalsweise und bei Bedarf nimmt für die KfW IPEX-Bank und die DEG der jeweilige Chief Risk Officer an der Sitzung teil. Das Marktpreis-Risiko-Komitee diskutiert die Marktpreisrisikoposition des Konzerns und überprüft monatlich

die Marktpreisrisikoprategie. Weiterhin wird im Komitee die Liquiditätsrisikoposition des Konzerns überwacht und es werden alle grundsätzlichen und methodischen Fragen zum Management der Marktpreis- und Liquiditätsrisiken, der Refinanzierung und des Transferpricings sowie der Bewertungsmodelle für Handelsgeschäfte entschieden. In Bezug auf die Zinsrisikoprategie bereitet das Komitee die finale Entscheidung des Gesamtvorstands vor. Ferner unterstehen dem Marktpreis-Risiko-Komitee das Hedge Committee, in dem hauptsächlich die Ergebnisauswirkungen aus der IFRS-Bilanzierung von Hedgegeschäften und deren Weiterentwicklung behandelt werden, wie auch die AG Marktpreisrisiko. In dieser werden – neben der Abnahme von Validierungsberichten und Modellentwicklungen – auch sonstige methodische Themen mit Bezug zu Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie Bewertungsthemen aufbereitet und entschieden bzw. für eine Entscheidung durch das Marktpreis-Risiko-Komitee vorbereitet.

Komitee für Operationelle Risiken

Das quartalsweise tagende Komitee für Operationelle Risiken unterstützt den Vorstand in den Themengebieten Operationelle Risiken, Reputationsrisiken sowie Konzernsicherheit inkl. des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements (BKM) bei der übergreifenden Steuerung und den dabei notwendigen Entscheidungen und Kenntnisnahmen. Die Sitzungsleitung des Komitees für Operationelle Risiken liegt beim Risikovorstand, das Gremium besteht zudem aus einem weiteren Vorstandsmitglied (stellvertretende Sitzungsleitung) sowie allen Bereichsleitungen der KfW, die sich in Ausnahmefällen von jeweils benannten Abteilungsleitungen vertreten lassen können. Darüber hinaus sind die KfW IPEX-Bank und die DEG in dem Komitee vertreten. Die Interne Revision nimmt ohne Stimmrecht an den Sitzungen teil. Die Aufgaben umfassen die Beschlussfassung zu in Leitlinien verankerten Risikogrundsätzen sowie zu Methoden und Instrumenten, die durch die 1st Line of Defence im Rahmen des Risikosteuerungskreislaufs Anwendung finden. Darüber hinaus trifft das Komitee Entscheidungen zu bankweiten Steuerungsmaßnahmen. Zudem wird der Risikostatus anhand der aus den verschiedenen Methoden und Instrumenten gewonnenen Erkenntnisse mit dem Ziel einer adäquaten Risiko-steuerung im Gremium diskutiert und auf bankweiten Handlungsbedarf hin überprüft. Im Themengebiet Betriebliches Kontinuitätsmanagement legt das Komitee anhand der Ergebnisse der jährlichen Business-Impact-Analyse die Maßnahmen zur Krisenprävention und zur Notfallplanung fest. Die Überwachung erfolgt anhand der Berichterstattung über geplante oder durchgeführte

Notfall- und Krisenstabstests sowie wesentliche Betriebsstörungen. Alle Beschlüsse und Empfehlungen des Komitees für Operationelle Risiken werden dem Gesamtvorstand vorgelegt. Dem Komitee für Operationelle Risiken steht es frei, zu seiner Entlastung für bestimmte Themenbereiche Untergremien einzusetzen. Es hat das Konzern Security Board (KSB) für Themen aus dem Umfeld Konzernsicherheit bzw. BKM und die AG OpRisk für den Austausch mit den dezentralen Bereichskoordinatoren für Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement (BOB) eingerichtet.

In der gruppenweit angelegten Risikosteuerung nehmen Konzernunternehmen und Organisationseinheiten darüber hinaus eigene Steuerungsfunktionen wahr. Konzernweite Projekte und Arbeitsgruppen stellen jedoch auch in diesen Fällen ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen sicher, zum Beispiel beim Roll-out von Ratinginstrumenten auf Tochterunternehmen oder beim Management und bei der Bewertung von Sicherheiten. Die Verantwortung für die Entwicklung und Ausgestaltung der Risikosteuerung und -überwachung ist außerhalb der Marktbereiche angesiedelt und liegt insbesondere im Bereich Risikocontrolling.

Risikosteuerungsansatz des KfW-Konzerns

ÜBERBLICK

		Strategisches Zielsystem						
Strategie	Primäre Ziele	Geschäftsstrategie		««	»»	Risikostrategie (inkl. Risikoappetit)		
		Gewährleistung der Förderfähigkeit durch Sicherstellung der						
		– Kapitaladäquanz (Einhaltung der Ökonomischen und Regulatorischen Risikotragfähigkeit, Vermeidung übermäßiger Verschuldung)						
		– Liquiditätsadäquanz						
Prozesse/ Instrumente	Risikostruktur	Risikogremien						
		Kredit-Risiko-Komitee	Marktpreis-Risiko-Komitee	Komitee für Operationelle Risiken				
		Risikoinventur	Risikotoleranzen	Stresstests	Reporting			
		Interner Kapitaladäquanzprozess (ICAAP)				Interner Liquiditätsadäquanzprozess (ILAAP)		
		Kreditrisiko	Marktpreisrisiko	Operationelles Risiko	Liquiditätsrisiko			
		– Portfoliorichtlinien	– Eigene Modelle für Zinsänderungs-, Fremdwährungs-, Basisspread- und Credit Spread-Risiken	– Modell zur Kapitalbedarfsermittlung (Säule II)	– Eigene Modelle für Liquiditätsrisiken			
		– Risikoleitplanken	– Limitierung und Budgetierung	– Risiko-Assessments	– Liquiditäts-transferpricing			
		– Zweitvotum bzw. zentrale Votierung (Programmgeschäft)		– Risikoindikatoren	– Limitierung			
		– Limitmanagementsystem		– Schadensfallanalysen	– Szenarioanalysen			
		– Proaktives Sicherheitenmanagement		– Business-Impact-Analyse	– Frühwarnprozess			
– Interne Ratingmodelle	Beteiligungsrisiko	Projektrisiko		– Internes Kontrollsystem				
– Kreditportfolio-modell	– Risikomanagementprozess für operative Beteiligungen	– Zentrale Projektportfolio-steuerung		– Compliance-Funktion				
– Frühwarnprozess	– Strategisches Beteiligungsmanagement	– Einzelprojekt-steuerung		– Interne Revision				
– Intensivbetreuung	– Gruppenrisiko-steuerung	Reputationsrisiko						
		– Nachhaltigkeitsmanagement						
		– Länder-Blacklist						
		Modellentwicklungs- und -validierungsprozesse						
		Modellinventar	««	»»	Modellleitlinie	««	»»	Methodengrundsätze

Weitere interne Kontrollverfahren

Weitere interne Kontrollverfahren

Zur Sicherstellung der Kapital- und Liquiditätsadäquanz unter Berücksichtigung der definierten Risikobereitschaft unterstützt das Risikocontrolling den Gesamtvorstand bei der Entwicklung und Umsetzung der **Risikostrategie** des Konzerns unter Einbeziehung der maßgeblichen Tochtergesellschaften.

Die risikostrategische Ausrichtung ist konsistent zur Geschäftsstrategie und berücksichtigt die mit dem Geschäftsmodell verbundenen aufsichtsrechtlichen Anforderungen. Langfristige und strategische (Risiko-)Ziele des Konzerns werden in der Risikostrategie in operative Risikosteuerungsvorgaben übergeleitet. Dazu sind die Ziele der Risikosteuerung für die wesentlichen Geschäftsaktivitäten definiert, Maßnahmen zur Zielerreichung beschrieben und Risikotoleranzen für die Limitierung der für den Konzern wesentlichen Risiken festgelegt.

Um die wesentlichen Risiken zu ermitteln, führt der Konzern mindestens jährlich eine **Risikoinventur** durch. Im Rahmen der Risikoinventur werden für den Konzern relevante Risikoarten in einem strukturierten Prozess identifiziert, definiert und anschließend einer Wesentlichkeitsbeurteilung unterzogen. Die Wesentlichkeit einer Risikoart hängt primär von den Gefahrenpotenzialen für die Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätslage des Konzerns ab. Zentrales Ergebnis der Risikoinventur ist das Gesamtrisikoprofil, das einen Überblick über die wesentlichen und unwesentlichen Risikoarten des Konzerns vermittelt. Als wesentlich im Rahmen der Inventur 2017 sind neben Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken auch das Beteiligungs-, Projekt- und Reputationsrisiko eingestuft. Mit wesentlichen Risiken verbundene **Risikokonzentrationen** innerhalb einer

Risikoart oder über verschiedene Risikoarten hinweg werden bei der Risikoinventur berücksichtigt.

Das Risikoreporting erfolgt entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben (MaRisk). Der Vorstand wird monatlich über die Risikolage des Konzerns informiert. Die Aufsichtsgremien des Konzerns erhalten quartalsweise einen Risikobericht. Anlassbezogen werden die jeweiligen Gremien ad hoc informiert. Die im Risikomanagement und -controlling verwendeten Risikokennzahlen und Informationssysteme werden fortlaufend überprüft.

Die Methoden und Instrumente zur konzernweiten Risikomessung und -steuerung werden regelmäßig validiert und falls erforderlich durch (Weiter-)Entwicklungen angepasst. Dabei stehen insbesondere Modelle zur Messung, Steuerung und Bepreisung von Kredit-, Marktpreis-, Liquiditäts- und Operationellen Risiken im Fokus. Bei den Validierungs- und Weiterentwicklungsaktivitäten werden die aufsichtsrechtlichen Anforderungen berücksichtigt.

Der Risikosteuerungsansatz ist im Risikohandbuch des Konzerns niedergelegt. Im Risikohandbuch wird der Rahmen für die Anwendung einheitlicher Verfahren und Regelungen zur Identifikation, Messung, Steuerung und Überwachung von Risiken vorgegeben. Die im Risikohandbuch aufgeführten Regelungen haben konzernweit verbindlichen Charakter, sind für alle Mitarbeiter zugänglich und werden stetig weiterentwickelt. Die konzernweiten Regelungen werden durch geschäftsfeldspezifische Ausgestaltungen ergänzt. Für Details zu den weiteren Elementen des Risikosteuerungsansatzes sei auf die nachfolgenden Kapitel verwiesen.

INTERNER KAPITALADÄQUANZPROZESS

Der interne Kapitaladäquanzprozess des Konzerns ist dadurch gekennzeichnet, dass die Einhaltung regulatorischer und ökonomischer Vorgaben hinsichtlich der Risikotragfähigkeit gleichberechtigte übergeordnete Ziele des Konzerns darstellen. Dies bedeutet konkret, dass alle Risikoüberwachungs- und -steuerungsmaßnahmen die Einhaltung sowohl eines ökonomischen Solvenzziels als auch von Mindestwerten für die regulatorischen Kapitalquoten sicherstellen müssen. Auf diese Weise wird eine ökonomisch sinnvolle Kapitalsteuerung mit dem Erfordernis der Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen verbunden. Für die enge Verzahnung der beiden Perspektiven legt der Konzern eine einheitliche Kapitaldefinition zugrunde: Für beide Sichtweisen werden die regulatorischen Eigenmittel gemäß Art. 25–91 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 (CRR) als Risikodeckungspotenzial verwendet.

Ein weiteres zentrales Merkmal des Kapitaladäquanzprozesses ist die Steuerungsorientierung durch eine zusätzliche vorausschauende Perspektive. Diese bewertet das Absorptionspotenzial der Reserven des Konzerns – und damit dessen Handlungsfähigkeit – bei Eintritt bestimmter konjunktureller (Stress-)Szenarien. Ein in diesem Zusammenhang etabliertes Ampelsystem mit Schwellenwerten für die Regulatorische und Ökonomische Risikotragfähigkeit signalisiert bei kritischen Entwicklungen Handlungsbedarf im Rahmen der operativen und strategischen Steuerung.

Das Risikotragfähigkeitskonzept des Konzerns dient in erster Linie dem Schutz vorrangiger Fremdkapitalgeber vor Verlusten und nimmt somit in seiner Grundkonzeption eine Liquidationsperspektive ein. Durch die Hinzunahme einer vorausschauenden Perspektive, die auch die Einhaltung der regulatorischen Kapitalanforderungen gewährleistet, wird das Konzept jedoch um eine „Going-Concern-Sicht“ erweitert und enthält damit Elemente bei der Grundtypen von Risikotragfähigkeitskonzepten.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit werden auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder/-bereiche Budgets auf Basis der Risikogewichteten Aktiva (RWA) berücksichtigt. Das allokierte Budget steht den Geschäftsfeldern/-bereichen für die Unterlegung von Alt- und Neugeschäft für die verschiedenen Risikoarten zur Verfügung. Die Kapitalallokation wird im Rahmen der jährlichen Konzerngeschäftsfeldplanung durchgeführt. Diese berücksichtigt neben der Bedarfsplanung der Geschäftsfelder/-bereiche die Risikoziele und die Risikobereitschaft der Bank. Die Einhaltung der Budgets wird monatlich überprüft und bei Bedarf wird Handlungsbedarf adressiert. Darüber hinaus werden Ökonomische Kapitalbudgets für Risikoarten als deren zentrale Steuerungs- und Limitierungsgröße vergeben und monatlich überwacht.

Zur Vermeidung einer übermäßigen Verschuldung ist als weitere Steuerungsgröße die Leverage Ratio in den Kapitaladäquanzprozess integriert. Die Leverage Ratio wird dabei in zusätzlichen vorausschauenden Perspektiven betrachtet, und die Einhaltung von festgelegten Ampelgrenzen wird vierteljährlich geprüft.

Ergänzend zum Risikotragfähigkeitskonzept wird im Rahmen des Kapitalplanungsprozesses die mittelfristige Entwicklung der Kapitaladäquanz überwacht. Auf Basis szenariobasierter Hochrechnungen der Regulatorischen und Ökonomischen Risikotragfähigkeit sowie der Leverage Ratio über einen mehrjährigen Betrachtungshorizont ermöglicht der Kapitalplanungsprozess die frühzeitige Identifikation von etwaigen Kapitalengpässen, um

ggf. Handlungsempfehlungen zur Kapitalstärkung oder Risikoreduktion ableiten zu können. Dabei berücksichtigt der Prozess Veränderungen der strategischen Ziele, der Geschäftstätigkeit sowie des wirtschaftlichen Umfelds. Neben einem Base Case werden die Regulatorische und Ökonomische Risikotragfähigkeit sowie die Leverage Ratio in einem Stress Case betrachtet. Die Kapitalplanung erfolgt im Rahmen der gesamtbankweiten Planungs- und Strategieprozesse des Konzerns.

Das Risikotragfähigkeitskonzept wird jährlich auf seine Grenzen und Beschränkungen hin überprüft. Die Resultate werden bei der Beurteilung der Risikotragfähigkeit angemessen berücksichtigt.

Regulatorische Risikotragfähigkeit

Aufsichtsrechtliche Kennzahlen (gemäß fortgeschrittenem IRB-Ansatz)

	31.12.2017	31.12.2016 ¹⁾
	Mio. EUR	Mio. EUR
Gesamtforderungsbetrag gemäß CRR Art. 92	133.072	116.108
hiervon: Kreditrisiko	126.180	108.723
Marktpreisrisiko	1.233	1.298
Operationelles Risiko	5.660	6.087
Regulatorische Eigenmittel (Risikodeckungspotenzial)	27.347	25.890
hiervon: (hartes) Kernkapital	27.347	25.890
Ergänzungskapital	0	0
Kernkapitalquote	20,6 %	22,3 %
Gesamtkapitalquote	20,6 %	22,3 %

¹⁾ Sinngemäße Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes für interne Zwecke

Ende des 2. Quartals 2017 erhielt die KfW planmäßig eine erste Teilzulassung zur Ermittlung der aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten gemäß fortgeschrittenem IRB-Ansatz. Bis 2022 wird die ergänzende Zulassung weiterer Portfoliosegmente angestrebt. In der Zwischenzeit werden die noch nicht zugelassenen Portfoliosegmente zunächst im in der Regel kapitalintensiveren Kreditrisikostandardansatz bewertet. Im Rahmen der freiwilligen, sinngemäßen Anwendung des fortgeschrittenen IRB-Ansatzes auf Basis der wesentlichen rechtlichen Vorschriften waren sie vorab in der Regel gemäß fortgeschrittenem IRB-Ansatz bewertet worden. Der Rückgang der Kapitalquoten im Jahresver-

lauf resultiert wesentlich aus der Umstellung der zuvor sinn- gemäßen auf die ab Jahresmitte aufsichtlich zugelassene IRB-Anwendung. Im Rahmen der IRBA-Zulassung waren methodische Anpassungen am Sicherheitenbewertungsverfahren für Endkreditnehmerzessionen in der Inlandsförderung notwendig, die sowohl zu steigenden RWA als auch steigendem Ökonomischen Kapitalbedarf führten (siehe auch folgender Abschnitt). Mit 20,6 % liegt die Gesamtkapitalquote zum Jahresende 2017 weiterhin über den regulatorischen Gesamtanforderungen („Overall Capital Requirements“).

Mindestanforderungen an die Gesamtkapitalquoten¹⁾

	31.12.2017
Harte Mindestkapitalanforderungen (TSCR)	13,0 %
Kapitalerhaltungspuffer	1,250 %
Antizyklischer Kapitalpuffer	0,054 %
Regulatorische Gesamtanforderung (OCR)	14,3 %

¹⁾ Zum 31.12.2016 hat die KfW ihre Kapitalquote gemäß KSA gemeldet, auf einen Vorjahresvergleich wird daher hier verzichtet.

Ökonomische Risikotragfähigkeit

Zur Beurteilung der Ökonomischen Risikotragfähigkeit wird der Ökonomische Kapitalbedarf für potenzielle Verluste aus wesentlichen quantifizierbaren Risiken dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt. Der Konzern legt bei der Berechnung des Ökonomischen Kapitalbedarfs ein Solvenzziel von 99,99% und einen Zeithorizont von einem Jahr zugrunde. Die Aggregation des Ökonomischen Kapitalbedarfs über verschiedene Risikoarten hinweg erfolgt durch Addition ohne Beachtung von Diversifikationseffekten.

Die dominierende Risikoart im Konzern ist das **Kreditrisiko**. Es bezeichnet die Gefahr von Verlusten, wenn Geschäftspartner ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Konzern nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig erfüllen (Ausfall) oder sich ihre Bonitäten verschlechtern (Migration). Auch das Settlementrisiko bei der Abwicklung von Derivate-Transaktionen ist unter dem Kreditrisiko subsumiert. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Kreditrisiken wird durch das Risikocontrolling überwiegend mit Hilfe statistischer Modelle quantifiziert. Für Adressenausfallrisiken wird das Verlustpotenzial unter Verwendung eines Kreditportfoliomodells und des Risikomaßes Credit-Value-at-Risk berechnet. Die Differenz zwischen Credit-Value-at-Risk und Erwartetem Verlust wird als Ökonomischer Kapitalbedarf bezeichnet. Migrationsrisiken werden szenariobasiert in den vorausschauenden Perspektiven der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt. Für Settlementrisiken wird ein auf Basis verschiedener Quantifizierungsansätze abgeleiteter Puffer in der Ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt, der jährlich validiert wird.

Die Messung des Ökonomischen Kapitalbedarfs für operative **Beteiligungen** erfolgt analog zu den Adressenausfall- und Migrationsrisiken.

Der Ökonomische Kapitalbedarf für **Marktpreisrisiken** wird auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts berechnet. In der ökonomischen Betrachtung der Säule II werden das Zinsänderungsrisiko des Bankbuchs, das Fremdwährungsrisiko, das Credit Spread-Risiko für Wertpapiere und das Basisspread-Risiko berücksichtigt. Für jede Marktpreisrisikoart wird mittels eines Value-at-Risk auf Basis statistischer Modelle der mögliche Barwert- oder Kursverlust bestimmt. Für Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiken wird darüber hinaus ein Stop-Loss-Puffer vorgehalten. Im Endergebnis ergibt sich der Ökonomische Kapitalbedarf als Summe aus dem Value-at-Risk und einem zusätzlichen Stop-Loss-Puffer.

Der Kapitalbedarf für **Operationelle Risiken** wird mittels eines internen statistischen Modells berechnet, das in Anlehnung an die regulatorischen Anforderungen an sogenannte fortgeschrittene Messansätze aufgebaut wurde. Interne und externe Ereignisdaten sowie Risikoszenarien werden dabei risikosensitiv berücksichtigt. Der Kapitalbedarf wird unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten auf der Ebene der Geschäftsfelder des Konzerns berechnet. Aus der Messung der Qualität des Managements von Operationellen Risiken im Konzern ergeben sich zudem Auf- und Abschläge, die anschließend auf den Kapitalbedarf angerechnet werden.

Projektrisiken werden ebenfalls im Risikotragfähigkeitskonzept berücksichtigt. In der Risikomessung sind sowohl quantifizierte Einzelrisiken aus den Großprojekten als auch pauschale Annahmen zu möglichen Verlustpotenzialen im Projektportfolio enthalten.

Der Konzern setzt zudem **Stille Lasten für Wertpapiere** des Anlagevermögens ohne Gegenrechnung von Stillen Reserven unmittelbar als Ökonomischen Kapitalbedarf an.

Auf dieser Grundlage ist zum 31.12.2017 die Ökonomische Risikotragfähigkeit zum Solvenzniveau von 99,99% gegeben. Die Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Gesamtkapitalbedarf per 31.12.2017 in Höhe von 9.119 Mio. EUR ist gegenüber dem Wert vom 31.12.2016 (10.971 Mio. EUR) gesunken. Der Rückgang ist im Wesentlichen auf den erhöhten Kapitalbedarf für Kreditrisiken durch die oben erwähnten methodischen Anpassungen am Sicherheitenbewertungsverfahren für Endkreditnehmerzessionen zurückzuführen. Darüber hinaus ist der Kapitalbedarf für Operationelle Risiken aufgrund einzelner Schadensfälle und aktualisierter Risikoszenarien angestiegen. Für Marktpreisrisiken reduziert sich der Kapitalbedarf im Wesentlichen aufgrund geringerer Basisspread-Risiken. Der Kapitalbedarf für Projektrisiken ist leicht gestiegen, die Stillen Lasten sind dagegen rückläufig. Insbesondere die Zwischenergebnisse der ersten drei Quartale des Jahres 2017 stärken das Risikodeckungspotenzial und kompensieren somit teilweise die Belastung der Risikotragfähigkeit aus dem Anstieg des Kapitalbedarfs. Das Ergebnis des 4. Quartals wird erst mit Testat ab 31.03.2018 berücksichtigt.

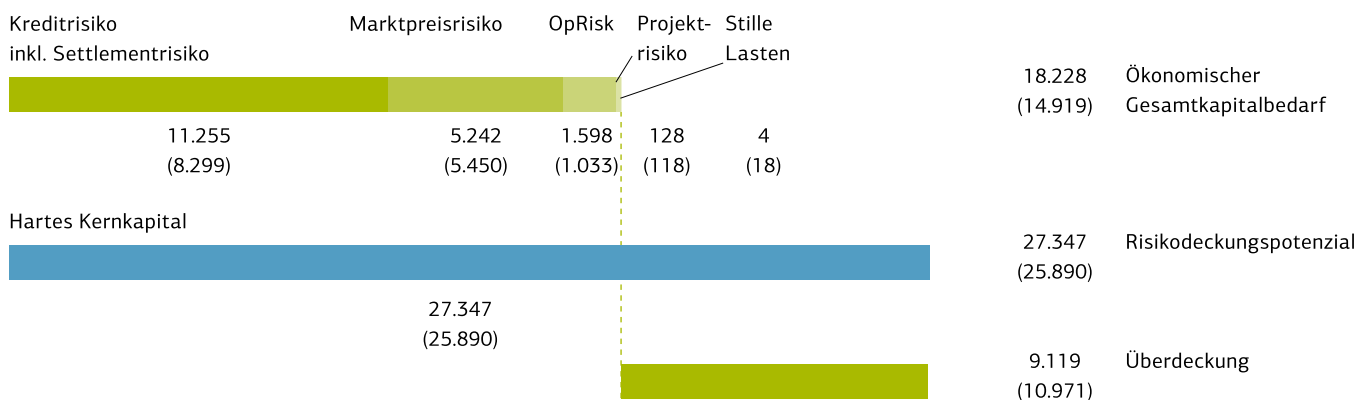
Liquiditätsrisiken steuert der Konzern auf Basis von geeigneten internen Risikokennzahlen, Grenzwerten für maximale Liquiditätsgaps (Abflüsse auf monatlicher sowie jährlicher Basis) und die verfügbare Liquidität (Liquiditätspotenzial) sowie den Ausnutzungsgrad nach § 4 KfW-Gesetz. Die internen Kennzahlen zur Beschreibung der Liquiditätssituation beruhen auf der Gegenüberstellung des Liquiditätsbedarfs und -potenzials als Verhältnisskennzahl in Stress-Szenarien unterschiedlicher Schweregrade. Eine Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt nicht.

Reputationsrisiken werden qualitativ beurteilt und gesteuert. Eine Kapitalunterlegung im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung erfolgt derzeit nicht, da die Wesentlichkeit des Risikos vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die KfW eine staatsnahe Institution mit hohem moralischen Anspruch ist und somit entsprechenden Erwartungen der Öffentlichkeit und weiterer Interessengruppen ausgesetzt ist. Die Wesentlichkeit beruht folglich weniger auf bisher beobachteten oder potenziellen Beeinträchtigungen der Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätsslage. Darüber hinaus werden Reputationsrisiken teilweise implizit in anderen quantifizierten Risikoarten mitberücksichtigt.

Die Risikomessung orientiert sich an State-of-the-Art-Modellen der Bankenpraxis. Jedes Modell stellt jedoch eine Vereinfachung der komplexen Realität dar und baut auf der Annahme auf, dass die in der Vergangenheit beobachteten Risikoparameter auch repräsentativ für die Zukunft geschätzt sind. Nicht alle möglichen

Ökonomische Risikotragfähigkeit zum 31.12.2017

in Mio. EUR



In Klammern: Werte zum 31.12.2016

Einflussfaktoren und deren komplexe Interaktionen können hinsichtlich der Risikoentwicklung eines Portfolios erfasst und modelliert werden. Unter anderem auch deshalb führt der Konzern

sowohl mit den Kredit- als auch mit den Marktpreisrisikomodellen Stresstests durch. Der Konzern arbeitet zudem kontinuierlich an der Weiterentwicklung seiner Risikomodelle und -prozesse.

Stress- und Szenariorechnungen

Um eine stärkere Frühwarnfunktion und Steuerungsorientierung des Risikotragfähigkeitskonzepts zu gewährleisten, betrachtet der Konzern vierteljährlich ein Forecast- (erwartetes Szenario), ein Downturn- (leichter konjunktureller Abschwung) und ein Stress-Szenario (starke Rezession) und deren Auswirkungen auf die Ökonomische und Regulatorische Risikotragfähigkeit. Diese vorausschauende Perspektive zeigt, wie resistent und handlungsfähig der Konzern bei Eintritt dieser Szenarien ist, und liefert damit direkte Steuerungsimpulse. Ein Forecast- und Stress-Szenario werden auch für die Leverage Ratio berechnet.

Der Forecast gibt eine Vorschau auf die Risikotragfähigkeit zum Jahresende. In die Vorschau werden die geplante Geschäftsentwicklung, das erwartete Konzernergebnis sowie weitere die Risikotragfähigkeit beeinflussende Effekte, wie zum Beispiel absehbare Änderungen der Kapitalstruktur und methodische Weiterentwicklungen, einbezogen. Der aktuelle Forecast für den 31.12.2018 zeigt eine reduzierte Überdeckung des Risikodeckungspotenzials über den Ökonomischen Kapitalbedarf im Vergleich zum 31.12.2017. Zugleich weist der Forecast eine gegenüber dem 31.12.2017 leicht rückläufige Gesamtkapitalquote auf. Dabei ist zu beachten, dass die regulatorischen Gesamtanforderungen („Overall Capital Requirements“) jeweils zum Jahreswechsel 2017/18 bzw. 2018/19 durch den Phase-in der Pufferanforderungen ansteigen und sich im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses („Supervisory Review and Evaluation Process“, SREP) der Bankaufsichtsbehörden ändern können. Gemäß der aktuellen Planung werden die regulatorischen Gesamtanforderungen im Forecast jederzeit eingehalten.

Im Downturn- und Stress-Szenario werden Ergebniseffekte und Veränderungen des Kapitalbedarfs auf Sicht von zwölf Monaten unter negativen Konjunkturszenarien mit unterschiedlichem Schweregrad dargestellt. Im Stress-Szenario werden dabei die

Auswirkungen einer weltweiten schweren Rezession, ausgehend von der Eurozone, abgebildet. In beiden Szenarien geht der Konzern aktuell von insgesamt steigenden Kreditrisiken (Adressenausfall- und Migrationsrisiken) und Beteiligungsrisiken aus. Für die EUR- und USD-Zinsen sowie den EUR-USD-Wechselkurs wird in diesen Szenarien eine zur konjunkturellen Lage konsistente Entwicklung prognostiziert. Gleichzeitig wird angenommen, dass zunehmende Marktunsicherheiten zu einer erhöhten Volatilität bei Zinsen, Währungen, Credit Spreads und Basis-Spreads führen, wodurch der Ökonomische Kapitalbedarf für die entsprechenden Risikoarten steigt. Zudem mindern im Stress-Szenario auch Kursverluste bei Wertpapieren und Schadensfälle aus Operationellen und Projektrisiken das Risikodeckungspotenzial.

Insgesamt zeigen sich die Risikotragfähigkeit unter Berücksichtigung des Solvenz-niveaus von 99,99 % sowie die Leverage Ratio auf auskömmlichem Niveau.

Zusätzlich zu den Konjunkturszenarien werden regelmäßig weitere Stresstests durchgeführt, mit denen die Belastbarkeit der Ökonomischen und Regulatorischen Risikotragfähigkeit des Konzerns untersucht wird: Neben den pauschalen Stresstests sind jeweils aktuelle makroökonomische Gefährdungspotenziale der Ausgangspunkt für wechselnde Szenario-Stresstests. Im Fokus standen im Jahr 2017 Szenarien zum Protektionismus der USA, zur Katar-Krise, zu der möglichen Abwicklung einer bedeutenden Bank in Deutschland und zur hohen Verschuldung in China. Mit den Konzentrations- und inversen Stresstests wird ergänzend gezeigt, wie Konzentrationsrisiken und weitere Gefährdungspotenziale unter ungünstigen Konstellationen das Geschäftsmodell des Konzerns gefährden können. Zudem wurden 2017 erneut die potenziellen Auswirkungen der geplanten regulatorischen Neuerungen im Kontext der Finalisierung von Basel III auf die Kapitalquoten des Konzerns simuliert.

Risikoarten

ADRESSENAUSFALLRISIKO

Der Konzern geht Adressenausfallrisiken¹⁾ im Rahmen seines Förderauftrags ein. Im Rahmen des inländischen Förderkreditgeschäfts tragen die durchleitenden Institute einen Großteil der Ausfallrisiken der Endkreditnehmer. Dies führt geschäftsmodellbedingt zu einem hohen Anteil des Bankenrisikos im Portfolio. Weitere Risikoschwerpunkte ergeben sich aus der Fördertätigkeit im Bereich der Finan-

zierung von Gründern von mittelständischen Unternehmen und von Beteiligungen, da der Konzern insbesondere in diesen Segmenten der inländischen Förderung auch Endkreditnehmer Risiken trägt. Darüber hinaus übernimmt der Konzern Risiken im Rahmen seiner Export- und Projektfinanzierung sowie in der Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer.

Schuldnersebene	Staatsschuldner	Banken	Unternehmen	Sonstige
Wesentliche Ratingverfahren (Ausfallwahrscheinlichkeit)	– Länderrating	– Bankenrating	– Corporate Rating – KMU-Rating	– Retail – Strukturierte Produkte – Existenzgründerrating – Beteiligungsfonds-Rating – Spezialfinanzierungen – Freiberufler-Rating
Geschäftsebene	Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default)			
	Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default)			
Portfolioebene	Kreditportfoliomodell			

Validierungs- und Weiterentwicklungsprozesse

Die Bewertung des Adressenausfallrisikos erfolgt über die Schätzung von Ausfallwahrscheinlichkeiten (Probability of Default, PD), der Forderungshöhe bei Ausfall (Exposure at Default, EAD) und der (erwarteten) Verlustquote bei Ausfall (Loss Given Default, LGD). Das Produkt aus den drei genannten Größen ergibt den Verlust, der im langjährigen statistischen Durchschnitt erwartet werden kann. Der Erwartete Verlust wird bei der Ermittlung der Risikotragfähigkeit durch den Abzug vom Risikodeckungspotenzial entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Artikels 158 CRR berücksichtigt.

Zur Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten verwendet der Konzern interne Ratingverfahren für Banken, Länder, große Unternehmen (Corporates), kleine und mittlere Unternehmen (KMU), Existenzgründer, Freiberufler, Beteiligungsfonds und Beteiligungsgeber. Diese Verfahren basieren auf Scorecards²⁾ und folgen einer einheitlichen, konsistenten Modellarchitektur. Für wesentliche Teile von Spezialfinanzierungen und strukturierten Produkten werden simulations- und Cashflow-basierte Ratingverfahren eingesetzt, die zum Teil von einem externen Anbieter lizenziert wurden. Für strukturierte Produkte wird das Rating für Tranchen auf Grundlage der Ausfalldynamik des Forderungspools und der Wasserfallstruktur der Transaktion ermittelt. Die

Ratingverfahren haben die Prognose von Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten zum Ziel. Die Verantwortung für die Ratingerstellung im risikorelevanten Geschäft liegt grundsätzlich in den Marktfolgebereichen. Das Rating wird regelmäßig mindestens einmal jährlich aktualisiert.

Durch die Abbildung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf eine konzernweit einheitliche Masterskala ist die Vergleichbarkeit von Ratings verschiedener Verfahren und Geschäftsfelder gegeben. Die Masterskala besteht aus 20 unterschiedlichen Klassen, die sich in die vier Gruppen Investment Grade, Non-Investment Grade, Watch List und Default einteilen lassen. Für jede Masterskala-Klasse sind die Bandbreite der Ausfallwahrscheinlichkeiten sowie die mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit festgelegt. Zu jedem Ratingverfahren existieren Organisationsanweisungen, die insbesondere die Zuständigkeiten, Kompetenzen sowie die Kontrollmechanismen regeln. Eine Vergleichbarkeit von internen Ratings des Konzerns und externen Ratings von Ratingagenturen wird durch ein Mapping der externen Ratings auf die Konzern-Masterskala gewährleistet. Durch eine turnusgemäße Validierung und Weiterentwicklung der Ratingverfahren wird sichergestellt, dass auf veränderte Rahmenbedingungen zeitnah reagiert werden kann.

¹⁾ Als Adressenausfallrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten definiert, die eintreten, wenn der Kreditnehmer bzw. Kontrahent seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Das Ausfallrisiko enthält auch das Länderrisiko, bestehend aus Transfer-, Konvertierungs- und politischen Risiken.

²⁾ Bei einer Scorecard handelt es sich um ein mathematisch-statistisch geschätztes und/oder auf Expertenwissen basierendes Modell. Die einzelnen für die Bonitätsbewertung als relevant erachteten Risikofaktoren werden in Abhängigkeit von ihrer Ausprägung bzw. ihrem Wert in einen Punktwert umgewandelt und zur Aggregation gewichtet.

Wesentlichen Einfluss auf die Ausfallhöhe nimmt neben der Forderungshöhe bei Ausfall (EAD) die Bewertung der Sicherheiten, die risikomindernd in der Verlustquote bei Ausfall (LGD) angerechnet werden. Im Rahmen der Sicherheitenbewertung für anrechenbare Sicherheiten wird der zu erwartende Nettoerlös einer Sicherheitenverwertung im Schadensfall inkl. Vorsichtsabschlägen ermittelt. Bei der Bewertung der von den Finanzierungspartnern im Durchleitgeschäft gestellten Zessionen gehen maßgeblich Abschläge zur Berücksichtigung des Kreditrisikos der Endkreditnehmer ein. Bei Sachsicherheiten werden insbesondere Abschläge für Marktpreisschwankungen, Verwertungskosten und abschreibungsbedingte Wertverluste angewandt. Die unterschiedlichen Bewertungsverfahren für einzelne Sicherheitentypen basieren je nach Datenverfügbarkeit auf internen und externen historischen Daten sowie auf Expertenschätzungen. Ein Risikogrundsatz für Kreditsicherheiten regelt deren gruppenweit einheitliches Management, ihre Bewertung und Anrechnung. Neben dem Nettoerlös aus der Sicherheitenverwertung ist auch die Erlösquote für unbesicherte Exposureanteile ein wichtiger Bestandteil bei der Bestimmung der LGD. Die Sicherheitenbewertungsverfahren und die Verfahren zur Schätzung von EAD und LGD werden ebenfalls regelmäßig einer Validierung unterzogen und bei Bedarf weiterentwickelt.

Zur Begrenzung von Risiken aus dem Neugeschäft verfügt der Konzern über Limitmanagementsysteme, Risikoleitplanken und verschiedene Portfoliorichtlinien. Sie bilden sowohl eine Grundlage für die Zweitvotierung von Kreditgeschäften als auch eine Orientierungshilfe für die Kreditvergabe und haben die Aufgabe, eine angemessene Qualität bzw. Risikostruktur des Konzernportfolios sicherzustellen. Dabei wird den Besonderheiten des Fördergeschäfts des Konzerns Rechnung getragen. In der KfW wird die Zweitvotierung auf Einzelengagementebene durch das Konzernrisikomanagement erstellt. Die KfW IPEX-Bank und die DEG verfügen jeweils über ein eigenes, markunabhängiges Zweitvotum. Die relevanten Geschäftsentscheidungsprozesse sind risikoorientiert ausgestaltet. Ein Kreditgeschäft erfordert derzeit in Abhängigkeit von der Art, dem Umfang (materieller Risikogehalt und Wirkung auf die Gesamtrisikoposition) sowie der Komplexität der Transaktion ein Zweitvotum. Die Kompetenzstufen für die Genehmigung von Neugeschäft sind in Abhängigkeit von Rating, Besicherung bzw. Netto-Exposure und Gesamtzusagen gegenüber der Gruppe verbundener Kreditnehmer und Produkttyp abgestuft. Darüber hinaus ist ab fest definierten Einzelgeschäftsgößen (unterschieden nach Rating und Produkttyp) die Genehmigung durch den Risiko- und Kreditausschuss des Verwaltungsrats erforderlich.

Die Portfoliorichtlinien definieren – differenziert nach Adresstypen und Produktvarianten – die Bedingungen, unter denen Geschäfte im Regelfall eingegangen werden dürfen. Darüber hinaus werden Risikoleitplanken für Länder, Branchen und Produkte definiert, um mit spezifischen Vorgaben zur Kreditvergabe aktuellen oder potenziellen negativen Entwicklungen zu begegnen. Mit den Limitmanagementsystemen werden schließlich sowohl Risiko-

konzentrationen (Konzentrationslimite) als auch bonitätsabhängige Einzeladressrisiken (Adresslimite) abgebildet. Konzentrationslimite dienen der Beschränkung von Risikokonzentrationen im Kreditportfolio und somit der Verhinderung großer Einzelverluste. Adresslimite dienen im Sinne einer Feinststeuerung dem kontrahentenspezifischen Management von Kreditausfallrisiken.

Im Kreditbestand werden Engagements mit höheren Risiken unterteilt in eine Watch List und eine Liste für Kredite mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans). Die Watch List dient dazu, potenzielle Problemkredite frühzeitig zu identifizieren und ggf. für die Problemkreditbearbeitung vorzubereiten. Dabei werden die wirtschaftlichen Verhältnisse, das Marktumfeld des jeweiligen Kreditnehmers sowie die überlassenen Sicherheiten regelmäßig überprüft und dokumentiert sowie Handlungsvorschläge – insbesondere für risikobegrenzende Maßnahmen – formuliert. Für Non-Performing-Loans und auch zu großen Teilen für Watch List-Engagements³⁾ liegt die Prozessverantwortung in den für Restrukturierungen zuständigen Einheiten. Dies ermöglicht ein frühzeitiges Einschalten von Spezialisten, um ein professionelles Problemkreditmanagement zu gewährleisten. Zielsetzung ist die Gesundung des Engagements durch Restrukturierung, Reorganisation und Kreditanpassung. Erweist sich der Geschäftspartner als nicht sanierungsfähig oder -würdig, steht die optimale Verwertung des Engagements und seiner Sicherheiten im Vordergrund. Für leistungsgestörte Kredite und die Intensivbetreuung von Banken und höhervolumigen Krediten mit einem Risikoanteil größer als 1 Mio. EUR aus dem KfW-Portfolio ist die Abteilung Restrukturierung zuständig. Die Verantwortung für die Betreuung des Mengengeschäfts liegt dagegen im Bereich Bestand Kreditmanagement. Das Management leistungsgestörter bzw. intensivbetreuer Engagements der KfW IPEX-Bank und der DEG erfolgt grundsätzlich in der jeweiligen Tochtergesellschaft. Für eine klare Regelung der Kompetenzen und der Zuordnung bestehen interne Schnittstellenregelungen mit den relevanten Bereichen sowie eine enge Kooperation mit den Marktbereichen und dem zentralen Bereich Recht.

Bei Auftreten eines Krisenfalls im Bereich Banken gilt es, intern und extern sofort handlungsfähig zu sein. Hierfür gibt es auch einen Krisenplan Banken. Er sieht im Wesentlichen vor, dass unter Leitung des Kreditrisikomanagements eine Arbeitsgruppe eingerichtet und eine sofortige Schadensanalyse vorgenommen wird sowie die nächsten notwendigen Schritte eingeleitet werden.

Risikovorsorge

Allen erkennbaren Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts – dazu gehören auch politische Risiken bei Finanzierungen im Ausland – trägt der Konzern durch Bildung von Risikovorsorge in angemessenem Ausmaß Rechnung. Für Engagements mit akuten Ausfallrisiken (Non-Performing-Loans) werden Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen für noch nicht ausgezahlte Teilbeträge gebildet. Basis für die Identifikation dieser Ereignisse sind Kriterien, die sowohl den Anforderungen nach CRR als auch IFRS genügen. Hierzu gehören unter anderem die Identifizierung

³⁾ Bei der KfW IPEX-Bank wird die Übernahme der Zuständigkeit für Watch List-Fälle einzelfallabhängig durch das Risikomanagement in Abstimmung mit der für Restrukturierungen zuständigen Einheit entschieden.

erheblicher finanzieller Schwierigkeiten des Schuldners, Zahlungsrückstände, Zugeständnisse an den Schuldner aufgrund seiner wirtschaftlichen Situation, zum Beispiel im Rahmen von Restrukturierungsmaßnahmen, auffällige Maßnahmen des Schuldners zur Liquiditätssteigerung sowie die maßgebliche Verschlechterung der Werthaltigkeit von Sicherheiten. Die Ermittlung der Einzelwertberichtigungen erfolgt mit Hilfe eines Impairment-Verfahrens. In die Berechnung der Einzelwertberichtigungen im Non-Retail-Geschäft fließt die individuelle Beurteilung des Kreditnehmers hinsichtlich zukünftiger Zahlungen ein. Dabei wird neben dem Umfang und der Werthaltigkeit der Sicherheiten auch das politische Risiko berücksichtigt. Für kleinere und standardisierte Kredite (Retail-Geschäft) erfolgt eine pauschalisierte Einzelwertberichtigung auf Basis homogener Teilportfolios.

Die Risikovorsorge für latente Risiken (Portfoliowertberichtigung) wird abgeleitet aus der Bewertung der Kreditforderungen im Rahmen der jährlich stattfindenden Ratingprozesse und

Sicherheitenbewertungen. Die Portfoliowertberichtigung wird sowohl für wirtschaftliche als auch für politische Risiken gebildet. Basis ist hierfür das oben beschriebene Erwartete-Verlust-Modell, das für IFRS-Zwecke übergeleitet wird. Für Unwiderrufliche Kreditzusagen und Avale werden nach demselben Berechnungsschema Rückstellungen gebildet.

Maximales Ausfallrisiko

Das maximale Ausfallrisiko aus Finanzinstrumenten gemäß IFRS 7.36 besteht für den Konzern im Totalausfall der jeweiligen Risikopositionen. Hierbei sind ebenfalls die Eventualverbindlichkeiten und die Unwiderruflichen Kreditzusagen zu berücksichtigen. Die Buchwerte sind bereits um die Risikovorsorge gekürzt.

Zahlungsrückstände ergaben sich zum Bilanzstichtag nur bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie bei Finanzanlagen, individuelle Wertminderungen darüber hinaus noch bei den Eventualverbindlichkeiten und Unwiderruflichen Kreditzusagen.

Maximales Ausfallrisiko

in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Wertanpassungen aus Macro Hedging	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	274.119	275.752	126.671	135.265	9.648	13.917
Risikovorsorge	177	171	1.280	1.439	0	0
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	273.674	275.482	123.669	132.900	9.648	13.917
darauf angerechnete Sicherheiten	151.487	167.033	51.108	53.409	0	0

	Derivate im Hedge Accounting; Sonstige Derivate		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Buchwert als Äquivalent für das maximale Ausfallrisiko	14.219	34.808	34.029	33.061	83.733	85.489
Risikovorsorge	0	0	2	4	61	44
Buchwert weder überfällig noch wertgemindert	14.219	34.808	33.879	32.883	83.718	85.438
darauf angerechnete Sicherheiten	3.797	17.355	182	294	0	0

Überfällige und nicht individuell wertgeminderte Finanzinstrumente

in Mio. EUR

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Buchwert weniger als 90 Tage überfällig	341	207	1.854	1.143	0	0
Buchwert 90 Tage überfällig und mehr	52	19	284	269	1	1
Gesamt	394	225	2.138	1.412	1	1
darauf angerechnete Sicherheiten	245	149	452	716	0	0

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Finanzanlagen; Anteile an nach Equity-Methode bilanzierten Unternehmen		Eventualverbindlichkeiten; Unwiderrufliche Kreditzusagen	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Buchwert	52	45	864	952	150	177	14	51
darauf gebildete Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen	26	40	930	1.024	0	0	8	9
darauf angerechnete Sicherheiten	1	1	446	438	0	2	0	0

Zum 31.12.2017 sind von 542 Mrd. EUR (31.12.2016: 578 Mrd. EUR) ausstehenden Finanzinstrumenten des Konzerns 1,1 Mrd. EUR (netto, nach Abzug der Risikovorsorge, 31.12.2016: 1,2 Mrd. EUR) als individuell wertgemindert eingestuft. Die potenziellen Ausfälle sind vorsichtig bewertet und insgesamt mit 1,0 Mrd. EUR (31.12.2016: 1,1 Mrd. EUR) wertmindernd berücksichtigt.⁴⁾

Neben der Vorsorge für akute Ausfallrisiken trifft der Konzern auch für latente Ausfallrisiken (wirtschaftliche und politische Risiken) Vorsorge. Per 31.12.2017 ergibt sich für das nicht individuell wertgeminderte Geschäft eine Risikovorsorge von insgesamt 0,6 Mrd. EUR (31.12.2016: 0,6 Mrd. EUR). Die Besicherung der Kredite aus dem Konzernportfolio ist vor allem durch das bankdurchgeleitete Geschäft sowie das durch die Bundesrepublik Deutschland bzw. einzelne Bundesländer garantierte Fördergeschäft geprägt.⁵⁾ Dabei entfällt der weitaus größte Teil der Besicherung auf abgetretene Endkreditnehmerforderungen im Rahmen des bankdurchgeleiteten Geschäfts. Dingliche Sicherheiten wie zum Beispiel Schiffe und Flugzeuge spielen in Bezug auf den Gesamtbestand der Sicherheiten nur eine untergeordnete Rolle.

Der Exposurerückgang bei den Derivaten ist vor allem auf Wechselkurseffekte (USD-Abwertung) zurückzuführen. Das Exposure der Derivate mit positiven Marktwerten relativiert sich durch die mit den Kontrahenten getroffenen Nettingabreden. Diese umfassen auch Derivate mit negativen Marktwerten und verringern das Kontrahentenrisiko substanziell.

Im Berichtsjahr ist ein Anstieg der weniger als 90 Tage überfälligen und nicht individuell wertgeminderten Forderungen zu verzeichnen. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um Rückstände von einem Tag. Diese Forderungen wurden überwiegend am folgenden Werktag beglichen.

Im Jahr 2017 hat der Konzern keine wesentlichen zuvor als dingliche Sicherheit gehaltenen Vermögenswerte in Besitz genommen. Der Schwerpunkt der Stundungen im Performing-Portfolio im Jahr 2017 liegt im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung. Dieses Stundungsvolumen ist gemessen am gesamten Kreditvolumen nicht signifikant.

Portfoliostruktur

Das Zusammenwirken der Risikoeigenschaften der Einzelengagements im Konzern-Kreditportfolio⁶⁾ wird mit Hilfe eines internen Portfoliomodells beurteilt. Die Bündelung großer Portfolioanteile auf einzelne Kreditnehmer oder Kreditnehmergruppen birgt das Risiko existenzgefährdender Großausfälle. Das Risikocontrolling bewertet – basierend auf dem ökonomischen Kapitalkonzept – Einzel-, Branchen- und Länderrisikokonzentrationen. Die Konzentrationen werden primär über den ökonomischen Kapitalbedarf gemessen. So ist sichergestellt, dass sowohl hohe Volumina und ungünstige Ausfallwahrscheinlichkeiten als auch unvorteilhafte Korrelationen der Risiken untereinander Berücksichtigung finden. Die Ergebnisse bilden eine zentrale Grundlage für die Steuerung des Kreditportfolios.

⁴⁾ Das Zuweisungsgeschäft im Rahmen der Stützungsmaßnahmen für Griechenland über rund 15 Mrd. EUR ist vollständig durch eine Bundesgarantie abgesichert und wird daher nicht im Portfolio individuell wertgeminderter Finanzinstrumente ausgewiesen.

⁵⁾ Hier werden die Sicherheiten so dargestellt, wie sie auch für die interne Steuerung für wirtschaftliche Risiken angerechnet werden. Partizipationswirkungen der Sicherheiten untereinander werden berücksichtigt, um den Ausweis von Doppelbesicherungen zu vermeiden.

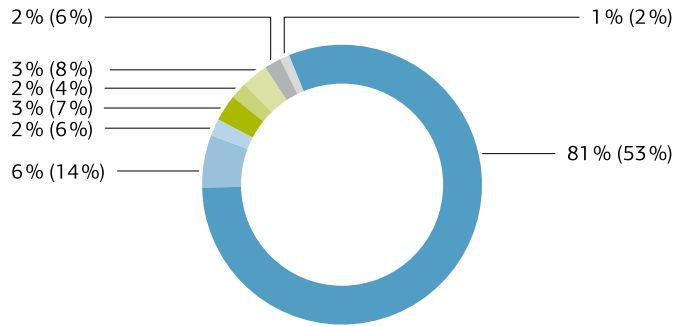
⁶⁾ Das Kreditportfolio enthält hier den Bestand an Krediten und Finanzanlagen im performenden Geschäft, nur bei der Bonitätsdarstellung ist das Non-Performing-Portfolio berücksichtigt.

Regionen

Das Kreditportfolio des Konzerns entfällt per 31.12.2017 gemessen am Ökonomischen Kapitalbedarf zu 87 % (31.12.2016: 67 %) auf die Eurozone. Wesentlicher Treiber für den Anstieg sind die methodischen Anpassungen am Sicherheitenbewertungsverfahren für Endkreditnehmerzessionen. Dies führt speziell bei bankdurchgeleitetem Geschäft (im Wesentlichen bei den Wohn- und Umweltprogrammen) zu einem deutlichen Anstieg des Ökonomischen Kapitalbedarfs, insbesondere in Deutschland. Außerhalb Deutschlands führten die Anpassungen aufgrund von Portfolioeffekten sowie rückläufiges Geschäft speziell im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung zu einer Verringerung des Ökonomischen Kapitalbedarfs.

Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Regionen)

31.12.2017 (31.12.2016)



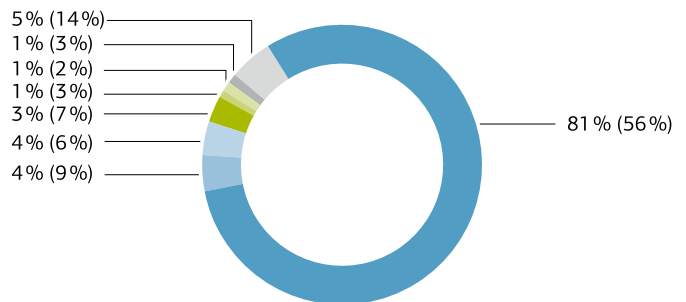
■ Deutschland ■ Länder der Eurozone (ohne Deutschland)
 ■ EU-Länder außerhalb der Eurozone ■ Europa außerhalb der EU
 ■ Afrika ■ Asien (inkl. Australien und Neuseeland) ■ Lateinamerika
 ■ Nordamerika

Branchen

Der hohe Anteil der Finanzindustrie am Gesamt-Kapitalbedarf für Kreditrisiken ist auf den Förderauftrag des Konzerns zurückzuführen. Der weit überwiegende Teil der inländischen Förderung erfolgt über bankdurchgeleitete Kredite. Insgesamt hat sich der Ökonomische Kapitalbedarf der Finanzindustrie im Wesentlichen durch die bereits beschriebene methodische Anpassung erhöht. Dies betrifft insbesondere Banken mit hohem Durchleitgeschäft. Bei allen anderen Branchenclustern führt vor allem die methodische Anpassung aufgrund von Portfolioeffekten zu einer sinkenden Kapitalbindung.

Ökonomischer Kapitalbedarf (verteilt auf Branchen)

31.12.2017 (31.12.2016)



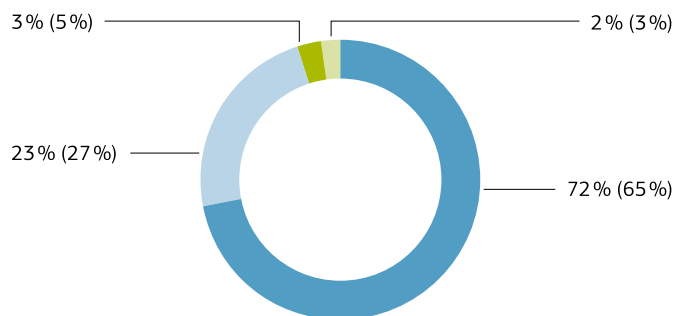
■ Finanzindustrie ■ Private Haushalte ■ Finanzinvestments/Fonds
 ■ Energie/Umwelt ■ Verkehrsinfrastruktur
 ■ Grundversorgungsgüter ■ Rohstoffe ■ Sonstige

Bonität

Da die Bonität die Höhe des Ökonomischen Kapitalbedarfs stark beeinflusst, ist es bei der Analyse der Bonitätsstruktur sinnvoll, die Verteilung des Netto-Exposures⁷⁾ nach Bonitätsklassen zu betrachten. Insgesamt ist das Netto-Exposure bei nahezu stabilem Volumen durch die oben genannte Anpassung am Sicherheitenbewertungsverfahren hauptsächlich im bankdurchgeleiteten Geschäft (im Wesentlichen bei den Wohn- und Umweltprogrammen) angestiegen. Dies führt zu einem Anstieg in guten Bonitätsklassen bzw. zu einem höheren Investment-Grade-Anteil. Der Watch List- und Non-Performing-Loans-Anteil sinkt sowohl absolut als auch relativ. Das Konzern-Kreditportfolio verfügt unverändert über eine gute Bonitätsstruktur.

Bonitätsstruktur nach Netto-Exposure

31.12.2017 (31.12.2016)



■ Investment Grade ■ Non-Investment Grade ■ Watch List
 ■ Default

⁷⁾ Das Netto-Exposure beschreibt den ökonomischen Verlust, der im Falle eines wirtschaftlichen oder politischen Ausfallereignisses voraussichtlich entsteht.

Strukturierte Produkte im Konzernportfolio

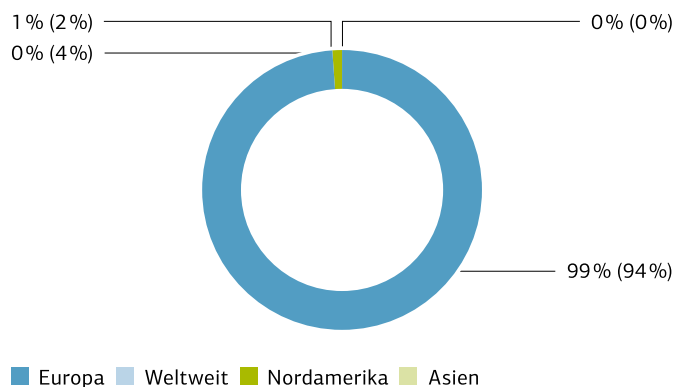
Asset Backed Securities (ABS)

Der Nominalwert der ABS-Papiere beträgt zum Stichtag 31.12.2017 rund 4,8 Mrd. EUR. Unter Berücksichtigung der Mark-to-Market-Bewertung für zum beizulegenden Zeitwert bewertete Papiere sowie gebildete Wertberichtigungen beläuft sich der Bilanzwert (inkl. der anteiligen Zinsen) des Portfolios ebenso auf rund 4,8 Mrd. EUR. In den nachfolgenden Übersichten ist die Zusammensetzung des ABS-Portfolios nach Assetklassen, Ratingeinstufung und geografischer Verteilung der Forderungen in den Verbriefungsportfolios dargestellt.

Geografische Verteilung des Assetpools

(gemessen am Nominalwert)

31.12.2017 (31.12.2016)



Darstellung des Exposures auf Basis von Nominalwerten

	CLO	RMBS	CMBS	ABS & Sonstige	Gesamt 31.12.2017	Gesamt 31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Investment Grade	0	975	5	3.792	4.773	4.792
Non-Investment Grade	0	7	1	42	50	56
Watch List	0	0	0	0	0	0
Default	21	0	0	0	21	58
	21	982	6	3.834	4.844	4.906

Das Portfoliovolumen ist gegenüber dem Wert per 31.12.2016 leicht gesunken (–0,1 Mrd. EUR nominal). Der Rückgang betrifft sowohl den Investment-Grade-, den Non-Investment-Grade- als auch den Default-Bestand. In der geografischen Verteilung des Assetpools im Vergleich zum 31.12.2016 bildet Europa unver-

ändert den Schwerpunkt, der größte Anteil entfällt hierbei auf Deutschland. Insgesamt zeichnen sich europäische und damit auch deutsche Verbriefungen durch eine solide Performance aus. Die kumulierten Ausfallraten europäischer Verbriefungen liegen weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

MARKTPREISRISIKO

Der Konzern misst und steuert Marktpreisrisiken auf barwertiger Basis. Wesentliche Treiber des Marktpreisrisikos sind hierbei

- die Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken), insbesondere für die Währungsräume EUR und USD,
- Wechselkurse (Währungsrisiken),
- Basisspreads (Basisspread-Risiken) sowie
- emittentenabhängige Spreads bei Wertpapieren (Credit Spread-Risiken).

Insgesamt binden die Marktpreisrisiken im Konzern per 31.12.2017 Ökonomisches Kapital in Höhe von 5,2 Mrd. EUR. Dies ist gegenüber dem Stand per 31.12.2016 ein um 208 Mio. EUR niedrigerer Betrag. Das Konzernmarktpreisrisiko setzt sich wie folgt zusammen:

	31.12.2017	31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsänderungsrisiken	2.975	3.066
Währungsrisiken	833	744
Basisspread-Risiken	969	1.350
Credit Spread-Risiken	464	290
Marktpreisrisiko	5.242	5.450

Zinsänderungsrisiken

Der Konzern geht begrenzte Zinsänderungsrisiken zur Nutzung langfristiger Ertragschancen nur in den Währungen Euro und US-Dollar ein. Im Rahmen der Erfassung von Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs werden alle bewertungsrelevanten Datenbestände bei der Erstellung von Zinsbindungsbilanzen berücksichtigt. Auf dieser Datengrundlage führt der Konzern zur Bewertung seiner Zinsrisikoposition regelmäßig Value-at-Risk-Berechnungen auf Basis eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes durch. Das Steuerungskonzept für Zinsänderungsrisiken unterstützt eine langfristig ausgelegte Steuerungsphilosophie. Zur Abfederung kurzfristiger zinsinduzierter Barwertschwankungen wird ein substantieller Stop-Loss-Puffer vorgehalten. Zusätzlich zu diesem Puffer wird zur Berechnung der Risikotragfähigkeit ein Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % für einen Zeitraum von zwei Monaten addiert. Die Wahl dieses Zeitraums folgt aus einer konservativen Annahme über eine maximale Schließungsdauer der gesamten Zinsrisikoposition. Durch eine fortlaufende Überwachung der Risikoposition und die vorhandenen Steuerungsmöglichkeiten wird sichergestellt, dass das allokierte Kapital auch auf Sicht eines Jahres zur Risikodeckung entsprechend dem einheitlich verwendeten Solvenzniveau von 99,99 % ausreicht. Ergänzt wird diese Berechnung durch regelmäßige Stresstests, durch die mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen untersucht werden. Neben der regulatorisch vorgegebenen parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve werden Szenarien wie Drehungen der Zinsstrukturkurve und Verlängerung der Haltedauer einbezogen. Der Kapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken ist zum Stichtag 31.12.2017 nur leicht um 90 Mio. EUR gesunken, die Position im US-Dollar wurde leicht reduziert.

Währungsrisiken

Fremdwährungskredite werden weitgehend in gleicher Währung refinanziert oder über entsprechende Währungssicherungsinstrumente abgesichert. Fremdwährungsbeteiligungen der DEG und im geringen Umfang Förderinstrumente des Geschäftsbereichs KfW Entwicklungsbank werden nur dann in gleicher Währung refinanziert, wenn dies möglich und sinnvoll ist. Unterjährige Fremdwährungserträge aus dem Kreditgeschäft werden zeitnah verkauft. Der Ökonomische Kapitalbedarf für liquide Währungspositionen wird analog zum Zinsänderungsrisiko mittels eines Varianz-Kovarianz-Ansatzes als Summe aus einem Stop-Loss-Puffer und einem Zwei-Monats-Value-at-Risk zum Solvenzniveau 99,99 % berechnet. Für alle Währungen mit eingeschränkten

Handels- und Hedging-Möglichkeiten wird ein Zwölf-Monats-Value-at-Risk verwendet. Die Klassifizierung der Einzelwährungen in liquide und illiquide Währungen nimmt das Marktpreis-Risiko-Komitee mindestens einmal jährlich vor. Der überwiegende Anteil des Währungsportfolios umfasst liquide Positionen. Zusätzlich werden regelmäßig Stresstests durchgeführt, um mögliche Verluste bei extremen Marktbedingungen abzuschätzen. Die Abwertung des US-Dollars im Berichtsjahr (EUR-USD-Wechselkurs per 31.12.2017: 1,1993 und 31.12.2016: 1,0541) führte zu negativen Barwerteffekten, die mit Terminverkäufen von Margen abgefedert wurden. Außerdem wurde der Stop-Loss-Puffer in Summe um 230 Mio. EUR auf zuletzt 550 Mio. EUR erhöht. Vor allem dies führte zu einem Anstieg des Kapitalbedarfs für Währungsrisiken zum 31.12.2017 um 89 Mio. EUR. Kompensierend wirkte der oben erwähnte Abbau der Zinsrisiko-Position im US-Dollar im Jahr 2017.

Basisspread-Risiken

Basisspread-Risiken umfassen im Wesentlichen Tenor- und FX-Basisspread-Risiken. Der Ökonomische Kapitalbedarf für diese Risiken wird mit einem Varianz-Kovarianz-Ansatz zum Solvenzniveau 99,99 % und einer Haltedauer von zwölf Monaten ermittelt. Zum 31.12.2017 betrug der Kapitalbedarf für Basisspread-Risiken 969 Mio. EUR. Im Vorjahresvergleich ergibt sich hier ein Minderbedarf in Höhe von 380 Mio. EUR. Der Rückgang resultiert nicht nur aus risikomindernden Marktdateneffekten, sondern insbesondere aus einer geringeren Liquiditätsfristentransformations- sowie Cross-Currency-Spread-Position im US-Dollar.

Credit Spread-Risiken

Die Risikomessung erfolgt für das Wertpapierportfolio. Der Ökonomische Kapitalbedarf wird mittels der Methode der historischen Simulation auf Basis von Credit Spread-Zeitreihen, welche die vergangenen drei Jahre umfassen (750 Handelstage), ermittelt. Zunächst wird der Value-at-Risk für einen Tag Haltedauer zum Konfidenzniveau 95 % aus historischen Credit Spread-Veränderungen bestimmt und dann auf einen Zeitraum von einem Jahr und auf das Solvenzniveau 99,99 % skaliert. Der Ökonomische Kapitalbedarf für Credit Spread-Risiken betrug zum 31.12.2017 464 Mio. EUR. Das Credit Spread-Risiko ist im Vorjahresvergleich um 174 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Verwendung von Sektorkurven statt wie bisher eines wertpapierindividuellen Spreads.

LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungen nicht zeitgerecht erfüllen zu können. Es wird zwischen

- dem Instituts-Liquiditätsrisiko (Risiko, Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen zu können),
 - dem Refinanzierungsrisiko (Risiko von Mindererträgen aufgrund einer Verteuerung der Refinanzierung [Passiva], die nicht an die Kreditnehmer weitergereicht werden kann) und
 - dem Markt-Liquiditätsrisiko (Risiko, Finanzpositionen nur zu niedrigeren Preisen als in einem normalen Umfeld adäquat veräußern zu können)
- unterschieden.

Primäres Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit des Konzerns. Die KfW steht als Abschlusspartner für sämtliche Handelsgeschäfte ihrer Tochtergesellschaften und insbesondere deren Refinanzierung

zur Verfügung. Aus diesem Grund sind die Liquiditätserfordernisse der Tochterunternehmen sowohl in der Refinanzierungsplanung des Konzerns als auch im Liquiditätssicherungskonzept enthalten.

Die Liquiditätsrisikomessung erfolgt auf Basis ökonomischer Szenarioanalysen sowie des Ausnutzungsgrads gemäß KfW-Gesetz. Zusätzlich werden die Liquiditätslücken auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts sowie das bestehende Liquiditätspotenzial limitiert.

Eine wesentliche Komponente für die Einschätzung des Liquiditätsrisikos stellen vertragliche Zahlungsverpflichtungen (Kapitalrückzahlungen und Zinsverpflichtungen) des Konzerns aus Finanzinstrumenten dar, die in der folgenden Tabelle nach Laufzeiten gegliedert sind:

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern

31.12.2017¹⁾

	Bis ein Monat	Mehr als ein Monat bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	4.394	1.795	565	3.144	8.596	18.494
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	25.916	18.311	69.123	209.530	103.246	426.126
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-190	-251	-356	297	-6.842	-7.341
<i>darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten</i>	16.465	15.086	44.213	129.157	43.442	248.363
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	30.120	19.856	69.332	212.972	105.000	437.279
Eventualverbindlichkeiten	3.651	0	0	0	0	3.651
Unwiderrufliche Kreditzusagen	80.082	0	0	0	0	80.082
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	83.733	0	0	0	0	83.733
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	113.852	19.856	69.332	212.972	105.000	521.012

¹⁾ Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Zahlungsverpflichtungen aus Finanzinstrumenten nach Laufzeitbändern

31.12.2016¹⁾

	Bis ein Monat	Mehr als ein Monat bis drei Monate	Mehr als drei Monate bis ein Jahr	Mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	Mehr als fünf Jahre	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verpflichtungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	18.481	2.944	603	3.221	8.828	34.076
Verpflichtungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	30.398	36.185	50.879	235.095	91.766	444.323
Nettoverpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten	-1.276	-2.503	-3.012	-13.632	-10.633	-31.057
<i>darunter: Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten</i>	14.921	19.589	28.398	137.634	50.427	250.969
Verpflichtungen aus nachrangigen Verbindlichkeiten	0	0	4	23	235	262
Verpflichtungen aus bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	47.603	36.626	48.473	224.707	90.195	447.604
Eventualverbindlichkeiten	3.955	0	0	0	0	3.955
Unwiderrufliche Kreditzusagen	81.534	0	0	0	0	81.534
Verpflichtungen aus nicht bilanzwirksamen Finanzinstrumenten	85.489	0	0	0	0	85.489
Verpflichtungen aus Finanzinstrumenten	133.092	36.626	48.473	224.707	90.195	533.093

¹⁾ Die Nettoverpflichtungen aus Derivaten umfassen Zahlungsverpflichtungen, saldiert mit den gegenläufigen Zahlungsansprüchen aus den Kontrakten; die Bruttozahlungsverpflichtungen sind als Verpflichtungen aus derivativen Finanzinstrumenten ausgewiesen. Für die Unwiderruflichen Kreditzusagen und Eventualverbindlichkeiten erfolgt eine pauschale Zuordnung zum ersten Laufzeitband.

Die interne Liquiditätsrisikomessung basiert auf Szenariorechnungen. In diesem Ansatz werden zunächst die erwarteten Zahlungseingänge und alle Zahlungsausgänge für die nächsten zwölf Monate auf Basis des bereits kontrahierten Geschäfts als Ausgangspunkt betrachtet. Dieser Basis-Cashflow wird um geplante und geschätzte Zahlungen (zum Beispiel Kapitalmarktaufnahmen, liquiditätswirksame erwartete Kreditausfälle oder geplantes Neugeschäft) erweitert. Das Resultat stellt eine Übersicht über die benötigte Liquidität des Konzerns in den nächsten zwölf Monaten dar. Die benötigte Liquidität wird für verschiedene Szenarien berechnet. Hierbei werden marktweite und institutsspezifische Risikofaktoren gestresst und die Auswirkungen auf die Liquidität des Konzerns bewertet.

Parallel wird das vorhandene Liquiditätspotenzial bestimmt. Dieses besteht im Wesentlichen aus dem Bundesbank-Sicherheiten-Konto der KfW, aktivischen Repos, dem Liquiditätsportfolio und dem am Markt regelmäßig platzierbaren Volumen an Commercial Papers. Das vorhandene Liquiditätspotenzial wird analog den anderen Cashflow-Komponenten Stressannahmen unterworfen. Für jedes Szenario wird das Verhältnis von kumulierter benötigter Liquidität zum kumulierten vorhandenen Liquiditätspotenzial berechnet. Diese Kennzahl darf den Wert 1 in allen Szenarien für unterschiedliche Zeiträume nicht überschreiten. Im Normal Case beträgt der vorgegebene Zeithorizont zwölf Monate, im Stress Case sechs Monate und in den zwei Worst-Case-Szenarien drei Monate. Die Szenarioannahmen werden jährlich validiert.

Die Ermittlung der Kennzahlen sowie das Reporting an das Marktpreis-Risiko-Komitee erfolgen monatlich. Folgende Tabelle zeigt die Risikokennzahlen für die unterschiedlichen Szenarien per 31.12.2017:

Liquiditätsrisikokennzahlen der KfW per 31.12.2017

	Kennzahl
Normal Case	0,13
Stress Case	0,23
Worst Case (institutsspezifisch)	0,16
Worst Case	0,45

Die internen Liquiditätskennzahlen lagen zu jedem Zeitpunkt des Jahres unter der zulässigen Höchstgrenze von 1.

Aktuelles Refinanzierungsumfeld

Die Entwicklung an den internationalen Kapitalmärkten war 2017 zum einen geprägt durch die politischen Großereignisse in Frankreich und Deutschland, zum anderen durch die weiterhin lockere Zentralbankpolitik in der Eurozone und Zinserhöhungen in den USA. Während die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank ungeachtet der kräftigen Konjunktorentwicklung und der gedämpften Inflationserwartungen auch 2017 weiterhin auf Expansionskurs war, hat die US-Notenbank im Jahresverlauf drei Zinserhöhungen vorgenommen und führt ihren Weg in Richtung restriktive Geldpolitik weiter fort. Trotz hoher Volatilitäten zu Beginn des Jahres 2017 verzeichnete der Euromarkt eine deutlich gestiegene Investorennachfrage im Jahresverlauf. Ausschlaggebend neben dem „Public Sector Purchase Programme“ (PSPP) des Eurosystems war auch die sehr positive Entwicklung der Wahrnehmung auf Europa, die mit guten wirtschaftlichen Daten zum Jahresende untermauert wurde.

Die etablierte Refinanzierungsstrategie der KfW Bankengruppe zeichnet sich durch großvolumige und gut platzierte Anleihen an eine weltweite Investorenbasis aus. Hohe Flexibilität hinsichtlich Währungen, Instrumenten und Strukturen ermöglichte es der KfW, ihre Refinanzierungsaktivitäten erfolgreich abzuschließen. Im Geschäftsjahr 2017 hat die KfW an den internationalen Kapitalmärkten insgesamt ein Volumen von 78,2 Mrd. EUR (2016: 72,8 Mrd. EUR) in zehn verschiedenen Währungen und 145 Einzeltransaktionen aufgenommen. Rund 88% der langfristigen Mittelaufnahmen erfolgten durch die beiden Hauptrefinanzierungswährungen Euro und US-Dollar. Der Anteil der in Euro denominierten Anleihen stieg 2017 auf ein Mehrjahreshoch von 53% (2016: 36%). In US-Dollar denominierte Anleihen summierten sich auf 34% (2016: 47%).

OPERATIONELLE RISIKEN UND BETRIEBLICHES KONTINUITÄTSMANAGEMENT (BETRIEBSRISIKEN)

Wesentliche Merkmale der Organisationsstruktur sind die Aufteilung in dezentrale und zentrale Einheiten sowie die Anbindung an das Komitee für Operationelle Risiken. Das Management der Themenfelder erfolgt dezentral in den Bereichen und den Tochtergesellschaften durch die jeweilige Bereichsleitung bzw. die zuständige Geschäftsführung. Diese wird durch den jeweiligen Bereichskoordinator für Operationelle Risiken und Betriebliches Kontinuitätsmanagement unterstützt. Die Überwachung und Kommunikation der Themenfelder erfolgt durch die Bereiche Risikocontrolling (zentrales OpRisk-Controlling) und Compliance (zentrales Betriebliches Kontinuitätsmanagement). Diese entwickeln die jeweiligen Methoden und Instrumente zur Identifizierung sowie Beurteilung der Risiken und überwachen die konzernweit einheitliche Anwendung der Methoden und Instrumente.

Das Management und Controlling Operationeller Risiken sowie das Betriebliche Kontinuitätsmanagement haben zum Ziel, potenzielle Schäden für den Konzern rechtzeitig zu erkennen und abzuwenden bzw. Notfälle und Krisen beherrschbar zu machen und die strukturelle Einsatzfähigkeit des Konzerns auch im Falle eines Ausfalls wesentlicher Ressourcen sicherzustellen.

In Anlehnung an Artikel 4 Abs. 1. Nr. 52 CRR definiert der Konzern das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Darüber hinaus werden folgende Risikounterarten des Operationellen Risikos definiert und in der Regel durch spezialisierte 2nd-Line-of-Defence-Einheiten überwacht: Compliance-Risiko, Informationssicherheitsrisiko, Physische-Sicherheit-Risiko, Rechtsrisiko, Conduct Risk/Verhaltensrisiko, Dienstleisterrisiko (inkl. Auslagerungsrisiko), Personalrisiko, OpRisk aus Anpassungsprozessen, Modellrisiko sowie IT-Risiko ohne Informationssicherheitsbezug.

Eingetretene Verluste werden im Konzern in einer OpRisk-Ereignisdatenbank erfasst. Nach jedem Quartal erfolgt ein ausführliches Detailreporting der erfassten Schadensereignisse und

Die Refinanzierungsaktivitäten der KfW im Geldmarktsegment entwickelten sich 2017 ebenso positiv. Das Programmvolumen des für weltweite Investoren konzipierten „Euro Commercial Paper“(ECP)-Programms beträgt 60 Mrd. EUR. Das Emissionsvolumen im ECP-Programm war 2017 planmäßig geringer als im Vorjahr. Das Ende 2017 ausstehende Volumen belief sich hier auf 34,7 Mrd. EUR (Ende 2016: 37,8 Mrd. EUR). Das Emissionsvolumen im „US Commercial Paper“(USCP)-Programm im Jahr 2017 war ebenfalls niedriger als im Vorjahr. Mit einem Programmvolumen von 10 Mrd. USD ist das USCP-Programm speziell für den US-amerikanischen Markt konzipiert. Die KfW Bankengruppe deckt mit diesem Programm einen großen Teil ihres kurzfristigen Bedarfs in US-Dollar ab. Das Ende 2017 ausstehende Volumen betrug 8,1 Mrd. USD (Ende 2016: 8,7 Mrd. USD).

ggf. daraufhin eingeleiteter Maßnahmen an die jeweiligen Bereiche. Der Gesamtvorstand, der Verwaltungsrat und das Komitee für Operationelle Risiken werden im Rahmen des Risikoberichts monatlich bzw. vierteljährlich informiert. Ab einer festgelegten Schadenshöhe erfolgt zusätzlich ein Ad-hoc-Reporting.

Darüber hinaus erfolgt eine systematische Erfassung von Operationellen Risiken in den Risiko-Assessments, die konzernweit durchgeführt werden. Dabei werden auch neue Aktivitäten im Neue Produkte Prozess (NPP) sowie Änderungen betrieblicher Prozesse oder Strukturen hinsichtlich potenzieller Operationeller Risiken untersucht. Die Messung Operationeller Risiken innerhalb der Risiko-Assessments erfolgt auf der Basis von internen Daten oder Expertenschätzungen, die mit einer Verteilungsannahme für Schadenshäufigkeit und Schadenshöhe unterlegt werden. Die erhobenen Verlustpotenziale durchgeführter Risiko-Assessments werden nach Abschluss den jeweiligen Bereichs- und Abteilungsleitern und dem Gesamtvorstand berichtet. Die Bereiche prüfen im Rahmen des Risiko-Assessments die Implementierung weiterer risikomitigierender Maßnahmen (zum Beispiel Kontrollen im Rahmen des Internen Kontrollsystems [IKS]).

Sofern eine geeignete Überwachung Operationeller Risiken mittels Metriken möglich ist, erfolgt diese unter Zuhilfenahme sogenannter Risikoindikatoren. Die Überwachung der Einhaltung von zentral vorgegebenen risikosensitiven methodischen Vorgaben (zum Beispiel Schulungsteilnahmen, Fristen, Eskalationsprozesse) erfolgt unter Verwendung sogenannter bereichsindividueller OpRisk-Bereichsinformations-Dashboards – hierdurch wird im Falle einer nicht konformen Ausführung eine Eskalation über alle Ebenen bis hin zum Vorstand sichergestellt.

Insgesamt binden die Operationellen Risiken im Konzern per 31.12.2017 Ökonomisches Kapital in Höhe von 1.598 Mio. EUR. Dies ist gegenüber dem Stand per 31.12.2016 ein um 565 Mio. EUR gesteigener Betrag aufgrund mehrerer einzelner Schadensfälle, insbesondere aufgrund von Rückstellungsbildungen und aktualisierter Risikoszenarien.

Für den Eintritt einer Geschäftsunterbrechung aufgrund interner oder externer Ereignisse ist ein Betriebliches Kontinuitätsmanagement implementiert. Es handelt sich dabei um einen ganzheitlichen Managementprozess, der alle Aspekte für die vier wesentlichen Ausfallszenarien Standortausfall (Gebäude oder Infrastruktur), IT-Systemausfall, Personalausfall und Ausfall von Dienstleistern umfasst. Das Betriebliche Kontinuitätsmanagement berücksichtigt gleichermaßen präventive Komponenten (Notfallvorsorge) und reaktive Komponenten (Notfall- und Krisenbewältigung).

Zur Steuerung im Rahmen des Betrieblichen Kontinuitätsmanagements werden die Geschäftsprozesse analysiert, nach ihrer Kritikalität eingestuft und die jeweils unterstützenden Ressourcen

betrachtet. Das Erkennen der kritischen Geschäftsprozesse und deren Abhängigkeiten von unterstützenden Ressourcen bildet die Grundlage für ein wirkungsvolles Betriebliches Kontinuitätsmanagement. Für diese Geschäftsprozesse und die unterstützenden Ressourcen werden individuelle Maßnahmen erarbeitet, die sicherstellen, dass die benötigte Verfügbarkeit gewährleistet wird und Risiken im wirtschaftlichen Rahmen reduziert werden. Dazu gehören Notfallarbeitsplätze, Notfallkonzepte, Kommunikationsinstrumente und Alarmierungstools. Der Krisenstab des Konzerns übernimmt im Bedarfsfall die Leitung des gesamten Krisenmanagements. Er trainiert in regelmäßigen Krisenstabs-tests das Zusammenspiel der Notfall- und Krisenorganisation.

SONSTIGE RISIKEN

Beteiligungsrisiken

Bei der Steuerung von Beteiligungsrisiken im Konzern ist zwischen Risiken aus dem operativen und dem strategischen Beteiligungsgeschäft zu unterscheiden.

Operative Beteiligungen

Das Eingehen von operativen Beteiligungen ist Bestandteil des Förderauftrags des Konzerns. Entsprechend gibt es Beteiligungen im Rahmen der inländischen und der europäischen Investitionsfinanzierung sowie in den Geschäftsbereichen Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer sowie Export- und Projektfinanzierung. Die konzernweit grundsätzlichen Regelungen für operative Beteiligungen werden über einen „Ordnungsrahmen“ vorgegeben. Auf bestimmte Beteiligungssegmente abgestimmte und spezifische Regeln werden darüber hinaus in Portfoliorichtlinien, Arbeitsanweisungen oder in Risikoleitplanken niedergelegt. Die Risikomessung erfolgt für operative Beteiligungen analog zu den Kreditrisiken auf Einzelengagementebene. Die Risiken des Beteiligungsportfolios werden zusätzlich in einem eigenen Bericht dargestellt.

Strategische Beteiligungen

Strategische Beteiligungen unterstützen den Auftrag der KfW, ein effizientes und nachhaltiges Förderangebot bereitzustellen. Neben der Verstärkung und dem Ausbau von Kernkompetenzen steht daher die Komplementierung von KfW-Geschäftsfeldern im Vordergrund. Mit dem strategischen Engagement ist in der Regel eine langfristige Haltedauer verknüpft. Daneben gibt es auch Beteiligungen, deren Grundlage § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz ist (Zuweisungsgeschäft). Diese Beteiligungen werden der KfW von der Bundesregierung zugewiesen, weil an ihnen ein staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht.

Die Betreuung der strategischen Beteiligungen erfolgt in einer dafür vorgesehenen Einheit auf Basis eines Beteiligungshandbuchs, das Rechtsgrundlagen, Strategien, Grundsätze, Verfahren und Zuständigkeiten des Beteiligungsmanagements abbildet. Zugang, Abgang und Veränderungen strategischer Beteiligungen unterliegen grundsätzlich definierten Due-Diligence-Prozessen und der Genehmigung durch den Gesamtvorstand sowie – gemäß KfW-Satzung – durch den Verwaltungsrat des Konzerns. Das Eingehen einer Beteiligung > 25 %, die Erhöhung einer solchen

Beteiligung oder die teilweise oder komplette Veräußerung erfordert zusätzlich eine Genehmigung des Bundesministeriums der Finanzen gemäß Bundeshaushaltsordnung (§ 65 Abs. 3 BHO). Die strategischen Beteiligungen und ihre individuellen Risiken werden laufend überwacht und im Rahmen eines jährlichen Beteiligungsberichts – sowie in anlassbezogenen Ad-hoc-Berichten – dem Gesamtvorstand vorgelegt. Die für die Beteiligungen individuell zu formulierenden Strategien werden jährlich aktualisiert. Darüber hinaus ist der Konzern bei strategischen Beteiligungen in der Regel in den Aufsichtsorganen vertreten.

Aufgrund der hohen Risikorelevanz für den Konzern sowie der einheitlichen Konzernsteuerung werden Risiken der KfW IPEX-Bank sowie der DEG im Rahmen der Konzernrisikosteuerung gemanagt – so werden zum Beispiel die Geschäftsaktivitäten der Tochtergesellschaften im Durchschau-Prinzip („Look-through“) auf die konzernweiten Limite angerechnet und in die Kapitalallokation des Konzerns einbezogen sowie Vertreter der Tochterunternehmen in die Konzern-Risikogremien eingebunden. Ferner überwacht die KfW die Risikolage der DEG sowie der KfW IPEX-Bank auf Stand-alone-Ebene. Ein entsprechendes regelmäßiges Reporting erfolgt im Rahmen des Konzernrisikoberichts an den Vorstand.

Reputationsrisiko

Unter Reputationsrisiko wird die Gefahr einer längerfristigen Verschlechterung der Wahrnehmung des Konzerns aus Sicht der relevanten internen und externen Interessengruppen mit negativen Auswirkungen auf den Konzern verstanden. Diese Auswirkungen können zu Beeinträchtigungen der Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage führen (zum Beispiel Neugeschäftsrückgang) oder nichtmonetärer Natur sein (zum Beispiel erschwerte Rekrutierung neuer Mitarbeiter). Reputationsrisiken können aus anderen Risikoarten erwachsen oder eigenständig auftreten.

Im Rahmen des Risikomanagementprozesses werden Reputationsrisiken dezentral gesteuert. Den Rahmen hierfür legen unter anderem das Nachhaltigkeitsmanagement mit konzernweit gültigen Nachhaltigkeitsleitsätzen, die unter anderem Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen vor der Finanzierungsentscheidung vorsehen, oder der nachhaltige Investmentansatz für das

eigene Portfoliomanagement. Darüber hinaus werden neue Aktivitäten im Neue Produkte Prozess (NPP) sowie ausgelagerte Aktivitäten im Auslagerungsmanagement regelmäßig hinsichtlich potenzieller Reputationsrisiken untersucht.

Ergänzend dazu koordiniert das zentrale Reputationsrisikocontrolling im Rahmen der Risikoidentifikation das qualitative Reputationsrisiko-Assessment und erstellt ein Risikoprofil mit den größten Reputationsrisiken des Konzerns. Außerdem erfolgt eine fortlaufende Berichterstattung zu eingetretenen Reputationsrisikoereignissen.

Projektrisiko

Originäre Projektrisiken bestehen insbesondere aus sich nicht bestätigenden Planungsannahmen und haben Auswirkungen auf die Projektzielerreichung hinsichtlich Aufwand, Zeit und Qualität (zum Beispiel neue fachliche Anforderungen, zeitliche Abhängigkeiten von Parallelprojekten). Projektrisiken entstehen im

Konzern insbesondere im Zusammenhang mit den verschiedenen langfristig ausgelegten Großprojekten. Die Steuerung von Projektrisiken erfolgt im Rahmen des Projektmanagements sowohl während der Projektplanung als auch während der Projektdurchführung.

Das Zentrale Projektmanagementoffice (ZPMO) unterstützt die Großprojekte in ihrer Aufgabenerfüllung und bei der Zielerreichung. Als zentrale Stabsstelle für das Projektportfoliomanagement stellt es den methodischen Rahmen für die Durchführung der Großprojekte im Konzern zur Verfügung und schafft Transparenz auf Ebene des Gesamtprojektportfolios. Dadurch werden zielgerichtete Entscheidungen durch Projektboard und Vorstand ermöglicht. Das Setzen methodischer Vorgaben durch das ZPMO ermöglicht eine einheitlich hohe Umsetzungsqualität in den Projekten. Die Einhaltung der Rahmenbedingungen und Vorgaben durch die Großprojekte wird ebenfalls überwacht und unterstützt.

Interne Kontrollverfahren

Internes Kontrollsystem (IKS)

Ziel des Internen Kontrollsystems (IKS) des Konzerns ist es, durch geeignete Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit und die Einhaltung der für den Konzern maßgeblichen rechtlichen Vorschriften, die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der externen und internen Rechnungslegung sowie den Schutz des Vermögens sicherzustellen.

In der KfW Bankengruppe bestehen ein konzernweit gültiger IKS-Regelkreis sowie konzernweit verbindliche Mindestanforderungen an das IKS. Das IKS des Konzerns orientiert sich dabei an den einschlägigen (bankaufsichts-)rechtlichen Vorgaben⁸⁾, insbesondere KWG und MaRisk, sowie an einem marktüblichen Standard, dem COSO-Modell⁹⁾.

Die Gesamtverantwortung für das Interne Kontrollsystem des Konzerns liegt beim Vorstand der KfW. Zudem sind für die KfW IPEX-Bank und DEG die jeweiligen Geschäftsführungen verantwortlich. Die Ausgestaltung und Umsetzung auf den verschiedenen Unternehmensebenen liegt entsprechend der Organisation in der Verantwortung der jeweiligen Führungskräfte.

Dem COSO-Modell entsprechend besteht das IKS aus den fünf Komponenten Kontrollumfeld, Risikobeurteilung, Kontrollaktivitäten sowie Information/Kommunikation und Überwachung/Prüfung, die sich auf alle Unternehmenseinheiten sowie Unternehmensfunktionen und -prozesse des Konzerns erstrecken und die in wechselseitigen Beziehungen zueinander stehen.

Das Kontrollumfeld bildet den Rahmen, innerhalb dessen der Konzern Regelungen einführt und anwendet. Im Rahmen der Risikobeurteilung erfolgt die Identifizierung, Analyse und Einschätzung der Risiken, die aus der Umsetzung der Unternehmensstrategie resultieren. Die Kontrollaktivitäten zielen darauf ab, dass

die Unternehmensziele effektiv erreicht werden und Risiken aufgedeckt bzw. minimiert werden. Durch eine konsequente Informations- und Kommunikationspolitik im Konzern stehen den Beteiligten die für die zu treffenden Entscheidungen notwendigen Informationen umfassend zur Verfügung. Die Funktionsfähigkeit, Effektivität und Wirksamkeit des IKS wird durch entsprechende Überwachungs- und Prüfungsmechanismen festgestellt.

Grundlage des IKS bildet die schriftlich fixierte Ordnung. Sie setzt in Form verbindlicher Vorgaben den Rahmen für eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation im Konzern.

Aufbauorganisatorische Vorkehrungen und Kontrollen in den Arbeitsabläufen stellen eine prozessintegrierte Überwachung sicher. Die prozessintegrierten Überwachungsmaßnahmen dienen der Vermeidung, Verringerung, Aufdeckung und/oder der Korrektur von Bearbeitungsfehlern oder Vermögensschäden. Vor wesentlichen Veränderungen betrieblicher Prozesse und Strukturen werden die Auswirkungen der geplanten Veränderungen auf die Kontrollverfahren und die Kontrollintensität analysiert.

Zur Minimierung des Fehlerisikos im Einzel- und Konzernabschluss sowie zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen und verlässlichen internen und externen Rechnungslegung hat der Konzern rechnungslegungsbezogene Kontrollen implementiert. Die rechnungslegungsbezogenen Kontrollen sind Bestandteil des IKS.

Das System wird ergänzt durch die Compliance, die auf Basis der relevanten Vorschriften und Normen entsprechende Maßnahmen definiert und deren Einhaltung überwacht. Im Rahmen der Compliance-Funktion erfolgt eine regelmäßige prozessorientierte/-begleitende Überwachung der entsprechenden Teile des Internen Kontrollsystems. Die Ergebnisse weiterer 2nd-Line-of-Defence-Einheiten (insbesondere OpRisk) fließen in die Überwachung und Weiterentwicklung des Internen Kontrollsystems ein.

⁸⁾ Vgl. § 25 a Abs. 1 Nr. 1 KWG, MaRisk AT 4.3, §§ 289 HGB Abs. 5, 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB, 324 HGB, 264 d HGB

⁹⁾ COSO = „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“

Die Interne Revision prüft die ordnungsgemäße Durchführung der IKS-relevanten Kontrollen im Rahmen eines IKS-Kontrolltestings.

Um die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS zu gewährleisten, werden die gesetzten Standards und Konventionen regelmäßig hinterfragt und weiterentwickelt.

Gegenüber den Aufsichtsorganen im Konzern erfolgt eine jährliche Berichterstattung. Die Angemessenheit und Wirksamkeit des IKS wird zudem von der Internen Revision auf Basis prozessunabhängiger und risikoorientierter Prüfungen beurteilt.

Compliance

Der Erfolg des Konzerns hängt maßgeblich vom Vertrauen der Anteilseigner, Kunden, Geschäftspartner, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in seine Leistungsfähigkeit und vor allem auch in seine Integrität ab. Dieses Vertrauen basiert nicht zuletzt auf der Umsetzung und Einhaltung der relevanten gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen sowie internen Vorschriften und sonstigen einschlägigen Gesetzen und Regeln. Die Compliance-Verantwortung für den Konzern liegt beim Vorstand der KfW. Der Vorstand delegiert die Wahrnehmung der damit verbundenen Aufgaben an den Bereich Compliance.

Die Ausgestaltung der Compliance-Organisation verfolgt den Ansatz des Three-Lines-of-Defence-Modells und orientiert sich als zweite Verteidigungslinie an den Anforderungen an eine MaRisk-Compliance-Funktion. Im Rahmen dessen existieren im Konzern seit Jahren Vorkehrungen zur Einhaltung von Datenschutzbestimmungen, zur Prävention von Insiderhandel, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstigen strafbaren Handlungen sowie zur Überwachung der rechtlichen Rahmenbedingungen und daraus resultierenden Umsetzungsmaßnahmen. Dies umfasst auch den Schutz von Informationen, Gebäuden, Personen und der IT-Infrastruktur sowie die Sicherstellung eines Betrieblichen Kontinuitätsmanagements. Entsprechend bestehen

verbindliche Regelungen und Prozesse, die die gelebten Wertmaßstäbe und die Unternehmenskultur beeinflussen und kontinuierlich entsprechend den rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Marktanforderungen angepasst werden.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Konzerns finden regelmäßig Compliance- und Geldwäscheschulungen statt. Neben diesen Präsenzs Schulungen sind auch E-Learning-Programme zu den Themen Datenschutz, Informationssicherheit, Wertpapier-Compliance sowie Geldwäsche- und Betrugsprävention verfügbar.

Interne Revision

Die Interne Revision ist ein Instrument des Vorstands. Als prozessunabhängige Instanz prüft und beurteilt sie risikoorientiert grundsätzlich alle Prozesse und Aktivitäten des Konzerns und berichtet direkt an den Vorstand.

Mit Blick auf die Prozesse des Risikomanagements hat die Interne Revision im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl dezentrale Risikomanagementprozesse als auch zentrale, bankweit relevante Aspekte des Risikomanagements und Risikocontrollings geprüft. Schwerpunkte lagen zum einen in projektbegleitenden Prüfungen der Großprojekte zum Markt- und Kreditrisiko und Meldewesen sowie in der Prüfung der Ratingverfahren zur Erfüllung der Anforderungen aus CRR Art. 191.

Wie in den Vorjahren hat die Interne Revision darüber hinaus auch im Geschäftsjahr 2017 durch Teilnahme (Gaststatus) an Sitzungen von Entscheidungsgremien die Weiterentwicklung des Risikomanagements verfolgt.

Die Interne Revision der KfW fungiert auch als Konzernrevision der Gruppe. Sie ist in die Prüfungsplanung der Revisionen der Tochtergesellschaften eingebunden und sie bezieht die Prüfungsergebnisse der Internen Revisionen der Tochtergesellschaften in die konzernweite Revisionsberichterstattung ein.

Prognose- und Chancenbericht

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Entwicklungstrends

Die KfW erwartet für 2018 ein **globales Realwachstum** von 3,8% und damit nochmals eine etwas stärkere wirtschaftliche Dynamik als im Vorjahr. Diese stützt sich auf eine breite Basis, da die **Industriestaaten** ihre Wachstumsdynamik voraussichtlich halten werden (2018: 2,2%) und das Wachstum in den **Entwicklungs- und Schwellenländern** nochmals höher ausfallen dürfte als 2017 (2018: 5,0%). Die US-Wirtschaft befindet sich auf einem soliden Expansionskurs. In Großbritannien hingegen dürften die negativen Folgen des Brexit-Votums und der unbefriedigend verlaufenden Austrittsverhandlungen deutlicher werden. Die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer stellt sich heterogen dar. Die weitere Erholung nach den Rezessionen in Brasilien, Russland und großen Ländern Subsahara-Afrikas wird sich positiv in der jeweiligen Region auswirken. Für die Rohstoffexportländer werden Wachstumssteigerungen erwartet, teilweise müssen sie jedoch noch deutliche makroökonomische Anpassungen an die vergleichsweise niedrigen Rohstoffpreise leisten. Während Indien von seinen Strukturreformen profitieren dürfte, wird China sein Wachstumsmodell weiter umstellen, was zu einer moderaten Wachstumsverlangsamung führt.

Der Aufschwung in der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU)** hat im vergangenen Jahr an Kraft gewonnen und die Aussichten sind gut, dass die kräftige Erholung 2018 anhält. Daher rechnet die KfW mit einem Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 2,4%. Das Wachstum ruht inzwischen regional auf einer breiten Basis. Insbesondere ist die stärkere Dynamik nun auch in Italien und Frankreich angekommen. Die wichtigste Säule der wirtschaftlichen Erholung im Währungsraum bleibt die solide binnenwirtschaftliche Entwicklung. Der private Konsum wird von den Verbesserungen am Arbeitsmarkt und den damit einhergehenden Einkommenszuwächsen gut unterstützt. Daneben sorgt die globale Wachstumsbeschleunigung für Rückenwind im Exportsektor und kompensiert die negativen Folgen der Eurostärke. Von der Fiskalpolitik erwarten wir einen leicht expansiven Impuls. Auch bei der Bereinigung der Bankbilanzen – insbesondere in Italien – gibt es Fortschritte. Die Finanzierungsbedingungen dürften daher bis

auf weiteres vorteilhaft bleiben und gemeinsam mit der hohen Kapazitätsauslastung die Unternehmen zu einer verstärkten Modernisierung ihres Kapitalstocks bewegen.

Die konjunkturelle Verfassung der **deutschen Wirtschaft** zu Beginn des Jahres 2018 ist ausgezeichnet. Die Exportbelegung infolge der sich festigenden Erholung in Europa und der Welt sorgt zusammen mit der stabilen Binnennachfrage für immer besser ausgelastete Kapazitäten. Die Unternehmen sind deswegen positiv gestimmt und fahren ihre Investitionen hoch. Zugleich bleibt der Konsum dank des anhaltenden Wachstums der Erwerbstätigenzahl und steigender Löhne voraussichtlich deutlich aufwärts gerichtet. Die Aussichten für den Wohnungsbau sind angesichts des sehr hohen Genehmigungsüberschusses von rund 600.000 Wohnungen ebenfalls noch auf längere Sicht positiv. Alles in allem erwartet die KfW für 2018 ein kräftiges Realwachstum von rund 2,5%.

Auch 2018 bleibt das **Finanzmarktumfeld** von äußerst expansiver Geldpolitik geprägt, selbst wenn das Ausmaß allmählich von den beiden größten Notenbanken verringert wird. Die Europäische Zentralbank halbiert ab Januar 2018 ihre Wertpapierkäufe auf monatlich 30 Mrd. EUR und hat angekündigt, diese bis September 2018 fortzuführen. Zurzeit sieht es überdies danach aus, dass die Käufe auch nach September 2018 weitergehen, voraussichtlich auf abermals reduziertem Niveau. Erste Leitzinserhöhungen sind frühestens für Anfang 2019 zu erwarten, da die EZB wiederholt kommuniziert hat, solche erst deutlich nach Beendigung des Wertpapierkaufprogramms vorzunehmen. Folglich erwarten wir 2018 für den Euroraum moderate Renditeanstiege am Kapitalmarkt und leicht höhere Zinsen bei den längeren Laufzeiten des Geldmarktes ab der zweiten Jahreshälfte. Die US-Notenbank dürfte 2018 ihre monetäre Straffung fortführen und wie im Vorjahr die Leitzinsen moderat anheben. Da wir davon ausgehen, dass die Fed angesichts des fortgeschrittenen Konjunkturzyklus ab Mitte 2019 geldpolitisch kaum noch restriktiver wird, rechnen wir mit etwas stärkeren Zinsanstiegen bei den kürzeren Laufzeiten als bei den längeren.

Risikoseitige Prognose – Risikolage und Risikotragfähigkeit

Die Weltwirtschaft ist 2017 mit der höchsten Wachstumsrate seit sieben Jahren gewachsen. Der insbesondere durch geld- und zuletzt auch fiskalpolitische Impulse initiierte und gestützte Aufschwung verläuft mittlerweile breit abgestützt, was die Indikatoren, Wirtschaftssektoren und Anzahl der **Länder** betrifft. Die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten bleiben damit grundsätzlich positiv, wobei jedoch darauf hinzuweisen ist, dass die

derzeitige Entwicklung für das Erreichen und Festigen eines nachhaltigen Wachstums und eines höheren Wachstumspotenzials nicht als ausreichend erscheint.

Darüber hinaus bestehen insbesondere für die mittel- bis langfristige Entwicklung weiterhin erhebliche Abwärtsrisiken: Diese resultieren unter anderem aus (i) der anhaltenden Unsicherheit

über die Wirtschafts- und Außenpolitik der USA, (ii) der Unklarheit darüber, wie der Austritt von Großbritannien die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Europa verändern wird, (iii) anhaltenden strukturellen Hemmnissen in vielen Ländern, (iv) einer schnelleren und stärkeren Straffung der globalen finanziellen Bedingungen als bisher absehbar, falls die US-Wirtschaftspolitik inflationär wirkt, und (v) einer anhaltend niedrigen Inflation in den Industrieländern, die dazu führt, dass Zentralbanken bei einem Abschwung kaum noch Realzinsen senken können, um wieder Vollbeschäftigung zu erreichen. Hinzu kommen seit geraumer Zeit wieder deutlich erhöhte geopolitische Risiken mit internationaler Dimension aus verschiedenen Krisenländern und -regionen, wie Nordkorea, der Golfregion (Iran, Katar-Krise, Saudi-Arabien) und Syrien. Nicht zuletzt besteht die zunehmende Gefahr, dass jüngste Anzeichen für eine breiter angelegte Straffung der Geldpolitik in eine neue Finanzkrise münden, insbesondere wegen der vielfach hohen und steigenden privaten Verschuldung, die die Anfälligkeit des Privatsektors in vielen Ländern gegenüber externen Schocks deutlich erhöht hat.

Vor diesem Hintergrund ist eine fortgesetzte Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2018 ein optimistisches Szenario und kein Automatismus. Denn die für die mittelfristige Sicht als erhöht eingestuften Abwärtsrisiken könnten sehr wohl auch bereits 2018 schlagend werden. Ein kurzfristiges Risiko stellen zudem die Parlamentswahlen 2018 in Italien dar. Sollten dort antieuropäische Kräfte deutlich mehr Stimmen als derzeit erwartet erhalten, könnte dies zu Turbulenzen an den Märkten für Staatsanleihen des Euroraums führen – mit u. U. weiter reichenden Folgen für die übrigen Finanzmärkte und die Realwirtschaft. Jedoch ist auf kurze Sicht auch auf die Chance hinzuweisen, dass sich die gute Unternehmer- und Verbraucherstimmung, unterstützt von weiterhin vorteilhaften Finanzierungsbedingungen, in eine stärker als erwartete Wirtschaftsdynamik übersetzt. In Europa wird 2018 das Niedrigzinsumfeld fortbestehen und in Verbindung mit hohen regulatorischen Kosten und verstärkten Investitionen in die Digitalisierung die ohnehin niedrige Profitabilität europäischer Banken weiter belasten. Daher wird der Druck auf die Banken anhalten, Kosten (durch Abbau von Personal und Filialen) weiter zu reduzieren und die Konsolidierung fortzusetzen. Vor diesem Hintergrund bilden die Beurteilung der Nachhaltigkeit der Bankengeschäftsmodelle sowie der Ertragsstreiber wichtige Prioritäten der europäischen Bankenaufsicht.

Die positiven Prognosen für das Wirtschaftswachstum in Deutschland und ganz Europa sollten die zuletzt erneut gestiegene Kreditvergabe an Unternehmen und an Privathaushalte auch 2018 unterstützen. Daraus resultieren auch erste Zeichen einer Überhitzung an verschiedenen Immobilienmärkten. Vor allem die Märkte in Norwegen und Schweden (aber auch außerhalb Europas: Kanada, Australien und Neuseeland) sind bereits auffällig und besonders zu beachten.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr stand für die europäische Bankenaufsicht unter anderem die Verbesserung der Aktivaqualität (vor allem in Italien, Portugal und Irland) im Mittelpunkt. Durch die Einführung von IFRS 9, den neuen EZB-Leitfaden für Banken

zu notleidenden Krediten (NPL) und den bevorstehenden EBA-Stresstest erwarten wir auch für 2018 eine Fortsetzung des Abbaus der notleidenden Kredite in Europa, der auch durch die positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unterstützt wird. Auch der ECOFIN-Rat verständigte sich auf einen Aktionsplan zum Abbau notleidender Kredite. Die hierin vorgesehene Errichtung eines Sekundärmarktes für NPL bis Ende 2018 fordern Banken bereits seit einigen Jahren. Weitere zu erwartende Auswirkungen von IFRS 9 sind eine erhöhte Ergebnisvolatilität sowie eine überschaubare Belastung der Eigenmittelausstattung.

Auch die oben genannten geopolitischen Risiken besitzen das Potenzial für Turbulenzen an den Finanzmärkten. Weiterhin wird sich die europäische Bankenaufsicht verstärkt mit den Brexit-Plänen der Banken beschäftigen, aufgrund bestehender Unklarheiten im Fortgang der Brexit-Verhandlungen. So soll sichergestellt werden, dass das Bankensystem gut auf einen sich abzeichnenden „Hard-Brexit“ vorbereitet ist.

In den USA sollte sich die erwartete graduelle Normalisierung der Geldpolitik positiv auf die Zinsmargen der Banken auswirken. Die Ende 2017 beschlossene Steuerreform wird nach einer einmalig hohen Belastung der Ergebnisse künftig zu steuerlichen Entlastungen der Banken führen. Auch eine mögliche Rücknahme bestimmter regulatorischer Vorgaben könnte den Banken in den USA Wettbewerbsvorteile verschaffen.

Die eingeleitete Bilanzsummenreduzierung der US-Notenbank und die erwarteten weiteren Zinserhöhungen könnten die USD-Liquidität sukzessive verknappen und damit Kapitalströme in die USA umlenken. Darunter könnten vornehmlich Schwellenländer und Banken aus diesen Staaten leiden, die Kredite in US-Dollar ausreichen bzw. sich in US-Dollar refinanzieren.

Für den deutschen und den europäischen **Unternehmenssektor** wird 2018 vor dem Hintergrund einer stabilen Binnennachfrage weiter eine positive Gesamtentwicklung erwartet. Angesichts hoher Kapazitätsauslastungen könnte es sowohl in Deutschland als auch in Europa zudem zu einem Anstieg der Investitionstätigkeit kommen, der weitere positive Konjunkturimpulse setzen würde. Auch die Erwartungen für den US-amerikanischen Markt sind positiv.

Auf dem deutschen **Beteiligungsmarkt** hat sich die positive Stimmung fortgesetzt. Sowohl das Fundraising- als auch das Exitklima gestalten sich über alle Phasen hinweg sehr gut. Die Private-Equity-Szene profitiert weiterhin von dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld und dem dadurch ungebrochenen Investoreninteresse an alternativen Finanzanlagen. Dies spiegelt sich vermehrt auch in vergleichsweise hohen Transaktionsvolumina und Unternehmensbewertungen wider, was jedoch Risiken bei einem Abschwung impliziert. Für das Jahr 2018 erscheint der Marktblick weiterhin freundlich, was jedoch ein stabiles politisch-wirtschaftliches Umfeld voraussetzt.

Die Performance europäischer **Verbriefungen** wird trotz verschiedener Unsicherheiten im politisch-wirtschaftlichen Umfeld auch 2018 aufgrund belastbar abgesicherten Strukturen stabil auf fortgesetzt gutem Niveau erwartet.

Die erwarteten Entwicklungen in den risikorelevanten Segmenten des KfW-Konzerns sollten insgesamt die Risikolage nicht materiell beeinträchtigen, sofern sich die genannten Gefährdungen nicht materialisieren.

Auf Basis der im Rahmen des internen Kapitaladäquanzprozesses erstellten Prognosen wird sowohl für die **(harte) Kern- und Gesamtkapitalquote** als auch für die Ökonomische Risikotragfähigkeit (Solvenzniveau 99,99%) des Konzerns im Geschäftsjahr 2018 insgesamt eine stabile Entwicklung erwartet.

Neugeschäftsplanung

Überblick

Für das Jahr 2018 plant die KfW Bankengruppe ein Fördervolumen in Höhe von 77,5 Mrd. EUR, was im Vergleich zum Planjahr 2017 einem subsidiären Wachstum gemäß dem Strategischen Zielsystem der Bank entspricht. Neue Akzente setzen hier die beschlossene Ausgründung der Beteiligungsfinanzierung in der inländischen Förderung sowie die Umsetzung zusätzlicher Haushaltsmittel in der Entwicklungszusammenarbeit.

Zur Umsetzung des Strategischen Zielsystems des KfW-Konzerns enthalten die Pläne der Geschäftsfelder Maßnahmen zur strategischen Fokussierung auf Förderqualität und eine Ausrichtung der Geschäftsaktivitäten entlang der thematischen Schwerpunkte „Klimawandel & Umwelt“, „Globalisierung“, „Sozialer Wandel“ und „Digitalisierung & Innovation“. Mit Etablierung des neuen Megatrends „Digitalisierung & Innovation“ wird der Anspruch gesetzt, zielgerichtete Förderung in diesem Feld durch passende Produktansätze zu forcieren und auszuweiten. Dabei bewegt sich der Anteil der Klima- und Umweltschutzfinanzierungen am gesamten Fördervolumen mit 38% auf einem stabil hohen Niveau. Der Anteil der geplanten Neuzusagen der Mittelstandsbank am inländischen Geschäft, das sich in der Mittelstandsquote ausdrückt, sinkt temporär etwas ab und wird erwartungsgemäß bei 41 % liegen.

Inlandsgeschäft

Im Inlandsgeschäft unterstützt die KfW die Wirtschaft in Deutschland mit den Förderprogrammen der Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute. Hier fördert sie Investitionen von Privatpersonen, Unternehmen, Städten, Gemeinden sowie gemeinnützigen und sozialen Organisationen.

Künftig soll die Beteiligungsfinanzierung im Rahmen des inländischen Fördergeschäfts aus einer selbstständigen, 100-prozentigen Tochter heraus vorgenommen werden. Details hinsichtlich der konkreten Ausgestaltung sowie die Vorbereitung des operativen Starts werden derzeit in einem Projekt erarbeitet. Es ist geplant, in den nächsten zehn Jahren insgesamt 2 Mrd. EUR Wagniskapital über Beteiligungen an Venture-Capital-Fonds für Start-ups und schnell wachsende innovative Technologieunternehmen bereitzustellen und so den Technologie-Standort Deutschland zu stärken. Die Gründung einer Tochtergesellschaft ermöglicht eine Fokussierung auf Eigenkapitalinvestments und stärkt die Professionalisierung und Marktgängigkeit der Beteiligungs-

Das Jahr 2017 wies eine stabile Liquiditätssituation auf. Das Refinanzierungsvolumen entsprach den Planwerten. Der Refinanzierungsbedarf 2018 liegt aufgrund nur leicht gestiegener Liquiditätswirksamer Rückflüsse sowie gegenüber 2017 gestiegener Mittelabflüsse über dem Vorjahresniveau. Die außerplanmäßigen Tilgungen werden vermutlich auf hohem Niveau verharren. Aufgrund der weiterhin stabilen Refinanzierungssituation werden keine signifikanten Veränderungen des Liquiditätsrisikos erwartet.

finanzierung innerhalb der KfW Bankengruppe. Die Beteiligungstochter soll zu Beginn des Jahres 2018 gegründet werden und das operative Geschäft zur Jahresmitte aufnehmen. Nach Gründung der Beteiligungsgesellschaft wird diese als eigenständiges Geschäftsfeld in der KfW-Inlandsförderung fungieren. Für 2018 beträgt das geplante Zusagevolumen in der Beteiligungsfinanzierung 125 Mio. EUR.

Die **Mittelstandsbank** sieht sich auch in Zukunft als verlässlicher und umsetzungsstarker Partner des deutschen Mittelstands, der Ministerien sowie der Finanzierungspartner. Sie bietet durch die Kombination aus volumenstarkem Durchleitgeschäft und Individualfinanzierung passgenaue Förderangebote für die mittelständische Wirtschaft. Durch die günstige, langfristige Finanzierung von Investitions- und Gründungsvorhaben sowie Unternehmensnachfolgen leistet die Mittelstandsbank einen mittelbaren Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Für die Mittelstandsbank sind die folgenden Marktentwicklungen wesentliche externe Einflussfaktoren:

1. Die Liquiditäts- und Refinanzierungsbedingungen für Banken bleiben auch 2018 günstig, insbesondere da eine Abkehr der EZB von ihrer ultraexpansiven Geldpolitik durch eine vorsichtige Reduzierung der Anleihenkäufe ab Jahresbeginn 2018 erwartet wird.
2. Die Digitalisierung verändert die ökonomischen Rahmenbedingungen für den Mittelstand nachhaltig (Industrie 4.0). Innovationsfähigkeit und -geschwindigkeit sind damit weiterhin wesentliche Erfolgsfaktoren für Unternehmen und Volkswirtschaft in Deutschland und bleiben primärer förderpolitischer Fokus der Bundesregierung (unter anderem „Digitale Strategie 2025“, „Hightech-Strategie“ der Bundesregierung).
3. Die Unterstützung der Energiewende ist als eines der zentralen wirtschafts- und umweltpolitischen Vorhaben der Bundesregierung weiterhin von hoher Relevanz. Die zur Erfüllung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens wichtigen Förderfelder Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind stark von den aktuellen regulatorischen Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene abhängig und damit auch von dem energiepolitischen Kurs der neuen Bundesregierung ab 2018.

Für 2018 plant die Mittelstandsbank mit 19 Mrd. EUR ein Gesamtzusagevolumen etwas unterhalb des Planniveaus 2017.

Die Digitalisierung des Fördergeschäfts in allen Dimensionen (Produkte, Vertrieb, Prozesse) steht dabei weiterhin im Fokus. Durch die Einführung der neuen ERP-Innovations- und Digitalisierungsprogramme erfolgte bereits 2017 eine Ausrichtung der Innovationsförderung auf den Zukunftstrend Digitalisierung. Für 2018 plant die Mittelstandsbank, die Förderung in diesem Feld durch passende Produktansätze zu forcieren und auszuweiten. Zur konsequenten Digitalisierung des Fördergeschäfts gehört zudem die notwendige Erneuerung der zugrunde liegenden IT-Systeme der KfW. Mitte 2016 erfolgte hier der Einstieg in die vollständige digitale Beantragung und Zusage gewerblicher Förderprodukte mit Öffnung der Vertriebsplattform „BDO 2.0“ für die ersten Produkte sowie mehrere Pilot-Vertriebspartner. Sukzessive werden weitere Vertriebspartner und 2018 alle bankdurchgeleiteten gewerblichen Produkte integriert.

Die Mittelstandsbank bleibt mit mehr als 40% ihres Zusagevolumens ein wichtiger Finanzierungspartner im Bereich Klima- und Umweltschutz, insbesondere im Rahmen der Energiewende. Durch die Weiterentwicklung des Produktangebots im Programm „Erneuerbare Energien“ unterstützt sie die wichtige Integration der erneuerbaren Energien in das Gesamt-Energiesystem und kompensiert die aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2017 (EEG 2017) erwarteten Volumenrückgänge.

Die **Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute** fokussiert ihre Förderaktivitäten weiterhin auf die beiden Megatrends „Klimawandel & Umwelt“ und „Sozialer Wandel“. Zudem wird in diesem Kontext auch die Entwicklung der Digitalisierung produkt- und prozessseitig unterstützt. Ziel ist die Beibehaltung hoher Förderanteile innerhalb dieser Megatrends und eines hohen Niveaus der Förderqualität der Förderprodukte.

Langfristiges Ziel des Geschäftsfeldes neben der Fokussierung auf Privatkunden bleibt zudem, verlässlicher Partner der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen sowie der Landesförderinstitute (LFI) zu sein. Zudem wird die große Bedeutung der Kundengruppe Mittelstand insbesondere durch die Unterstützung von Leasinginvestitionsfinanzierungen adressiert.

Im Geschäft mit Privatkunden führen vier wesentliche Faktoren auf mittlere Sicht zu anhaltend hoher Nachfrage:

1. Das anhaltend niedrige Zinsniveau und steigende Einkommen begünstigen Investitionen in Wohnimmobilien.
2. Klimawandel und Energiewende wirken nachfragestärkend in den wohnwirtschaftlichen Programmen für Energieeffizientes Bauen und Sanieren.
3. Die demografische Entwicklung erfordert zunehmende Investitionen für die bedarfsgerechte Entwicklung von Wohnraum.
4. Die notwendige Erhöhung der Bildungsintensität und die bedarfsgerechte Qualifizierung von Fachkräften führen zu einer Aufrechterhaltung des Förderbedarfs in Bildungsprogrammen für Schüler, Studenten und Berufsqualifizierer.

Insbesondere die seit zehn Jahren am Markt erfolgreich etablierte Programmfamilie Energieeffizient Bauen und Sanieren positioniert die KfW als zentralen Förderer von Umweltschutz für Privat- und öffentliche Kunden sowie als Standardsetzer für Energieeffizienz in Wohn- und öffentlichen Gebäuden.

Das strategische Ziel „Sozialer Wandel“ wird im Rahmen der Förderaktivitäten durch Programme zum barrierereduzierenden

Umbau von Bestandsimmobilien sowie durch ein verlässliches und kundenorientiertes Finanzierungsangebot von Wohneigentum verfolgt. Zudem wird dieses strategische Ziel über die Weiterführung des Studienkredits sowie flankierender Bildungsangebote zur schulischen und beruflichen Qualifizierung unterstützt. Die beiden Basisprogramme „IKK – Investitionskredit Kommunen“ und „IKU – Investitionskredit Kommunale und Soziale Unternehmen“ dienen dazu, die KfW als verlässlichen Partner der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen zu positionieren. Als Finanzierungspartner der LFI will das Geschäftsfeld das Geschäftsvolumen der programm-basierten Globaldarlehen auf dem bestehenden hohen Niveau sichern. Auch in der „Allgemeinen Refinanzierung“ soll das Geschäftsvolumen auf hohem Niveau beibehalten werden. Aufgrund der großen Bedeutung der KfW-Kundengruppe „Mittelstand“ wird die klassische inländische Förderung des Geschäftsfeldes durch Globaldarlehen für Leasingfinanzierungen und Globaldarlehen an europäische Geschäfts- und Förderbanken für KMU- bzw. Energieeffizienzfinanzierungen ergänzt.

Nach der erfolgreichen Umsetzung der Automatisierung der Online-Antragsbearbeitung für wohnwirtschaftliche Förderprogramme wird der konsequente Ausbau der Digitalisierungsstrategie weiter vorangetrieben. So wurde in diesem Zusammenhang auch das neu eingeführte Zuschussportal der KfW sukzessive weiter ausgebaut und etabliert.

Die Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute plant für das Jahr 2018, mit einem Neugesäftsvolumen in Höhe von 30,8 Mrd. EUR die Förderung moderat über das Plan-Niveau von 2017 anzuheben.

Finanzmärkte

Das Geschäftsfeld **Finanzmärkte** unterstützt mit Investitionen in Verbriefungstransaktionen die Verbesserung der Kreditversorgung über Kapitalmarktinstrumente. Die KfW leistet damit einen Beitrag zur Diversifizierung und Stabilisierung der Finanzierungsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen in Deutschland und Europa.

Für 2018 sind Investitionen in Wertpapiere mit KMU-Bezug in Höhe von rund 1 Mrd. EUR geplant. Die unter Federführung von KfW und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) gegründete „EIF-NPI Securitisation Initiative“ (ENSI) von Förderinstitutionen in Europa setzt ihre Kooperation zur Stärkung der kapitalmarkt-basierten Mittelstandsfinanzierung fort.

Die KfW setzt den Ankauf von Green Bonds zur Finanzierung von Klima- und Umweltschutzprojekten sowie zur Weiterentwicklung des Green-Bond-Marktes fort. Das Zielvolumen des Green-Bond-Portfolios wurde 2017 um 1 Mrd. EUR auf bis zu 2 Mrd. EUR mit einem Investitionshorizont von drei bis fünf Jahren aufgestockt. Der 2015 durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erteilte Förderauftrag wurde entsprechend erweitert. Für 2018 sind Green-Bond-Investitionen in Höhe von 300 Mio. EUR geplant.

Für das Geschäftsjahr 2018 plant das Geschäftsfeld Finanzmärkte somit ein Neugesäftsvolumen in Höhe von insgesamt 1,3 Mrd. EUR.

Auslandsgeschäft

Das Geschäftsfeld **Export- und Projektfinanzierung** verfolgt weiterhin das Ziel, als Spezialfinanzierer und verlässlicher Partner die deutsche und europäische Wirtschaft zu stärken.

Die wirtschaftliche Entwicklung in den für das Geschäftsfeld wesentlichen Märkten in Deutschland ist solide und in den OECD-Staaten insgesamt befriedigend. In den relevanten Entwicklungs- und Schwellenländern gibt es durchaus Regionen mit Wachstumspotenzial wie etwa die Länder der Andenregion. Herausforderungen zeigen sich unverändert in wichtigen Märkten wie Brasilien, Russland und insbesondere der Türkei. Geopolitische Risiken, zum Beispiel in Nordkorea und dem Iran, sind für das Geschäftsfeld ebenfalls relevant. Insgesamt besteht ausreichend Potenzial für deutsche und europäische Exporteure und Unternehmen, die in ihre Wettbewerbsfähigkeit investieren. Hier lassen sich Finanzierungsansätze für das Geschäftsfeld ableiten.

Das Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung (das heißt das Treuhandgeschäft auf Bilanz der KfW und das Marktgeschäft der Tochter KfW IPEX-Bank) ist auf die nachhaltige Unterstützung der deutschen und europäischen Wirtschaft mittels Projekt- und Exportfinanzierungen zum Erhalt und zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Internationalisierung ausgerichtet. Für die Positionierung als führender Spezialfinanzierer ist die nachhaltige Weiterentwicklung der Strukturierungskompetenz entscheidend. Hierzu gehören konkret das Angebot eigenkapitalschonender Produkte wie Private Risk Insurance (PRI), die Übernahme ausgewählter Rollen bei Kapitalmarktgeschäften wie Project Bonds und strukturierten Corporate Bonds sowie das Ausplatzen großer selbst strukturierter Finanzierungen. Zur nachhaltigen Stabilisierung und RWA-effizienten Steigerung der Ergebnisse kommt der weiteren Verbesserung der Risikodiversifizierung hohe Bedeutung zu. Schwerpunkte bilden dabei die stärkere Fokussierung des Vertriebs auf RWA-schonendes Geschäft und der verstärkte Einsatz von Absicherungsinstrumenten und Risikoausplatzierungen (PRI und Syndizierung) sowie eine aktivere Portfoliosteuerung und die damit einhergehende verstärkte RWA-Optimierung im Kreditbestand. Insgesamt soll dies zu weniger volatilen und begrenzten Risikokosten führen.

Im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung setzt sich die bereits 2016 verzeichnete Normalisierung der Neugeschäftsentwicklung weiterhin fort. Für das Geschäftsjahr 2018 wird ein Neugeschäftsvolumen von 16,3 Mrd. EUR geplant, ein Plus von 3 % gegenüber Plan 2017.

Im Geschäftsfeld **Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer** sind die Geschäftsaktivitäten der KfW Entwicklungsbank und der DEG zusammengefasst.

Die **KfW Entwicklungsbank** erwartet auch in den kommenden Jahren eine dynamische Geschäftsentwicklung:

In der globalen Entwicklungsfinanzierung ist die Zusammenarbeit mit Niedrigeinkommensländern sowie fragilen Staaten auf der einen Seite und den aufstrebenden Schwellenländern auf der anderen Seite weiterhin von großer Bedeutung. Vor dem Hintergrund des hohen Stellenwertes der Flüchtlingshilfe und Fluchtursachenbekämpfung in Europa und der gestiegenen Verantwortung der Bundesregierung in den Bereichen internationaler Klima- und

Umweltschutz werden die entsprechenden Haushaltsmittel (Official Development Assistance, ODA) stark erhöht. Schwerpunkte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sind unter anderem die Stabilisierung von Krisenländern und als Region insbesondere Afrika. Im Rahmen des Flüchtlings- und Krisenkontextes hat die EU-Kommission einen „External Investment Plan“ (EIP) zur Bekämpfung von Migrationsursachen entwickelt. Zur Finanzierung wird die EU-Kommission regionale Plattformen einrichten, die bewährte Instrumente, aber auch ein Angebot zur Risikoübernahme für relevante Finanzierungen vorsehen. Darüber hinaus steigt durch die Annahme des globalen Indikatoren-Sets zur Überprüfung des Implementierungserfolges der Agenda 2030 insgesamt die Bedeutung der Qualität der Förderung, des Monitorings sowie der transparenten Darstellung der Wirkungen.

Zur Unterstützung des Bundes beim Ausbau und bei der internationalen Positionierung der deutschen finanziellen Zusammenarbeit will die KfW Entwicklungsbank die zusätzlichen Haushaltsmittel zügig umsetzen und die Neuzusagen entsprechend steigern. Dabei wird sie ihre internationale Klimafinanzierung weiter ausbauen, unter anderem bei der Klimaanpassung, der nachfrageseitigen Energieeffizienz sowie bei der Einbindung von erneuerbaren Energien in Energiesysteme. Die KfW Entwicklungsbank leistet damit einen maßgeblichen Anteil am deutschen Beitrag zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Im Flüchtlings- und Krisenkontext soll der Bund bei seinem zivilen Beitrag zur globalen Sicherheit und Stabilisierung unterstützt werden.

Die KfW Entwicklungsbank strebt an, die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern weiterzuführen und gezielt auszubauen. Im Rahmen des EIP hat die KfW Entwicklungsbank maßgebliche Vorschläge eingebracht, unter anderem zur Entwicklung eines europäischen Besicherungsinstruments. Die KfW Entwicklungsbank kooperiert dabei eng mit den bilateralen Förderinstituten in der EU. Insbesondere im politischen Kontext einer stärkeren deutsch-französischen Achse soll eine Vertiefung der Kooperation mit der französischen Entwicklungsbank AFD erreicht werden.

Die KfW Entwicklungsbank wird die auf hohem Niveau liegende Förderung weiter ausbauen, für 2018 plant sie ein Neugeschäftsvolumen von 8,4 Mrd. EUR.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für das Engagement der DEG in Entwicklungs- und Schwellenländern haben sich insgesamt verbessert, wenngleich die Aussichten in wichtigen DEG-Märkten zunehmend divergieren. Gleichzeitig bestehen Herausforderungen, wie bspw. ein Fehlen verlässlicher Rahmenbedingungen für private Investoren in weniger entwickelten Märkten, fort. Der Privatwirtschaftsförderung als unverzichtbarem Teil der globalen Partnerschaft zur Erreichung der Nachhaltigkeitsagenda (Sustainable Development Goals, SDG) kommt in allen Märkten eine wichtige Rolle zu. Die Strategie der DEG ist auf ein nachhaltiges ertrags- und entwicklungswirksames Geschäft und die Förderung der deutschen Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern ausgerichtet. Ein nachhaltiger Ertrag sichert die Risikotragfähigkeit und das Wachstum aus eigener Kraft. Gewinne werden thesauriert, stützen so die Kapitalbasis und ermöglichen neue Investitionen. Für die Umsetzung der Entwicklungsziele (SDG) sind die Leistungen privater Unternehmen von großer Bedeutung. Durch ihre Investitionen und Aktivitäten

schaffen sie Arbeitsplätze, erzeugen lokales Einkommen und entwickeln Märkte und Sektoren innovativ weiter. Zur Unterstützung der deutschen Wirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern hat die DEG die bisherigen Finanzierungs- und Förderangebote für deutsche Unternehmen erweitert und mit bisher vier lokalen Partnerbanken German Desks eröffnet. Ziel ist es, den Zugang zu lokalen Finanzierungen für deutsche Kunden und ihre Geschäftspartner zu verbessern und verstärkt deutsche private Mittel zu mobilisieren. Regional plant die DEG unter anderem die Stärkung ihres Engagements in Afrika, wo sie wichtige Beiträge zu den Afrika-Initiativen der Bundesregierung durch ihre Rolle als Signalgeber für privatwirtschaftliches Engagement leistet. Die DEG setzt auf die ständige Weiterentwicklung ihres „Finanzierung+“-

Refinanzierungsplanung

Die KfW begibt als eine der größten nichtstaatlichen Emittentinnen Anleihen weltweit und verfügt mit der expliziten, direkten Garantie des Bundes über eine erstklassige Kreditqualität. Mit einer gut diversifizierten und langfristig ausgerichteten Refinanzierungsstrategie ist die KfW am **Kapitalmarkt** stabil aufgestellt. Sie genießt einen exzellenten Ruf bei den internationalen Marktteilnehmern und kann flexibel auf sich schnell ändernde Marktgegebenheiten reagieren. Mit dieser exponierten Stellung wird die KfW auch in Zukunft sehr verantwortungsvoll und behutsam umgehen, um die Refinanzierung des KfW-Fördergeschäfts sicherzustellen. Zur Refinanzierung ihres Förderauftrags plant die

Ergebnisplanung

In der aktuellen Ergebnisplanung für den Konzern geht die KfW für das Jahr 2018 aufgrund der erwarteten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen von einem Konzerngewinn vor IFRS-Effekten von circa 0,9 Mrd. EUR aus. Das erwartete Ergebnis liegt damit knapp unter dem Niveau der strategischen Zielgröße von 1 Mrd. EUR. Die Beiträge aus dem Zinsüberschuss und dem Provisionsüberschuss (jeweils vor Förderaufwand) bewegen sich wie in den Vorjahren auf hohem Niveau. Allerdings kann das andauernde Niedrigzinsumfeld das Potenzial für zusätzliche Ergebnisbeiträge aus Zins- und Liquiditätsfristentransformation einschränken und in den Folgejahren den Gesamtzinsüberschuss dadurch zunehmend belasten.

Der geplante Verwaltungsaufwand für das Jahr 2018 steigt im Vergleich zum Plan 2017 um 5,6% an. Der Anstieg lässt sich im Wesentlichen auf regulatorische Anforderungen bei gleichzeitiger Umsetzung zukunftsweisender neuer Marktthemen (Beteiligungsfinanzierung, Ausbau Finanzielle Zusammenarbeit) zurückführen. Die erwartete Cost-Income-Ratio (CIR) vor Förderaufwand steigt damit auf 44,9% an.

Ergebnismindernd wirken die im Plan angesetzten Standardrisikokosten, die als langjähriger historischer Durchschnitt für das

Anatzes, mit dem sie als Mehrwertanbieter den Kunden individuelle, nachfrageorientierte Finanzierungen und Beratungsleistungen sowie weitere Leistungen wie zum Beispiel die Mobilisierung zusätzlicher Mittel anbieten kann. Im Rahmen des angestrebten moderaten Wachstums plant die DEG für das Geschäftsjahr 2018 ein Neugeschäftsvolumen von 1,7 Mrd. EUR.

Privatisierungsgeschäfte mit dem Bund

Im Zuge der **Privatisierungsgeschäfte** des Bundes ist die KfW auch im Jahr 2018 grundsätzlich darauf vorbereitet, weitere Privatisierungstransaktionen unter Berücksichtigung der jeweiligen Marktbedingungen und strategischer Vorgaben des Bundes durchzuführen.

KfW für die langfristige Mittelaufnahme 2018 ein Volumen von 70 bis 75 Mrd. EUR.

Die drei Säulen der KfW-Refinanzierungsstrategie bleiben unverändert hochliquide Benchmark-Anleihen in Euro und US-Dollar, öffentliche Anleihen und Privatplatzierungen. Das Produktangebot im Anleihe-Emissionsgeschäft wird sich weiterhin an den Bedürfnissen der Investoren orientieren. Die Nachhaltigkeitsstrategie im Kapitalmarkt wird auch zukünftig konsequent durch die Emission von Green Bonds in verschiedenen Währungen und Strukturen fortgeführt.

Jahr 2018 deutlich höher ausfallen als der tatsächliche Risikovorsorgeaufwand im Jahr 2017. Angesichts des der Planung zugrunde liegenden makroökonomischen Szenarios kann auch für 2018 erwartet werden, dass der tatsächliche Risikovorsorgeaufwand nicht die Standardrisikokosten erreichen wird, sodass die Erreichung der strategischen Zielgröße für den Konzerngewinn möglich erscheint. Sofern die Marktgegebenheiten es zulassen, erwartet die KfW auch im Jahr 2018 einen Förderaufwand, der sich annähernd auf dem alten Planniveau bewegt.

Das Geschäftsmodell der KfW ist mittel- bis langfristig ausgerichtet, insbesondere die Erträge aus dem Kreditgeschäft (Zinsmargen und Provisionsüberschüsse) sind sehr stabil. **Chancen und Risiken** für den Konzerngewinn können sich vor allem für das Dispositionsergebnis aus abweichenden Marktbedingungen in Verbindung mit der Positionierung der KfW sowie für die Bewertungen aus einer von der Planannahme abweichenden Risikovorsorge und aus temporären Ergebniseffekten aus der Bewertung von wirtschaftlich effektiven Sicherungszusammenhängen (IFRS-bedingte Ergebniseffekte) ergeben. Letztere sind ökonomisch nicht begründet und werden aus diesem Grund auch nicht explizit geplant.

Personalstrategie/Entwicklung Personalbestand

Eine wichtige Voraussetzung zur Umsetzung der Geschäftsstrategie ist eine adäquate **Personalausstattung**.

Im Rahmen der rollierenden Planung beschließt der Vorstand jährlich verbindliche FTE-Obergrenzen der KfW-Mutter (exkl. KfW IPEX-Bank, DEG) für den gesamten Planungszeitraum. Diese berücksichtigen alle internen personellen Ressourcen, um den Geschäftsbetrieb in Normal- und Krisenzeiten zu gewährleisten und um auf eine Veränderung von Rahmenbedingungen und/oder Aufgaben flexibel reagieren zu können.

Zur Verbesserung der Personalkostensteuerung werden in den kommenden Jahren zahlreiche Maßnahmen getroffen mit dem Ziel, das Kostenbewusstsein zu schärfen, unter anderem durch eine verbesserte Steuerung auf Konzernebene und Etablierung eines Kostenartenmanagers für Personalkosten. Die Unterstellung der KfW unter die Institutsvergütungsverordnung (IVV) für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab 01.01.2018 und die aktuellen Kostenziele führen zu weitreichenden Änderungen. Ziel eines hierzu aufgesetzten Projektes ist die zwingend erforderliche Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen bezüglich des Vergütungs- und Performance-Management-Systems. Auch setzt die KfW die geschärften Anforderungen hinsichtlich Arbeitnehmerüberlassung/Scheinselbstständigkeit um.

In der **Personalentwicklung** hat das ganzheitliche Talent- und Kompetenzmanagement das Ziel, eine fachliche und persönliche Qualifizierung bedarfsgerecht für alle Mitarbeiterinnen und Mit-

arbeiter sowie Führungskräfte zu ermöglichen und Kompetenzen als strategischen Faktor zu etablieren, insbesondere vor dem Hintergrund der in der KfW laufenden Projekte zur Modernisierung und Professionalisierung sowie Effizienzsteigerung. Darüber hinaus passt die KfW weiterhin kontinuierlich ihre bestehenden Arbeitsmodelle gemäß den neuen Anforderungen hinsichtlich mobilen und flexiblen Arbeitens im Zuge der Digitalisierung, von gesetzlichen Anforderungen (zum Beispiel Pflegezeitgesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz) und der erhöhten Bedeutung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatem an. Damit schafft sie ein modernes, attraktives Arbeitsumfeld, das am Markt wettbewerbsfähig ist und die langfristige Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützt. Zusätzlich wird durch die Weiterentwicklung des betrieblichen Gesundheitsmanagements ein wichtiger Baustein für eine gesunde Zukunft der Beschäftigten und damit der KfW gelegt. Das Diversity-Management wird als neuer Schwerpunkt in den nächsten Jahren aufgenommen, um die Vielfältigkeit in der KfW als strategischen Wettbewerbsvorteil systematisch aufzugreifen. Zum einen werden bestehende Maßnahmen zu Teilbereichen verstärkt (zum Beispiel Gender Balance, Inklusion schwerbehinderter Menschen, Wissenstransfer zwischen Jung und Alt) und perspektivisch in einen ganzheitlichen, multidimensionalen Ansatz integriert, zum anderen wird zukünftig in den sich weiterentwickelnden Personalmaßnahmen und Strukturen Diversity-Management noch stärker mitgedacht werden.

Digitalisierung als Chance

Die **Digitalisierung** der Wirtschaft ist ein Treiber von Produktivität, Innovationen und neuen Geschäftsmodellen. Für diesen Veränderungsprozess bedarf es Investitionen in die digitale Infrastruktur, adäquater Datensicherheits- und Datenschutzkonzepte und entsprechender Qualifikationen bei den Beschäftigten.

Einerseits unterstützt die KfW durch ihre Förderung die digitale Transformation der Wirtschaft, unter anderem mit geeigneten Produkten in der inländischen Förderung, Projekten zur Förderung der Digitalisierung im In- und Ausland und Entwicklung digitaler Plattformen mit geeigneten Partnern. Andererseits sieht die KfW die technologischen Anwendungen, die die Digitalisierung treiben, als Chance für die Verbesserung der eigenen Förderung. Folglich treibt sie die digitale Transformation innerhalb der KfW zielgerichtet voran, mit dem Ziel, die Förderung sicherzustellen und weiterzuentwickeln sowie die Effizienz zu steigern. Daher investiert die KfW in digitale Lösungen zur schlanken und digitalen Abwicklung der Förderprogramme (zum Beispiel Bank-

durchleitung Online [BDO] sowie KfW-Zuschussportal) und erprobt neue Technologien zur Optimierung von Prozessen und Abläufen im Fördergeschäft (zum Beispiel Pilotierung von Blockchains in der Entwicklungszusammenarbeit sowie im Schuld-scheinhandel).

Die digitale Transformation in der KfW beinhaltet auch die Begleitung des kulturellen Wandels und die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Vordergrund stehen die Veränderungen in der Zusammenarbeit, der Führung und der Kommunikation, die langfristig durch die Digitalisierung ausgelöst werden. Hierzu wurde die sogenannte Digitalakademie geschaffen, die ein Umschlagplatz für Wissen und Erfahrung rund um das Thema Digitalisierung ist. Ihr Ausbau stellt ein wesentliches Element zur aktiven Begleitung der Mitarbeiter in dem durch die Digitalisierung beschleunigten Veränderungsprozess dar.

Erklärung zur Unternehmensführung

Der Vorstand und der Verwaltungsrat der KfW haben beschlossen, die Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex des Bundes (PCGK) für die KfW anzuerkennen. Die Entsprechenser-

klärung zur Einhaltung der Empfehlungen des PCGK enthält der Corporate Governance Bericht der KfW.

Nichtfinanzielle Konzernklärung

Die Ausführungen zur „Zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung der KfW als Mutterunternehmen und des Konzerns“ sind im Standardbericht des Nachhaltigkeitsberichts 2017 enthalten. Der Bericht folgt den Leitlinien der Global Reporting

Initiative (GRI) und kann im Internet abgerufen werden (<http://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Nachhaltigkeit/Nachhaltigkeitsbericht-2017.pdf>).



Konzernabschluss

Gesamtergebnisrechnung	78
Bilanz	80
Entwicklung des Eigenkapitals	81
Kapitalflussrechnung	85
Anhang	87
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	88
(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung	88
(2) Ermessensentscheidungen und Schätzungen	89
(3) Beurteilung der Auswirkungen von erstmals angewandten neuen oder geänderten IFRS/IFRIC sowie von zukünftig anzuwendenden neuen oder geänderten IFRS/IFRIC	90
(4) Konsolidierungskreis	93
(5) Konsolidierungsgrundsätze	93
(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung	93
(7) Finanzinstrumente: Bewertungsverfahren	97
(8) Förderkreditgeschäft der KfW	99
(9) Finanzderivate und Abbildung von Sicherungsbeziehungen	100
(10) Behandlung von eingebetteten Derivaten	101
(11) Kreditderivate	102
(12) Währungsumrechnung	102
(13) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	103
(14) Risikovorsorge	103
(15) Finanzanlagen	104
(16) Pensionsgeschäfte	105
(17) Sachanlagen	105
(18) Immaterielle Vermögenswerte	106
(19) Ertragsteuern	106
(20) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten	107
(21) Rückstellungen	107
(22) Nachrangkapital	109
(23) Eigenkapital	109
(24) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen	110
(25) Treuhandgeschäfte	110
(26) Leasinggeschäfte	110
Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung	111
(27) Zinsüberschuss	111
(28) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	112
(29) Provisionsüberschuss	113
(30) Ergebnis aus dem Hedge Accounting	113
(31) Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	115
(32) Ergebnis aus Finanzanlagen	116
(33) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	117
(34) Verwaltungsaufwand	118
(35) Sonstiges betriebliches Ergebnis	118
(36) Ertragsteueraufwand	119
(37) Erläuterungen zum Sonstigen Ergebnis	120

Segmentberichterstattung	121
(38) Segmentbericht nach Geschäftsfeldern	121
(39) Segmentbericht nach Regionen	125
Erläuterungen zur Bilanz	126
(40) Barreserve	126
(41) Forderungen an Kreditinstitute	126
(42) Forderungen an Kunden	127
(43) Risikovorsorge im Kreditgeschäft	128
(44) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	129
(45) Derivate im Hedge Accounting	129
(46) Sonstige Derivate	130
(47) Finanzanlagen	130
(48) Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	131
(49) Sachanlagen	131
(50) Immaterielle Vermögenswerte	132
(51) Ertragsteueransprüche	133
(52) Sonstige Aktiva	134
(53) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	134
(54) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	135
(55) Verbriefte Verbindlichkeiten	135
(56) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	135
(57) Derivate im Hedge Accounting	136
(58) Sonstige Derivate	136
(59) Rückstellungen	137
(60) Ertragsteuerverpflichtungen	141
(61) Sonstige Passiva	142
(62) Nachrangkapital	142
(63) Eigenkapital	143
Erläuterungen zu Finanzinstrumenten	144
(64) Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien	144
(65) Bilanz für Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien	146
(66) Angaben aus der Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten	150
(67) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten	151
(68) Angaben zu den im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert genutzten Verfahren	152
(69) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	169
(70) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	170
(71) Zusätzliche Angaben zu Verbrieften Verbindlichkeiten	170
(72) Zusätzliche Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten	171
(73) Zusätzliche Angaben zu Derivaten	171
(74) Zusätzliche Angaben zu den Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE	172
(75) Angaben zu Pensionsgeschäften	173
(76) Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten	174
Sonstige Erläuterungen	177
(77) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen	177
(78) Treuhandgeschäfte und Verwaltungskredite	177
(79) Leasinggeschäfte als Leasingnehmer	178
(80) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer	178
(81) Vergütungsbericht	179
(82) Berichterstattung über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen	186
(83) Honorar des Abschlussprüfers	187
(84) Angaben zu nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen	187
(85) Angaben zum Anteilsbesitz	190

Gesamtergebnisrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung

	Anhang	2017 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Zinserträge	(27)	7.296	8.420	-1.124
Zinsaufwendungen	(27)	4.903	5.810	-907
Zinsüberschuss		2.393	2.610	-217
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(14), (28)	-209	-150	-58
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		2.184	2.460	-275
Provisionserträge	(29)	331	336	-5
Provisionsaufwendungen	(29)	29	79	-51
Provisionsüberschuss		303	257	46
Ergebnis aus dem Hedge Accounting	(9), (10)	591	294	297
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	(10), (11), (31)	-397	55	-452
Ergebnis aus Finanzanlagen	(15), (32)	0	-10	10
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	(5), (33)	22	21	1
Verwaltungsaufwand	(34)	1.247	1.199	49
Sonstiges betriebliches Ergebnis	(35)	-2	102	-105
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.453	1.980	-527
Ertragsteueraufwand	(19), (36)	26	-21	47
Konzerngewinn		1.427	2.002	-574

Gesamtergebnisrechnung

	Anhang	2017 Mio. EUR	2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Konzerngewinn		1.427	2.002	-575
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können		202	60	142
Sonstiges Ergebnis aus Finanzinstrumenten	(15), (37)	208	59	149
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	(19), (37)	-6	0	-6
Sonstiges Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	(5), (37)	0	0	0
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden		79	-207	286
Sonstiges Ergebnis aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	(21)	82	-221	303
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	(19)	-3	15	-18
Sonstiges Ergebnis gesamt		281	-147	428
Konzernergebnis		1.708	1.855	-147

Das Sonstige Ergebnis enthält die erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfassten Sachverhalte. Darunter fallen Erträge und Aufwendungen aus Finanzinstrumenten der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*, Veränderungen der versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen und Veränderungen der in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt gebildeten latenten Steuern.

Darstellung der enthaltenen Umgliederungen in der Gewinn- und Verlustrechnung

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Umgliederungen aus Finanzinstrumenten	6	8	-2
Umgliederungen aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	0	0	0
Umgliederungen aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0	0
Gesamt	6	8	-2

Die dargestellten Umgliederungen resultieren aus Erträgen und Aufwendungen, die in der Berichtsperiode erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt wurden und die zuvor erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfasst waren. Darunter fällt auch die Amortisierung von Neubewertungsrücklagen aus der Umgliederung von Finanzanlagen aus der Bewertungskategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Darlehen*. In der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmte Erträge sind mit negativem Vorzeichen ausgewiesen, Aufwendungen weisen ein positives Vorzeichen auf.

Bilanz

Aktiva

	Anhang	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Barreserve	(40)	11.087	11.573	-485
Forderungen an Kreditinstitute	(8), (13), (14), (41)	274.296	275.922	-1.626
Forderungen an Kunden	(8), (13), (14), (42)	127.951	136.704	-8.753
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(14), (43)	-1.457	-1.610	153
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	(9), (44)	9.648	13.917	-4.269
Derivate im Hedge Accounting	(9), (45)	9.074	27.464	-18.390
Sonstige Derivate	(9), (10), (11), (46)	5.145	7.344	-2.199
Finanzanlagen	(15), (16), (47)	33.615	32.715	900
Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	(5), (48)	415	346	68
Sachanlagen	(17), (49)	950	931	19
Immaterielle Vermögenswerte	(18), (50)	252	235	17
Ertragsteueransprüche	(19), (51)	498	540	-42
Sonstige Aktiva	(52)	872	932	-60
Gesamt		472.347	507.013	-34.666

Passiva

	Anhang	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(11), (20), (53)	6.002	19.837	-13.835
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(11), (20), (54)	9.889	11.634	-1.745
Verbriefte Verbindlichkeiten	(20), (55)	406.290	422.574	-16.285
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	(9), (56)	119	127	-8
Derivate im Hedge Accounting	(9), (57)	14.488	18.451	-3.963
Sonstige Derivate	(9), (10), (11), (58)	2.902	3.007	-105
Rückstellungen	(8), (14), (21), (59)	2.877	2.865	12
Ertragsteuerverpflichtungen	(19), (60)	272	324	-52
Sonstige Passiva	(22), (61)	765	938	-173
Nachrangkapital	(22), (62)	0	200	-200
Eigenkapital	(23), (63)	28.742	27.055	1.688
Eingezahltes gezeichnetes Kapital		3.300	3.300	0
Kapitalrücklage		8.447	8.447	0
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens		1.191	1.191	0
Gewinnrücklagen		15.500	14.092	1.407
Fonds für allgemeine Bankrisiken		600	600	0
Neubewertungsrücklagen	(5), (15), (21), (59)	-295	-576	281
Gesamt		472.347	507.013	-34.666

Entwicklung des Eigenkapitals

Entwicklung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr 2017

	Stand 01.01.2017	Veränderungen im Konsoli- dierungskreis	Eigentümer- bezogene Kapital- veränderungen	Verwendung Konzern- ergebnis 2017	Stand 31.12.2017
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	0	0	0	3.750
abzüglich ausstehender nicht eingeforderter Einlagen	-450	0	0	0	-450
Kapitalrücklage	8.447	0	0	0	8.447
<i>darunter: Förrücklage des ERP-Sondervermögens</i>	7.150	0	0	0	7.150
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	0	0	0	1.191
Gewinnrücklagen	14.092	-20	0	1.427	15.500
<i>Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz</i>	1.875	0	0	0	1.875
<i>Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz</i>	8.312	0	0	895	9.207
<i>Sonderrücklage abzgl. Sonderverlust- konto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes</i>	21	0	0	0	21
<i>Andere Gewinnrücklagen</i>	3.885	-20	0	532	4.396
Fonds für allgemeine Bankrisiken	600	0	0	0	600
Neubewertungsrücklagen	-576	0	0	281	-295
<i>Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten (nach Steuern)</i>	75	0	0	202	277
<i>Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen</i>	0	0	0	0	0
<i>Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste bei leistungsorientierten Pen- sionsverpflichtungen (nach Steuern)</i>	-650	0	0	79	-572
Eigenkapital	27.055	-20	0	1.708	28.742

Mit dem Jahresüberschuss der KfW in Höhe von 895 Mio. EUR wurde die Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz erhöht.

Der Unterschiedsbetrag zum Konzernergebnis wird den Anderen Gewinnrücklagen bzw. – soweit erfolgsneutral abzubilden – den Neubewertungsrücklagen zugeordnet.

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus Finanzinstrumenten einschließlich zugehöriger latenter Steuern und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen im Geschäftsjahr 2017

	Schuldver- schreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	Beteili- gungen	Effekte aus latenten Steuern	Nach der Equity- Methode bilanzierte Unternehmen	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2017	75	0	0	0	0	75
A. Erfolgswirksame Veränderung						
Minderung wegen Abgängen	0	0	0	0	0	0
Erhöhung wegen Abgängen	0	0	0	0	0	0
Entnahmen wegen Wertminderungen (Impairment)	0	0	0	0	0	0
Amortisierung nach Umwidmungen	6	0	0	0	0	6
Veränderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Summe erfolgswirksame Veränderung	6	0	0	0	0	6
B. Erfolgsneutrale Veränderung						
Veränderungen der Neubewertungs- rücklagen wegen Zuschreibungen (Impairment Reversal) nur für Eigenkapitalinstrumente	0	0	0	0	0	0
Veränderungen der Neubewertungs- rücklagen aufgrund von Veränderungen beizulegender Zeitwerte	38	0	165	-6	0	196
Summe erfolgsneutrale Veränderung	38	0	165	-6	0	196
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2017	118	0	165	-6	0	277

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus versicherungsmathematischen Gewinnen bzw. Verlusten bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen einschließlich zugehöriger latenter Steuern im Geschäftsjahr 2017

	Versicherungs- mathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorien- tierten Pensions- verpflichtungen	Effekte aus latenten Steuern	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2017	-685	35	-650
Erfolgsneutrale Veränderung			
Veränderung der Neubewertungsrücklagen aufgrund von Veränderungen der versicherungsmathematischen Bewertungsparameter	82	-3	79
Stand 31.12.2017	-603	32	-572

Entwicklung des Eigenkapitals im Geschäftsjahr 2016

	Stand 01.01.2016	Veränderungen im Konsoli- dierungskreis	Eigentümer- bezogene Kapital- veränderungen	Verwendung Konzern- ergebnis 2016	Stand 31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	0	0	0	3.750
abzüglich ausstehender nicht eingeforderter Einlagen	-450	0	0	0	-450
Kapitalrücklage	8.447	0	0	0	8.447
<i>darunter: Förrücklage des ERP-Sondervermögens</i>	7.150	0	0	0	7.150
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	0	0	0	1.191
Gewinnrücklagen	12.091	0	0	2.002	14.092
<i>Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz</i>	1.875	0	0	0	1.875
<i>Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz</i>	7.022	0	0	1.290	8.312
<i>Sonderrücklage abzgl. Sonderverlust- konto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes</i>	21	0	0	0	21
<i>Andere Gewinnrücklagen</i>	3.173	0	0	712	3.885
Fonds für allgemeine Bankrisiken	600	0	0	0	600
Neubewertungsrücklagen	-429	0	0	-147	-576
<i>Bewertungsergebnisse aus Finanz- instrumenten (nach Steuern)</i>	15	0	0	60	75
<i>Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen</i>	0	0	0	0	0
<i>Versicherungsmathematische Gewinne/ Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen (nach Steuern)</i>	-443	0	0	-207	-650
Eigenkapital	25.200	0	0	1.855	27.055

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus Finanzinstrumenten einschließlich zugehöriger latenter Steuern und nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen im Geschäftsjahr 2016

	Schuldver- schreibungen und andere fest- verzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	Beteili- gungen	Effekte aus latenten Steuern	Nach der Equity- Methode bilanzierte Unternehmen	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	15	0	0	0	0	15
A. Erfolgswirksame Veränderung						
Minderung wegen Abgängen	-3	0	0	0	0	-3
Erhöhung wegen Abgängen	0	0	0	0	0	0
Entnahmen wegen Wertminderungen (Impairment)	0	0	0	0	0	0
Amortisierung nach Umwidmungen	11	0	0	0	0	11
Veränderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Summe erfolgswirksame Veränderung	8	0	0	0	0	8
B. Erfolgsneutrale Veränderung						
Veränderungen der Neubewertungs- rücklagen wegen Zuschreibungen (Impairment Reversal) nur für Eigen- kapitalinstrumente	0	0	0	0	0	0
Veränderungen der Neubewertungs- rücklagen aufgrund von Veränderungen beizulegender Zeitwerte	52	0	0	0	0	52
Summe erfolgsneutrale Veränderung	52	0	0	0	0	52
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2016	75	0	0	0	0	75

Entwicklung der Neubewertungsrücklagen aus versicherungsmathematischen Gewinnen bzw. Verlusten bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen einschließlich zugehöriger latenter Steuern im Geschäftsjahr 2016

	Versicherungs- mathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorien- tierten Pensions- verpflichtungen	Effekte aus latenten Steuern	Summe
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	-463	20	-443
Erfolgsneutrale Veränderung			
Veränderung der Neubewertungsrücklagen aufgrund von Veränderungen der versicherungsmathematischen Bewertungsparameter	-221	15	-207
Stand 31.12.2016	-685	35	-650

Kapitalflussrechnung

	2017	2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Konzerngewinn	1.427	2.002
Im Konzerngewinn enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit:		
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen sowie Veränderungen der Rückstellungen im Kreditgeschäft	401	451
Veränderung der sonstigen Rückstellungen	190	172
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge:		
Gewinn und Verlust aus der Veräußerung von Finanz- und Sachanlagen	-16	5
Sonstige Anpassungen	-2.920	-3.089
Zwischensumme	-919	-460
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile:		
Forderungen an Kreditinstitute	1.798	1.359
Forderungen an Kunden	8.433	-2.475
Wertpapiere	-704	-967
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	25.438	9.751
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-13.835	-4.166
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-1.745	2.010
Verbriefte Verbindlichkeiten	-16.285	7.374
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-4.362	-3.349
Erhaltene Zinsen und Dividenden	6.902	7.960
Gezahlte Zinsen	-4.717	-5.618
Ertragsteuerzahlungen	-56	-34
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-50	11.384
Sachanlagevermögen:		
Einzahlungen aus der Veräußerung	2	1
Auszahlungen für den Erwerb	-131	-149
Finanzanlagen (Beteiligungen):		
Ein-/Auszahlungen für Veräußerung/Erwerb	-86	-123
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-215	-271
Ein- und Auszahlungen aus Kapitalveränderungen	0	0
Mittelveränderung aus sonstiger Finanzierungstätigkeit	-200	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-200	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	11.573	460
Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit	-50	11.384
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-215	-271
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-200	0
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	11.108	11.573

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand bei der Darstellung der Kapitalflussrechnung nach IAS 7 entspricht dem Bilanzposten Barreserve und umfasst somit den Kassenbestand sowie die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

In der Kapitalflussrechnung wird die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes des Geschäftsjahres durch die Zahlungsströme aus der operativen Geschäftstätigkeit, der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit dargestellt. Der Posten Sonstige Anpassungen enthält im Wesentlichen die Bereinigung um den Zinsüberschuss in Höhe von –2.393 Mio. EUR (2016: –2.610 Mio. EUR), Bewertungsergebnisse in Höhe von –525 Mio. EUR (2016: –352 Mio. EUR) sowie Wechselkursänderungen in Höhe von –94 Mio. EUR (2016: +27 Mio. EUR).

Hinsichtlich des Liquiditätsrisikomanagements des KfW-Konzerns wird auf die Ausführungen zum Liquiditätsrisiko im Konzernlagebericht verwiesen.

Die im Cashflow aus Finanzierungstätigkeit gezeigte zahlungswirksame Veränderung in Höhe von 200 Mio. EUR betrifft ausschließlich die vorzeitige Rückzahlung des Nachrangdarlehens (Note 62).



Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen der Konzernrechnungslegung

Die KfW ist die Förderbank der Bundesrepublik Deutschland und wurde 1948 als eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Frankfurt am Main gegründet.

Für die Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts ist der Vorstand der KfW verantwortlich; nach Empfehlung durch den Prüfungsausschuss erfolgt die Billigung durch den Verwaltungsrat der KfW. Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Abschlussstichtag (31.12.2017) eingetreten sind, liegen nicht vor (Stichtag 27.02.2018)¹⁾.

Die KfW bildet zum Abschlussstichtag zusammen mit vier Tochtergesellschaften, die voll konsolidiert werden, den Konzern. Durch die Entkonsolidierung der tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH mit Wirkung zum 31.12.2017 hat sich die Anzahl gegenüber dem Vorjahr damit um eine Tochtergesellschaft verringert. Unverändert zum Vorjahr werden ein Gemeinschaftsunternehmen und vier assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen.

Der Konzernabschluss zum 31.12.2017 ist gemäß § 315 e Abs. 1 HGB nach den Vorschriften der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, sowie den Interpretationen des International Financial Standards Reporting Interpretations Committee (IFRS-IC) als verpflichtender Konzernabschluss gemäß Art. 4 der Verordnung (EG) Nummer 1606/2002 (IAS-Verordnung) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19.07.2002 sowie weiteren Verordnungen zur Übernahme bestimmter internationaler Rechnungslegungsstandards aufgestellt. Maßgeblich sind diejenigen Standards und Interpretationen, die zum Abschlussstichtag veröffentlicht und von der EU übernommen wurden.

Die ergänzend anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften, die auch für den IFRS-Konzernabschluss gelten, werden berücksichtigt. Der Konzernlagebericht gemäß § 315 HGB beinhaltet den Risikobericht mit den risikoorientierten Angaben zu Finanzinstrumenten nach IFRS 7 sowie die Angaben zum Kapital und Kapitalmanagement nach IAS 1.134.

Der Konzernabschluss wird nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgestellt und basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung. Die einbezogenen Unternehmen haben ihren Jahresabschluss zum Stichtag 31.12.2017 aufgestellt, sofern nicht bei nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen Abschlüsse vom 30.09.2017 herangezogen werden. Bei Letzteren werden wesentliche Ereignisse bis zum Abschlussstichtag ebenfalls berücksichtigt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzernabschluss wurden stetig angewandt.

Die Berichtswährung und funktionale Währung ist der Euro. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (Mio. EUR) angegeben.

¹⁾ Datum der Genehmigung zur Veröffentlichung durch den Vorstand

Die Bewertung zum Abschlussstichtag erfolgt grundsätzlich auf Basis der (fortgeführten) Anschaffungskosten mit Ausnahme der folgenden Finanzinstrumente:

- designierte Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden
- als zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden
- zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, die erfolgsneutral zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden

(2) Ermessensentscheidungen und Schätzungen

Der Konzernabschluss enthält Werte unter Verwendung von Ermessensentscheidungen bzw. Schätzungen und Annahmen, die im Einklang mit dem jeweiligen Rechnungslegungsstandard bestmöglich ermittelt werden. Die zukünftig tatsächlich realisierten Beträge können von diesen Schätzungen abweichen. Ermessensentscheidungen, Schätzungen und Annahmen sind insbesondere erforderlich bei der Ermittlung der Risikovorsorge (inkl. Risikovorsorge für Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen), dem Ansatz und der Bewertung von Rückstellungen (im Wesentlichen für Pensionsverpflichtungen sowie Rechtsrisiken), bei der auf Bewertungsmodellen basierenden Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert (einschließlich der Bestimmung des Vorliegens eines aktiven Marktes), der Beurteilung und der Bemessung von außerplanmäßigen Abschreibungen von Vermögenswerten sowie der Beurteilung der Realisierbarkeit von aktiven latenten Steuern. Die Schätzungen und deren zugrunde liegende Annahmen werden fortlaufend überprüft und basieren unter anderem auf Erfahrungswerten, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen als wahrscheinlich erscheinen. Sofern Ermessensentscheidungen sowie Schätzungen und deren zugrunde liegende Annahmen erforderlich waren, sind die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Posten dargestellt.

Die KfW geht davon aus, dass es grundsätzlich zu keinen Abweichungen bzw. Schätzunsicherheiten kommt, aus denen wesentliche Anpassungen der betreffenden Vermögenswerte bzw. Schulden innerhalb des nächsten Geschäftsjahres resultieren. Im Hinblick auf die besonderen Abhängigkeiten von der Entwicklung der Wirtschaftslage sowie der Finanzmärkte kann dies allerdings nicht vollständig ausgeschlossen werden. Da Bewertungsmodelle – insbesondere unter Verwendung nicht am Markt beobachtbarer Daten – zum einen nur bei der Bewertung von geringen Teilen der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzanlagen sowie Mittelaufnahmen zum Einsatz kommen und zum anderen lediglich bei der Wertermittlung eines kleinen Anteils von Finanzderivaten herangezogen werden, die der wirtschaftlichen Absicherung von Risiken dienen, sind diese Risiken als gering einzuschätzen.

Weitere wesentliche Entscheidungen bei der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden betreffen die freiwillige vorzeitige Anwendung neuer oder geänderter IFRS/IFRIC, die Festlegung des Konsolidierungskreises, die Nutzung der *Fair-Value-Option* bei der Kategorisierung finanzieller Vermögenswerte und Verpflichtungen, die Anwendung der geltenden Umwidmungsmöglichkeiten finanzieller Vermögenswerte des IAS 39, die bilanzielle Abbildung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen sowie die Bildung von Klassen im Rahmen der Offenlegung von Angaben zu Finanzinstrumenten.

(3) Beurteilung der Auswirkungen von erstmals angewandten neuen oder geänderten IFRS/IFRIC sowie von zukünftig anzuwendenden neuen oder geänderten IFRS/IFRIC

A. Auswirkungen im Geschäftsjahr 2017 erstmals angewandter neuer oder geänderter IFRS/IFRIC

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen des Standards IAS 12 „Ertragsteuern“ (Januar 2016, Ansatz latenter Steueransprüche für unrealisierte Verluste) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

Aus den erstmals anzuwendenden Änderungen des Standards IAS 7 „Kapitalflussrechnung“ (Januar 2016, Angabeninitiative – Änderungen an IAS 7) haben sich keine Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ergeben.

B. Auswirkungen zukünftig anzuwendender neuer oder geänderter IFRS/IFRIC, die bis zum Abschlussstichtag von der EU in europäisches Recht übernommen wurden

Im Juli 2014 veröffentlichte das IASB den IFRS 9 „Finanzinstrumente“, der den IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ ersetzen wird. Der Standard, der im November 2016 in europäisches Recht übernommen wurde, ist erstmals auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 01.01.2018 beginnen. Der IFRS 9 beinhaltet neue Regelungen zur Kategorisierung und Bewertung von Finanzinstrumenten, zur Bilanzierung von Wertminderungen sowie zu Sicherungsbeziehungen.

Bilanzielle Effekte ergeben sich aus den geänderten Regelungen zur Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten der Aktivseite. So ist eine Erhöhung des Eigenkapitals in Höhe von circa 30 Mio. EUR bis 40 Mio. EUR zu erwarten, die sich aus der Fair-Value-Bewertung von Forderungen, die bislang zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert wurden, ergibt. Daneben wird sich aufgrund der rückwirkenden Klassifizierung von Wertpapieren aus der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* nach zu *fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierte finanzielle Vermögenswerte* eine Verringerung des bilanziellen Eigenkapitals von circa 110 Mio. EUR bis 150 Mio. EUR ergeben.

Auswirkungen ergeben sich darüber hinaus durch die geänderten Wertminderungs-vorschriften. Die Umstellung von einem „Incurred-Loss-Modell“ auf ein „Expected-Loss-Modell“ mit einer Bemessung der Risikovorsorge in Abhängigkeit von der Veränderung des Kreditrisikos seit erstmaliger Erfassung des Finanzinstruments führt erwartungsgemäß zu einer erhöhten Risikovorsorge. Die negativen Auswirkungen auf das bilanzielle Eigenkapital werden voraussichtlich circa 140 Mio. EUR bis 180 Mio. EUR betragen.

In Summe wird sich das bilanzielle Eigenkapital des Konzerns durch die Einführung der Vorschriften aus IFRS 9 unter Berücksichtigung der latenten Steuern voraussichtlich um circa 200 Mio. EUR bis 270 Mio. EUR verringern (bei den quantitativen Angaben handelt es sich um Schätzungen; es liegen keine testierten IFRS-9-Zahlen vor). Die Anforderungen des IFRS 9 sind in den vergangenen Jahren im Rahmen eines Großprojektes konzipiert, IT-technisch umgesetzt und getestet worden. Darüber hinaus wurden umfangreiche Schulungen und Trainings durchgeführt, um das fachliche wie IT-technische Know-how bereichsübergreifend zu verankern.

Seit August 2017 werden im Rahmen eines Parallelbetriebs bereits IFRS-9-Monatsabschlüsse erstellt. Auf dieser Basis kann die technische und prozessuale Lauffähigkeit beurteilt werden. Die fachliche Konzeption ist im Wesentlichen abgeschlossen und umfasst insbesondere die Ableitung der Bewertungskategorien für die Finanzinstrumente sowie die Methodik für eine Expected-Loss-basierte Risikovorsorgeermittlung. Hierfür wurden die Geschäftsmodelle der einzelnen Portfolios identifiziert und vom Vorstand bestätigt sowie eine Analyse der Verträge auf Nebenabreden vorgenommen.

Die Regelungen zur Kategorisierung führen unter IFRS 9 zu einer veränderten Klassifizierung von finanziellen Vermögenswerten. Die Kategorisierung und die damit einhergehende Folgebewertung leiten sich aus dem Geschäftsmodell und den Charakteristika der vertraglichen Zahlungsströme ab. Das Geschäftsmodell der KfW ist durchgängig auf Nachhaltigkeit und Langfristigkeit ausgerichtet. Verkäufe zur Realisierung von Gewinnen durch nicht nachhaltige Marktwertschwankungen sind in diesem Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung. Deshalb wird das Kerngeschäft dem Geschäftsmodell „Halten“ zugeordnet und grundsätzlich zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Eine Ausnahme bildet das Syndizierungsgeschäft der KfW IPEX-Bank, das aufgrund des Geschäftsmodells erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten ist.

Die Vorschriften für finanzielle Verbindlichkeiten bleiben hingegen weitgehend unverändert. Allerdings sind bei Nutzung der *Fair-Value-Option* die Anpassungen des beizulegenden Zeitwerts, die sich aus den Änderungen des eigenen Kreditrisikos ergeben, künftig erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage zu erfassen. Diese Regelung konnte optional bereits vorzeitig angewendet werden. Die KfW hat auf eine vorzeitige Anwendung verzichtet.

IFRS 9 enthält Regelungen, dass bei nicht signifikanten Vertragsänderungen, die keine Ausbuchung zur Folge haben, die Zahlungsstromänderungen barwertig in der Gewinn- und Verlustrechnung zu erfassen sind. In der Praxis der Kreditrestrukturierung werden die Vertragsänderungen in der Regel so durchgeführt, dass kein wesentlicher barwertiger Verlust entsteht.

Als weiteres wesentliches Bewertungsthema ergeben sich Änderungen aus den neuen Vorschriften zu Wertminderungen bei finanziellen Vermögenswerten. Durch die Abkehr vom „Incurred-Loss-Modell“ hin zu einem „Expected-Loss-Modell“ ändern sich die Wertminderungsvorschriften umfassend. Bei der Bestimmung der Erwarteten Verluste ist zukünftig auf die Veränderung des Kreditrisikos seit Zugang eines Finanzinstruments abzustellen. Sofern eine signifikante Verschlechterung des Kreditrisikos eines Finanzinstruments der Aktivseite vorliegt (Stufe 2) bzw. darüber hinaus objektive Hinweise auf eine Wertminderung identifiziert werden (Stufe 3), sind die Erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit zu erfassen. Andernfalls sind nur die über die Laufzeit des Instruments Erwarteten Verluste zu berücksichtigen, die aus möglichen Verlustereignissen innerhalb der nächsten zwölf Monate resultieren (Stufe 1).

Im Konzern wurde hierfür eine entsprechende Methodik der Stufen-Zuordnung konzipiert und umgesetzt. Zu diesem Zwecke wurde auf bereits im Risikocontrolling genutzte Informationen wie Ratings, Verzugstage, aber auch Informationen über finanzielle Zugeständnisse (Forbearance) aufgesetzt. Darüber hinaus wurden die bestehenden Methoden zur Ermittlung der Erwarteten Verluste an die IFRS-9-Anforderungen angepasst. Insbesondere beinhaltet dies die Einführung einer „Point-in-Time“-Sichtweise auf die Erwarteten Verluste, die auch zukunftsgerichtete (makroökonomische) Informationen angemessen berücksichtigt.

Die Möglichkeit, zum Zeitpunkt der Erstanwendung und an allen folgenden Berichtsstichtagen für alle bestehenden Finanzinstrumente die Erwarteten Verluste über die gesamte Restlaufzeit zu ermitteln, sofern die Instrumente kein niedriges Kreditrisiko aufweisen, wird nicht in Anspruch genommen.

Im Themenfeld zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen werden keine wesentlichen Implikationen für den Konzernabschluss erwartet, da von der Option Gebrauch gemacht wird, die Hedge-Accounting-Vorschriften des IAS 39 so lange weiter anzuwenden, bis die Regelungen zur Abbildung des dynamischen Risikomanagements in Kraft treten.

Im Rahmen des Übergangs auf IFRS 9 wird darüber hinaus von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, im Konzernabschluss 2018 auf Vergleichszahlen zu verzichten.

Im Mai 2014 veröffentlichte das IASB den IFRS 15 „Erlöse aus Verträgen mit Kunden“, der die Standards IAS 11 „Fertigungsaufträge“, IAS 18 „Erlöse“, IFRIC 13 „Kundenbindungsprogramme“, IFRIC 15 „Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien“, IFRIC 18 „Übertragungen von Vermögenswerten von Kunden“ sowie SIC-31 „Erträge – Tausch von Werbeleistungen“ ersetzen wird. Der Standard ist erstmals verpflichtend für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2018 beginnen, retrospektiv anzuwenden.

Der IFRS 15 definiert die Art, die Höhe und den Zeitpunkt bzw. den Zeitraum der Vereinnahmung von Erträgen mit Kunden. Darunter fallen Gebühren und Entgelte, die nicht wesentliche Bestandteile der Effektivverzinsung darstellen und grundsätzlich im Provisionsergebnis auszuweisen sind. In diesem Zusammenhang ist auf entsprechende Kundenvereinbarungen ein auf Prinzipien basierendes fünfstufiges Modell anzuwenden. Darüber hinaus sind umfangreiche, detaillierte quantitative und qualitative Angaben im Anhang aufzunehmen. Gebühren und Entgelte, die einen integralen Bestandteil der Effektivverzinsung darstellen, fallen in den Regelungsbereich des IFRS 9 und sind somit vom IFRS 15 ausgenommen. Die Regelungen zu Entgelten aus Finanzdienstleistungen des IAS 18 entsprechen weitgehend den Anforderungen des IFRS 9.

In den Anwendungsbereich des IFRS 15 fallen bei der KfW im Wesentlichen mandatarvertragliche Regelungen mit dem Bund als Auftraggeber für Verwaltungstätigkeiten. Aufgrund der vorwiegend kontinuierlichen Leistungserbringungen erfolgt die Umsatzrealisierung aus Kundenverträgen derzeit bereits nach Leistungsfortschritt und somit in der Regel zeitraumbezogen. Von untergeordneter Bedeutung erfolgen zeitpunktorientierte Vergütungen in Form von Einmalzahlungen.

Mit Einführung des IFRS 15 ergeben sich daher gegenüber IAS 18 keine wesentlichen Änderungen für die KfW und somit keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Ein wesentlicher Anpassungsbedarf hinsichtlich der Gewinnrücklagen zum 01.01.2018 bezüglich der von der KfW angewendeten teilweise retrospektiven Anpassung gemäß IFRS 15.C3(b) ergibt sich hieraus nicht.

Im Januar 2016 veröffentlichte das IASB den neuen Standard IFRS 16 „Leasingverhältnisse“, der IAS 17 „Leasingverhältnisse“, IFRIC 4 „Beurteilung, ob eine Vereinbarung ein Leasingverhältnis enthält“, SIC-15 „Mietleasingverhältnisse – Anreizvereinbarungen“ und SIC-27 „Beurteilung des wirtschaftlichen Gehalts von Transaktionen in der rechtlichen Form von Leasingverhältnissen“ ersetzen wird. Der Standard ist erstmals für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 01.01.2019 beginnen, anzuwenden. Die Einführung des neuen Bilanzierungsmodells führt bei Leasingnehmern dazu, dass zukünftig für alle Leasingvereinbarungen das jeweilige Nutzungsrecht als Vermögenswert und die dazugehörige Leasingverpflichtung als Verbindlichkeit in der Bilanz zu erfassen ist. Ansatzwahlrechte bestehen für Leasingvereinbarungen mit einer Laufzeit von weniger als zwölf Monaten oder mit geringwertigen Leasinggütern.

Die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (insbesondere KfW und IPEX) resultieren im Wesentlichen aus von der KfW Bankengruppe angemieteten Gebäuden. Zukünftig müssen die entsprechenden Nutzungsrechte in der Bilanz erfasst werden. Aktuell handelt es sich bei diesen Sachverhalten um Operating Lease gemäß IAS 17 und der dazugehörige Leasingaufwand wird in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

Eine frühere Anwendung des IFRS 16 gemeinsam mit Einführung des IFRS 15 „Erträge aus Verträgen mit Kunden“ zum 01.01.2018 ist nicht vorgesehen.

(4) Konsolidierungskreis

Alle wesentlichen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen werden in den Konzernabschluss einbezogen.

Tochterunternehmen sind alle Unternehmenseinheiten (inkl. Strukturierter Unternehmen), über die der Konzern Beherrschung/Kontrolle (control) ausübt. Beherrschung liegt vor, wenn der Konzern durch sein Engagement variablen Rückflüssen ausgesetzt ist bzw. Anspruch darauf hat sowie die Möglichkeit hat, seine Verfügungsgewalt zu nutzen, um die Höhe der Rückflüsse zu beeinflussen. Tochterunternehmen werden von dem Zeitpunkt an in den Konzernabschluss einbezogen (Vollkonsolidierung), zu dem die Kontrolle auf den Konzern übergegangen ist. Sie werden zu dem Zeitpunkt entkonsolidiert, zu dem die Kontrolle endet.

Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen werden gemäß IFRS 11/IAS 28 einbezogen, sofern eine gemeinschaftliche Vereinbarung oder ein maßgeblicher Einfluss besteht.

Die Zusammensetzung des Konsolidierungskreises ist im Anhang unter den „Angaben zum Anteilsbesitz“ dargestellt.

(5) Konsolidierungsgrundsätze

Im Rahmen der Kapitalkonsolidierung werden Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Tochterunternehmen unabhängig von der Anteilsquote zum Zeitpunkt des Erwerbs neu bewertet und in die Konzernbilanz übernommen. Die aufgedeckten Stillen Reserven und Lasten werden entsprechend den anzuwendenden Standards bilanziert. Verbleibt nach der Neubewertung ein aktivischer Unterschiedsbetrag, wird dieser als Geschäfts- oder Firmenwert aktiviert. Derzeit besteht kein Geschäfts- oder Firmenwert.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Aufwendungen und Erträge aus Geschäften zwischen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften werden im Rahmen der Schuldenkonsolidierung bzw. Aufwands- und Ertragskonsolidierung eliminiert. Ebenso werden Zwischenergebnisse, die zwischen den voll konsolidierten Unternehmen angefallen sind, herausgerechnet.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden nach der Equity-Methode bilanziert. Der Anteil an den Ergebnissen assoziierter Unternehmen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung in einem gesonderten Posten gezeigt.

Minderheitenanteile bestehen nicht.

(6) Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der bei einem Unternehmen zu einem finanziellen Vermögenswert und bei dem anderen Unternehmen zu einer finanziellen Verbindlichkeit oder einem Eigenkapitalinstrument führt. Die nachfolgenden Erläuterungen geben eine Übersicht darüber, wie die Vorschriften des IAS 39 umgesetzt werden.

Der erstmalige Ansatz erfolgt bei originären Finanzinstrumenten zum Erfüllungstag, bei Derivaten zum Handelstag.

Finanzinstrumente sind im Zeitpunkt des erstmaligen Ansatzes einer der nachstehend aufgeführten Kategorien zuzuordnen. Die Folgebewertung ist abhängig von dieser Kategorisierung vorzunehmen:

A. Kredite und Forderungen (loans and receivables)

B. bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (held to maturity)

- C. erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (at fair value through profit or loss)
 - a. designierte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (designated at fair value through profit or loss, Fair-Value-Option)
 - b. als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (held for trading)
- D. zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available for sale)
- E. andere Verbindlichkeiten (other liabilities)

Unter die Kategorie *Kredite und Forderungen* fallen nichtderivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbareren Zahlungen, sofern für diese kein aktiver Markt besteht. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzern fällt hierunter vor allem das unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Kreditgeschäft. Zu jedem Bilanzstichtag wird geprüft, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung (Ausfallkriterien) vorliegen. Der Konzern greift im Kreditgeschäft bei der Selektion der Ausfallkriterien auf die Baseler Definition zurück und verwendet eine konzernweit einheitliche Ausfalldefinition. Als Ausfallkriterien gelten: Zahlungsverzug um mehr als 90 Tage (unter Beachtung einer Marginalitätsgrenze), drohende Nichterfüllung von Zahlungsverpflichtungen oder der Verkauf einer Forderung mit einem erheblichen Verlust aufgrund bonitätsbedingter Verschlechterung des Kreditnehmers.

Bis zur *Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen* sind nichtderivative Finanzinstrumente mit festen oder bestimmbareren Zahlungen sowie einer festen Fälligkeit, die mit der Absicht und Fähigkeit erworben werden, sie bis zur Endfälligkeit zu halten. Diese Bewertungskategorie wird im Wertpapierportfolio des Konzerns einzelfallbezogen bei Erwerb genutzt. Der Ausweis erfolgt unter den Finanzanlagen, zu erfassende Wertminderungen und Wertaufholungen sind im Finanzanlageergebnis erfasst. Die Amortisierung von Agien und Disagien nach der Effektivzinsmethode wird erfolgswirksam im Zinsergebnis ausgewiesen.

Bei finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten kann bei Zugang unwiderruflich die *Fair-Value-Option* genutzt werden, wenn

- durch die Einstufung Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (*Accounting Mismatch*) beseitigt oder erheblich verringert werden können, die sich aus der Bewertung von finanziellen Vermögenswerten oder finanziellen Verbindlichkeiten oder der Erfassung von Gewinnen oder Verlusten nach unterschiedlichen Bewertungsmethoden ergeben, oder
- eine Gruppe von finanziellen Vermögenswerten und/oder finanziellen Verbindlichkeiten gemäß der dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie gesteuert und ihre Wertentwicklung auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts beurteilt wird und die Informationen an Personen in Schlüsselpositionen weitergereicht werden oder
- ein Vertrag ein oder mehrere eingebettete Derivate enthält, die die Zahlungsströme des Vertrags erheblich ändern, oder wenn nicht ohne Analyseaufwand ersichtlich ist, dass eine Trennung des eingebetteten Derivats bzw. der eingebetteten Derivate unzulässig ist.

Die *designierten finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten* werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Der Konzern wendet die *Fair-Value-Option* zur Darstellung von wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen, zur Bilanzierung strukturierter Produkte, zur bilanziellen Abbildung von Verbriefungstransaktionen sowie im Beteiligungsgeschäft an. Diese Finanzinstrumente werden insbesondere unter den Posten Finanzanlagen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst, Zinserträge bzw. -aufwendungen sind im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Die Finanzinstrumente der Kategorie *als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten* werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Darunter fallen neben originären Finanzinstrumenten, die mit kurzfristiger Gewinnerzielungs- bzw. Veräußerungsabsicht kontrahiert werden, auch Derivate. Der Konzern betreibt keine Geschäfte mit kurzfristiger Gewinnerzielungsabsicht. Eine kurzfristige Veräußerungsabsicht liegt im Konzern im Rahmen des Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäfts vor, sofern eine bei der Kreditgewährung vorgesehene Ausplatzierung von Kreditanteilen (Syndizierung) noch nicht erfolgt ist. Der Ausweis erfolgt in diesen Fällen unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden. Die Zinserträge sind im Zinsüberschuss enthalten, während die Änderungen des beizulegenden Zeitwerts im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen werden. Die ausschließlich zu Sicherungszwecken abgeschlossenen Derivate werden grundsätzlich dieser Kategorie zugeordnet, sofern sie nicht im Hedge Accounting nach IAS 39 verwendet werden. Der Ausweis erfolgt unter dem Posten Sonstige Derivate. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst. Derivate im Hedge Accounting werden grundsätzlich im gleichnamigen Posten ausgewiesen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus dem Hedge Accounting erfasst. Zinserträge bzw. -aufwendungen aus Derivaten werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

Alle übrigen finanziellen Vermögenswerte fallen unter die Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*. Der Unterschiedsbetrag zwischen beizulegendem Zeitwert und (fortgeführten) Anschaffungskosten wird so lange erfolgsneutral in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals ausgewiesen, bis der Vermögenswert veräußert wird oder eine erfolgswirksam zu erfassende Wertminderung eingetreten ist. Dies ist bei Fremdkapitaltiteln der Fall, sofern objektive Hinweise („Trigger“) für eine Wertminderung vorliegen und diese sich auf die erwarteten künftigen Cashflows auswirken. In Abhängigkeit von der Art des Finanzinstruments sind spezifische Trigger definiert worden. Bspw. können Ereignisse wie Zahlungsverzug ab 30 Tagen, ein Absinken des internen Ratings auf die Klasse für Non-Performing-Loans oder ein deutliches Absinken des Kurswerts als objektive Hinweise auf eine mögliche Wertminderung gelten. Darüber hinaus ist bei Eigenkapitalinstrumenten bei einem dauerhaften oder signifikanten Unterschreiten der Anschaffungskosten eine Wertminderung erfolgswirksam zu erfassen. Bei einem börsennotierten Eigenkapitalinstrument wird eine dauerhafte Wertminderung angenommen, sofern der beizulegende Zeitwert in einem Zeitraum von neun Monaten dauerhaft die historischen Anschaffungskosten unterschreitet. Eine signifikante Wertminderung wird bei diesen Finanzinstrumenten unterstellt, wenn der beizulegende Zeitwert zum Bewertungsstichtag um mindestens 20% unter den historischen Anschaffungskosten liegt. Die Wertminderung eines in diese Kategorie eingestuften Fremdkapitalinstruments wird erfolgswirksam rückgängig gemacht, wenn die objektiven Hinweise für eine Wertminderung nicht mehr vorliegen. Wertminderungen von in diese Kategorie eingestuften Eigenkapitalinstrumenten dürfen nur erfolgsneutral rückgängig gemacht werden. Wertminderungen werden erfolgswirksam erfasst. Wertaufholungen werden in diesem Fall nicht berücksichtigt. Im Konzern werden die *zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte* im Posten Finanzanlagen ausgewiesen. Veräußerungserfolge, erfolgswirksam zu erfassende Wertminderungen und Wertaufholungen aus Fremdkapitaltiteln sind im Finanzanlageergebnis erfasst. Die Amortisierung von Agien und Disagien erfolgt nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsergebnis.

Sämtliche originären finanziellen Verbindlichkeiten, für die nicht die *Fair-Value-Option* genutzt wird, sind als *andere Verbindlichkeiten* kategorisiert. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten unter Anwendung der Effektivzinsmethode. Im Konzern fallen hierunter Mittelaufnahmen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, den Verbrieften Verbindlichkeiten und dem Nachrangkapital ausgewiesen werden.

Der bilanzielle Abgang erfolgt bei Derivaten zum Handelstag, bei allen anderen finanziellen Vermögenswerten zum Erfüllungstag. Eine Ausbuchung erfolgt dann, wenn die vertraglichen Rechte aus dem Vermögenswert erloschen sind, die Verfügungsmacht bzw. die Kontrolle übertragen wurde oder die Chancen und Risiken im Wesentlichen auf einen konzernfremden Dritten übergegangen sind. Finanzielle Verpflichtungen werden ausgebucht, wenn die im Vertrag genannten Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Für Zuweisungsgeschäfte der Bundesregierung gemäß § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz werden die allgemeinen Ansatzverfahren des Konzerns für die entsprechenden Finanzinstrumente angewandt; die Bewertung erfolgt unter Beachtung der jeweiligen einzelvertraglichen Regelungen hinsichtlich der Risikoverteilung.

Mit der Ergänzung des IAS 39 in der Fassung vom 13.10.2008 wurden die Möglichkeiten zur Umwidmung von finanziellen Vermögenswerten ausgeweitet. Es war demnach möglich, bis zum 31.10.2008 rückwirkend zum 01.07.2008 und danach prospektiv ab dem Zeitpunkt des Beschlusses Vermögenswerte der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* in die Kategorie *Kredite und Forderungen* umzuwidmen, sofern die Absicht und Fähigkeit bestand, die betreffenden Finanzinstrumente in vorhersehbarer Zukunft bzw. bis zur Endfälligkeit zu halten, und sofern die allgemeinen Kategorisierungskriterien der Kategorie *Kredite und Forderungen* zum Umwidmungszeitpunkt erfüllt waren.

Der Konzern hat die Nutzung dieser Möglichkeit am 31.10.2008 rückwirkend zum 01.07.2008 für die forderungsbesicherten Wertpapiere beschlossen, für die im Zuge der allgemeinen Vertrauenskrise an den Finanzmärkten zum Zeitpunkt des Beschlusses kein aktiver Markt mehr bestand – also keine aktuellen und regelmäßig auftretenden Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten beobachtbar waren – und die bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollten.

Zudem wurden mit Beschluss vom 17.02.2009 Teile von den im Konzern der Liquiditätssicherung – durch Verwendung im Rahmen von Pensionsgeschäften bzw. Offenmarktgeschäften der Europäischen Zentralbank – dienenden Wertpapieren unter Nutzung dieser Möglichkeit mit prospektiver Wirkung umgewidmet. Für diese Wertpapiere, die in vorhersehbarer Zukunft gehalten werden sollten, bestand im Zuge der allgemeinen Vertrauenskrise an den Finanzmärkten zum Zeitpunkt des Beschlusses kein aktiver Markt mehr.

Der zum Zeitpunkt der Umwidmung beizulegende Zeitwert stellt die neuen Anschaffungskosten des umgegliederten finanziellen Vermögenswerts dar, die Amortisierung erfolgt nach der Effektivzinsmethode erfolgswirksam im Zinsertrag. Der bis zum Zeitpunkt der Umwidmung erfolgsneutral erfasste Unterschiedsbetrag zwischen beizulegendem Zeitwert und (fortgeführten) Anschaffungskosten wird weiterhin erfolgsneutral in einem gesonderten Posten des Eigenkapitals ausgewiesen. Die Amortisierung nach der Effektivzinsmethode wird erfolgswirksam im Zinsertrag ausgewiesen.

Die Klassenbildung für die Anhangangaben erfolgt überwiegend in Übereinstimmung mit dem vor allem auf das – zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertete – Kreditgeschäft ausgerichteten Geschäftsmodell des Konzerns auf Basis von Produkten (zum Beispiel werden die Forderungen an Kreditinstitute getrennt nach Geldmarktgeschäften und Krediten und Darlehen ausgewiesen) bzw. den diese zusammenfassenden Bilanzposten. Vor dem Hintergrund der Zins- und Währungsrisikosteuerung auf Gesamtbankebene (Zusammenspiel von originären Finanzinstrumenten und derivativen Absicherungsgeschäften) geben die zusammenfassenden Bilanzposten dabei grundsätzlich eine an den jeweils enthaltenen wesentlichen Risiken orientierte Sichtweise wieder. Informationen über die Art und das Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, werden auch im Risikobericht des Konzernlageberichts offengelegt.

(7) Finanzinstrumente: Bewertungsverfahren

Der erstmalige Ansatz eines Finanzinstruments im Konzern erfolgt zum beizulegenden Zeitwert.

Die Folgebewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten basiert im Konzern auf dem beizulegenden Zeitwert bei Erstbewertung unter Berücksichtigung von Tilgungen und etwaigen Wertminderungen. Die Amortisierung von Agien und Disagien, Transaktionskosten und Entgelten erfolgt unter Verwendung der Effektivzinsmethode auf Basis der vertraglichen Zahlungsströme. Die Amortisierung von Disagien im Förderkreditgeschäft erfolgt bis zum Ablauf der ersten Zinsbindung (in der Regel fünf oder zehn Jahre).

Die Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert – in Abhängigkeit von der Bewertungskategorie regelmäßig für den bilanziellen Ansatz oder für Angaben zu Finanzinstrumenten im Anhang ermittelt – richtet sich im Konzern nach folgender Hierarchie:

A. Aktiver Markt (mit Zuordnung in die Klasse „Quotierter Marktpreis“)

Auf einem aktiven Markt notierte Preise sind der bestmögliche objektive Nachweis für den beizulegenden Zeitwert. Ein Finanzinstrument gilt als an einem aktiven Markt notiert, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig erhältlich sind und diese Preise aktuelle – das heißt am Abschlusstichtag oder kurz davor gehandelte – und regelmäßig auftretende Markttransaktionen wie unter unabhängigen Dritten darstellen. Berücksichtigt werden bei dieser Beurteilung neben den gehandelten Nominalvolumina, den Kontraktgrößen und der Kontrakanzahl vor allem auch die beobachteten Geld-Brief-Spannen, die bei einer deutlichen Ausweitung auf einen inaktiven Markt hindeuten.

B. Kein aktiver Markt – Bewertungsverfahren (mit Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten [modellhaft]“ oder „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten“)

Wird das Finanzinstrument nicht an einem aktiven Markt notiert, werden Bewertungsverfahren verwendet. Genutzte Bewertungsverfahren sind insbesondere die Discounted-Cashflow-Methode und Optionspreismodelle sowie der Vergleich mit dem beizulegenden Zeitwert eines Finanzinstruments mit fast identischen Charakteristika (bspw. Multiplikatorenmodelle). Die Bewertungsverfahren berücksichtigen alle Parameter, die die Marktteilnehmer bei der Preisbildung einbeziehen würden, bspw. Marktzinssätze, risikolose Zinssätze, Bonitätsspreads oder Swapkurven. Da diese Daten grundsätzlich am Markt beobachtbar und größtenteils bei der Bewertung der mittels Bewertungsverfahren zu bewertenden Finanzinstrumente auch ausschließlich maßgeblich sind, erfolgt bei den Angaben zu genutzten Bewertungsverfahren bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten daher im Regelfall eine Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“. Diese Zuordnung gilt im Regelfall auch für durch Preisserviceagenturen zur Verfügung gestellte Preisquotierungen auf nicht aktiven Märkten.

Werden hingegen bei der Bewertung maßgebliche nicht am Markt beobachtbare Daten wie bspw. erwartete risikolose Kundenmargen oder Kapitalkosten herangezogen, erfolgt eine Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten“.

Sofern durch die Anwendung eines Bewertungsverfahrens, das in signifikantem Umfang nicht am Markt beobachtbare Parameter berücksichtigt, Differenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem Modellwert im Zugangszeitpunkt bestehen, wird analysiert, ob es wirtschaftliche Gründe für diese Initialdifferenzen gibt (wie bspw. den Abschluss eines Geschäfts auf einem Markt, der nicht der Hauptmarkt für dieses Geschäft ist). Im Konzern treffen diese wirtschaftlichen Gründe ausschließlich auf einen kleinen Teil des Derivateportfolios zu, der in Verbindung mit dem und in Bezug auf das Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäft als Sicherungsgeschäft für Kunden besteht. Die diesbezüglichen marktgerecht ausgestalteten OTC-Derivate werden nicht auf dem bewertungsrelevanten Hauptmarkt (OTC-Interbanken-Markt) abgeschlossen. Die bei Abschluss

dieser Derivate festzustellenden Initialdifferenzen werden über die Laufzeit der Finanzinstrumente amortisiert, da in das Bewertungsverfahren maßgeblich nicht am Markt beobachtbare Bewertungsparameter einfließen. Die Zuverlässigkeit des Bewertungsverfahrens ist durch regelmäßige Modellvalidierungen sichergestellt.

Die dargestellte (Bewertungs-)Hierarchie wird im Konzern wie folgt angewandt:

Beizulegende Zeitwerte aus aktiven Märkten finden insbesondere Anwendung bei Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren – soweit keine inaktiven Märkte vorliegen und daher Bewertungsverfahren bzw. durch Preisserviceagenturen zur Verfügung gestellte Preisquotierungen auf nicht aktiven Märkten zum Einsatz kommen – und bei passivisch ausgewiesenen eigenen Emissionen. Bewertungsverfahren für originäre Finanzinstrumente werden allerdings vor allem bei den in den Posten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden und Verbriefte Verbindlichkeiten ausgewiesenen Produkten angewandt. Auch für die OTC-Derivate werden Bewertungsverfahren herangezogen.

Im Einzelnen wird bei bestimmten Produktgruppen wie folgt vorgegangen:

Die Untersuchung, ob ein Finanzinstrument an einem aktiven Markt notiert wird, erfolgt bei den Wertpapieren im Finanzanlagebestand des Konzerns auf Basis homogener Portfolios. Die Prüfung der Marktaktivität erfolgt dabei anhand der nachfolgenden Kriterien:

- Es existieren mehrere Preissteller.
- Es werden regelmäßig Preise gestellt.
- Preise zwischen den Preisstellern weichen nur geringfügig voneinander ab.
- Die Geld-Brief-Spanne ist gering.

Zum Abschlussstichtag werden bei den aktivischen Wertpapieren des Konzerns grundsätzlich Preise auf aktiven Märkten zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts herangezogen. Darüber hinaus werden bei Teilen des Portfolios Preise von Preisserviceagenturen verwendet, die nicht als quotierte Preise auf aktiven Märkten zu qualifizieren sind. Liegen diese im Einzelfall nicht vor, werden stattdessen Bewertungsverfahren zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts genutzt, die die am Markt beobachtbaren Parameter berücksichtigen. Die genutzten Bewertungsmethoden preisen dabei insbesondere die Veränderungen von Bonitäten und risikolosen Zinssätzen ein, berücksichtigen aber auch die allgemeine und die für das jeweilige, spezifische Finanzinstrument resultierende Markteinengung aufgrund geringerer Liquidität.

Bei den OTC-Derivaten werden Bewertungsverfahren verwendet, die insbesondere auch die kontrahentenspezifischen Ausfallrisiken unter Anrechnung vorhandener Sicherheiten berücksichtigen. Die Ausfallrisiken werden hierbei nicht gesondert für jedes Geschäft, sondern für den einem Rahmenvertrag zugrunde liegenden Geschäftsbestand auf Portfoliobasis berechnet. Die daraus resultierenden Kreditrisikoanpassungsbeträge liegen auf einem sehr niedrigen Niveau, da der KfW im Regelfall Sicherheiten für positive Marktwerte entsprechend getroffenen Sicherheitenvereinbarungen gestellt werden. Für die Bewertung eines wesentlichen Teils des Derivateportfolios mit Besicherungsvereinbarungen werden den Marktusancen entsprechend risikofreie Übernachtzinssätze herangezogen.

Eine Bewertung zu Anschaffungskosten erfolgt bei Beteiligungen und Aktien, bei denen eine verlässliche Bewertung zum beizulegenden Zeitwert nicht möglich ist.

Die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts für Darlehen an Kreditinstitute und Kunden erfolgt anhand der Discounted-Cashflow-Methode, basierend auf der Abzinsung der risikoadjustierten Cashflows. Hierbei wird der zum jeweiligen Bewertungsstichtag ermittelte Erwartete Verlust als Korrektiv zu den vertragsgemäßen Zahlungsströmen berücksichtigt.

Aus der Haftung des Bundes für bestimmte Verpflichtungen der KfW entsprechend § 1 a KfW-Gesetz ergeben sich vorteilhafte Auswirkungen auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der KfW. Bei der Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte für die Verbindlichkeiten der KfW wird der Effekt aus dieser expliziten, direkten Staatsgarantie ebenfalls berücksichtigt. Die Staatsgarantie stellt kein eigenständiges Bilanzierungsobjekt dar.

Der beizulegende Zeitwert täglich fälliger Finanzinstrumente wie der Barreserve und von täglich fälligen Forderungen und Verbindlichkeiten entspricht dem Buchwert.

In Fällen, in denen keine Preise liquider Märkte bzw. durch Preisserviceagenturen zur Verfügung gestellten Preisquotierungen auf nicht aktiven Märkten verfügbar sind, wird auf anerkannte Modelle und Methoden zur Bewertung zurückgegriffen. Im Fall von Wertpapieren, Swaps, Devisen- und Geldmarktgeschäften ohne eingebettete Optionen sowie ohne komplexe Kupons handelt es sich um die Discounted-Cashflow-Methode. Eigenständige Optionen sowie Derivate mit eingebetteten Optionen, Triggern, Zinsgarantien und/oder komplexen Kuponvereinbarungen werden, soweit sie nicht börsennotiert sind, mittels anerkannter Modelle (bspw. Hull & White) bewertet.

Die Kalibrierung vorgenannter Modelle erfolgt – soweit möglich – an beobachtbaren Marktdaten von in Geschäftstyp, Restlaufzeit und Bonität vergleichbaren Instrumenten.

(8) Förderkreditgeschäft der KfW

Für das im Rahmen des gesetzlichen Förderauftrags der KfW getätigte Förderkreditgeschäft ist der allgemeine Förderkreditmarkt maßgeblich, der sich vom Markt für das allgemeine Kreditgeschäft unterscheidet. Der allgemeine Förderkreditmarkt ist dadurch gekennzeichnet, dass Förderbanken im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags bei förderfähigen Vorhaben die Vorteile bei der Refinanzierung vollständig an ihre Endkreditnehmer weitergeben. Die KfW zieht bei der Konditionierung von entsprechenden Förderdarlehen ihre aktuellen laufzeitdifferenzierten Refinanzierungskosten heran.

Beim erstmaligen Ansatz von derartigen Krediten entspricht der beizulegende Zeitwert damit dem Transaktionswert.

Darüber hinaus gewährt die KfW auch Förderkredite, bei denen während der ersten Zinsbindungsperiode zusätzliche Förderbeiträge in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW gewährt werden. Der beizulegende Zeitwert dieser Förderkredite – bewertet mit den Parametern des allgemeinen Förderkreditmarktes – entspricht beim erstmaligen Ansatz damit nicht dem Transaktionswert, da in diesem Fall eine Unterverzinslichkeit vorliegt.

Der sich daraus im Regelfall bereits bei der Kreditzusage ergebende Differenzbetrag – als Barwert der nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen während der ersten Zinsbindungsperiode – wird erfolgswirksam zu Lasten des Zinsaufwands erfasst und als Korrektivposten zu den Krediten und Darlehen unter den Posten Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert. Der Korrektivposten wird effektivzinskonstant im Zinsüberschuss amortisiert. Im Falle einer vollständigen außerplanmäßigen Tilgung wird dieser sofort erfolgswirksam im Zinsertrag vereinnahmt.

Differenzbeträge, die sich auf Unwiderrufliche Kreditzusagen beziehen, werden unter den Rückstellungen ausgewiesen. Bestandsveränderungen werden saldiert über die aktivisch ausgewiesenen Korrektivposten bereits ausgezahlter Förderkredite abgebildet.

(9) Finanzderivate und Abbildung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der wirtschaftlichen Absicherung von Zinsänderungs- und Währungsrisiken, die insbesondere im Zusammenhang mit der Refinanzierung sowie dem Kredit- und Wertpapiergeschäft stehen, werden im Konzern Finanzderivate eingesetzt.

Die bilanzielle Abbildung der wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen erfolgt – soweit nach den strengen Regularien der IFRS möglich – im Rahmen des Hedge Accounting sowie durch die Nutzung der *Fair-Value-Option*. Auch durch die Abspaltung trennungspflichtiger eingebetteter Derivate mit erfolgswirksamer Bewertung werden wirtschaftliche Sicherungsbeziehungen bilanziell wirksam. Sofern die Sicherungsbeziehungen wirtschaftlich effektiv ausgestaltet sind, führen die entsprechenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften in diesen Fällen hinsichtlich des abgesicherten Risikos zu sich im Wesentlichen kompensierenden Bewertungseffekten aus den Sicherungsinstrumenten und den abgesicherten Grundgeschäften, sodass die Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns die risikomindernde Wirkung dieser wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen weitestgehend widerspiegelt.

Allerdings werden damit nicht sämtliche wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen erfasst, sodass bilanzierte Sicherungsderivate verbleiben, deren risikomindernde Wirkung sich nicht im Abschluss niederschlägt, da die Grundgeschäfte nach IFRS nicht hinsichtlich des gesicherten Risikos erfolgswirksam bewertet werden. Die entsprechenden Ansatz- und Bewertungsvorschriften können somit trotz wirtschaftlich effektiver Ausgestaltung der Sicherungsbeziehung zu einseitigen – und von Abschlussperiode zu Abschlussperiode schwankenden – Bewertungsergebnissen aus den Sicherungsderivaten in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns führen.

Im Konzern erfolgt das Hedge Accounting zur Darstellung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen ausschließlich in Form von Fair Value Hedges. Die Abbildung der Absicherung erfolgt zum einen auf Einzelgeschäfts- und Gruppenebene in Form von Micro Fair Value Hedge Accounting und zum anderen auf Portfoliobasis im Rahmen des Macro Fair Value Hedge Accounting. Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen auf Gruppenebene werden ausschließlich zur Absicherung von Fremdwährungspositionen gebildet. Sofern bei der Bewertung der Derivate risikofreie Übernachtzinssätze herangezogen werden, wird diese Marktusage bezogen auf die abgesicherten Risiken auch im Micro Fair Value Hedge Accounting berücksichtigt. Im Macro Fair Value Hedge Accounting orientiert sich das abgesicherte Risiko grundsätzlich an der variablen Verzinsung des Derivateportfolios. Die Effektivität der Sicherungsbeziehungen wird durch die Dollar-Offset-Methode und die Regressionsanalyse nachgewiesen.

Im Micro Fair Value Hedge Accounting werden Zinsänderungs- und Währungsrisiken aus Schuldverschreibungen des Finanzanlagebestandes (der Kategorien *Kredite und Forderungen* sowie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*) sowie vor allem aus Mittelaufnahmen (der Kategorie *andere Verbindlichkeiten*) abgesichert. Bei den Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen auf Einzelgeschäftsebene werden die beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäften bilanziell bei den Grundgeschäften ausgewiesen und deren Veränderungen im Ergebnis aus dem Hedge Accounting erfasst. Die hierfür eingesetzten Sicherungsinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert unter dem Posten *Derivate* im Hedge Accounting ausgewiesen. Auch ihre Wertänderungen werden im Posten *Ergebnis* aus dem Hedge Accounting gezeigt und kompensieren somit weitestgehend die Ergebniseffekte aus den Bewertungen der Grundgeschäfte. Die währungsinduzierten Wertänderungen der Grund- und Sicherungsgeschäfte aus Micro-Fair-Value-Hedge-Beziehungen auf Gruppenebene werden im Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen.

Im Macro Fair Value Hedge Accounting werden Zinsänderungsrisiken vor allem aus Kreditforderungen (der Kategorie *Kredite und Forderungen*) abgesichert. Die beizulegenden Zeitwerte hinsichtlich der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios der Kategorie *Kredite und Forderungen* werden aktivisch im Posten Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting bilanziert. Die Veränderungen der beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken aus den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios werden im Ergebnis aus dem Hedge Accounting gezeigt. Die Sicherungsinstrumente werden zum beizulegenden Zeitwert im Posten Derivate im Hedge Accounting bilanziell erfasst. Auch ihre Wertänderungen werden im Posten Ergebnis aus dem Hedge Accounting gezeigt und kompensieren somit weitestgehend die Ergebniseffekte aus den Bewertungen der Grundgeschäftsportfolios. Die Grundgeschäftsportfolios werden monatlich im Rahmen eines dynamischen Hedge-designations- und -auflösungsprozesses bestimmt. Die Amortisierung der daraus jeweils resultierenden Wertanpassungsposten erfolgt über die Restlaufzeit des Laufzeitbandes im Ergebnis aus dem Hedge Accounting. Bei Abgängen von Grundgeschäften aus den gesicherten Portfolios erfolgt eine anteilige Auflösung der zugehörigen Wertanpassung im Ergebnis aus dem Hedge Accounting. Bei Abgängen von Zahlungsströmen aus Sicherungsgeschäften bei weiter bestehender wirtschaftlicher Sicherungswirkung auf Basis nichtderivativer Finanzinstrumente erfolgt die Amortisierung der zugehörigen Wertanpassungsposten aus den gesicherten Portfolios im Zinsüberschuss.

Sind im Konzern für die Darstellung wirtschaftlicher Sicherungsbeziehungen zwischen Derivaten und finanziellen Vermögenswerten bzw. Verbindlichkeiten die strikten Vorschriften des Hedge Accounting nicht erfüllt, wird unter bestimmten Voraussetzungen die *Fair-Value-Option* genutzt. Die beizulegenden Zeitwerte der Sicherungsinstrumente werden unter dem Posten Sonstige Derivate ausgewiesen und deren Veränderungen erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst. Durch die Bewertungseffekte aus den abgesicherten Grundgeschäften werden diese weitestgehend kompensiert.

Darüber hinaus werden zur Absicherung von Risiken weitere derivative Finanzinstrumente eingesetzt, deren wirtschaftliche Sicherungswirkung bilanziell nicht abgebildet wird. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Sicherungsinstrumente werden ebenfalls unter dem Posten Sonstige Derivate ausgewiesen und deren Veränderungen erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen.

Derivate zu Handelszwecken sowie Derivate im Auftrag Dritter als Makler bzw. Vermittler werden nicht kontrahiert.

(10) Behandlung von eingebetteten Derivaten

Derivative Finanzinstrumente können als eingebettete Derivate Bestandteil eines zusammengesetzten Finanzinstruments sein. Unter bestimmten Voraussetzungen sind diese getrennt vom Basisvertrag wie ein freistehendes Derivat zu bilanzieren. Die Trennungspflicht besteht, wenn unter anderem die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken des eingebetteten Derivats nicht eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken des Basisvertrags verbunden sind. Der Basisvertrag ist in Abhängigkeit von der Kategorisierung zu bilanzieren.

Der Konzern schließt Verträge mit trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten insbesondere bei Mittelaufnahmen ab. Bei der Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanziert die KfW diese zusammengesetzten Finanzinstrumente insgesamt zum beizulegenden Zeitwert. Bei bestimmten Produkten hingegen erfolgt eine Abspaltung und eigenständige Bilanzierung der trennungspflichtigen eingebetteten Derivate. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden dabei im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente unter dem Ergebnis aus Finanzderivaten (die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren) erfasst und wirken dort kompensatorisch zur Bewertung der Sicherungsderivate.

Im Beteiligungsfinanzierungsgeschäft des Konzerns vereinbarte Nebenabreden werden als trennungspflichtige eingebettete Derivate erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet und unter den Sonstigen Derivaten ausgewiesen. Änderungen des beizulegenden Zeitwerts werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente unter dem Ergebnis aus Finanzderivaten (die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren) erfasst. Die Kreditforderungen werden unter den Forderungen an Kunden bilanziert.

Im Förderkreditgeschäft regelmäßig gewährte außerplanmäßige Kündigungsrechte sind keine trennungspflichtigen eingebetteten Derivate, da die wirtschaftlichen Merkmale und Risiken der Kündigungsrechte eng mit den wirtschaftlichen Merkmalen und Risiken der Darlehen verbunden sind und eine vorzeitige Rückzahlung annähernd zu den fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt.

(11) Kreditderivate

Der Konzern bietet im Rahmen seines Förderkreditgeschäfts über die beiden standardisierten Plattformen PROMISE (Programm für die Verbriefung von Mittelstandskrediten) bzw. PROVIDE (Programm für die Verbriefung von Wohnungsbaukrediten) Geschäftsbanken die Möglichkeit, ihre Kreditrisiken im Rahmen einer synthetischen Verbriefung am Kapitalmarkt zu platzieren. In einem ersten Schritt werden die Ausfallrisiken des Referenzportfolios über Portfolio-CDS durch den Konzern übernommen, gleichzeitig werden die Risiken über Portfolio-CDS bzw. Credit-Linked Schuldscheine an Dritte weitergegeben. Zur bilanziellen Abbildung wird teilweise die *Fair-Value-Option* genutzt. Die beizulegenden Zeitwerte werden unter den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen. Änderungen der beizulegenden Zeitwerte werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst. Die laufenden Risikoprämien werden im Provisionsüberschuss ausgewiesen.

Bei den Transaktionen, für die in Übereinstimmung mit den einzelvertraglichen Regelungen die *Fair-Value-Option* zur Vermeidung eines *Accounting Mismatch* nicht genutzt wird, werden die Portfolio-CDS als begebene bzw. erhaltene Finanzgarantien bilanziell nach der für diese Finanzinstrumente allgemein gültigen Vorgehensweise abgebildet. Die Credit-Linked Schuldscheine mit nicht trennungspflichtiger eingebetteter Finanzgarantie werden entsprechend den Grundsätzen zur Abbildung von Mittelaufnahmen der Kategorie *andere Verbindlichkeiten* bilanziert.

(12) Währungsumrechnung

Die funktionale Währung der KfW sowie der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochtergesellschaften ist der Euro.

Monetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, werden zum Kassakurs des Bilanzstichtages umgerechnet.

Nichtmonetäre Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die auf Fremdwährung lauten, werden grundsätzlich mit historischen Kursen umgerechnet, soweit sie zu (fortgeführten) Anschaffungskosten bewertet werden.

Die Umrechnung erfolgt mit den Referenzkursen der Europäischen Zentralbank. Aufwendungen und Erträge werden grundsätzlich zum Monatsdurchschnittskurs umgerechnet.

Das Ergebnis aus der Währungsumrechnung wird erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst.

(13) Forderungen an Kreditinstitute und Kunden

Unter dem Posten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind das zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete Kreditgeschäft des Konzerns sowie das noch nicht ausplatzierte und zum beizulegenden Zeitwert bewertete Syndizierungsgeschäft in der Export- und Projektfinanzierung ausgewiesen. Inhalt dieses Postens ist im Wesentlichen das Förderkreditgeschäft, das zum überwiegenden Teil über akkreditierte Geschäftsbanken sowie Versicherungen an die Endkreditnehmer ausgereicht wird. Diese Forderungen werden unter den Forderungen an Kreditinstitute ausgewiesen, sofern die Geschäftsbanken einen Teil der Haftung übernehmen. Bankdurchgeleitetes Förderkreditgeschäft ohne Haftung der Geschäftsbanken wird unter dem Posten Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Laufende Zinsen und zinsähnliche Erträge werden grundsätzlich im Zinsertrag erfasst. Sofern infolge des Niedrigzinsumfeldes negative Zinsen aus einem finanziellen Vermögenswert resultieren, werden diese im Zinsaufwand berücksichtigt. Die Amortisierung von Agien, Disagien, Bearbeitungsgebühren und Entgelten erfolgt mittels der Effektivzinsmethode im Zinsertrag. Nicht nach der Effektivzinsmethode zu amortisierende Bearbeitungsgebühren werden im Provisionsertrag vereinnahmt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden enthalten auch von der KfW im Rahmen der ERP-Wirtschaftsförderung gewährte Kredite mit einem Förderbeitrag (Zinsverbilligungsleistung). Die der KfW durch das ERP-Sondervermögen auf Basis des ERP-Wirtschaftsplangesetzes jährlich zweckgebunden zur Durchführung der ERP-Wirtschaftsförderung gewährten Förderzuschüsse werden bilanziell als passiver Rechnungsabgrenzungsposten – im Posten Sonstige Passiva – erfasst und mit dem über die Laufzeit erfolgswirksamen Entstehen der zugrunde liegenden Förderlasten aus den gewährten Krediten im Zinsertrag abgegrenzt.

(14) Risikovorsorge

Der Gesamtbestand der Risikovorsorge im Kreditgeschäft setzt sich zusammen aus der in einem gesonderten Aktivposten ausgewiesenen Risikovorsorge für Kreditforderungen und Forderungen aus Geldmarktanlagen einschließlich Pensionsgeschäften (Reverse-Repós) sowie der auf der Passivseite unter den Rückstellungen ausgewiesenen Risikovorsorge für Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen.

Den Risiken aus dem bilanziellen Kreditgeschäft wird durch die erfolgswirksame Bildung von Einzel- und Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen.

Einzelwertberichtigungen werden für festgestellte Adressenausfallrisiken aus individuell auf Werthaltigkeit geprüften Kreditforderungen gebildet. Die Höhe der Einzelwertberichtigung entspricht der Differenz zwischen dem Buchwert des Kredits und dem Barwert der erwarteten Rückflüsse aus Zins- und Tilgungsleistungen sowie Zahlungsströmen aus der Verwertung von Sicherheiten. Die periodengerechte Vereinnahmung der Zinserträge gemäß den ursprünglichen Vertragsbedingungen wird ab dem Stichtag der erstmaligen Bildung einer Einzelwertberichtigung beendet. In der Folgebewertung wird der Effekt aus der Aufzinsung des Barwerts erwarteter Rückflüsse unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes ermittelt und als Zinsertrag erfasst (Unwinding). Um diesen Betrag reduziert sich der Risikovorsorgebestand. Bei Verringerung des Wertberichtigungsbedarfs werden die Einzelwertberichtigungen erfolgswirksam aufgelöst.

Kleinere und standardisierte Kredite werden zu homogenen Teilportfolios zusammengefasst und auf Basis des festgestellten Ausfallrisikos pauschaliert einzelwertberichtigt. Bei Verringerung des Wertberichtigungsbedarfs werden die Wertberichtigungen erfolgswirksam aufgelöst.

Bei nicht einzelwertberichtigten Kreditforderungen (Performing Loans) wird dem Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen durch die Bildung von Portfoliowertberichtigungen Rechnung getragen. Für die Berechnung werden hierbei das wirtschaftliche Risiko und das Transferrisiko betrachtet. Wesentliche Parameter sind insbesondere das ausstehende Kreditvolumen (der Buchwert) zum Stichtag, die erwartete Verlustquote sowie Ein-Jahres-Ausfallwahrscheinlichkeiten (bei einem LIP-Faktor [Loss Identification Period] von 1). Die Ausfallwahrscheinlichkeiten werden aus der Kreditrisikosteuerung übernommen, ebenso die Verlustquoten, Letztere allerdings um die kalkulatorischen Kosten bereinigt. Die zugrunde liegenden Annahmen zu den Erwarteten Verlusten werden regelmäßig mit den tatsächlich eintretenden Ausfällen abgeglichen (Backtesting).

Den individuell festgestellten Risiken aus Eventualverpflichtungen und Unwiderruflichen Kreditzusagen wird durch die erfolgswirksame Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Den individuell noch nicht identifizierten Wertminderungen bei Unwiderruflichen Kreditzusagen wird durch die Bildung mittels Portfoliomodellen bestimmter Rückstellungen Rechnung getragen.

Wertgeminderte Forderungen werden unter Verbrauch von bestehenden Einzelwertberichtigungen (teil-)abgeschrieben, wenn sich die teilweise oder volle Uneinbringlichkeit der Forderung herausstellt. Uneinbringliche Forderungen, für die keine Einzelwertberichtigungen bestehen, werden direkt abgeschrieben. Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen werden im Risikovorsorgeergebnis erfolgswirksam vereinnahmt.

(15) Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden im Wesentlichen von der KfW und ihren Tochtergesellschaften in Wertpapierportfolios gehaltene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Beteiligungen ausgewiesen.

Die Wertpapierportfolios dienen überwiegend der Liquiditätssicherung bzw. werden mit dem Ziel der langfristigen Stabilisierung und nachhaltigen Gewährleistung der Förderfähigkeit des Konzerns eingesetzt.

Zur einheitlichen Bilanzierung von Beteiligungen mit und ohne maßgeblichen Einfluss werden einzelne Geschäftsbereiche des Konzerns, die im Rahmen ihres Förderauftrags die Beteiligungsfinanzierung betreiben und die Voraussetzungen hierfür erfüllen, für bilanzielle Zwecke als Venture-Capital-Organisationen eingestuft. Diese Beteiligungen werden wie auch die übrigen Beteiligungen unter dem Posten Finanzanlagen ausgewiesen.

Die Finanzanlagen werden zum beizulegenden Zeitwert angesetzt und in der Folgebewertung abhängig von der Zuordnung zu einer Bewertungskategorie bilanziert.

Bei der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von nicht börsennotierten Beteiligungen wird der Illiquidität angemessen Rechnung getragen. So werden bei Verwendung von Discounted-Cashflow-Modellen Fungibilitätszuschläge im Diskontierungszinssatz berücksichtigt. Die Wertänderungen aus *erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten* werden im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente ausgewiesen. Realisierte Erfolge und Wertminderungen aus Beständen der Kategorien *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte, Kredite und Forderungen* sowie *bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen* werden im Finanzanlageergebnis erfasst; bei Beständen der Kategorien *Kredite und Forderungen* sowie *bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen* ist die Vorsorge für das Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen enthalten, die auf dem einjährigen Erwarteten Verlust basiert. Unrealisierte Erfolge aus Beständen der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* werden erfolgsneutral im Eigenkapital als Neubewertungsrücklagen bilanziert. Laufende Zinszahlungen und Dividenden werden im Zinsertrag erfasst.

(16) Pensionsgeschäfte

Der Konzern schließt Pensionsgeschäfte in Form von standardisierten Repos bzw. Reverse-Repos ab. Hierbei handelt es sich um Kombinationen aus gleichzeitigen Kassa- und Termingeschäften über Wertpapiere mit demselben Kontrahenten. Die Bedingungen und Modalitäten der Besicherung bzw. der Verwendung von Sicherheiten folgen den marktüblichen Usancen. Für Offenmarktgeschäfte können außerdem hinterlegte Kreditforderungen genutzt werden.

Die bei Repo-Geschäften in Pension gegebenen Wertpapiere (Kassaverkauf) werden weiterhin als Wertpapierbestand bilanziert und bewertet. In Höhe der zugeflossenen Liquidität wird die Rückzahlungsverpflichtung als Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten oder Kunden ausgewiesen. Zinsen werden laufzeitgerecht im Zinsaufwand erfasst.

In Höhe der bei Reverse-Repos abgeflossenen Liquidität wird ein Rückzahlungsanspruch als Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden bilanziert und bewertet. Die in Pension genommenen Wertpapiere (Kassakauf) werden nicht bilanziert und bewertet. Zinsen werden laufzeitgerecht im Zinsertrag erfasst.

(17) Sachanlagen

Die im Konzernabschluss ausgewiesenen Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung werden zu Anschaffungskosten, vermindert um die – im Verwaltungsaufwand ausgewiesenen – planmäßigen linearen Abschreibungen und Wertminderungen, angesetzt. Eine außerplanmäßige Abschreibung wird entsprechend den Vorgaben des IAS 36 vorgenommen, wenn Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen und der Buchwert des Vermögenswerts den sogenannten erzielbaren Betrag, das heißt den Nettoveräußerungspreis bzw. den Nutzungswert, übersteigt. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer erfolgt unter der Beachtung der voraussichtlichen Abnutzung. Der Konzern geht von einer geschätzten Nutzungsdauer von 40 bis 50 Jahren für Gebäude, von vier Jahren für EDV-Arbeitsplatzausstattungen bzw. von fünf bis 15 Jahren für andere Sachanlagen aus. Ergebnisse aus der Veräußerung von Sachanlagen werden im Sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau werden unter den Sonstigen Sachanlagen ausgewiesen; planmäßige Abschreibungen werden nicht vorgenommen.

(18) Immaterielle Vermögenswerte

Unter den Immateriellen Vermögenswerten bilanziert der Konzern erworbene und selbst erstellte Software zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die – im Verwaltungsaufwand ausgewiesenen – planmäßigen linearen Abschreibungen und Wertminderungen. Die Bestimmung der wirtschaftlichen Nutzungsdauer erfolgt unter Beachtung der voraussichtlichen Abnutzung. Der Konzern geht von einer Nutzungsdauer von fünf Jahren aus.

Eine Wertminderung liegt vor, wenn der Buchwert des Vermögenswerts den sogenannten erzielbaren Betrag übersteigt. Sofern Anzeichen vorliegen, die den erwarteten Nutzen nicht mehr erkennen lassen, werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

In Entwicklung befindliche selbst erstellte Software wird unter den Anderen Immateriellen Vermögenswerten ausgewiesen; planmäßige Abschreibungen werden nicht vorgenommen.

(19) Ertragsteuern

Die KfW ist subjektiv steuerbefreit. Für die steuerpflichtigen Tochtergesellschaften und deren steuerliche Betriebsstätten erfolgt die Ermittlung der Ertragsteuern gemäß den steuerrechtlichen Bestimmungen im Sitzland. Die tatsächlichen Ertragsteuerauswendungen sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Veränderung latenter Steuern werden in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt als Steuern vom Einkommen und Ertrag erfolgswirksam oder erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen im Eigenkapital ausgewiesen. Der Ausweis in der Bilanz erfolgt für tatsächliche sowie latente Steueransprüche und -verpflichtungen unter gesonderten Posten. Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen werden saldiert, sofern die Voraussetzungen dafür vorliegen.

Tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag werden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet.

Latente Steueransprüche und -verpflichtungen berechnen sich aus unterschiedlichen Wertansätzen eines Vermögenswerts oder einer Verpflichtung und dem jeweiligen steuerlichen Wertansatz, wenn hieraus in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- oder -entlastungseffekte resultieren (temporäre Unterschiede). Aktive latente Steuern auf steuerlich noch nicht genutzte Verlustvorträge werden nur angesetzt, wenn mit hinreichender Sicherheit angenommen werden kann, dass das betreffende Steuersubjekt in den Folgeperioden ausreichend steuerpflichtiges Einkommen zur Nutzung des Verlustvortrags erzielen wird.

(20) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten

Unter dem Posten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sind im Wesentlichen die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten längerfristigen Mittelaufnahmen und Geldmarktgeschäfte des Konzerns ausgewiesen. Unter den Verbrieften Verbindlichkeiten sind emittierte Anleihen, Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere erfasst. Am Markt zurückgekaufte eigene Emissionen werden zum Zeitpunkt des Rückkaufs passivisch abgesetzt.

Bei strukturierten Verbindlichkeiten wird die *Fair-Value-Option* genutzt oder es erfolgt bei bestimmten Produkten eine Abspaltung der eingebetteten trennungspflichtigen Derivate mit deren eigenständiger Bilanzierung.

Der Ausweis der unterschiedlichen Mittelaufnahmeformen erfolgt unabhängig von deren Kategorisierung bzw. einer Einbeziehung in das Hedge Accounting. Die Bewertung der Posten ergibt sich aus der jeweiligen Kategorisierung.

Laufende Zinsen werden grundsätzlich im Zinsaufwand erfasst. Sofern infolge des Niedrigzinsumfeldes negative Zinsen aus einer finanziellen Verbindlichkeit resultieren, werden diese im Zinsertrag berücksichtigt. Die Amortisierung von Agien und Disagien erfolgt mittels der Effektivzinsmethode über die Laufzeit im Zinsaufwand. Die Wertänderungen der zum beizulegenden Zeitwert kategorisierten Verbindlichkeiten werden erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente erfasst und wirken dort kompensatorisch zur Bewertung der Sicherungsderivate. Ergebnisse aus der Rücknahme eigener Emissionen der Kategorie *andere Verbindlichkeiten* werden zum Zeitpunkt des Rückkaufs im Sonstigen betrieblichen Ergebnis vereinnahmt.

(21) Rückstellungen

Rückstellungen werden für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, Kreditrisiken, im Förderkreditgeschäft zu Lasten der Ertragslage der KfW gewährte Zinsverbilligungsleistungen aus Unwiderruflichen Kreditzusagen sowie andere bezüglich ihrer Höhe oder Fälligkeit ungewisse Verpflichtungen mit wahrscheinlicher Inanspruchnahme gebildet.

Die Mitarbeiter des KfW-Konzerns sind in eine betriebliche Altersversorgung eingebunden, die in Form von Alters-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten gezahlt wird. Konzernweit existieren unterschiedliche ausschließlich leistungsorientierte Pensionspläne. Die Höhe der Ansprüche ist im Wesentlichen abhängig von der Unternehmenszugehörigkeit und der Höhe der Gehaltszahlungen. Bei dem Pensionsplan, der für Neueintritte bis 1985 angewandt wurde, handelt es sich um eine sogenannte Gesamtversorgung, bei der ein bestimmter Teil des vor Eintritt des Versorgungsfalls bezogenen Einkommens als Versorgungsleistung zugesagt wird, wobei die Sozialversicherungsrente entsprechend angerechnet wird. Neben den arbeitgeberfinanzierten Pensionsplänen gibt es auch Regelungen mit Eigenbeiträgen der Mitarbeiter.

Die Pensionspläne des KfW-Konzerns unterliegen insbesondere den folgenden Risiken: Langlebigkeits-, Zinsänderungs- und Rentenanpassungsrisiko sowie dem Risiko künftiger Änderungen der Bemessungsgrundlagen.

Das Langlebigkeitsrisiko ist das Risiko, dass höhere Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung dadurch entstehen, dass die Rentenberechtigten länger als prognostiziert leben. Grundsätzlich wird dieses Risiko über die Gesamtheit aller Rentenberechtigten ausgeglichen und würde sich nur auswirken, wenn die Lebenserwartung zukünftig schneller steigt als angenommen.

Aufgrund der langen Laufzeit der betrieblichen Altersversorgung unterliegen die Rückstellungen für die Pensionsverpflichtungen den allgemeinen Zinsänderungsrisiken.

Das Rentenanpassungsrisiko bezieht sich im Wesentlichen auf den Pensionsplan, der als Gesamtversorgung ausgestaltet ist. Hier wird eine Neuberechnung der Versorgungsleistungen vorgenommen, sobald sich das zugrunde liegende versorgungsfähige Einkommen oder die anzurechnende Sozialversicherungsrente ändert. Für einen anderen Pensionsplan besteht die Pflicht, regelmäßig die prognostizierten und tatsächlichen Rentenanpassungen zu überprüfen und ggf. Anpassungen vorzunehmen.

Die Höhe der im KfW-Konzern im Rahmen der bestehenden Pensionspläne zugesagten Leistungen ist unter anderem von der Entwicklung der versorgungsfähigen Einkommen und der Beitragsbemessungsgrenze für die Sozialversicherungsrente abhängig. Es besteht das Risiko, dass sich die Bemessungsgrundlagen anders als angenommen entwickeln.

Die Pensionsverpflichtungen werden von einem unabhängigen qualifizierten Gutachter nach dem Anwartschaftsansammlungsverfahren (Projected Unit Credit Method) auf Grundlage konzerneinheitlicher Parameter wie Alter, Unternehmenszugehörigkeit oder Gehalt ermittelt. Der Ansatz der Pensionsverpflichtungen erfolgt zum Barwert der zum Bewertungsstichtag erdienten Pensionsansprüche (Defined Benefit Obligation). Hierbei orientiert sich der Abzinsungsfaktor an aktuellen Marktkonditionen für ein Portfolio hochwertiger Industriedarlehen/Anleihen von supranationalen Emittenten mit einer der Fristigkeit der Verpflichtung vergleichbaren Laufzeit. Die Zusammensetzung des Portfolios erfolgt unter Berücksichtigung aktueller Marktgegebenheiten. Weitere demografische Faktoren (unter anderem Heubeck-Richttafeln 2005 G) und versicherungsmathematische Annahmen (unter anderem Anwartschafts- und Rentendynamik, Fluktuationsrate) werden berücksichtigt.

Für die Pensionsverpflichtungen des KfW-Konzerns wurde kein Planvermögen (Plan Assets) definiert, sodass die speziellen Regelungen hierzu keine Berücksichtigung finden. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind innenfinanziert, diesen stehen ausreichende Vermögenswerte mit entsprechenden Laufzeiten gegenüber.

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste werden sofort im Zeitpunkt des Entstehens erfasst. Sie entstehen durch die Neubewertung der Pensionsverpflichtungen am Bilanzstichtag im Vergleich zu den am Jahresanfang prognostizierten Werten.

Bei den erfolgswirksamen Zuführungen zu Pensionsrückstellungen wird nach Dienstzeitaufwand und Zinsaufwand unterschieden. Der Dienstzeitaufwand wird in dem Posten Verwaltungsaufwand erfasst, der Zinsaufwand unter dem Sonstigen Zinsaufwand ausgewiesen. Die erfolgsneutralen Veränderungen der Pensionsrückstellungen umfassen die in den Neubewertungsrücklagen ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste, diese werden im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Zu den pensionsähnlichen Verpflichtungen zählen Zusagen für Deferred Compensation, Vorruhestand und Altersteilzeit. Für diese Verpflichtungen werden ebenfalls versicherungsmathematische Gutachten erstellt und auf dieser Basis entsprechende Rückstellungen gebildet. Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen nicht.

Andere Rückstellungen werden unter anderem für Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern und für Prüfungs- und Beratungsleistungen in Höhe der zu erwartenden Inanspruchnahmen gebildet; langfristige Rückstellungen werden abgezinst, sofern der Zinseffekt wesentlich ist. Hinzu kommen die Verpflichtungen aus der Übernahme der Aufgaben der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (Anstalt), denen Forderungen an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in gleicher Höhe gegenüberstehen, die unter dem Posten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden.

(22) Nachrangkapital

Unter diesem Posten werden nachrangige Verbindlichkeiten gegenüber dem ERP-Sondervermögen ausgewiesen.

Die Mittel werden in die Kategorie *andere Verbindlichkeiten* eingestuft und zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert.

Zinsabgrenzungen sowie Wertanpassungen aus der Berücksichtigung im Micro Fair Value Hedge Accounting werden unter dem Posten Sonstige Passiva ausgewiesen. Laufende Zinsaufwendungen werden im Zinsaufwand ausgewiesen.

(23) Eigenkapital

Die Struktur des Eigenkapitals wird insbesondere durch das KfW-Gesetz und die Regelungen der IFRS geprägt.

Der nach den Regeln des HGB ermittelte Jahresüberschuss der KfW wird nach § 10 Abs. 2 und Abs. 3 KfW-Gesetz in die Rücklagen eingestellt und unter IFRS in das Konzern-eigenkapital übernommen.

Der Konzern führt einen Fonds für allgemeine Bankrisiken. Zuführungen zu bzw. Entnahmen aus dem Fonds erfolgen unter IFRS im Rahmen der Ergebnisverwendung.

Ein verbleibender Konzernüberschuss wird unter IFRS periodengleich in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

Die Neubewertungsrücklagen enthalten unter IFRS erfolgsneutral zu erfassende Sachverhalte. Darunter fallen Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie *zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* und versicherungsmathematische Gewinne bzw. Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen. Hinzu kommen die in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt gebildeten latenten Steuern.

(24) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen

Der Konzern geht Eventualverpflichtungen vor allem in Form von Bürgschaften (Finanzgarantien) ein. Alle Eventualverpflichtungen des Konzerns werden im Anhang in Höhe der Nominalwerte, verringert um gebildete Rückstellungen, aufgeführt.

Im Zuge der Veräußerung der Anteile an der IKB im Geschäftsjahr 2008 hat sich die KfW zur Freistellung der IKB von bestimmten Rechtsrisiken in bestimmter Höhe bereit erklärt. Zum Ende des Berichtszeitraums sind in diesem Zusammenhang keine relevanten Verfahren gegen die IKB anhängig.

Unwiderrufliche Kreditzusagen sind feste Zusagen des Konzerns zur Gewährung eines Kredits unter vertraglich fixierten Bedingungen. Darin enthalten sind auch Kreditzusagen für Kredite, die im Rahmen von Syndizierungsgeschäften zur Ausplatzen vorgesehen sind. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden im Anhang in Höhe der Nominalwerte, verringert um gebildete Rückstellungen, aufgeführt.

(25) Treuhandgeschäfte

Vermögenswerte und Schulden, die im Konzern im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung gehalten werden, sind nicht zu bilanzieren. Dies betrifft insbesondere Kredite im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit (FZ) zur Förderung der Entwicklungsländer, die aus Mitteln und unter Haftung des Bundeshaushalts gewährt werden. Die im Rahmen dieser Geschäfte angefallenen Vergütungen werden im Provisionsertrag vereinnahmt.

(26) Leasinggeschäfte

Leasingverhältnisse werden in Abhängigkeit von mit dem Eigentum an einem Vermögenswert verbundenen Chancen und Risiken als Operating-Leasing oder Finanzierungsleasing eingestuft. Aus dieser Klassifizierung resultiert die bilanzielle Abbildung.

Die Leasingnehmerverträge (einschließlich Immobilienleasing) des Konzerns werden im Wesentlichen als Operating-Leasing klassifiziert; die entsprechenden Mietzahlungen sind im Verwaltungsaufwand enthalten.

Die nur in geringem Umfang als Leasinggeber abgeschlossenen Kontrakte werden als Operating-Leasing klassifiziert; die entsprechenden Mieteinnahmen sind im Sonstigen betrieblichen Ertrag enthalten.

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

(27) Zinsüberschuss

Aufgliederung des Zinsüberschusses nach Klassen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zins- und zinsähnliche Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden	7.138	7.849	-712
Zinsähnliche Erträge aus Avalen und Bürgschaften	21	25	-5
Zinserträge aus Finanzanlagen	271	378	-107
Zinserträge aus Derivaten	-527	-292	-235
Sonstige Zinserträge	394	460	-66
Zinserträge	7.296	8.420	-1.124
Zins- und zinsähnliche Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	378	383	-5
Zinsaufwendungen aus Verbrieften Verbindlichkeiten	6.939	7.587	-648
Zinsaufwendungen aus Nachrangkapital	2	3	-1
Zinsaufwendungen aus Derivaten	-2.720	-2.442	-278
Sonstiger Zinsaufwand	304	279	24
Zinsaufwendungen	4.903	5.810	-907
Gesamt	2.393	2.610	-217

Die Aufwendungen aus der Gewährung von – aufgrund zusätzlicher Förderbeiträge in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW – unterverzinlichen Förderkrediten belaufen sich auf 186 Mio. EUR (2016: 193 Mio. EUR) und sind im Sonstigen Zinsaufwand ausgewiesen. Neben den Belastungen aus dem Barwert der nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen im Kreditneugeschäft sind darin auch die Aufwendungen aus der effektivzinskonstanten Amortisierung enthalten. Die Zins- und zinsähnlichen Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden umfassen auch die Erträge aus der periodengerechten Amortisierung in Höhe der zeitanteiligen nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen dieser Förderkredite in Höhe von 360 Mio. EUR (2016: 421 Mio. EUR).

Die Erträge aus dem Unwinding in Höhe von 24 Mio. EUR (2016: 32 Mio. EUR) werden unter Zins- und zinsähnlichen Erträgen aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden ausgewiesen.

Im Posten Zins- und zinsähnliche Erträge aus Forderungen an Kreditinstitute/Kunden sind 68 Mio. EUR (2016: 51 Mio. EUR) aus Verbrieften Verbindlichkeiten und passivischen Geldmarktgeschäften enthalten. Im Posten Zins- und zinsähnliche Aufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden sind 179 Mio. EUR (2016: 112 Mio. EUR) aus aktivischen Geldmarktgeschäften, Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie Platzhaltergeschäften für den Bund enthalten. Zurückzuführen ist dies auf negative Zinsbeiträge aufgrund des Niedrigzinsniveaus.

Das Zinsergebnis aus Derivaten umfasst unabhängig von einer Berücksichtigung im Hedge Accounting die Zinserträge und -aufwendungen aller Derivate. Der Ausweis der Zinserträge und -aufwendungen aus den Derivaten, die im direkten Zusammenhang mit einzelnen aktivischen bzw. passivischen Finanzinstrumenten abgeschlossen wurden und die nicht im Rahmen des Macro Fair Value Hedge Accounting bilanziert werden, erfolgt in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Grundgeschäft in den Zinserträgen aus Derivaten (bei zugehörigen aktivischen Finanzinstrumenten) bzw. in den Zinsaufwendungen aus Derivaten (bei zugehörigen passivischen Finanzinstrumenten). Unter Berücksichtigung der Zinserträge bzw. -aufwendungen aus den zugehörigen Grundgeschäften folgt die Darstellung damit dem wirtschaftlichen Wesensgehalt der gesicherten Finanzaktiva (variabel verzinsliche Vermögenswerte) bzw. gesicherten Finanzpassiva (variabel verzinsliche Verbindlichkeiten).

Aufgliederung der Zinserträge aus Finanzanlagen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	223	318	-95
Laufende Erträge aus Beteiligungen	48	51	-4
Laufende Erträge aus Anteilen an nicht konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen	0	9	-9
Gesamt	271	378	-107

(28) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Aufgliederung der Risikovorsorge nach Geschäftsvorgängen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Aufwendungen aus Zuführungen zur Risikovorsorge	529	667	-138
Direktabschreibungen	52	78	-25
Aufwendungen für Risikovorsorge	581	744	-163
Erträge aus der Auflösung von Risikovorsorge	266	378	-112
Erträge aus Eingängen auf bereits abgeschriebene Forderungen	107	216	-109
Erträge aus der Risikovorsorge	373	594	-221
Gesamt	-209	-150	-58

(29) Provisionsüberschuss

Aufgliederung des Provisionsüberschusses nach Klassen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Provisionserträge aus dem Kreditgeschäft	124	133	-9
Sonstige Provisionserträge	207	203	5
Erträge aus dem Treuhandgeschäft	0	1	0
Provisionserträge	331	336	-5
Provisionsaufwendungen aus dem Kreditgeschäft	17	50	-33
Provisionsaufwendungen aus Kreditderivaten	0	1	0
Sonstige Provisionsaufwendungen	11	29	-18
Provisionsaufwendungen	29	79	-51
Gesamt	303	257	46

Das Provisionsergebnis aus dem Kreditgeschäft beinhaltet auch die laufenden Prämien und Gebühren aus den Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE.

Die Sonstigen Provisionserträge beinhalten das Entgelt für die Abwicklung der finanziellen Zusammenarbeit zur Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer in Höhe von 180 Mio. EUR (2016: 175 Mio. EUR).

(30) Ergebnis aus dem Hedge Accounting

Aufgliederung des Ergebnisses aus dem Hedge Accounting nach Art der Sicherungsbeziehung

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting	93	45	48
Ergebnis aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	498	249	249
Gesamt	591	294	297

Das Ergebnis aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting umfasst die Bewertung der Sicherungsgeschäfte in Höhe von 2.182 Mio. EUR (2016: -2.904 Mio. EUR) sowie die Bewertung der gesicherten Risiken aus den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios. Hinzu kommt neben der Amortisierung der Wertanpassungsposten aus dem dynamischen Hedgedesignations- und -auflösungsprozess und der anteiligen Auflösung von Wertanpassungen bei Abgängen aus den Grundgeschäftsportfolios auch der Restlaufzeiteffekt der Sicherungsderivate.

Nettodarstellung des Gesamtergebnisses aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting nach gesicherten Produkten

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus der Sicherung von Finanzanlagen	0	1	0
Ergebnis aus der Sicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	-1	-1	0
Ergebnis aus der Sicherung von Verbrieften Verbindlichkeiten	91	44	48
Zwischensumme: Ergebniseffektivität der Sicherungsbeziehungen	92	44	48
Ergebnis aus der Amortisierung von Wertanpassungen	1	1	0
Gesamt	93	45	48

Bruttodarstellung des Bewertungsergebnisses aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting: Gegenüberstellung der Grund- und Sicherungsgeschäfte im Geschäftsjahr 2017

	Grund- geschäfte	Sicherungs- geschäfte	Ergebnis- effektivität der Sicherungs- beziehung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus der Sicherung von Finanzanlagen	-198	198	0
Ergebnis aus der Sicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	111	-112	-1
Ergebnis aus der Sicherung von Verbrieften Verbindlichkeiten	2.109	-2.018	91
Ergebnis aus der Sicherung von Nachrangkapital	3	-2	1
Gesamt	2.025	-1.933	92

Bruttodarstellung des Bewertungsergebnisses aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting: Gegenüberstellung der Grund- und Sicherungsgeschäfte im Geschäftsjahr 2016

	Grund- geschäfte	Sicherungs- geschäfte	Ergebnis- effektivität der Sicherungs- beziehung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus der Sicherung von Finanzanlagen	-120	120	1
Ergebnis aus der Sicherung von Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	-13	12	-1
Ergebnis aus der Sicherung von Verbrieften Verbindlichkeiten	2.286	-2.243	44
Ergebnis aus der Sicherung von Nachrangkapital	5	-4	0
Gesamt	2.158	-2.115	44

(31) Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente

Aufgliederung des Ergebnisses aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente nach Klassen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Finanzanlagen	-54	74	-128
Ergebnis aus Vermögenswerten	-54	74	-128
Ergebnis aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden	74	-15	89
Ergebnis aus Verbrieften Verbindlichkeiten	74	122	-48
Ergebnis aus Verbindlichkeiten	148	107	40
Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren	-459	-128	-331
Ergebnis aus Kreditderivaten	-11	2	-13
Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten	-470	-126	-344
Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung	-20	0	-20
Gesamt	-397	55	-452

Das Ergebnis aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden enthält das Ergebnis aus im Rahmen der Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE emittierten Credit-Linked Schuldscheinen. Das Ergebnis aus Kreditderivaten enthält das Ergebnis aus den hierunter abgeschlossenen Portfolio-CDS.

Das Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, resultiert insbesondere aus Derivaten in wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen, die durch die Nutzung der *Fair-Value-Option* zur Kategorisierung der abgesicherten Grundgeschäfte bilanziell abgebildet werden. Zu den gesicherten Grundgeschäften gehören vor allem Mittelaufnahmen in Form von Verbrieften Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Finanzanlagen.

Darüber hinaus enthält das Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, Wertveränderungen von trennungspflichtigen eingebetteten Derivaten aus dem Kredit- und Beteiligungsfinanzierungsgeschäft. Des Weiteren werden hierunter die Ergebnisse aus getrennt bilanzierten eingebetteten Derivaten, die im Zusammenhang mit finanziellen Verbindlichkeiten stehen, ausgewiesen; die Ergebnisse aus der Bewertung der zugehörigen Sicherungsderivate werden somit kompensiert.

Aufgliederung des Ergebnisses aus der Fair-Value-Bewertung von Finanzanlagen nach Produkten

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	-3	-4	1
Ergebnis aus Beteiligungen	-52	78	-129
Gesamt	-54	74	-128

Aufgliederung des Ergebnisses aus der Fair-Value-Bewertung von Kreditderivaten und im Rahmen der Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE emittierten Credit-Linked Schuldscheinen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus CDS	-11	2	-13
Ergebnis aus emittierten Credit-Linked Schuldscheinen	11	-2	13
Gesamt	0	0	0

Bruttodarstellung des Ergebnisses aus wirtschaftlich gesicherten Mittelaufnahmen: Gegenüberstellung der Grund- und Sicherungsgeschäfte

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Mittelaufnahmen	137	110	27
Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	-349	74	-423
Gesamt (Ergebniseffektivität der wirtschaftlichen Sicherungsbeziehungen)	-212	183	-395

(32) Ergebnis aus Finanzanlagen

Aufgliederung des Ergebnisses aus Finanzanlagen nach Klassen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	25	23	2
Ergebnis aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	0	0
Ergebnis aus Beteiligungen	-25	-25	0
Ergebnis aus Anteilen an nicht konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen	0	-8	8
Gesamt	0	-10	10

Das Ergebnis aus Finanzanlagen enthält realisierte Gewinne und Verluste aus dem Verkauf von Finanzanlagen sowie Wertberichtigungen bei Finanzanlagen der Kategorien zur *Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*, *Kredite und Forderungen* bzw. *bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen*.

Im Berichtsjahr sind Eigenkapitalinstrumente, deren beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden konnte, mit einem Buchwert von 79 Mio. EUR (2016: 106 Mio. EUR) abgegangen. Daraus entstand ein realisiertes Ergebnis von 12 Mio. EUR (2016: -8 Mio. EUR), das im Ergebnis aus Beteiligungen enthalten ist.

Angaben zu Wertminderungen aus Finanzanlagen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen	43	32	11
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	3	-2
davon Beteiligungen	42	20	21
davon aus Anteilen an nicht konsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen	0	9	-9

Angaben zu Wertaufholungen nach Wertminderungen aus Finanzanlagen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen	25	23	2
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	25	23	2

(33) Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	22	21	1

(34) Verwaltungsaufwand

Aufgliederung der Verwaltungsaufwendungen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Löhne und Gehälter	517	506	11
Soziale Abgaben	73	68	5
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	78	61	18
Personalaufwand	668	634	34
Andere Verwaltungsaufwendungen	487	456	31
Abschreibungen und Wertminderungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte	92	108	-16
Sachaufwand	579	565	15
Gesamt	1.247	1.199	49

Die Anderen Verwaltungsaufwendungen umfassen Mietaufwendungen aus Operating-Leasing-Verhältnissen in Höhe von 14 Mio. EUR (2016: 13 Mio. EUR).

(35) Sonstiges betriebliches Ergebnis

Aufgliederung des Sonstigen betrieblichen Ergebnisses

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstiger betrieblicher Ertrag	36	135	-99
Sonstiger betrieblicher Aufwand	39	33	6
Gesamt	-2	102	-105

Im Sonstigen betrieblichen Ertrag bilanziert werden Erträge aus der Auflösung sonstiger Rückstellungen und abgegrenzter Schulden in Höhe von 17 Mio. EUR (2016: 18 Mio. EUR) sowie Erträge aus dem Rückkauf von Eigenemissionen in Höhe von 5 Mio. EUR (2016: 1 Mio. EUR). 2016 wurden Erträge aus dem Erlass der Rückzahlung eines Teils des ERP-Nachrangdarlehens in Höhe von 100 Mio. EUR vereinnahmt.

Der Sonstige betriebliche Aufwand umfasst die von der KfW IPEX-Bank GmbH an den Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute zu entrichtenden Beiträge in Höhe von 13 Mio. EUR (2016: 11 Mio. EUR). Die KfW ist gemäß § 2 Restrukturierungsfondsgesetz nicht beitragspflichtig.

(36) Ertragsteueraufwand

Aufgliederung des Ertragsteueraufwands nach Verpflichtungscharakter

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Tatsächliche Steuern vom Einkommen und Ertrag	36	36	0
Latente Steuern	-10	-58	47
Gesamt	26	-21	47

Im Zusammenhang mit Steuerlatenzen ergab sich ein Steuerertrag in Höhe von 10 Mio. EUR (2016: 58 Mio. EUR Ertrag). Dieser resultiert aus der Veränderung des Ansatzes temporärer Differenzen bzw. aus der Aktivierung von Verlustvorträgen.

Die Überleitungsrechnung zeigt den Zusammenhang zwischen dem rechnerischen Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr und den ausgewiesenen Steuern vom Einkommen und Ertrag.

Überleitung der Ertragsteuern

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Steuern)	1.453	1.980	-527
Konzernertragsteuersatz	0%	0%	0%
Rechnerischer Ertragsteueraufwand im Geschäftsjahr	0	0	0
Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze gegenüber dem Konzerntragsteuersatz	32	9	23
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	0	0	0
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	2	2	0
Auswirkungen nicht anrechenbarer Ertragsteuern	7	7	0
Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben	14	12	2
Auswirkungen steuerfreier Erträge	1	16	-15
Gewerbsteuerliche Hinzurechnungen/Kürzungen	1	1	0
Auswirkungen permanenter Differenzen	-2	0	-2
Auswirkungen von Ansatzkorrekturen aktiver latenter Steuern	-29	-68	39
Ausgewiesener Ertragsteueraufwand	26	-21	47

Der für die Überleitungsrechnung zugrunde liegende Konzerntragsteuersatz von 0% trägt dem Steuerstatus der KfW als persönlich steuerbefreite Anstalt des öffentlichen Rechts und ihrem bestimmenden Anteil am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit Rechnung.

Auswirkungen wegen abweichender Steuersätze ergeben sich durch die subjektive Steuerpflicht und damit verbundene unterschiedliche Steuersätze einzelner Konzerngesellschaften. Die Steuersätze betragen unverändert zwischen 0% und 32%.

(37) Erläuterungen zum Sonstigen Ergebnis

Aufgliederung des Sonstigen Ergebnisses nach Klassen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden können	202	60	142
Sonstiges Ergebnis aus Finanzinstrumenten	208	59	149
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	44	59	-16
davon Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0
davon Beteiligungen	165	0	165
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	-6	0	-7
Sonstiges Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0	0
Sonstiges Ergebnis aus Sachverhalten, die nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umgegliedert werden	79	-207	285
Sonstiges Ergebnis aus leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen	82	-221	303
Sonstiges Ergebnis aus latenten Steuern auf leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	-3	15	-18
Gesamt	281	-147	428

Das Sonstige Ergebnis enthält die erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfassten Sachverhalte. Darunter fallen Erträge und Aufwendungen aus Finanzinstrumenten der Kategorie zur *Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte*, Veränderungen der versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen und Veränderungen der in Abhängigkeit vom zugrunde liegenden Sachverhalt gebildeten latenten Steuern.

Aufgliederung der Umgliederungen in die Gewinn- und Verlustrechnung nach Klassen

	2017	2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Umgliederungen aus Finanzinstrumenten	6	8	-2
davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6	8	-2
davon Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	0	0
davon Beteiligungen	0	0	0
davon Nachrangige Vermögenswerte	0	0	0
Umgliederungen aus latenten Steuern auf Finanzinstrumente	0	0	0
Umgliederungen aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	0	0	0
Gesamt	6	8	-2

Die dargestellten Umgliederungen resultieren aus Erträgen und Aufwendungen, die in der Berichtsperiode erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmt wurden und die zuvor erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen erfasst waren. Darunter fällt auch die Amortisierung von Neubewertungsrücklagen aus der Umgliederung von Finanzanlagen aus der Bewertungskategorie zur *Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Darlehen*. In der Gewinn- und Verlustrechnung vereinnahmte Erträge sind mit negativem Vorzeichen ausgewiesen, Aufwendungen weisen ein positives Vorzeichen auf.

Segmentberichterstattung

(38) Segmentbericht nach Geschäftsfeldern

Die Segmentberichterstattung folgt gemäß den Bestimmungen des IFRS 8 dem internen Managementberichtssystem, das von den Hauptentscheidungsträgern des Konzerns zur Beurteilung der Performance der Segmente und zur Zuweisung von Ressourcen zu Segmenten herangezogen wird.

Gemäß der internen Geschäftsfeldstruktur des KfW-Konzerns gliedern sich die Segmente mit ihren Produkten und Dienstleistungen wie folgt:

Mittelstandsbank	– Finanzierung Unternehmensinvestitionen und gewerbliche Umweltschutzinvestitionen – Eigenkapitalfinanzierung
Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute	– Finanzierung Wohnungsbau und -modernisierung – Bildungsfinanzierung – Infrastruktur- und Sozialfinanzierung – Allgemeine Refinanzierung Landesförderinstitute – Individualfinanzierung Banken – Auftragsgeschäfte für den Bund
Export- und Projektfinanzierung	– Finanzierung deutscher und europäischer Exporte – Finanzierung von Projekten und Investitionen im deutschen und europäischen Interesse
Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer	– Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer mit Haushaltsmitteln des Bundes sowie ergänzend mit Marktmitteln der KfW – Finanzierungen der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (Förderung der Privatwirtschaft)
Finanzmärkte	– Wertpapier- und Geldmarktanlagen – Platzhaltergeschäfte für den Bund – Zuweisungsgeschäft Kreditgewährung an Griechenland – Refinanzierung
Zentrale	– Zentrale Zins- und Währungssteuerung – Strategische Beteiligungen

Die Geschäftsfelder werden anhand ihres Beitrags zum Konzerngewinn gemessen. Den einzelnen Positionen liegen folgende Methoden zugrunde:

- Der Zinsüberschuss (vor Förderaufwand) umfasst die auf Basis der Marktzinsmethode¹⁾ ermittelten Zinsmargen aus dem Aktivgeschäft. Die Position beinhaltet ebenfalls die kalkulatorisch zugeordnete Eigenmittelverzinsung, deren Aufteilung auf Basis des in Anspruch genommenen Ökonomischen Kapitals erfolgt. In der Zentrale ist daneben das Dispositionsergebnis erfasst, das im Wesentlichen das Ergebnis aus der Fristen- und Spreadtransformation beinhaltet. Dem Geschäftsfeld Finanzmärkte ist der Erfolgsbeitrag aus der KfW-Refinanzierung²⁾ zugeordnet.
- Der in der Gewinn- und Verlustrechnung im Zins-, Provisions- und Verwaltungsaufwand enthaltene Förderaufwand wird wegen der besonderen Bedeutung als Steuerungsgröße entsprechend dem internen Managementbericht separat ausgewiesen.

¹⁾ Bei dieser Methode wird für die Berechnung der Zinsmargen eine fristenkongruente Refinanzierung zur internen KfW-Refinanzierungszinskurve unterstellt.

²⁾ Vorteil der realisierten Refinanzierungssätze im Vergleich zu den laufzeitkongruenten, intern verrechneten Refinanzierungszinsen

Als Förderaufwand werden bestimmte Aufwendungen der beiden Geschäftsfelder Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute mit positiver Wirkung auf die Erreichung der Förderziele verstanden. Der Förderaufwand besteht im Wesentlichen aus der Zuführung der barwertigen Zinsverbilligungsleistungen³⁾ aus Neuzusagen sowie aus dem Aufzinsungseffekt. Weitere Förderkomponenten sind der Aufwand aus Beratungszuschüssen (bis 31.12.2016) und aus der Vertriebspartner-incentivierung durch Upfront Fees (aus dem Provisionsaufwand) sowie aus disponiblen und produktbezogenen Marketing- und Vertriebsmaßnahmen (aus dem Verwaltungsaufwand).

- Die verursachungsgerechte Verteilung des Verwaltungsaufwands (vor Förderaufwand) auf die einzelnen Segmente erfolgt auf Basis einer Produktvollkostenrechnung⁴⁾. Der Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand) umfasst die planmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen und Immaterielle Vermögenswerte.
- In der Position Kreditrisikovorsorge werden die Nettozuführungen zu Wertberichtigungen, Direktabschreibungen und Eingänge auf bereits abgeschriebene Forderungen verursachungsgerecht auf die Segmente verteilt.
- In der Ausweisgröße Bewertungsergebnis sind das Ergebnis aus dem Hedge Accounting, das Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente, das Ergebnis aus Finanzanlagen, das Ergebnis aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen und das Sonstige betriebliche Ergebnis zusammengefasst.
- Bei der Zuordnung des Ertragsteueraufwands auf die Geschäftsfelder (außer Zentrale) sind nur die tatsächlichen Steuern vom Einkommen und Ertrag berücksichtigt. Latente Steuern sind der Zentrale zugerechnet.
- Der ausgewiesene Ökonomische Kapitalbedarf umfasst sämtliche Risikoarten entsprechend der Definition des Ökonomischen Gesamtkapitalbedarfs im Risikoberichtsteil des Konzernlageberichts.
- Auf den Ausweis der Größe Segmentvermögen wird verzichtet, da sie gemäß dem internen Managementberichtssystem keine Größe ist, die für die Beurteilung der Performance der Segmente und für die Zuweisung von Ressourcen zu Segmenten herangezogen wird.
- Die Darstellung der Segmenterträge und -aufwendungen basiert auf konsolidierten Zahlen. Aus Leistungsbeziehungen zwischen den Segmenten resultierende konzerninterne Verwaltungs- und Provisionsaufwendungen sowie Provisions- und sonstige betriebliche Erträge werden im Rahmen der Segmentergebnisrechnung bereinigt. Verbleibende geringe Konsolidierungseffekte sind der Spalte Überleitung/Konsolidierung zugewiesen.

³⁾ Erläuterungen zu den Zinsverbilligungsleistungen der KfW im Förderkreditgeschäft siehe Anhangangabe „Förderkreditgeschäft der KfW“. Der Barwert der nominalen Plan-Zinsverbilligungsleistungen, der erfolgswirksam zu Lasten des Zinsaufwands erfasst wird, ist den Geschäftsfeldern Mittelstandsbank und Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute zugeordnet. Der im Zinsaufwand enthaltene Aufzinsungseffekt auf den Barwertbestand ist vereinfacht der Zentrale zugeordnet.

⁴⁾ Die in den Organisationseinheiten anfallenden Kosten werden im Wesentlichen mit Hilfe von Kernleistungen auf die Produkte weiterverrechnet.

Segmentbericht nach Geschäftsfeldern für das Geschäftsjahr 2017

	Mittel- stands- bank ¹⁾	Kommu- nal- und Privatkun- denbank/ Kreditins- titute	Export- und Projekt- finanzie- rung ¹⁾	Förderung Entwick- lungs- u. Schwellen- länder ¹⁾	Finanz- märkte	Zentrale	Über- leitung/ Konsoli- dierung	KfW- Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Volumen Neuzusagen	21.899	29.913	13.751	9.749	1.541	0	-372	76.481
Zinsüberschuss (vor Förderaufwand)	205	366	798	381	235	596	-3	2.579
Provisionsüberschuss (vor Förderaufwand)	6	91	21	198	0	0	0	316
Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand)	185	275	238	389	88	58	0	1.234
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand)	25	183	581	189	147	539	-3	1.661
Kreditrisikovorsorge	1	-80	-89	-42	2	0	0	-209
Bewertungsergebnis	31	0	-2	-31	4	209	3	214
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderaufwand)	57	103	489	117	152	748	0	1.667
Förderaufwand	176	17	0	0	0	20	0	213
Ertragsteueraufwand	1	0	21	10	0	-5	0	26
Konzerngewinn	-120	86	469	107	152	733	0	1.427
Ökonomischer Kapitalbedarf	3.593	5.289	1.307	1.947	1.137	4.956	0	18.228

¹⁾ Im Bewertungsergebnis der Geschäftsfelder sind folgende Ergebnisse aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen enthalten: Mittelstandsbank -2,8 Mio. EUR, Export- und Projektfinanzierung 17,4 Mio. EUR und Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer 7,2 Mio. EUR.

Segmentbericht nach Geschäftsfeldern für das Geschäftsjahr 2016

	Mittel- stands- bank ¹⁾	Kommunal- und Privatkundenbank/ Kreditinstitute	Export- und Projekt- finanzierung ¹⁾	Förderung Entwicklungs- u. Schwellenländer ¹⁾	Finanz- märkte	Zentrale	Über- leitung/ Konsolidierung	KfW- Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Volumen Neuzusagen	21.388	33.698	16.072	8.844	1.274	0	-273	81.002
Zinsüberschuss (vor Förderaufwand)	205	380	853	400	224	742	0	2.802
Provisionsüberschuss (vor Förderaufwand)	12	54	26	195	-7	0	0	280
Verwaltungsaufwand (vor Förderaufwand)	177	263	233	364	92	54	0	1.185
Betriebsergebnis vor Bewertungen (vor Förderaufwand)	39	171	645	230	124	688	0	1.898
Kreditrisikovorsorge	21	-37	-134	-93	0	93	0	-150
Bewertungsergebnis	12	-8	-13	78	13	380	1	463
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (vor Förderaufwand)	72	126	499	215	138	1.160	1	2.210
Förderaufwand	170	32	0	0	0	28	0	230
Ertragsteueraufwand	0	0	14	15	0	-51	0	-21
Konzerngewinn	-98	94	484	200	138	1.183	1	2.002
Ökonomischer Kapitalbedarf	1.938	2.109	1.893	2.440	1.181	5.357	0	14.919

¹⁾ Im Bewertungsergebnis der Geschäftsfelder sind folgende Ergebnisse aus nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen enthalten: Mittelstandsbank 8,3 Mio. EUR, Export- und Projektfinanzierung 8,3 Mio. EUR und Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer 4,3 Mio. EUR.

Die Überleitungs-/Konsolidierungsspalte beinhaltet alle Anpassungsmaßnahmen, die für die Überleitung der Segmentinformationen auf die zusammengefassten Informationen für den KfW-Konzern notwendig sind. Als Konsolidierungseffekt der Größe „Volumen Neuzusagen“ sind die Zusagen von Programmkrediten der Mittelstandsbank und der Kommunal- und Privatkundenbank/Kreditinstitute durch die KfW IPEX-Bank in der Funktion als Durchleitungsbank ausgewiesen. Die übrigen in dieser Spalte ausgewiesenen Beträge resultieren aus geringen Konsolidierungseffekten.

(39) Segmentbericht nach Regionen

Die Zuordnung des Zins- und Provisionsüberschusses erfolgt grundsätzlich auf Basis des geografischen Standortes der Kunden. Die im Zinsüberschuss enthaltene kalkulatorische Eigenmittelverzinsung, der Erfolgsbeitrag aus der KfW-Refinanzierung sowie das Dispositionsergebnis werden Deutschland zugeordnet. Für die Förderung der Entwicklungs- und Schwellenländer mit Haushaltsmitteln des Bundes erhält die KfW vom Bund einen Provisionsertrag. Dieser ist der Region des jeweiligen Investitionslandes zugeordnet. Der aus den Kreditverbriefungsplattformen resultierende Provisionsaufwand gegenüber Zweckgesellschaften wird gemäß dem geografischen Standort der Originator-Banken verteilt.

Auf den Ausweis der Sachanlagen und der Immateriellen Vermögenswerte nach Regionen wird verzichtet, da diese Vermögenswerte bis auf unwesentliche Beträge in Deutschland gebunden sind.

Segmentbericht nach Regionen für das Geschäftsjahr 2017

	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Übrige Welt	Überleitung/ Konsolidierung	KfW-Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	1.330	420	646	-3	2.393
Provisionsüberschuss	87	30	185	0	303
Segmenterträge	1.417	450	831	-3	2.695

Segmentbericht nach Regionen für das Geschäftsjahr 2016

	Deutschland	Europa (ohne Deutschland)	Übrige Welt	Überleitung/ Konsolidierung	KfW-Konzern
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	1.517	458	636	0	2.610
Provisionsüberschuss	51	24	183	0	257
Segmenterträge	1.567	481	818	0	2.867

Die Überleitungs-/Konsolidierungsspalte beinhaltet alle Anpassungsmaßnahmen, die für die Überleitung der Segmentinformationen auf die zusammengefassten Informationen für den KfW-Konzern notwendig sind. Die Beträge in dieser Spalte resultieren ausschließlich aus geringen Konsolidierungseffekten.

Erläuterungen zur Bilanz

(40) Barreserve

Aufgliederung der Barreserve nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kassenbestand	0	0	0
Guthaben bei Zentralnotenbanken	11.087	11.572	-485
Gesamt	11.087	11.573	-485

(41) Forderungen an Kreditinstitute

Aufgliederung der Forderungen an Kreditinstitute nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	10.390	11.771	-1.381
Kredite und Darlehen	256.280	251.833	4.447
Andere Forderungen	7.626	12.318	-4.692
Gesamt	274.296	275.922	-1.626

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird unter den Krediten und Darlehen ein Korrektivposten in Höhe von 1.185 Mio. EUR (31.12.2016: 1.357 Mio. EUR) ausgewiesen.

Die Forderungen aus Pensionsgeschäften (Reverse-Repós), gestellten Barsicherheiten und den Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE sind in den Anderen Forderungen enthalten.

Aufgliederung der Kredite und Darlehen an Kreditinstitute nach Haftungscharakter

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Direktkredite an Kreditinstitute	72.111	79.099	-6.988
Bankdurchgeleitete Kundenkredite mit vollständiger Haftung der Durchleitungsbank	182.449	171.293	11.157
Bankdurchgeleitete Kundenkredite mit teilweiser Haftung der Durchleitungsbank	2.191	2.340	-149
Direkte und bankdurchgeleitete nachrangige Kredite	714	459	255
Korrektivposten aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW	-1.185	-1.357	172
Gesamt	256.280	251.833	4.447

Die Direktkredite an Kreditinstitute umfassen insbesondere die im Rahmen der inländischen Wohnungsbau- und Mittelstandsförderung gewährten Globaldarlehen.

(42) Forderungen an Kunden

Aufgliederung der Forderungen an Kunden nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	5.156	9.592	-4.435
Kredite und Darlehen	122.156	126.038	-3.882
Andere Forderungen	639	1.074	-436
Gesamt	127.951	136.704	-8.753

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird unter den Krediten und Darlehen ein Korrektivposten in Höhe von 111 Mio. EUR (31.12.2016: 142 Mio. EUR) ausgewiesen.

Aufgliederung der Kredite und Darlehen an Kunden nach Haftungscharakter

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Direktkredite an Kunden	119.427	122.564	-3.136
Bankdurchgeleitete Kundenkredite ohne Haftung der Durchleitungsbank	234	350	-117
Versicherungsdurchgeleitete Kundenkredite mit vollständiger Haftung der Durchleitungsversicherung	621	469	152
Direkte und bank-/versicherungsdurchgeleitete nachrangige Kredite	1.985	2.797	-812
Korrektivposten aufgrund der Unterverzinslichkeit von ausgezahlten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW	-111	-142	31
Gesamt	122.156	126.038	-3.882

Die Direktkredite an Kunden umfassen insbesondere die im Rahmen der Export- und Projektfinanzierung, der Kommunalfinanzierung sowie der Bildungsförderung gewährten Darlehen. Darüber hinaus enthalten sind Kreditforderungen im Zusammenhang mit bestimmten Zuweisungsgeschäften der Bundesregierung gemäß KfW-Gesetz.

(43) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Aufgliederung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	177	171	6
Forderungen an Kunden	1.280	1.439	-159
Risikovorsorge für Forderungen	1.457	1.610	-153
Rückstellungen für Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen	61	44	17
Gesamt	1.517	1.654	-136

Die Risikovorsorge für Forderungen umfasst auch die Vorsorge für Forderungen aus Geldmarktanlagen und Pensionsgeschäften (Reverse-Repos).

Entwicklung der Kreditrisikovorsorge nach Risikoarten im Geschäftsjahr 2017

	Einzelrisiken	Portfolio- risiken	Risiko- vorsorge für Forderungen	Rückstellungen (Einzelrisiken)	Rückstellungen (Portfolio- risiken)	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2017	1.064	546	1.610	9	35	1.654
Zuführungen	497	68	565	2	14	581
Verbräuche	-328	0	-328	0	0	-328
Auflösungen	-180	-82	-261	-3	-1	-266
Unwinding	-24	0	-24	0	0	-24
Wechselkursänderungen	-67	-25	-92	0	-1	-94
Veränderungen im Konsolidierungskreis	-6	-6	-12	0	6	-6
Stand 31.12.2017	956	500	1.456	8	53	1.517

Die Vorsorge für Portfoliorisiken umfasst neben der bonitätsinduzierten Risikovorsorge auch die Vorsorge für Länderrisiken.

Für wertberichtigte Kredite und Darlehen wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Zinserträge in Höhe von 54 Mio. EUR (31.12.2016: 60 Mio. EUR) nicht vereinnahmt.

Entwicklung der Kreditrisikovorsorge nach Risikoarten im Geschäftsjahr 2016

	Einzelrisiken	Portfolio- risiken	Risiko- vorsorge für Forderungen	Rückstellungen (Einzelrisiken)	Rückstellungen (Portfolio- risiken)	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	1.197	546	1.743	19	42	1.804
Zuführungen	692	48	740	3	1	744
Verbräuche	-512	0	-512	0	0	-512
Auflösungen	-301	-54	-356	-13	-9	-378
Unwinding	-32	0	-32	0	0	-32
Wechselkursänderungen	21	7	27	0	0	28
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Stand 31.12.2016	1.064	546	1.610	9	35	1.654

(44) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting

	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Wertanpassungen zu Aktivposten im Macro Fair Value Hedge Accounting	9.648	13.917	-4.269

In diesem Posten sind die beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios der Kategorie *Kredite und Forderungen* abgebildet.

(45) Derivate im Hedge Accounting

Aufgliederung der Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Art der Sicherungsbeziehung

	31.12.2017 Mio. EUR	31.12.2016 Mio. EUR	Veränderung Mio. EUR
Micro Fair Value Hedge Accounting	8.820	26.471	-17.651
Macro Fair Value Hedge Accounting	254	993	-739
Gesamt	9.074	27.464	-18.390

Aufgliederung der Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	3.688	8.181	-4.492
Währungsbezogene Derivate	5.386	19.283	-13.897
Gesamt	9.074	27.464	-18.390

Im Macro Fair Value Hedge Accounting werden ausschließlich Zinsbezogene Derivate berücksichtigt. Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

(46) Sonstige Derivate

Aufgliederung der Sonstigen Derivate mit positiven beizulegenden Zeitwerten nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	4.461	5.515	-1.054
Währungsbezogene Derivate	639	1.776	-1.137
Kreditderivate	0	1	-1
Andere Derivate	45	53	-8
Gesamt	5.145	7.344	-2.199

Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

Von den Sonstigen Derivaten mit positiven beizulegenden Zeitwerten entfallen 92 Mio. EUR (31.12.2016: 123 Mio. EUR) auf getrennt bilanzierte eingebettete Derivate.

(47) Finanzanlagen

Aufgliederung der Finanzanlagen nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30.900	30.118	782
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	1	-1
Beteiligungen	2.672	2.595	77
Anteile an nicht einbezogenen Tochterunternehmen	43	0	43
Gesamt	33.615	32.715	900

Die Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere werden, vermindert um die Vorsorge für das Risiko bereits eingetretener, jedoch individuell noch nicht identifizierter Wertminderungen, bilanziert.

(48) Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Anteile an nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen	415	346	68

Eine Auflistung der nach der Equity-Methode bilanzierten Unternehmen findet sich in der Anhangangabe „Angaben zum Anteilsbesitz“.

(49) Sachanlagen

Aufgliederung der Sachanlagen nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Grundstücke und Gebäude	856	828	28
Betriebs- und Geschäftsausstattung	78	68	10
Sonstige Sachanlagen	17	35	-18
Gesamt	950	931	19

Unter den Sonstigen Sachanlagen werden geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau ausgewiesen.

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2017

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2017	1.278	-347	931
Zugänge/Zuschreibungen	66	0	66
Abgänge	-6	5	-1
Planmäßige Abschreibungen	0	-46	-46
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	0	0
Buchwert 31.12.2017	1.339	-388	951

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2016

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2016	1.232	-312	919
Zugänge/Zuschreibungen	64	0	64
Abgänge	-17	17	-1
Planmäßige Abschreibungen	0	-42	-42
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	-9	-9
Buchwert 31.12.2016	1.278	-347	931

(50) Immaterielle Vermögenswerte

Aufgliederung der Immateriellen Vermögenswerte nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Software	206	158	49
<i>davon erworbene Software</i>	138	125	13
<i>davon selbst erstellte Software</i>	68	33	36
Andere Immaterielle Vermögenswerte	46	77	-32
Gesamt	252	235	17

Unter den Anderen Immateriellen Vermögenswerten wird insbesondere die sich in Entwicklung befindende Software ausgewiesen.

Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2017

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2017	338	-103	235
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Zugänge/Zuschreibungen	64	0	64
Abgänge	-5	4	-2
Planmäßige Abschreibungen	0	-39	-39
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	-7	-7
Buchwert 31.12.2017	397	-145	252

Entwicklung der Immateriellen Vermögenswerte im Geschäftsjahr 2016

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Kumulierte Ab- und Zuschreibungen	Nettobuchwert
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert 01.01.2016	324	-117	206
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Zugänge/Zuschreibungen	85	0	85
Abgänge	-71	71	0
Planmäßige Abschreibungen	0	-29	-29
Außerplanmäßige Abschreibungen	0	-28	-28
Buchwert 31.12.2016	338	-103	235

(51) Ertragsteueransprüche

Aufgliederung der Ertragsteueransprüche nach Arten

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	29	10	19
Latente Ertragsteueransprüche	469	529	-61
Gesamt	498	540	-42

Die Tatsächlichen Ertragsteueransprüche resultieren aus anrechenbaren Steuern (Kapitalertragsteuer/Solidaritätszuschlag) sowie Steuerforderungen aufgrund geleisteter Steuervorauszahlungen im Geschäftsjahr 2017.

Latente Ertragsteueransprüche resultieren überwiegend aus Bewertungsunterschieden bei den nachfolgend aufgeführten Bilanzposten.

Zusammensetzung der aktiven Steuerabgrenzungen nach Bilanzposten

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden (inkl. Risikovorsorge)	59	69	-10
Finanzanlagen	21	19	2
Immaterielle Vermögenswerte	15	15	0
Sonstige Derivate Passiva	255	312	-57
Rückstellungen	58	58	0
Übrige Bilanzposten	0	1	-1
Verlustvorträge	61	55	6
Zwischensumme	469	529	-61
Saldierung mit passiven latenten Steuern	0	0	0
Gesamt	469	529	-61

(52) Sonstige Aktiva

Aufgliederung der Sonstigen Aktiva nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Vermögenswerte und Forderungen	835	887	-52
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	37	45	-8
Gesamt	872	932	-60

(53) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	19	7	11
Schuldscheindarlehen	1.864	2.157	-294
Andere Verbindlichkeiten	4.120	17.672	-13.553
Gesamt	6.002	19.837	-13.835

Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Barsicherheiten und den Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE sind in den Anderen Verbindlichkeiten enthalten.

(54) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktgeschäfte	293	2.638	-2.345
Schuldscheindarlehen	5.188	5.266	-78
Andere Verbindlichkeiten	4.409	3.730	678
Gesamt	9.889	11.634	-1.745

Die Verbindlichkeiten aus erhaltenen Barsicherheiten sind in den Anderen Verbindlichkeiten enthalten. Im Rahmen der Verbriefungsplattformen PROMISE und PROVIDE emittierte Credit-Linked Schuldscheine sind in den Schuldscheindarlehen ausgewiesen.

(55) Verbriefte Verbindlichkeiten

Aufgliederung der Verbrieften Verbindlichkeiten nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Geldmarktemissionen	40.185	47.091	-6.906
Anleihen und Schuldverschreibungen	366.105	375.483	-9.379
Gesamt	406.290	422.574	-16.285

(56) Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Wertanpassungen zu Passivposten im Macro Fair Value Hedge Accounting	119	127	-8

Die beizulegenden Zeitwerte der gesicherten Risiken in den abgesicherten Grundgeschäftsportfolios der Kategorie *andere Verbindlichkeiten* werden in diesem Posten abgebildet.

(57) Derivate im Hedge Accounting

Aufgliederung der Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Art der Sicherungsbeziehung

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Micro Fair Value Hedge Accounting	9.233	4.153	5.079
Macro Fair Value Hedge Accounting	5.255	14.297	-9.042
Gesamt	14.488	18.451	-3.963

Aufgliederung der Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten im Hedge Accounting nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	6.293	16.069	-9.777
Währungsbezogene Derivate	8.195	2.381	5.814
Gesamt	14.488	18.451	-3.963

Im Macro Fair Value Hedge Accounting werden ausschließlich Zinsbezogene Derivate berücksichtigt. Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

(58) Sonstige Derivate

Aufgliederung der Sonstigen Derivate mit negativen beizulegenden Zeitwerten nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	974	1.211	-236
Währungsbezogene Derivate	1.927	1.796	131
Gesamt	2.902	3.007	-105

Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

Von den Sonstigen Derivaten mit negativen beizulegenden Zeitwerten entfallen 18 Mio. EUR (31.12.2016: 20 Mio. EUR) auf getrennt bilanzierte eingebettete Derivate.

(59) Rückstellungen

Aufgliederung der Rückstellungen nach Art der Verpflichtung

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2.024	2.050	-27
Rückstellungen für Kreditrisiken	61	44	17
Andere Rückstellungen	793	771	22
Gesamt	2.877	2.865	12

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Geschäftsjahr 2017

	Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Vorruhestand	Altersteilzeit	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2017	2.002	34	14	2.050
Zuführungen	102	4	5	110
<i>davon Dienstzeitaufwand</i>	68	4	5	77
<i>davon Aufwand aus Leistungsänderungen</i>	0	0	0	0
<i>davon Zinsaufwand</i>	33	0	0	33
<i>davon Sonstige Zuführungen</i>	0	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	-82	0	0	-82
<i>aus Änderung demografischer Annahmen</i>	-2	0	0	-2
<i>aus Änderung finanzieller Annahmen</i>	-100	0	0	-100
<i>aus Änderung erfahrungsbedingter Anpassungen</i>	20	0	0	20
Verbräuche	-46	-9	-5	-60
Auflösungen	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0
Eigenbeiträge der Teilnehmer des Plans (ergebnisneutral)	5	0	0	5
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Stand 31.12.2017	1.981	29	14	2.024

Die durchschnittliche Restlaufzeit der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen beträgt zum 31.12.2017 19,3 Jahre (31.12.2016: 20,0 Jahre).

Entwicklung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen im Geschäftsjahr 2016

	Leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Vorruhestand	Altersteilzeit	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	1.726	41	13	1.780
Zuführungen	95	0	5	100
<i>davon Dienstzeitaufwand</i>	55	0	5	60
<i>davon Aufwand aus Leistungsänderungen</i>	0	0	0	0
<i>davon Zinsaufwand</i>	40	0	0	40
<i>davon Sonstige Zuführungen</i>	0	0	0	0
Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste	221	0	0	221
<i>aus Änderung demografischer Annahmen</i>	0	0	0	0
<i>aus Änderung finanzieller Annahmen</i>	236	0	0	236
<i>aus Änderung erfahrungsbedingter Anpassungen</i>	-14	0	0	-14
Verbräuche	-45	-7	-4	-57
Auflösungen	0	0	0	0
Umbuchungen	0	0	0	0
Eigenbeiträge der Teilnehmer des Plans (ergebnisneutral)	6	0	0	6
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0
Stand 31.12.2016	2.002	34	14	2.050

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte unter Verwendung der Heubeck-Richttafeln 2005 G und folgenden weiteren versicherungsmathematischen Annahmen:

Versicherungsmathematische Annahmen in % p. a.

	31.12.2017	31.12.2016
Rechnungszinsfuß	1,88	1,63
Anwartschaftsdynamik	2,20	2,20
Rentendynamik	2,50	2,50
Fluktuationsrate	1,50	1,50

Sensitivität der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2017

	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen
		Mio. EUR		Mio. EUR
Lebenserwartung	+1 Jahr	83	-1 Jahr	-84
Rechnungszinsfuß	+0,25 %	-93	-0,25 %	100
Anwartschaftsdynamik	+0,50 %	17	-0,50 %	-16
Rentendynamik	+0,50 %	129	-0,50 %	-117
Fluktuationsrate	+1,00 %	-4	-1,00 %	5

Sensitivität der leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen zum 31.12.2016

	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen	Abweichung	Veränderung leistungsorientierte Pensionsverpflichtungen
		Mio. EUR		Mio. EUR
Lebenserwartung	+1 Jahr	75	-1 Jahr	-74
Rechnungszinsfuß	+0,25 %	-83	-0,25 %	90
Anwartschaftsdynamik	+0,50 %	18	-0,50 %	-17
Rentendynamik	+0,50 %	82	-0,50 %	-75
Fluktuationsrate	+1,00 %	-17	-1,00 %	21

Entwicklung der Rückstellungen für Kreditrisiken

Die Entwicklung der Rückstellungen für Kreditrisiken ist in der Anhangangabe „Risikovorsorge im Kreditgeschäft“ dargestellt.

Entwicklung der Anderen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2017

	Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	Sonstige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2017	33	739	771
Zuführungen	5	80	86
<i>davon Zinsaufwand</i>	0	3	3
<i>davon Sonstige Zuführungen</i>	5	77	83
Verbräuche	-4	-48	-53
Auflösungen	-1	-11	-11
Umbuchungen	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Stand 31.12.2017	33	760	793

Unter den Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern sind andere langfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer einschließlich Jubiläumsrückstellungen ausgewiesen. Für diese Verpflichtungen werden entsprechende versicherungsmathematische Gutachten erstellt.

Aufgrund der Unterverzinslichkeit von unwiderruflich zugesagten Förderkrediten mit zusätzlichen Förderbeiträgen in Form von Zinsverbilligungsleistungen zu Lasten der Ertragslage der KfW wird eine Sonstige Rückstellung in Höhe von 40 Mio. EUR (31.12.2016: 44 Mio. EUR) ausgewiesen. Bestandsveränderungen werden saldiert als Zuführung oder bei einem Rückgang als Umbuchung über die aktivisch unter den Forderungen an Kreditinstitute oder Kunden ausgewiesenen Korrektivposten bereits ausgezahlter Förderkredite abgebildet.

Darüber hinaus umfassen die Sonstigen Rückstellungen die Verpflichtungen aus der Übernahme der Aufgaben der Staatlichen Versicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Abwicklung (SINA), denen Forderungen an die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) in gleicher Höhe gegenüberstehen, die unter dem Posten Sonstige Aktiva ausgewiesen werden.

Entwicklung der Anderen Rückstellungen im Geschäftsjahr 2016

	Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern	Sonstige Rückstellungen	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	28	728	756
Zuführungen	7	63	69
<i>davon Zinsaufwand</i>	0	10	10
<i>davon Sonstige Zuführungen</i>	7	52	59
Verbräuche	-2	-48	-51
Auflösungen	0	-3	-4
Umbuchungen	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	0
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0
Stand 31.12.2016	33	739	771

(60) Ertragsteuerverpflichtungen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	16	11	5
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	257	314	-57
Gesamt	272	324	-52

Die Tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen resultieren zum 31.12.2017 im Wesentlichen aus Steuerrückstellungen bei den in den Konzern einbezogenen steuerpflichtigen Gesellschaften.

Entwicklung der Steuerrückstellungen

	2017	2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.	11	29
Zuführungen	25	15
Verbräuche	-20	-34
Auflösungen	0	0
Stand 31.12.	16	11

Latente Ertragsteuerverpflichtungen resultieren überwiegend aus Bewertungsunterschieden bei den nachfolgend aufgeführten Bilanzposten.

Zusammensetzung der passiven Steuerabgrenzungen nach Bilanzposten

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Derivate Aktiva	254	308	-54
Finanzanlagen	0	0	0
Übrige Bilanzposten	3	5	-2
Zwischensumme	257	314	-57
Saldierung mit aktiven latenten Steuern	0	0	0
Gesamt	257	314	-57

(61) Sonstige Passiva

Aufgliederung der Sonstigen Passiva nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Andere Verbindlichkeiten	608	723	-115
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	157	215	-58
Gesamt	765	938	-173

(62) Nachrangkapital

Aufgliederung des Nachrangkapitals nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Nachrangige Verbindlichkeiten	0	200	-200

Im Rahmen der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung zum 01.07.2007 hatte das ERP-Sondervermögen der KfW ein Nachrangdarlehen in Höhe von ursprünglich 3.247 Mio. EUR gewährt. Das zum 31.12.2016 noch in Höhe von 200 Mio. EUR ausgewiesene Nachrangdarlehen hat die KfW am 29.09.2017 vorzeitig an das ERP-SV zurückgezahlt. Das Darlehen war in drei Tranchen mit unterschiedlichen Zinsbindungsfristen aufgeteilt. Die Tranchen wurden im Geschäftsjahr 2017 mit einem Zinssatz von durchschnittlich 1,82 % (Vorjahr: 1,82 %) verzinst.

(63) Eigenkapital
Aufgliederung des Eigenkapitals

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Gezeichnetes Kapital	3.750	3.750	0
abzüglich ausstehender nicht eingeforderter Einlagen	-450	-450	0
Eingezahltes gezeichnetes Kapital	3.300	3.300	0
Kapitalrücklage	8.447	8.447	0
<i>darunter: Förderrücklage des ERP-Sondervermögens</i>	7.150	7.150	0
Rücklage aus Mitteln des ERP-Sondervermögens	1.191	1.191	0
Gewinnrücklagen	15.500	14.092	1.407
<i>Gesetzliche Rücklage gemäß § 10 Abs. 2 KfW-Gesetz</i>	1.875	1.875	0
<i>Sonderrücklage gemäß § 10 Abs. 3 KfW-Gesetz</i>	9.207	8.312	895
<i>Sonderrücklage abzüglich Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 des D-Mark-Bilanz-Gesetzes</i>	21	21	0
<i>Andere Gewinnrücklagen</i>	4.396	3.884	512
Fonds für allgemeine Bankrisiken	600	600	0
Neubewertungsrücklagen	-295	-576	281
<i>Bewertungsergebnisse aus Finanzinstrumenten der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (nach Steuern)</i>	277	75	202
<i>Versicherungsmathematische Gewinne/Verluste bei leistungsorientierten Pensionsverpflichtungen (nach Steuern)</i>	-572	-650	79
Gesamt	28.742	27.055	1.688

Das bilanzielle Eigenkapital bildet die Grundlage für die Risikodeckungsmasse, die dem aus der internen Steuerung ermittelten Kapitalbedarf gegenübergestellt wird.

Zu Details wird auf die Darstellung im Risikobericht des Konzernlageberichts verwiesen.

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

(64) Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien

In den folgenden Tabellen sind die in den einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Ergebnisse aus Finanzinstrumenten nach den Bewertungskategorien gegliedert. Neben den im Zins- bzw. Provisionsüberschuss ausgewiesenen Zins- und zinsähnlichen Erträgen bzw. Aufwendungen sowie den im Provisionsertrag zu vereinnahmenden Kreditbearbeitungsgebühren umfassen die Ergebnisbeiträge insbesondere auch den Risikovorsorgeaufwand im Kreditgeschäft. In Abhängigkeit von der bilanziellen Bewertung sowie der Berücksichtigung im Hedge Accounting kommen die Effekte aus der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert, Wertminderungen und Wertaufholungen sowie Veräußerungserfolge hinzu. Das Ergebnis aus der Fremdwährungsbewertung bleibt dabei unberücksichtigt.

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien im Geschäftsjahr 2017

	Zinsüber- schuss	Risikovor- sorge im Kredit- geschäft	Provi- sionsüber- schuss	Ergebnis aus dem Hedge Account- ing	Ergebnis aus Fair- Value-Be- wertung anderer Finanzins- trumente	Ergebnis aus Finanz- anlagen	Sonstiges betrieb- liches Ergebnis	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kredite und Forderungen	6.419	-209	106	-3.412	0	4	0	2.910
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	-3	0	0	0	0	0	0	-3
Andere Verbindlichkeiten	-6.727	0	0	2.241	0	0	5	-4.481
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	185	0	0	-169	0	-4	0	11
Erfolgswirksam zum beizu- legenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	39	0	3	0	-54	0	0	-12
Erfolgswirksam zum beizu- legenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten	-587	0	-3	0	137	0	0	-453
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	1.811	0	0	0	-459	0	0	1.352
Derivate im Hedge Accounting	1.290	0	0	1.931	0	0	0	3.222
Gesamt	2.427	-209	106	591	-377	0	5	2.545

Gewinne und Verluste aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien im Geschäftsjahr 2016

	Zinsüber- schuss	Risikovor- sorge im Kredit- geschäft	Provi- sionsüber- schuss	Ergebnis aus dem Hedge Account- ing	Ergebnis aus Fair- Value-Be- wertung anderer Finanzins- trumente	Ergebnis aus Finanz- anlagen	Sonstiges betrieb- liches Ergebnis	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Kredite und Forderungen	7.386	-150	125	28	0	2	0	7.391
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	-2	0	0	0	0	0	0	-2
Andere Verbindlichkeiten	-7.112	0	-27	2.287	0	0	101	-4.751
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	253	0	0	-79	0	-12	0	163
Erfolgswirksam zum beizu- legenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	44	0	8	0	76	0	0	128
Erfolgswirksam zum beizu- legenden Zeitwert bewertete Verbindlichkeiten	-644	0	-8	0	107	0	0	-545
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte Finanzinstrumente	1.567	0	-1	0	-128	0	0	1.439
Derivate im Hedge Accounting	1.158	0	0	-1.943	0	0	0	-785
Gesamt	2.650	-150	97	294	55	-10	101	3.038

(65) Bilanz für Finanzinstrumente nach Bewertungskategorien

In den folgenden Tabellen sind die in den einzelnen Posten der Bilanz enthaltenen Bestände aus Finanzinstrumenten nach den Bewertungskategorien gegliedert.

Aktiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2017

	Forderungen an Kreditinstitute	Forderungen an Kunden	Risikovor-sorge im Kredit-geschäft	Wertan-passungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Finanzanlagen	Finanzinstrumente Aktiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Kredite und Forderungen	274.291	127.951	-1.457	9.648	0	0	6.242	416.675	90,9
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	0	0	0	0	0	0	2.587	2.587	0,6
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0	22.909	22.909	5,0
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	5	0	0	0	0	0	1.876	1.882	0,4
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finanzielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	5.145	0	5.145	1,1
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	9.074	0	0	9.074	2,0
Gesamt	274.296	127.951	-1.457	9.648	9.074	5.145	33.615	458.273	100,0

Passiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2017

	Verbind- lichkeiten gegen- über Kre- ditinsti- tuten	Verbind- lichkeiten gegen- über Kunden	Ver- briefte Verbind- lichkeiten	Wertan- passun- gen aus dem Macro Fair Value Hedge Accoun- ting	Derivate im Hedge Accoun- ting	Sonstige Derivate	Sonstige Passiva	Nach- rang- kapital	Finanzinstrumente Passiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Andere Ver- bindlichkeiten	5.748	8.055	394.599	119	0	0	0	0	408.521	92,9
Erfolgswirk- sam zum bei- zulegenden Zeitwert bewertete Verbindlich- keiten	255	1.835	11.691	0	0	0	0	0	13.780	3,1
Als zu Han- delszwecken gehalten eingestufte finanzielle Verbindlich- keiten	0	0	0	0	0	2.902	0	0	2.902	0,7
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	14.488	0	0	0	14.488	3,3
Gesamt	6.002	9.889	406.290	119	14.488	2.902	0	0	439.690	100,0

Aktiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2016

	Forderungen an Kredit- institute	Forderungen an Kunden	Risikovor- sorge im Kredit- geschäft	Wertan- passun- gen aus dem Macro Fair Value Hedge Account- ing	Derivate im Hedge Account- ing	Sonstige Derivate	Finanz- anlagen	Finanzinstrumente Aktiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Kredite und Forderungen	275.916	136.704	-1.610	13.917	0	0	6.435	431.362	87,6
Bis zur Endfälligkeit zu hal- tende Finanzinvestitionen	0	0	0	0	0	0	3.029	3.029	0,6
Zur Veräußerung verfü- bare finanzielle Vermö- genswerte	0	0	0	0	0	0	21.267	21.267	4,3
Erfolgswirksam zum beizu- legenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	6	0	0	0	0	0	1.983	1.990	0,4
Als zu Handelszwecken gehalten eingestufte finan- zielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	7.344	0	7.344	1,5
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	27.464	0	0	27.464	5,6
Gesamt	275.922	136.704	-1.610	13.917	27.464	7.344	32.715	492.456	100,0

Passiva aus Finanzinstrumenten nach Bewertungskategorien zum 31.12.2016

	Verbind- lichkeiten gegen- über Kre- ditinsti- tuten	Verbind- lichkeiten gegen- über Kunden	Ver- briefte Verbind- lichkeiten	Wertan- passun- gen aus dem Macro Fair Value Hedge Account- ing	Derivate im Hedge Account- ing	Sonstige Derivate	Sonstige Passiva	Nach- rang- kapital	Finanzinstrumente Passiva	
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Andere Ver- bindlichkeiten	19.541	9.807	408.173	127	0	0	4	200	437.852	92,0
Erfolgswirk- sam zum bei- zulegenden Zeitwert bewertete Verbindlich- keiten	297	1.828	14.401	0	0	0	0	0	16.525	3,5
Als zu Han- delszwecken gehalten ein- gestufte finanzielle Verbindlich- keiten	0	0	0	0	0	3.007	0	0	3.007	0,6
Derivate im Hedge Accounting	0	0	0	0	18.451	0	0	0	18.451	3,9
Gesamt	19.837	11.634	422.574	127	18.451	3.007	4	200	475.834	100,0

(66) Angaben aus der Umgliederung von finanziellen Vermögenswerten

Im Geschäftsjahr 2008 wurden rückwirkend zum 01.07.2008 unter den Finanzanlagen ausgewiesene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (forderungsbesicherte variabel verzinsliche Wertpapiere) mit einem Volumen von 2.750 Mio. EUR (beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der rückwirkenden Umgliederung) aus der Bewertungskategorie *zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Forderungen* umgegliedert.

In der folgenden Tabelle wird der Buchwert dieser umgegliederten Finanzanlagen den beizulegenden Zeitwerten gegenübergestellt:

	31.12.2017	31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert lt. Bilanz	144	204
Beizulegender Zeitwert	147	205

Für die umgegliederten Finanzanlagen wären Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts in Höhe von –9 Mio. EUR (2016: 2 Mio. EUR) erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen sowie – wie im Geschäftsjahr 2016 – kein Finanzanlageergebnis ausgewiesen worden.

Im Finanzanlageergebnis sind – wie im Geschäftsjahr 2016 – keine Wertaufholungen und -minderungen auf umgegliederte Finanzanlagen enthalten; realisierte Gewinne und Verluste wurden – wie im Geschäftsjahr 2016 – nicht vereinnahmt. Die Vereinnahmung der Zinserträge aus den umgegliederten Wertpapieren erfolgt unverändert.

Im Geschäftsjahr 2009 wurden mit prospektiv wirkendem Beschluss vom 17.02.2009 unter den Finanzanlagen ausgewiesene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (der Liquiditätssicherung – durch Verwendung im Rahmen von Pensionsgeschäften [Repos] bzw. Offenmarktgeschäften der Europäischen Zentralbank – dienende Wertpapiere) im Volumen von 18.170 Mio. EUR (beizulegender Zeitwert zum Zeitpunkt der Umgliederung) aus der Bewertungskategorie *zur Veräußerung verfügbare Vermögenswerte* in die Bewertungskategorie *Kredite und Forderungen* umgegliedert.

In der folgenden Tabelle wird der Buchwert dieser umgegliederten Finanzanlagen den beizulegenden Zeitwerten gegenübergestellt:

	31.12.2017	31.12.2016
	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert lt. Bilanz	375	870
Beizulegender Zeitwert	377	874

Für die umgegliederten Finanzanlagen wären Veränderungen des beizulegenden Zeitwerts in Höhe von –21 Mio. EUR (2016: –36 Mio. EUR) erfolgsneutral in den Neubewertungsrücklagen sowie – wie im Geschäftsjahr 2016 – kein Finanzanlageergebnis ausgewiesen worden.

Im Finanzanlageergebnis sind unverändert Wertaufholungen und -minderungen auf umgegliederte Finanzanlagen in Höhe von 1 Mio. EUR enthalten; realisierte Gewinne und Verluste wurden – wie im Geschäftsjahr 2016 – nicht vereinnahmt. Die Vereinnahmung der Zinserträge aus den umgegliederten Wertpapieren erfolgt unverändert.

(67) Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten

In den folgenden Tabellen werden die beizulegenden Zeitwerte der Finanzinstrumente ihren Buchwerten gegenübergestellt. Der beizulegende Zeitwert der darüber hinaus unter dem Posten Barreserve ausgewiesenen Guthaben bei Zentralnotenbanken entspricht dem Buchwert. Bei den Buchwerten der Forderungen an Kreditinstitute und Kunden wurde die bestehende Risikovorsorge abgezogen. Der (Vorjahres-)Buchwert des Nachrangkapitals umfasst im Posten Sonstige Passiva ausgewiesene anteilige Zinsen und Wertanpassungen aus dem Micro Fair Value Hedge Accounting.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten zum 31.12.2017

	Beizulegender Zeitwert	Buchwert lt. Bilanz	Differenz
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	284.750	274.119	10.631
Forderungen an Kunden	128.759	126.671	2.088
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	9.648	–9.648
Derivate im Hedge Accounting	9.074	9.074	0
Sonstige Derivate	5.145	5.145	0
Finanzanlagen	33.682	33.615	67
Summe der Finanzinstrumente Aktiva	461.411	458.273	3.138
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.122	6.002	120
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10.058	9.889	169
Verbriefte Verbindlichkeiten	409.187	406.290	2.897
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	119	–119
Derivate im Hedge Accounting	14.488	14.488	0
Sonstige Derivate	2.902	2.902	0
Nachrangkapital	0	0	0
Summe der Finanzinstrumente Passiva	442.757	439.690	3.067

Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der Finanzinstrumente werden auch zinsinduzierte Wertänderungen einbezogen. Daher sind bei dem Vergleich mit dem Buchwert die (zinsinduzierten) Wertanpassungen aus der Berücksichtigung von Kreditforderungen und Mittelaufnahmen im Macro Fair Value Hedge Accounting zu berücksichtigen.

Zum Bilanzstichtag werden sämtliche Eigenkapitalinstrumente einheitlich zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Zum 31.12.2016 waren Eigenkapitalinstrumente in Höhe von 825 Mio. EUR mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Wertminderungen angesetzt, da ihr beizulegender Zeitwert nicht zuverlässig ermittelt werden konnte.

Beizulegende Zeitwerte von Finanzinstrumenten zum 31.12.2016

	Beizulegender Zeitwert	Buchwert lt. Bilanz	Differenz
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	290.070	275.752	14.318
Forderungen an Kunden	138.198	135.265	2.933
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	13.917	-13.917
Derivate im Hedge Accounting	27.464	27.464	0
Sonstige Derivate	7.344	7.344	0
Finanzanlagen	32.770	32.715	56
Summe der Finanzinstrumente Aktiva	495.846	492.456	3.390
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	19.998	19.837	161
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	11.839	11.634	205
Verbriefte Verbindlichkeiten	426.854	422.574	4.280
Wertanpassungen aus dem Macro Fair Value Hedge Accounting	0	127	-127
Derivate im Hedge Accounting	18.451	18.451	0
Sonstige Derivate	3.007	3.007	0
Nachrangkapital	208	204	4
Summe der Finanzinstrumente Passiva	480.356	475.834	4.522

(68) Angaben zu den im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum beizulegenden Zeitwert genutzten Verfahren

In den folgenden Tabellen sind die Finanzinstrumente, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, nach den genutzten Bewertungsverfahren gegliedert.

Hinsichtlich der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumente sind folgende Zuordnungen auf die genutzten Bewertungsverfahren wesentlich:

Die Zuordnung in die Klasse „Quotierter Marktpreis“ erfolgt vor allem für im Finanzanlagebestand ausgewiesene Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie für den überwiegenden Teil von unter Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanzierten Mittelaufnahmen, bei denen Preise aus aktiven Märkten vorliegen.

Die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert von OTC-Derivaten sowie von unter Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanzierten Mittelaufnahmen, bei denen keine Preise aus aktiven Märkten vorliegen, erfolgt weitestgehend mittels Bewertungsmodellen, deren Bewertungsparameter grundsätzlich am Markt beobachtbar und größtenteils auch ausschließlich maßgeblich sind, sodass eine Zuordnung in die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ erfolgt.

Die Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten“ umfasst im Wesentlichen unter den Sonstigen Derivaten mit positiven bzw. negativen beizulegenden Zeitwerten ausgewiesene Derivate, die in Verbindung mit dem und in Bezug auf das Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäft als Sicherungsgeschäft für Kunden bestehen, sowie die zur Veräußerung verfügbar und erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Finanzanlagen aus dem Beteiligungsgeschäft, die nicht börsennotiert sind bzw. deren Preise sich nicht von ähnlichen börsennotierten Finanzinstrumenten ableiten lassen. In einem geringen Umfang fallen in diese Klasse auch die unter Nutzung der *Fair-Value-Option* bilanzierten Mittelaufnahmen, in deren beizulegenden Zeitwert teilweise nicht am Markt beobachtbare Marktparameter einfließen.

Bezüglich der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente, deren beizulegende Zeitwerte im Anhang angegeben sind, ergeben sich folgende wesentliche Zuordnungen auf die genutzten Bewertungsverfahren:

Das unter den Posten Forderungen an Kreditinstitute und Kunden ausgewiesene Kreditgeschäft wird überwiegend der Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten“ zugeordnet. In die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts anhand der Discounted-Cashflow-Methode fließen in signifikantem Umfang nicht am Markt beobachtbare Daten (unter anderem Erwarteter Verlust) ein.

Die unter den Verbriefen Verbindlichkeiten ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind weitestgehend der Klasse „Quotierter Marktpreis“ oder – sofern kein aktiver Markt vorliegt – der Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ zugeordnet. Hierunter fallen insbesondere die großvolumigen und hochliquiden Benchmark-Anleihen der KfW in den Währungen Euro und US-Dollar sowie andere öffentliche Anleihen.

Bei der Folgebewertung zum beizulegenden Zeitwert entsprechend der anzuwendenden Hierarchie vorgenommene Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens gelten als zum Ende des Geschäftsjahres erfolgt, da im Regelfall kein spezielles Ereignis (und damit kein individuelles Datum) identifiziert werden kann, das die Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens verursacht hat.

Aktiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2017

	Quotierter Marktpreis	Bewertungs- verfahren auf Basis beob- achtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungs- verfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte aktivische Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	5	0	5
Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	0	0	0	0
Derivate im Hedge Accounting	0	9.074	0	9.074
Sonstige Derivate	0	4.472	673	5.145
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	21.869	689	351	22.909
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	92	1.447	338	1.876
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	21.960	15.688	1.362	39.010
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – Kredite und Forderungen	0	17.629	267.116	284.745
Forderungen an Kunden – Kredite und Forderungen	0	5.156	123.602	128.759
Finanzanlagen – Kredite und Forderungen	651	5.636	7	6.293
Finanzanlagen – bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	2.069	535	0	2.603
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	2.719	28.956	390.725	422.401
Gesamt	24.680	44.644	392.087	461.411

Passiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2017

	Quotierter Marktpreis	Bewertungs- verfahren auf Basis beob- achtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungs- verfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte passivische Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	255	0	255
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	1.820	15	1.835
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	8.139	3.392	160	11.691
Derivate im Hedge Accounting	0	14.488	0	14.488
Sonstige Derivate	0	2.816	86	2.902
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	8.139	22.770	261	31.170
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – andere Verbindlichkeiten	0	5.867	0	5.867
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – andere Verbindlichkeiten	0	8.206	18	8.224
Verbriefte Verbindlichkeiten – andere Verbindlichkeiten	346.519	50.978	0	397.496
Nachrangkapital – andere Verbindlichkeiten	0	0	0	0
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	346.519	65.051	18	411.588
Gesamt	354.658	87.821	278	442.757

Aktiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2016

	Quotierter Marktpreis	Bewertungs- verfahren auf Basis beob- achtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungs- verfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte aktivische Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	6	0	6
Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	0	0	0	0
Derivate im Hedge Accounting	0	27.464	0	27.464
Sonstige Derivate	0	6.480	864	7.344
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	19.995	446	825	21.267
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	201	1.350	432	1.983
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	20.196	35.746	2.123	58.064
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente				
Forderungen an Kreditinstitute – Kredite und Forderungen	0	23.662	266.402	290.064
Forderungen an Kunden – Kredite und Forderungen	0	9.891	128.307	138.198
Finanzanlagen – Kredite und Forderungen	980	5.406	92	6.477
Finanzanlagen – bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen	2.304	739	0	3.043
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente	3.284	39.697	394.801	437.782
Gesamt	23.480	75.443	396.923	495.846

Passiva aus Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden bzw. deren beizulegender Zeitwert im Anhang angegeben ist, zum 31.12.2016

	Quotierter Marktpreis	Bewertungs- verfahren auf Basis beob- achtbarer Marktdaten (modellhaft)	Bewertungs- verfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte passivische Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	296	0	297
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	1.796	32	1.828
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	9.994	4.292	114	14.401
Derivate im Hedge Accounting	0	18.448	3	18.451
Sonstige Derivate	0	2.917	90	3.007
Zwischensumme der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	9.994	27.748	240	37.982
Beizulegender Zeitwert der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – andere Verbindlichkeiten	0	19.017	684	19.701
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – andere Verbindlichkeiten	0	7.124	2.888	10.011
Verbriefte Verbindlichkeiten – andere Verbindlichkeiten	349.869	62.580	5	412.453
Nachrangkapital – andere Verbindlichkeiten	0	208	0	208
Zwischensumme des beizulegenden Zeitwerts der zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanzierten passivischen Finanzinstrumente	349.869	88.928	3.576	442.374
Gesamt	359.863	116.677	3.816	480.356

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2017

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	0	222
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	20	0

Die Transfers bei den Finanzanlagen resultieren aus Änderungen der Marktaktivität zum Abschlussstichtag.

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2017

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	346

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2016

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	70	1.002
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	62	133

Änderungen des genutzten Bewertungsverfahrens bei zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumenten mit einem Transfer zwischen den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ im Geschäftsjahr 2016

	Transfers aus Klasse „Quotierter Marktpreis“ in Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	Transfers aus Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“ in Klasse „Quotierter Marktpreis“
	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	0	9.913

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren

auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2017

	Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Forderungen an Kreditinstitute – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Forderungen an Kunden – erfolgswirk- sam zum beizulegen- den Zeitwert bewertet	Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2017	0	0	0	0	0	864	825	432	2.123
A. Ergebniswirksame Veränderung									
Zins- und Provisionsüberschuss	0	0	0	0	0	-2	0	0	-2
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	-1	0	0	-1
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	0	0	0	0	0	-129	0	2	-127
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	-126	0	3	-123
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	-6	0	-6
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	0	-13	0	-13
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen	0	0	0	0	0	0	165	0	165
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	0	165	0	165
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	0	0	0	0	0	-131	158	2	29
B. Ergebnisneutrale Veränderung									
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	0	0	0	0	-596	-71	-667
Transfers aus den Klassen „Quo- tierter Marktpreis“ und „Bewer- tungsverfahren auf Basis beob- achtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	1	0	0	1
Transfers in die Klassen „Quotier- ter Marktpreis“ und „Bewertungs- verfahren auf Basis beobacht- barer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	0	-596	-71	-668
Zugänge	0	0	0	0	0	1	151	4	156
Abgänge	0	0	0	0	0	-51	-101	-1	-153
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	0	0	0	0	0	-50	-546	-68	-665
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	-28	-29	-56
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	-8	-59	0	-67
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	-1	0	0	-1
Stand 31.12.2017	0	0	0	0	0	673	350	338	1.362

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren

auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2017

	Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbindlichkeiten gegen- über Kunden – erfolgswirk- sam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizule- genden Zeitwert bewertet	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2017	0	32	114	3	90	240
A. Ergebniswirksame Veränderung						
Zins- und Provisionsüberschuss	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	0	0	0	0	0	0
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	0	0	0	0	0	0
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	0	0	4	0	5	9
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	0	0	4	0	5	9
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	0	0	4	0	5	9
B. Ergebnisneutrale Veränderung						
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	49	0	0	49
Transfers aus den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	70	0	1	71
Transfers in die Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	-22	0	-1	-23
Zugänge	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	-17	0	-2	-12	-31
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	0	-17	49	-2	-12	17
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	-7	-1	4	-4
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	-1	-1
Stand 31.12.2017	0	15	160	0	86	261

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren

auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2016

	Forderungen an Kreditinstitute – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Forderungen an Kreditinstitute – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Forderungen an Kunden – erfolgswirk- sam zum beizulegen- den Zeitwert bewertet	Forderungen an Kunden – als zu Handelszwecken gehalten eingestuft	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Finanzanlagen – zur Veräußerung verfügbar	Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	4	0	0	29	0	782	796	475	2.086
A. Ergebniswirksame Veränderung									
Zins- und Provisionsüberschuss	–2	0	0	0	0	–4	0	0	–6
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	–2	0	0	0	0	–3	0	0	–5
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	–2	0	0	0	0	122	0	–20	100
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	–2	0	0	0	0	134	0	–20	112
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0	–20	0	–20
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	0	–140	0	–140
Veränderungen der Neubewertungsrücklagen	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<i>davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind</i>	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	–4	0	0	0	0	118	–20	–20	75
B. Ergebnisneutrale Veränderung									
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	0	0	0	3	0	–72	–68
Transfers aus den Klassen „Quo- tierter Marktpreis“ und „Bewer- tungsverfahren auf Basis beob- achtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	3	0	28	31
Transfers in die Klassen „Quotier- ter Marktpreis“ und „Bewertungs- verfahren auf Basis beobachtba- rer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	0	0	0	–100	–100
Zugänge	0	0	0	0	0	0	157	33	190
Abgänge	0	0	0	–28	0	–30	–109	–1	–169
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	0	0	0	–28	0	–27	47	–40	–48
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0	–9	0	–9
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	–35	15	18	–2
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	0	26	–5	0	21
Stand 31.12.2016	0	0	0	0	0	864	825	432	2.123

Entwicklung der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren

auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, im Geschäftsjahr 2016

	Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbindlichkeiten gegen- über Kunden – erfolgswirk- sam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizule- genden Zeitwert bewertet	Derivate im Hedge Accounting	Sonstige Derivate	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Stand 01.01.2016	4	58	5	2	15	84
A. Ergebniswirksame Veränderung						
Zins- und Provisionsüberschuss	–4	0	0	0	0	–4
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	–4	0	0	0	0	–4
Ergebnis aus Hedge Accounting	0	0	0	0	0	0
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	0	0	0	0	0	0
Ergebnis aus Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente	1	–2	0	0	22	20
davon aus Kontrakten, die zum Jahresende noch im Bestand sind	1	–2	0	0	22	20
Summe ergebniswirksamer Veränderungen	–4	–2	0	0	22	17
B. Ergebnisneutrale Veränderung						
Änderung des genutzten Bewertungsverfahrens	0	0	109	0	23	132
Transfers aus den Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	109	0	24	133
Transfers in die Klassen „Quotierter Marktpreis“ und „Bewertungsverfahren auf Basis beobachtbarer Marktdaten (modellhaft)“	0	0	0	0	–1	–1
Zugänge	0	0	0	0	0	0
Abgänge	0	–25	0	0	–8	–32
Summe ergebnisneutraler Veränderungen	0	–25	109	0	16	100
Veränderungen im Konsolidierungskreis	0	0	0	0	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	1	1	12	13
Sonstige Veränderungen	0	0	0	0	26	26
Stand 31.12.2016	0	32	114	3	90	240

Entsprechend den für den KfW-Konzern definierten Bewertungsverfahren ist bei den in der Klasse „Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten“ eingruppierten Finanzinstrumenten der in der Bilanz erfasste beizulegende Zeitwert der beste Nachweis für den beizulegenden Zeitwert.

Die nachfolgenden Tabellen stellen dar, wie sich eine alternative Festlegung der relevanten nicht beobachtbaren Bewertungsparameter für wesentliche hier eingruppierte Produkte – jeweils am äußeren Rand angemessener Bandbreiten – auf die beizulegenden Zeitwerte auswirken würde.

Wesentliche Produkte	Genutztes Bewertungsverfahren	Relevante nicht beobachtbare Bewertungsparameter mit alternativer Festlegung	Bandbreite
Derivate mit positiven bzw. negativen beizulegenden Zeitwerten, die in Verbindung mit dem und in Bezug auf das Export- und Projektfinanzierungskreditgeschäft als Sicherungsgeschäft für Kunden bestehen	Discounted-Cashflow-Methode	Erwartete risikolose Kundenmarge	8 % bis 14 %
Finanzanlagen aus dem Beteiligungsgeschäft, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bilanziert werden	Discounted-Cashflow-Methode	Kapitalkosten	0,5 % bis 1,5 % (absolute Schwankung)
		Nachhaltiges Ergebnis	5 % (relative Schwankung)

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2017

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Derivate – mit positiven beizulegenden Zeitwerten	682	673	664
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	399	338	290
Gesamt	1.082	1.011	954

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2017

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	158	160	162
Sonstige Derivate – mit negativen beizulegenden Zeitwerten	85	86	87
Gesamt	242	246	248

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten aktivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2016

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Sonstige Derivate – mit positiven beizulegenden Zeitwerten	875	864	854
Finanzanlagen – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	512	432	373
Gesamt	1.387	1.297	1.226

Sensitivitätsanalyse der zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten passivischen Finanzinstrumente, bei denen Bewertungsverfahren auf Basis teilweise nicht am Markt beobachtbarer Daten genutzt werden, zum 31.12.2016

	Vorteilhaftes Szenario	Bilanzieller Wertansatz	Nachteiliges Szenario
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verbriefte Verbindlichkeiten – erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet	113	114	115
Sonstige Derivate – mit negativen beizulegenden Zeitwerten	89	90	91
Gesamt	202	204	207

(69) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
(Nutzung der Fair-Value-Option)

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	237	276	–39
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	245	303	–58
Differenz	8	27	–19

Vom Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit und dem Buchwert entfallen 0 Mio. EUR (31.12.2016: 21 Mio. EUR) auf Mittelaufnahmen, deren Rückzahlungsbetrag sich durch die Kapitalisierung fälliger Zinsen im Zeitablauf aufbaut.

(70) Zusätzliche Angaben zu Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

(Nutzung der Fair-Value-Option)

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	1.835	1.828	7
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	3.159	3.113	47
Differenz	1.325	1.285	40

Vom Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit und dem Buchwert entfallen 1.312 Mio. EUR (31.12.2016: 1.244 Mio. EUR) auf Mittelaufnahmen, deren Rückzahlungsbetrag sich durch die Kapitalisierung fälliger Zinsen im Zeitablauf aufbaut.

(71) Zusätzliche Angaben zu Verbrieften Verbindlichkeiten

Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbrieften Verbindlichkeiten

(Nutzung der Fair-Value-Option)

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	11.691	14.401	-2.710
Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit	13.887	17.101	-3.213
Differenz	2.197	2.700	-503

Vom Unterschiedsbetrag zwischen dem Rückzahlungsbetrag bei Fälligkeit und dem Buchwert entfallen 3.727 Mio. EUR (31.12.2016: 4.578 Mio. EUR) auf Mittelaufnahmen, deren Rückzahlungsbetrag sich durch die Kapitalisierung fälliger Zinsen im Zeitablauf aufbaut.

(72) Zusätzliche Angaben zu erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Verbindlichkeiten
(Nutzung der Fair-Value-Option)

Die im Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung anderer Finanzinstrumente enthaltenen Bewertungseffekte aus der Veränderung des beizulegenden Zeitwerts aufgrund von Änderungen der Einstandskonditionen der KfW betragen –103 Mio. EUR (2016: 264 Mio. EUR). Der kumulative Effekt beträgt –178 Mio. EUR (31.12.2016: –74 Mio. EUR).

Diese Bewertungseffekte umfassen insbesondere auch die marktbedingten Veränderungen der Einstandskonditionen der KfW durch die Entwicklung der Nachfrage nach den unterschiedlichen KfW-Refinanzierungsinstrumenten.

(73) Zusätzliche Angaben zu Derivaten
Aufgliederung der Derivate nach Klassen

	Nominalwert		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2017		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2016	
	31.12.2017	31.12.2016	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsbezogene Derivate	423.508	412.338	8.149	7.263	13.692	17.277
Währungsbezogene Derivate	201.670	224.014	5.978	10.108	20.993	4.161
Kreditderivate	9	10	0	0	1	0
Gesamt	625.187	636.363	14.127	17.371	34.685	21.438

Zinswährungsswaps werden unter den Währungsbezogenen Derivaten ausgewiesen.

Aufgliederung der Derivate nach Kontrahenten

	Nominalwert		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2017		Beizulegende Zeitwerte 31.12.2016	
	31.12.2017	31.12.2016	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OECD-Banken	612.782	624.675	13.474	17.050	33.819	21.098
Banken außerhalb der OECD	741	824	0	48	21	2
Sonstige Kontrahenten	8.798	8.152	597	64	782	62
Öffentliche Stellen	2.865	2.712	55	210	64	275
Gesamt	625.187	636.363	14.127	17.371	34.685	21.438

Die Aufgliederungen beinhalten freistehende Finanz- und Kreditderivate, die in den Posten Derivate im Hedge Accounting und Sonstige Derivate ausgewiesen werden.

Das Volumen der noch nicht amortisierten Initialdifferenzen zwischen dem Transaktionspreis und dem Modellwert im Zugangszeitpunkt aus der Anwendung eines Bewertungsverfahrens bei Derivaten, das in signifikantem Umfang nicht am Markt beobachtbare Parameter berücksichtigt, beträgt 91 Mio. EUR (31.12.2016: 93 Mio. EUR). Das Ergebnis aus Finanzderivaten, die nicht für das Hedge Accounting qualifizieren, beinhaltet Amortisierungseffekte in Höhe von 10 Mio. EUR (2016: 9 Mio. EUR).

Bei Finanzderivaten mit einem Nominalvolumen von 567,8 Mrd. EUR (31.12.2016: 578,8 Mrd. EUR) wird deren wirtschaftliche Sicherungswirkung entsprechend IAS 39 abgebildet; die risikomindernde Wirkung der restlichen Finanzderivate schlägt sich nicht im Abschluss nieder.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Derivategeschäften gestellt, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug vorliegen muss.

Jedoch wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 6.227 Mio. EUR (31.12.2016: 2.409 Mio. EUR) erbracht, die unter den Forderungen an Kreditinstitute bzw. Kunden ausgewiesen werden.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Derivategeschäften erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Jedoch wurden liquide Sicherheitsleistungen in Höhe von 3.358 Mio. EUR (31.12.2016: 16.976 Mio. EUR) hereingenommen, die unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bzw. Kunden ausgewiesen werden.

(74) Zusätzliche Angaben zu den Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen der Plattformgeschäfte erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Es wurden zudem – wie zum 31.12.2016 – keine liquiden Sicherheitsleistungen hereingenommen.

(75) Angaben zu Pensionsgeschäften
Angaben zu Repo-Geschäften

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert der in Pension gegebenen und weiterhin in den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere	11	0	11
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Gegenwerte)	11	0	11

Der beizulegende Zeitwert der in Pension gegebenen und weiterhin in den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere beträgt 11 Mio. EUR (31.12.2016: 0 Mio. EUR). Der beizulegende Zeitwert der zugehörigen Rückzahlungsverpflichtungen beträgt 11 Mio. EUR (31.12.2016: 0 Mio. EUR).

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Repo-Geschäften gestellt, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) aus Repo-Geschäften erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine liquiden Sicherheitsleistungen erbracht sowie hereingenommen.

Angaben zu Reverse-Repo-Geschäften

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute (Gegenwerte)	972	9.522	-8.551
Forderungen an Kunden (Gegenwerte)	0	300	-300
Gesamt	972	9.822	-8.851

In Pension genommene Wertpapiere werden nicht bilanziert.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften gestellt, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine Sicherheiten (in Form von Wertpapieren) aus Reverse-Repo-Geschäften erhalten, die jederzeit weiterveräußert oder weiterverpfändet werden können, ohne dass ein Zahlungsverzug des Sicherungsgebers vorliegen muss.

Der Konzern hat – wie zum 31.12.2016 – keine liquiden Sicherheitsleistungen erbracht sowie hereingenommen.

(76) Angaben zur Saldierung von Finanzinstrumenten

Aufrechnungsvereinbarungen in Rahmenverträgen zwischen der KfW und ihren Geschäftspartnern

Im Jahr 2017 hat die KfW die Abwicklung von Derivategeschäften über das zentrale Clearing der EUREX eingeführt. Diese für die KfW neue Form des Settlements von Derivatetransaktionen bewirkt einen bilanziellen Nettoausweis bei den betroffenen Geschäften, da durch das Agieren der EUREX als zentraler Kontrahent (Central Counterparty, CCP) sämtliche Bedingungen der einschlägigen IFRS-Vorschrift (IAS 32.42) für eine Saldierung erfüllt sind. Dementsprechend werden positive und negative Marktwerte von Derivaten, bei denen die EUREX die Stellung des zentralen Kontrahenten einnimmt, mit ihren zugehörigen Sicherheitsleistungen saldiert und bilanziell in einer Nettoposition ausgewiesen.

Für Wertpapierpensionsgeschäfte (Reverse-Repos und Repos), bei denen die EUREX als zentraler Kontrahent fungiert, wird für Forderungen und Verbindlichkeiten ebenfalls eine bilanzielle Saldierung vorgenommen.

Darüber hinaus bestehen für OTC-Derivate und Wertpapierpensionsgeschäfte Rahmenverträge zwischen der KfW und ihren Geschäftspartnern, die Aufrechnungsvereinbarungen enthalten.

Eine Form der Aufrechnungsvereinbarung ist die Liquidationsverrechnung, die bei Beendigung des Rahmenvertrags durch Kündigung oder Insolvenz eines Vertragspartners vorsieht, dass sämtliche Rechte und Pflichten aus den Einzelgeschäften unter dem jeweiligen Rahmenvertrag erlöschen und durch eine einheitliche Ausgleichsforderung (oder -verpflichtung) in Höhe der Nettowiederbeschaffungskosten der beendeten Einzelgeschäfte ersetzt werden (sogenanntes Close-out Netting). Ein gegenwärtiger Rechtsanspruch zur Aufrechnung besteht damit nicht.

Vom Close-out Netting ist die Zahlungsaufrechnung von gegenläufigen Zahlungen in der normalen Geschäftsabwicklung zu unterscheiden. Danach werden aufgrund des jeweiligen Rahmenvertrags an demselben Tag in derselben Währung fällige Zahlungen verrechnet und statt der jeweiligen Einzelzahlung wird lediglich eine Nettzahlung ausgeführt (sogenanntes Payment Netting). Damit besteht ein gegenwärtiger Rechtsanspruch zur Aufrechnung.

In den Rahmenverträgen der KfW für bilaterale OTC-Derivate (nicht im zentralen Clearing) ist grundsätzlich Close-out Netting mit den Geschäftspartnern vereinbart. Die Zulässigkeit des Payment Nettings ist darin auf das jeweilige Einzelgeschäft beschränkt, sodass ein einzelgeschäftsübergreifendes Payment Netting nicht erfolgt. Die Voraussetzungen für eine bilanzielle Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen sind somit bei diesen OTC-Derivaten der KfW nicht gegeben.

In den Rahmenverträgen für Wertpapierpensionsgeschäfte der KfW ist neben dem Close-out Netting teilweise auch das Payment Netting mit den Geschäftspartnern vereinbart. Da die KfW allerdings auch bei Wertpapierpensionsgeschäften regelmäßig kein einzelgeschäftsübergreifendes Payment Netting vornimmt, sind die Voraussetzungen für eine bilanzielle Saldierung von finanziellen Vermögenswerten und finanziellen Verpflichtungen bei Wertpapierpensionsgeschäften der KfW nicht gegeben.

Gemäß den für OTC-Derivate und Wertpapierpensionsgeschäfte getroffenen Sicherheitenvereinbarungen werden beim Close-out Netting die Werte der vorhandenen Sicherheiten in die Ermittlung der einheitlichen Ausgleichsforderung (bzw. -verpflichtung) einbezogen. Unter den bestehenden Sicherheitenvereinbarungen der KfW mit ihren Geschäftspartnern sind sowohl Bar- als auch Wertpapiersicherheiten zugelassen. Im Fall von Wertpapiersicherheiten sehen die Bedingungen der Sicherheitenvereinbarungen eine Vollrechtsübertragung vor. Folglich unterliegen die übertragenen Wertpapiere keinen dinglichen Verkaufs- oder Verpfändungsbeschränkungen.

Angaben zu finanziellen Vermögenswerten mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2017

	Buchwert finanzieller Vermögenswerte vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungsbetrag als Buchwert finanzieller Verpflichtungen (Bruttobetrag)	Bilanzausweis finanzieller Vermögenswerte (Nettobetrag)	Buchwert bilanziell nicht saldierungsfähiger finanzieller Verpflichtungen	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten	Gesamt-nettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	16.134	2.632	13.502	10.114	3.174	214
Wertpapierpensionsgeschäfte (Reverse-Repós)	972	0	972	11	961	0
Gesamt	17.106	2.632	14.474	10.125	4.135	214

Angaben zu finanziellen Verpflichtungen mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2017

	Buchwert finanzieller Verpflichtungen vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungsbetrag als Buchwert finanzieller Vermögenswerte (Bruttobetrag)	Bilanzausweis finanzieller Verpflichtungen (Nettobetrag)	Buchwert bilanziell nicht saldierungsfähiger finanzieller Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert der gestellten Sicherheiten	Gesamt-nettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	22.961	5.866	17.095	10.114	6.211	770
Wertpapierpensionsgeschäfte (Repós)	11	0	11	11	0	0
Gesamt	22.972	5.866	17.106	10.125	6.211	770

In den Posten Derivate im Hedge Accounting und Sonstige Derivate sind zusätzlich zum Nettobetrag insbesondere getrennt bilanzierte eingebettete Derivate und Derivate, denen jeweils keine Aufrechnungsvereinbarungen zugrunde liegen, enthalten.

Die Forderungen aus Reverse-Repo-Geschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden bilanziert.

Angaben zu finanziellen Vermögenswerten mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2016

	Buchwert finanzieller Vermögenswerte vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungsbetrag als Buchwert finanzieller Verpflichtungen (Bruttobetrag)	Bilanzausweis finanzieller Vermögenswerte (Nettobetrag)	Buchwert bilanziell nicht saldierungsfähiger finanzieller Verpflichtungen	Beizulegender Zeitwert der erhaltenen Sicherheiten	Gesamt-nettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	33.876	0	33.876	18.176	15.488	212
Wertpapierpensionsgeschäfte (Reverse-Repós)	9.822	0	9.822	0	9.822	0
Gesamt	43.699	0	43.699	18.176	25.311	212

Angaben zu finanziellen Verpflichtungen mit Aufrechnungsvereinbarungen zum 31.12.2016

	Buchwert finanzieller Verpflichtungen vor bilanzieller Saldierung (Bruttobetrag)	Bilanzieller Saldierungsbetrag als Buchwert finanzieller Vermögenswerte (Bruttobetrag)	Bilanzausweis finanzieller Verpflichtungen (Nettobetrag)	Buchwert bilanziell nicht saldierungsfähiger finanzieller Vermögenswerte	Beizulegender Zeitwert der gestellten Sicherheiten	Gesamt-nettobetrag
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
OTC-Derivate	21.097	0	21.097	18.176	2.400	521
Wertpapierpensionsgeschäfte (Repós)	0	0	0	0	0	0
Gesamt	21.097	0	21.097	18.176	2.400	521

Sonstige Erläuterungen

(77) Eventualverpflichtungen und Unwiderrufliche Kreditzusagen

Aufgliederung der Eventualverpflichtungen nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen/Avalen	2.229	2.647	-418
Eventualverpflichtungen aus den Verbriefungsplattformen PROMISE/PROVIDE	0	0	0
Erfüllungs-/Gewährleistungsgarantien	2	2	-1
Sonstige Eventualverpflichtungen	1.420	1.305	115
Gesamt	3.651	3.955	-304

Die Sonstigen Eventualverpflichtungen enthalten Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten, nicht konsolidierungspflichtigen Beteiligungen. Auf Angaben zu weiteren Eventualverpflichtungen wird gemäß IAS 37.92 verzichtet.

Volumen Unwiderruflicher Kreditzusagen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Unwiderrufliche Kreditzusagen	80.082	81.534	-1.452

Die Unwiderruflichen Kreditzusagen betreffen überwiegend das inländische Förderkreditgeschäft.

(78) Treuhandgeschäfte und Verwaltungskredite

Aufgliederung der Treuhandgeschäfte (Geschäfte in eigenem Namen für fremde Rechnung) nach Klassen

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	931	951	-20
Forderungen an Kunden	11.502	12.123	-621
Finanzanlagen	3.737	3.600	137
Treuhandvermögen	16.170	16.674	-503
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	16.170	16.673	-503
Treuhandverbindlichkeiten	16.170	16.674	-503

Vom Treuhandvermögen entfallen 11.597 Mio. EUR (31.12.2016: 12.114 Mio. EUR) auf das Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenänder.

Volumen ausgereicherter Verwaltungskredite (Kredite in fremdem Namen für fremde Rechnung)

	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Verwaltungskredite	15.524	14.694	829

(79) Leasinggeschäfte als Leasingnehmer

Angaben zu Leasingnehmerverträgen zum 31.12.2017

	Fällig innerhalb eines Jahres	Fällig in ein bis fünf Jahren	Fällig nach mehr als fünf Jahren	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Operating-Leasing				
Künftige Mindestleasingzahlungen	13	52	41	106

Angaben zu Leasingnehmerverträgen zum 31.12.2016

	Fällig innerhalb eines Jahres	Fällig in ein bis fünf Jahren	Fällig nach mehr als fünf Jahren	Gesamt
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Operating-Leasing				
Künftige Mindestleasingzahlungen	13	38	24	75

(80) Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer

	2017	2016	Veränderung
Mitarbeiterinnen	2.961	2.892	69
Mitarbeiter	3.152	3.053	99
Gesamt	6.113	5.944	169
davon außertariflich eingestuft	4.281	4.170	111
davon tariflich eingestuft	1.832	1.774	58

Der durchschnittliche Personalbestand von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne Vorstand und Auszubildende, aber einschließlich Aushilfen wurde aus Quartalsendständen ermittelt.

(81) Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht beschreibt die Grundstruktur der Vergütungssystematik von Vorstand und Verwaltungsrat und stellt die individuellen Vergütungen für den Vorstand und den Verwaltungsrat dar.

Zusammenfassung der Gesamtbezüge des Vorstands und der Verwaltungsratsmitglieder

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Vorstandsmitglieder	4.034,1	4.033,0	1,1
Frühere Vorstandsmitglieder und ihre Hinterbliebenen	4.236,2	4.225,9	10,3
Verwaltungsratsmitglieder	191,8	193,0	-1,2
Gesamt	8.462,1	8.451,9	10,2

Vergütung des Vorstands

Das Vergütungssystem für den Vorstand der KfW zielt darauf ab, die Vorstandsmitglieder entsprechend ihren Aufgaben- und Verantwortungsbereichen angemessen zu vergüten. Die Vorstandsverträge sind auf der Grundlage der Grundsätze für die Anstellung der Vorstandsmitglieder bei den Kreditinstituten des Bundes in der Fassung von 1992 aufgestellt worden. Der PCGK wird bei der Vertragsgestaltung berücksichtigt. Die individuellen Verträge enthalten Anpassungen.

Vergütungsbestandteile

Grundsätzlich erhalten die Mitglieder des Vorstands fixe, in monatlich gleichen Raten zu zahlende Geldbezüge. Einen Sonderfall bildet die Vergütung des im Jahr 2017 amtierenden Vorstandsvorsitzenden, der neben den fixen Geldbezügen – auf Grundlage einer jährlichen Zielvereinbarung – eine variable Jahresabschlussvergütung erhält. Für das Geschäftsjahr 2017 beträgt diese mindestens 181.947 EUR. Wenn der Jahresüberschuss eines Geschäftsjahres nicht ausreicht, um die Zuführung zu den gesetzlichen Rücklagen zu gewährleisten, entfällt die Mindestantieme. Die Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2017 beinhaltet förderpolitische, ökonomische und regulatorische Ziele; quantitative und qualitative Ziele haben eine Gewichtung von 50 % zu 50 %. Es ist eine Obergrenze für die Jahresabschlussvergütung vereinbart worden.

Die folgende Übersicht stellt die Gesamtvergütung, getrennt nach festen und – soweit anwendbar – variablen Vergütungsbestandteilen und Sonstigen Bezügen, sowie die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen für die einzelnen Vorstandsmitglieder dar.

Jahresvergütung des Vorstands und Zuführung zu den Pensionsrückstellungen in den Geschäftsjahren 2017 und 2016¹⁾

	Gehalt		Variable Vergütung		Sonstige Bezüge		Gesamt		Zuführung zu den Pensionsrückstellungen ²⁾	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Dr. Ulrich Schröder (Vorstandsvorsitzender)	750,5	742,2	218,0	275,0	87,2	88,5	1.055,7	1.105,7	-468,9 ³⁾	1.549,7
Dr. Günther Bräunig	607,0	563,6	0,0	0,0	29,8	33,3	636,8	596,9	134,4	1.093,0
Dr. Ingrid Hengster	528,5	522,6	0,0	0,0	34,8	34,8	563,3	557,4	363,2	618,8
Dr. Norbert Kloppenburg ⁴⁾	464,5	551,2	0,0	0,0	37,7	44,7	502,2	595,9	325,4	1.069,4
Bernd Loewen	590,0	583,5	0,0	0,0	38,6	37,4	628,6	620,9	292,9	787,8
Prof. Dr. Joachim Nagel ⁵⁾	86,7	0,0	0,0	0,0	7,2	0,0	93,9	0,0	456,1	0,0
Dr. Stefan Peiß	527,8	521,9	0,0	0,0	25,8	34,3	553,6	556,2	416,2	595,0
Gesamt	3.555,0	3.485,0	218,0	275,0	261,1	273,0	4.034,1	4.033,0	1.519,3	5.713,7

¹⁾ Aus rechnerischen Gründen können in der Tabelle Rundungsdifferenzen auftreten.

²⁾ 2017 ist der Abzinsungssatz für die Pensionsverpflichtungen aufgrund der Entwicklung der langfristigen Kapitalmarktzinsen von 1,63% (31.12.2016) auf 1,88% (31.12.2017) gestiegen. Dadurch fallen die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen im Vergleich zum Vorjahr geringer aus.

³⁾ Die Auflösung der Rückstellung in dieser Höhe resultiert aus dem Anstieg der langfristigen Kapitalmarktzinsen sowie daraus, dass Herr Dr. Schröder trotz des Erreichens der Altersgrenze im März 2017 im Jahr 2017 keine Pension bezogen hat. Der nichtbediente Anteil der Pension war in der Rückstellung aufzulösen.

⁴⁾ Herr Dr. Kloppenburg ist unterjährig zum 31.10.2017 als Mitglied des Vorstands der KfW ausgeschieden.

⁵⁾ Herr Prof. Dr. Nagel ist unterjährig zum 01.11.2017 zum Mitglied des Vorstands der KfW bestellt worden.

Zuständigkeit

Seit der Anpassung der Ausschussstruktur an den entsprechend anwendbaren §25 d KWG berät der Präsidial- und Nominierungsausschuss über das Vergütungssystem für den Vorstand einschließlich der Vertragselemente, er beschließt es und überprüft es regelmäßig. Der Präsidial- und Nominierungsausschuss wird hierbei durch den Vergütungskontrollausschuss beraten, der seinerseits die Ergebnisse bestimmter Analysen des Risiko- und Kreditausschusses betreffend die Anreizwirkungen der Vergütungssysteme berücksichtigt. Der Verwaltungsrat beschließt, ebenfalls nach entsprechender Beratung durch den Vergütungskontrollausschuss, über die Grundstruktur des Vergütungssystems für den Vorstand.

Der Präsidial- und Nominierungsausschuss hat sich im Berichtsjahr mehrfach mit Vergütungsfragen befasst, letztmalig am 13.12.2017.

Vertragliche Nebenleistungen

Zu den Sonstigen Bezügen zählen im Wesentlichen die vertraglichen Nebenleistungen. Die Vorstandsmitglieder haben Anspruch auf einen Dienstwagen mit Fahrer zur dienstlichen und privaten Nutzung. Die durch die private Nutzung des Dienstwagens veranlassten Kosten werden entsprechend den geltenden Steuervorschriften von den Vorstandsmitgliedern getragen. Für dienstlich veranlasste Zweitwohnungen werden im Rahmen der steuerlichen Vorschriften die Kosten einer doppelten Haushaltsführung erstattet.

Die Vorstandsmitglieder sind in einer Gruppenunfallversicherung versichert. Für Kranken- und Pflegeversicherungen werden Zuschüsse geleistet. Für die Mitglieder des Vorstands bestehen im Hinblick auf die mit der Organtätigkeit als Vorstand verbundenen Risiken eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (sogenannte D&O-Versicherung) und eine ergänzende Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung. Mitglieder des Vorstands der KfW sind im Rahmen ihrer Tätigkeit auch in die als Gruppenversicherung abgeschlossene Spezial-Strafrechtsschutzversicherung für Beschäftigte einbezogen.

Für die Übernahme von Organfunktionen bei Konzernunternehmen wird keine Vergütung an Mitglieder des Vorstands gezahlt.

Den Vorstandsmitgliedern ist es wie allen Führungskräften freigestellt, an der Deferred Compensation, einer betrieblichen Zusatzversorgung durch Entgeltumwandlung, teilzunehmen. Sie haben außerdem Anspruch auf Jubiläumszahlungen entsprechend den allgemeinen Regelungen der KfW.

Die vertraglichen Nebenleistungen beinhalten ferner die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen an von Vorstandsmitgliedern bewohnten Immobilien; diese Leistungen sind nicht als Sonstige Bezüge, sondern als Sachaufwand ausgewiesen.

Die vertraglichen Nebenleistungen unterliegen, soweit sie nicht steuerfrei gewährt werden können oder dies vertraglich vereinbart ist, als geldwerter Vorteil der Besteuerung durch die Mitglieder des Vorstands.

Im Jahr 2017 bestand kein Kredit der KfW an ein Mitglied des Vorstands.

Keinem Mitglied des Vorstands wurden im abgelaufenen Geschäftsjahr Leistungen oder entsprechende Zusagen von einem Dritten im Hinblick auf seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied der KfW gewährt.

Ruhegehaltsansprüche und sonstige Leistungen für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens

Gemäß § 1 Abs. 3 der Satzung der KfW soll die Bestellung eines Vorstandsmitglieds in der Regel nicht über die Vollendung des gesetzlichen Rentenalters hinausgehen. Von dieser Regel wurde im Falle des Vorstandsvorsitzenden abgewichen, dessen Alter aufgrund seiner Wiederbestellung bis zum 31.12.2020 oberhalb des gesetzlichen Rentenalters gelegen hätte, wenn nicht seine vorzeitige Amtsniederlegung zum 31.12.2017 erfolgt wäre. Die Vorstandsmitglieder haben nach Erreichen des 65. Lebensjahres bzw. des gesetzlichen Rentenalters und dem Ablauf des Vorstandsvertrags einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen, ferner haben sie einen Anspruch auf Ruhegehaltszahlungen, wenn das Dienstverhältnis wegen dauernder Dienstunfähigkeit endet. Zwei Vorstandsmitglieder, die erstmals in den Jahren 2006 bzw. 2007 in den Vorstand der KfW bestellt und anschließend wiederbestellt wurden, haben zudem die Möglichkeit, auf eigenen Wunsch nach Ablauf des 63. Lebensjahres in den Ruhestand zu treten. Herr Dr. Norbert Kloppenburg erhält seit dem 01.11.2017 ein zeitlich befristetes Übergangsgeld, das ihm im Sinne des Bestandsschutzes vertraglich gewährt wurde.

Die Versorgungszusagen orientieren sich sowohl für die Vorstandsmitglieder als auch für deren Hinterbliebene an den Grundsätzen für die Anstellung von Vorstandsmitgliedern bei den Kreditinstituten des Bundes in der Fassung von 1992. Der PCGK wird bei der Ausgestaltung der Vorstandsverträge berücksichtigt.

Die Verträge der Vorstandsmitglieder enthalten entsprechend den Empfehlungen des PCGK einen Abfindungscap. Danach werden Zahlungen an diese Vorstandsmitglieder aufgrund vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit, ohne dass ein wichtiger Grund nach § 626 BGB vorliegt, auf zwei Jahresgehälter bzw. die Vergütung inkl. Nebenleistungen für die Restlaufzeit des Vertrags begrenzt, je nachdem, welcher Betrag niedriger ist.

Grundsätzlich betrug der volle Ruhegehaltsanspruch im Berichtsjahr 49% der letzten Bezüge bei unterschiedlicher Vertragsgestaltung. Der Ruhegehaltsanspruch betrug – außer für den im Jahr 2017 amtierenden Vorstandsvorsitzenden – bei einer erstmaligen Bestellung regelmäßig 70 % des vollen Ruhegehaltsanspruchs mit einem Anstieg mit jedem vollendeten Dienstjahr, je nach vertraglicher Vereinbarung um 0,98 – 3 Prozentpunkte (von 34,3 % zu Beginn bis maximal 49 % der letzten Bezüge).

Die Vorstandsverträge enthalten weitere individuelle Regelungen, insbesondere zur Unverfallbarkeit der Ruhegehaltsansprüche. Die neueren Vorstandsverträge enthalten zudem Regelungen zur Nachversicherung, sofern die Unverfallbarkeit der Ruhegehaltsansprüche noch nicht erreicht wurde und eine Wiederbestellung nicht erfolgt ist.

Die Ruhegehälter an ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen in den Jahren 2017 und 2016:

Ruhegehälter ehemaliger Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebenen

	Anzahl 2017	TEUR 2017	Anzahl 2016	TEUR 2016
Ehemalige Vorstandsmitglieder	20	3.510,4	19	3.421,2
Hinterbliebene	8	725,8	9	804,7
Gesamt	28	4.236,2	28	4.225,9

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen wurde zum Ende des Geschäftsjahres 2017 ein Betrag von 65.932,3 TEUR zurückgestellt (Vorjahr: 66.182,9 TEUR).

Im Geschäftsjahr 2017 wurden keine Kredite an ehemalige Vorstandsmitglieder und Hinterbliebene gewährt.

Vergütung des Verwaltungsrats

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhalten eine Vergütung, deren Höhe von der Aufsichtsbehörde gemäß § 7 Abs. 10 der Satzung der KfW festgesetzt wird. Mit der letzten Anpassung im Mai 2010 wurde die Vergütung für Mitglieder der Bundesregierung, die aufgrund § 7 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 KfW-Gesetz Mitglied des Verwaltungsrats sind, auf 0 EUR festgesetzt.

Im Berichtsjahr betrug die Vergütung für die sonstigen Mitglieder des Verwaltungsrats nach § 7 Abs. 1 Nr. 3 bis 7 KfW-Gesetz 5.100 EUR p. a.; die Vergütung für die Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Verwaltungsrats betrug einheitlich jeweils 600 EUR p. a. Der Vorsitz in Ausschüssen wird nicht gesondert vergütet.

Bei unterjähriger Mitgliedschaft erfolgt die Vergütung anteilig.

Auf Anforderung wird ein Tagegeld (200 EUR pro Sitzungstag) gezahlt und werden die entstandenen Reisekosten sowie anfallende Umsatzsteuer erstattet.

Einzelheiten zu den Bezügen des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2017 ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle; angegebene Beträge sind Nettobeträge in TEUR. Reisekosten wurden gegen Nachweis erstattet und sind in der Tabelle nicht berücksichtigt.

Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2017

Lfd. Nr.	Name	Mitglieds- zeitraum	Mitgliedschaft Verwal- tungsrat ¹⁾	Mitgliedschaft Ausschüsse ¹⁾	Tagegeld	Gesamt
		2017	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1.	Dr. Wolfgang Schäuble	01.01.–24.10.	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Peter Altmaier	24.10.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Sigmar Gabriel	01.01.–27.01.	0,0	0,0	0,0	0,0
4.	Brigitte Zypries	27.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
5.	Kerstin Andreae	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,6	6,3
6.	Dr. Holger Bingmann	13.12.–31.12.	0,4	0,0	0,0	0,4
7.	Anton F. Börner	01.01.–26.09.	3,8	0,5	0,0	4,3
8.	Volker Bouffier ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
9.	Dr. Uwe Brandl	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
10.	Hans-Dieter Brenner	01.01.–31.12.	5,1	0,6	1,4	7,1
11.	Frank Bsirske	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
12.	Alexander Dobrindt	01.01.–24.10.	0,0	0,0	0,0	0,0
13.	Georg Fahrenschon	01.01.–31.12.	5,1	2,5	0,4	8,0
14.	Robert Feiger	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,4	6,1
15.	Klaus-Peter Flosbach	01.01.–31.12.	5,1	0,6	1,2	6,9
16.	Sigmar Gabriel	27.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Christian Görke ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
18.	Dr. Louis Hagen	01.01.–31.12.	5,1	1,2	1,4	7,7
19.	Hubertus Heil	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,0	6,9
20.	Monika Heinold ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
21.	Dr. Barbara Hendricks	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
22.	Reiner Hoffmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
23.	Gerhard Hoffmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
24.	Andreas Ibel	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,6	5,7
25.	Bartholomäus Kalb	01.01.–31.12.	5,1	0,6	1,4	7,1
26.	Dr. Markus Kerber	01.01.–31.12.	1,3	0,3	0,0	1,6
27.	Stefan Körzell	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,2	6,5
28.	Dr. Joachim Lang	01.04.–31.12.	3,8	0,9	0,0	4,7
29.	Lutz Lienenkämper	22.09.–31.12.	1,7	0,0	0,0	1,7
30.	Dr. Gesine Löttsch	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
31.	Dr. Gerd Müller	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
32.	Eckhardt Rehberg	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
33.	Joachim Rukwied	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,6	6,3
34.	Christian Schmidt	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
35.	Christian Schmidt (BMVI)	24.10.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
36.	Andreas Schmitz	01.01.–31.12.	5,1	2,5	1,8	9,4
37.	Carsten Schneider	01.01.–31.12.	5,1	1,2	1,0	7,3
38.	Peter-Jürgen Schneider ²⁾	01.01.–20.11.	4,7	1,1	0,4	6,2
39.	Holger Schwannecke	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,0	6,9
40.	Edith Sitzmann ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,1	0,0	5,2
41.	Dr. Frank-Walter Steinmeier	01.01.–27.01.	0,0	0,0	0,0	0,0
42.	Prof. Dr. Georg Unland ²⁾	01.01.–28.12.	5,1	0,6	1,0	6,7
43.	Dr. Norbert Walter-Borjans ²⁾	01.01.–08.07.	3,0	0,4	0,0	3,4
44.	Dr. Martin Wansleben	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
Gesamt			151,3	26,9	13,6	191,8

¹⁾ Die Beträge waren zum Stichtag 31.12.2017 noch nicht ausgezahlt.

²⁾ Auf diesen Betrag findet Landesrecht Anwendung.

Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder für das Geschäftsjahr 2016

Lfd. Nr.	Name	Mitglieds- zeitraum	Mitgliedschaft Verwal- tungsrat ¹⁾	Mitgliedschaft Ausschüsse ¹⁾	Tagegeld	Gesamt
		2016	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1.	Sigmar Gabriel	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
2.	Dr. Wolfgang Schäuble	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
3.	Kerstin Andreae	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,8	6,5
4.	Jan Bettink	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
5.	Anton F. Börner	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
6.	Dr. Uwe Brandl	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,2	5,3
7.	Hans-Dieter Brenner	01.01.–31.12.	5,1	0,6	1,4	7,1
8.	Frank Bsirske	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
9.	Alexander Dobrindt	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
10.	Georg Fahrenschon	01.01.–31.12.	5,1	2,5	0,0	7,6
11.	Robert Feiger	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,8	6,5
12.	Klaus-Peter Flosbach	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,6	6,3
13.	Christian Görke ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,0	5,1
14.	Hubertus Heil	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,6	7,5
15.	Monika Heinold ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
16.	Dr. Barbara Hendricks	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
17.	Reiner Hoffmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,2	6,5
18.	Gerhard Hofmann	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,4	6,7
19.	Bartholomäus Kalb	01.01.–31.12.	5,1	0,6	1,4	7,1
20.	Dr. Markus Kerber	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
21.	Stefan Körzell	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
22.	Dr. Gesine Löttsch	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,6	6,9
23.	Dr. Gerd Müller	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
24.	Eckhardt Rehberg	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,4	6,7
25.	Joachim Rukwied	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,2	5,9
26.	Dr. Nils Schmid ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,6	6,3
27.	Christian Schmidt	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
28.	Andreas Schmitz	01.01.–31.12.	5,1	2,5	1,6	9,2
29.	Carsten Schneider	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,8	7,1
30.	Peter-Jürgen Schneider ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,2	6,5
31.	Holger Schwannecke	01.01.–31.12.	5,1	1,8	0,0	6,9
32.	Dr. Markus Söder ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	1,2	0,0	6,3
33.	Dr. Frank-Walter Steinmeier	01.01.–31.12.	0,0	0,0	0,0	0,0
34.	Prof. Dr. Georg Unland ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
35.	Dr. Norbert Walter-Borjans ²⁾	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,0	5,7
36.	Dr. Martin Wansleben	01.01.–31.12.	5,1	0,6	0,2	5,9
37.	Dr. Kai H. Warnecke	01.01.–31.12.	5,1	0,0	0,6	5,7
Gesamt			153,0	27,8	12,2	193,0

¹⁾ Die Beträge waren zum Stichtag 31.12.2016 noch nicht ausgezahlt.

²⁾ Auf diesen Betrag findet Landesrecht Anwendung.

Pensionsverpflichtungen für Mitglieder des Verwaltungsrats bestehen nicht.

Mitglieder des Verwaltungsrats haben im Berichtsjahr keine Vergütungen für persönlich erbrachte Leistungen erhalten.

Im Berichtsjahr wurden keine direkten Kredite an Verwaltungsratsmitglieder gewährt.

Auch für die Mitglieder des Verwaltungsrats bestehen im Hinblick auf die mit ihrer Organtätigkeit verbundenen Risiken eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (sogenannte D&O-Versicherung) und eine ergänzende Vermögensschaden-Rechtsschutzversicherung. Ein Selbstbehalt ist derzeit nicht vereinbart. Mitglieder des Verwaltungsrats der KfW sind im Rahmen ihrer Tätigkeit auch in die als Gruppenversicherung abgeschlossene Spezial-Strafrechtsschutzversicherung für Beschäftigte und in eine Gruppenunfallversicherung einbezogen.

(82) Berichterstattung über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

Zu den nahestehenden Unternehmen nach IAS 24 zählt der KfW-Konzern die einbezogenen Tochterunternehmen, die nicht einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen, assoziierte Gesellschaften sowie die Bundesbeteiligungen.

Als natürliche Personen gemäß IAS 24 werden die Mitglieder des Vorstands, der Bereichsleitung sowie des Verwaltungsrats der KfW, die Mitglieder der Geschäftsführung aller einbezogenen sowie die Aufsichtsräte bestimmter einbezogener Tochtergesellschaften sowie ihre nahen Familienangehörigen betrachtet.

Die KfW ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts, an der die Bundesrepublik Deutschland (Bund) zu 80% beteiligt ist und die Bundesländer (Länder) insgesamt zu 20% beteiligt sind. Die mit dem Bund bzw. den Ländern abgeschlossenen Geschäfte im Geschäftsjahr 2017 erfolgen in dem vom KfW-Gesetz determinierten Rahmen. Darunter fallen auch die Geschäfte, an denen ein staatliches Interesse der Bundesrepublik Deutschland besteht und die der KfW im Einzelfall von der Bundesregierung zugewiesen werden (Zuweisungsgeschäft gemäß § 2 Abs. 4 KfW-Gesetz). Neben den Zuweisungsgeschäften bestehen Geschäftsbesorgungsverträge des Bundes mit der KfW, die vor allem die einzelnen Förderprogramme regeln.

Die geschäftlichen Beziehungen zwischen der KfW und den natürlichen nahestehenden Personen werden im Wesentlichen durch die Satzung der KfW sowie durch die Anwendung der Grundsätze des Public Corporate Governance Kodex beschrieben. Die Bedingungen und die Preisgestaltung sind marktüblich bzw. werden im Rahmen der allgemein zugänglichen Kreditangebote zu üblichen Konditionen der KfW abgeschlossen.

(83) Honorar des Abschlussprüfers

	2017	2016	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	4.418	3.945	473
Andere Bestätigungsleistungen	285	470	-184
Steuerberatungsleistungen	0	13	-13
Sonstige Leistungen	3	0	3
Gesamt	4.706	4.427	279

(84) Angaben zu nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen

Die nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen des KfW-Konzerns im Sinne des IFRS 12 betreffen die folgenden Geschäftsfelder:

Strukturierte Unternehmen im Geschäftsfeld Finanzmärkte

Zur Förderung der Finanzierung des Mittelstands, zur Finanzierung von Klima- und Umweltschutzprojekten sowie im Rahmen der Liquiditätssteuerung tätigt die KfW Investments in ABS- und ABCP-Transaktionen. Zudem verwaltet der Bereich Finanzmärkte ein Bestandsportfolio, in das keine weiteren Zukäufe erfolgen. Die KfW hält gegenwärtig Emissionen aus den Jahren seit 2001. Die Investments der KfW belaufen sich durchschnittlich auf weniger als 10 % des Volumens einer Transaktion. Bei Investments zu Förderzwecken ist der Anteil der KfW vereinzelt höher, liegt jedoch in der Regel bei maximal 50 % des Transaktionsvolumens.

Per 31.12.2017 belief sich der Buchwert der gehaltenen Positionen auf insgesamt 4,7 Mrd. EUR (31.12.2016: 4,9 Mrd. EUR).

Strukturierte Unternehmen im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung

Mit Leasingobjektgesellschaften werden bedarfsgerechte Leasing-/Finanzierungskonzepte insbesondere in den Transportsektoren Luftfahrt/Schienenverkehr und Maritime Industrie strukturiert. Für jede Transaktion wird grundsätzlich eine eigenständige Gesellschaft gegründet, an der sich der KfW-Konzern als Kreditgeber beteiligt. Bei einigen dieser Geschäftspartner handeln die dahinterstehenden Banken als Verwalter von Trustgesellschaften, in der überwiegenden Anzahl der Fälle handelt es sich jedoch um Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit. Der KfW-Konzern stellt diesen Gesellschaften – in der Regel zusammen mit anderen Kreditinstituten – Darlehen zur Verfügung. Daneben existieren vereinzelt Kreditbeziehungen zu Strukturierten Unternehmen als Marktteilnehmern im Rohstofffinanzierungsgeschäft, bei denen der KfW-Konzern diese Kunden mit Exportvorfinanzierungsstrukturen begleitet.

Per 31.12.2017 belief sich der Buchwert der gehaltenen Positionen auf insgesamt 3,5 Mrd. EUR (31.12.2016: 4,3 Mrd. EUR).

Strukturierte Unternehmen im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer

Im Rahmen ihres entwicklungspolitischen Auftrags unterstützt die DEG als Finanzierungs- und Beratungsinstitut nach Maßgabe der Richtlinie für die Geschäftstätigkeit. Die DEG soll den Aufbau der Privatwirtschaft von a) Entwicklungsländern, b) Ländern in Mittel- und Osteuropa (MOE) sowie den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) und c) anderen Ländern fördern, die auf Beschluss der Gesellschafterin KfW im Einvernehmen mit der Bundesregierung zugelassen werden. In ausgewählten Einzelfällen wird dies mittels Investitionen in Strukturierte Einheiten in Form von Beteiligungen und Gewährung von Darlehen vorgenommen. Das Verlustrisiko ist hierbei gemäß Risikogrundsätzen auf das jeweilige Investitionsvolumen bzw. den jeweiligen Zusagebetrag begrenzt.

Per 31.12.2017 belief sich der Buchwert der gehaltenen Positionen auf insgesamt 0,2 Mrd. EUR (31.12.2016: 0,2 Mrd. EUR).

Die folgenden Tabellen zeigen die Buchwerte der Vermögenswerte gegenüber nicht konsolidierten Strukturierten Unternehmen sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Engagements resultieren könnte.

Maximales Verlustrisiko zum 31.12.2017

	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Übrige Ver- mögenswerte	Eventualver- bindlichkeiten; Unwiderruf- liche Kredit- zusagen
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	3.133	4.766	15	479
Risikovorsorge/Rückstellungen	19	0	0	1
Maximales Verlustrisiko	3.114	4.766	15	478

Maximales Verlustrisiko zum 31.12.2016

	Forderungen an Kunden	Finanzanlagen	Übrige Ver- mögenswerte	Eventualver- bindlichkeiten; Unwiderruf- liche Kredit- zusagen
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Buchwert	3.669	4.983	18	857
Risikovorsorge/Rückstellungen	25	0	0	1
Maximales Verlustrisiko	3.644	4.983	18	856

Das maximale Verlustrisiko ergibt sich aus dem Nominalbetrag für Kreditlinien, (Finanz-)Garantien und anderen Liquiditätsfazilitäten abzüglich in der Bilanz ange-setzter Vorsorge für Kreditrisiken. Das maximale Verlustrisiko in Bezug auf die Finanz-investitionen des KfW-Konzerns ist deren (Netto-)Buchwert. Das maximale Verlust-
risiko berücksichtigt keine Effekte aus Absicherungsinstrumenten des KfW-Konzerns zur Reduzierung des maximalen Verlustrisikos.

Über das jeweilige Finanzengagement hinausgehende Unterstützungsleistungen an Strukturierte Unternehmen erfolgen im KfW-Konzern nicht.

Der KfW-Konzern tritt in Ausnahmefällen auch als Sponsor von Strukturierten Unter-nehmen auf, an denen er Anteile ausschließlich treuhänderisch für den Bund hält. Bei diesen Strukturierten Unternehmen liegt das Risiko ausschließlich beim Bund. Der KfW-Konzern wird in diesen Fällen als Sponsor der Strukturierten Einheit angesehen, weil diese Unternehmen im Auftrag des Bundes durch den KfW-Konzern initiiert und/oder strukturiert werden.

(85) Angaben zum Anteilsbesitz

In den Konzernabschluss einbezogene Tochtergesellschaften

Name/Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital nach IFRS per 31.12.2017
		Mio. EUR
	%	
KfW IPEX-Bank GmbH, Frankfurt am Main	100,0	4.297
DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH, Köln	100,0	2.831
KfW Beteiligungsholding GmbH, Bonn	100,0	2.937
Interkonnektor GmbH, Frankfurt am Main	100,0	47

Die tbg Technologie-Beteiligungs-Gesellschaft mbH wurde mit Wirkung zum 31.12.2017 entkonsolidiert.

In den Konzernabschluss nach der Equity-Methode einbezogene Unternehmen

Name/Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital per 30.09.2017
		Mio. EUR
	%	
Microfinance Enhancement Facility S.A., Luxemburg	19,8	441
Green for Growth Fund, Southeast Europe S.A., Luxemburg	15,7	336
AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG, München	47,5	171
coparion GmbH & Co. KG, Köln	20,0	14
Name/Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital per 31.12.2017
		Mio. EUR
	%	
DC Nordseekabel GmbH und Co. KG, Bayreuth	50,0	366

Seit 2009 wird die Microfinance Enhancement Facility S.A. (MEF) nach der Equity-Methode einbezogen. Es handelt sich um eine Beteiligung der KfW an einer Refinanzierungsfazilität für Mikrofinanzinstitutionen, die im Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer verantwortet wird. Einzelheiten über die Geschäftsfelder sowie zusammenfassende Finanzinformationen sind im Internetauftritt der Gesellschaft dargestellt (<http://www.mef-fund.com>).

Seit 2010 nach der Equity-Methode einbezogen wird der Green for Growth Fund, Southeast Europe S.A. (GGF). Der GGF ist ein Fonds zur Förderung von Investitionen von KMU und privaten Haushalten in Energieeffizienz und erneuerbare Energien auf dem Westbalkan und in der Türkei (ebenfalls Geschäftsfeld Förderung Entwicklungs- und Schwellenländer). Einzelheiten über die Geschäftsfelder sowie zusammenfassende Finanzinformationen sind im Internetauftritt der Gesellschaft dargestellt (<http://www.ggf.lu>).

Im Juli 2010 hat die KfW (Geschäftsfeld Mittelstandsbank) gemeinsam mit der Commerzbank den Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand initiiert und jeweils mit knapp 100 Mio. EUR ausgestattet. Die Einbeziehung erfolgt nach der Equity-Methode. Im Fokus des Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand stehen mittelständische (Familien-)Unternehmen mit einem maximalen Jahresumsatz von 500 Mio. EUR. Der Fonds geht Minderheitsbeteiligungen ein und stellt dem Unternehmen echtes Eigenkapital insbesondere zur Finanzierung von Wachstumsvorhaben zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde erstmals die DC Nordseekabel GmbH und Co. KG (DC Nordseekabel) als Gemeinschaftsunternehmen der Interkonnektor GmbH nach der Equity-Methode einbezogen (Nordseekabel-Projekt NordLink im Geschäftsfeld Export- und Projektfinanzierung). Das NordLink-Projekt zählt zu den bedeutendsten Projekten im europäischen Energiesektor und umfasst ein Investitionsvolumen von circa 1,5 bis 2 Mrd. EUR. Da insbesondere regenerativ gewonnene Energie fließen wird, trägt das Unterseekabel stark zum Gelingen der Energiewende in Deutschland bei. Der norwegische Stromnetzbetreiber Statnett, die KfW und der für die deutsche Nordseeregion zuständige Übertragungsnetzbetreiber TenneT haben im Februar 2015 einen entsprechenden Kooperationsvertrag zum Bau eines Unterseekabels zwischen Deutschland und Norwegen geschlossen. Das NordLink-Projekt wird von einem Konsortium realisiert, an dem zu jeweils 50% Statnett sowie die DC Nordseekabel beteiligt sind. An der DC Nordseekabel, die Bau und Genehmigungen auf deutscher Seite verantwortet, halten wiederum die KfW – über die Tochtergesellschaft Interkonnektor GmbH – und TenneT jeweils 50% der Geschäftsanteile.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde erstmals die coparion GmbH & Co. KG (coparion; Geschäftsfeld Mittelstandsbank) als assoziiertes Unternehmen nach der Equity-Methode einbezogen.

Dieser Co-Investitionsfonds von KfW und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) beteiligt sich gemeinsam mit privaten Leadinvestoren mit Venture Capital an jungen Technologieunternehmen.

Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gesellschaften

Vier Tochterunternehmen, fünf Gemeinschaftsunternehmen, zwölf assoziierte Unternehmen und acht Zweckgesellschaften (inkl. Strukturierter Unternehmen) mit untergeordneter Bedeutung für den Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns wurden nicht konsolidiert, sondern als Finanzanlagen oder als Forderungen bilanziert. Bezogen auf die Bilanzsumme des Konzerns machen diese Unternehmen circa 0,1% aus.

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2017

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ ¹⁾	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2017 ²⁾	Eigenkapital in TWE ^{2), 3)}	Ergebnis in TWE ^{2), 3)}
Anteilsbesitz der KfW							
A. In den Konzernabschluss einbezogene voll konsolidierte Tochterunternehmen							
1	DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH	Köln	100,0	EUR	1,0000	2.462.893	94.947
2	Interkonnektor GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	1,0000	47.203	-2.743
3	KfW Beteiligungsholding GmbH	Bonn	100,0	EUR	1,0000	2.088.878	95.986
B. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen							
4	Finanzierungs- und Beratungsgesellschaft mbH	Berlin	100,0	EUR	1,0000	5.094	-60
5	tbg Technologie-Beteiligungsgesellschaft mbH	Bonn	100,0	EUR	1,0000	57.938	5.381
C. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
6	Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)	Berlin	26,0	EUR	1,0000	5.605	1.079
D. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
7	AF Eigenkapitalfonds für deutschen Mittelstand GmbH & Co. KG	München	47,5	EUR	1,0000	154.376	4.047
8	Berliner Energieagentur GmbH	Berlin	25,0	EUR	1,0000	5.757	636
9	eCapital Technologies Fonds II GmbH & Co. KG	Münster	24,8	EUR	1,0000	18.487	2.342
10	Galaxy S.à.r.l.	Luxemburg, Luxemburg	20,0	EUR	1,0000	15.442	8.215
Anteilsbesitz der KfW IPEX-Bank GmbH							
A. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen							
1	Bussard Air Leasing Ltd.	Dublin, Irland	100,0	USD	1,1993	-2.152	165
2	Sperber Rail Holdings Inc.	Wilmington, USA	100,0	USD	1,1993	4.787	916
B. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
3	Canas Leasing Ltd.	Dublin, Irland	50,0	USD	1,1993	0	0
C. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
4	8F Leasing S.A.	Findel, Luxemburg	22,2	USD	1,1993	11.650	273
Anteilsbesitz der KfW Beteiligungsholding GmbH							
A. In den Konzernabschluss einbezogene voll konsolidierte Tochterunternehmen							
1	KfW IPEX-Bank GmbH	Frankfurt am Main	100,0	EUR	1,0000	3.854.653	0

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2017

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ ¹⁾	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2017 ²⁾	Eigenkapital in TWE ^{2), 3)}	Ergebnis in TWE ^{2), 3)}
Anteilsbesitz der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH							
A. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
1	PCC-DEG Renewables GmbH	Duisburg	40,0	EUR	1,0000	18.527	555
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
2	Aavishkaar Frontier Fund	Ebene, Mauritius	20,8	USD	1,1993	5.578	-1.261
3	Ace Power Embilipitiya Pvt Ltd.	Colombo, Sri Lanka	26,0	LKR	184,0235	3.093.310	1.113.511
4	ACON Latin America Opportunities Fund IV-A, L.P.	Toronto, Kanada	39,9	USD	1,1993	45.525	8.754
5	Acon Latin America Opportunities	Toronto, Kanada	40,0	USD	1,1993	49.258	-4.625
6	ACON Retail MXD, L.P.	Toronto, Kanada	100,0	USD	1,1993	14.066	-8.489
7	Adobe Mezzanine Fund II Limited Partnership	Mexiko D.F., Mexiko	23,7	MXN	23,6215	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
8	Adobe Social Mezzanine Fund I, L.P.	Montreal, Kanada	24,8	USD	1,1993	9.857	-1.153
9	ADP Enterprises W.L.L.	Manama, Bahrain	23,3	BHD	0,4521	216.832	65.930
10	Advent Latin American Private Equity Fund III-B L.P.	Wilmington, USA	100,0	USD	1,1993	1.264	-155
11	AEP China Hydro, Ltd.	Ebene, Mauritius	30,2	USD	1,1993	60.394	12.832
12	Apis Growth 2 Ltd.	Ebene, Mauritius	25,6	USD	1,1993	35.871	5.414
13	Aqua Agro Fundo de Investimento em Participações	São Paulo, Brasilien	29,9	BRL	3,9711	101.903	-214
14	Asia Insurance 1950 Public Company Ltd.	Bangkok, Thailand	24,6	THB	39,1005	492.118	53.458
15	Banyan Tree Growth Capital, L.L.C.	Port Louis, Mauritius	27,0	USD	1,1993	65.595	4.779
16	Benetex Industries Ltd.	Dhaka, Bangladesch	28,3	BDT	99,2228	0 ⁵⁾	0 ⁵⁾
17	Berkeley Energy Wind Mauritius Ltd.	Ebene, Mauritius	25,8	EUR	1,0000	100.619	3.576
18	Bozano Investimentos Growth Capital Fund I-B L.P.	Brasilien	31,3	BRL	3,9711	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
19	CGFT Capital Pooling GmbH & Co. KG	Berlin, Deutschland	40,0	EUR	1,0000	-69	-31
20	CoreCo Central America Fund I L.P.	Wilmington, USA	22,0	USD	1,1993	10.260	-64
21	Darby Latin American Private Debt Fund IIIA L.P.	Toronto, Kanada	75,0	USD	1,1993	0 ⁴⁾	0 ⁴⁾
22	Deep Catch Namibia Holdings (Proprietary) Ltd.	Windhoek, Namibia	30,0	NAD	14,8358	111.300	346
23	Emerald Sri Lanka Fund I Ltd.	Port Louis, Mauritius	23,5	USD	1,1993	5.116	-1.049
24	Emerging Europe Leasing and Finance (EELF) B.V.	Amsterdam, Niederlande	25,0	EUR	1,0000	4.021	580

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2017

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ ¹⁾	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2017 ²⁾	Eigenkapital in TWE ^{2), 3)}	Ergebnis in TWE ^{2), 3)}
Anteilsbesitz der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH							
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
25	EMF NEIF I (A) L.P.	Southampton, Verein. Königreich	28,1	USD	1,1993	35.716	10.342
26	EMX Capital Partners L.P.	Mexico D.F., Mexiko	20,1	USD	1,1993	49.349	1.347
27	Equis DFI Feeder, L.P.	George Town, Kaimaninseln	37,0	USD	1,1993	8.899	125
28	Frontier Bangladesh II L.P.	Grand Cayman, Kaimaninseln	20,0	USD	1,1993	439	-2.830
29	Fundo Mútuo de Investimentos em Empresas Emergentes Stratus Fleet	São Paulo, Brasilien	39,7	BRL	3,9711	35.087	9.206
30	Global Credit Rating Company Ltd.	Road Town, Britische Jungferninseln	27,0	USD	1,1993	1.347	4.338
31	Grassland Finance Ltd.	Hongkong, Hongkong	24,9	HKD	9,3700	424.285	-24.709
32	Kendall Court Mezzanine (Asia) Bristol Merit Fund, L.P.	George Town, Kaimaninseln	24,4	USD	1,2	14.683	-14
33	Kibele B.V.	Amsterdam, Niederlande	22,3	USD	1,1993	4.517	-4.202
34	Knauf Gips Buchara OOO	Buchara, Usbekistan	25,0	UZS	9.691,4300	152.633.390	23.025.185 ⁴⁾
35	KNAUF Gypsum Philippines Inc.	Makati City, Philippinen	25,1	PHP	59,7950	205.180	-34.570
36	Leiden PE II, L.P.	Toronto, Kanada	27,0	USD	1,1993	8.290	-1.460
37	Lereko Metier REIPPP Fund Trust	Sandhurst, Südafrika	32,3	ZAR	14,8054	94.097	17.186
38	Lereko Metier Solafrica Fund I Trust	Johannesburg, Südafrika	47,5	ZAR	14,8054	191.069	51.449
39	Lovcen Banka AD	Podgorica, Montenegro	28,1	EUR	1,0000	8.548	199 ⁴⁾
40	MC II Pasta Ltd.	Qormi, Malta	36,1	EUR	1,0000	15.985	-623
41	Medisia Investment Holdings Pte Ltd.	Singapur, Singapur	32,7	USD	1,1993	59.583	19.333
42	Metier Retailability en commandite Partnership	Sandhurst, Südafrika	23,8	ZAR	14,8054	564.057	-10.174
43	Navegar II (Netherlands) B.V.	Amsterdam, Niederlande	29,2	USD	1,1993	44.675	-2.794
44	OAO Bucharagips	Buchara, Usbekistan	24,9	UZS	9.691,4300	19.592.898	7.852.917
45	Orilus Investment Holdings Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	33,0	USD	1,1993	67.684	-223
46	Phi Capital Trust	Chennai, Indien	22,5	INR	76,6055	0	237.050
47	Russia Partners Technology Fund, L.P.	Grand Cayman, Kaimaninseln	21,6	USD	1,1993	126.367	-1.406
48	Stratus Capital Partners B L.P.	Edinburgh, Verein. Königreich	73,3	USD	1,1993	9.098	3.968

Liste des Anteilsbesitzes des KfW-Konzerns zum 31.12.2017

Lfd. Nr.	Name	Ort	Kapital-anteil in %	WKZ ¹⁾	Kurs 1,00 EUR = WE per 31.12.2017 ²⁾	Eigenkapital in TWE ^{2), 3)}	Ergebnis in TWE ^{2), 3)}
Anteilsbesitz der DEG – Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH							
B. Sonstiger Anteilsbesitz (sofern mindestens im Besitz des fünften Teils der Anteile)							
49	Takura II Feeder Fund Partnership	Kapstadt, Südafrika	24,8	USD	1,1993	28.508	6.086
50	The SEAF Central and Eastern Europe Growth Fund (SEAFGF) LLC	Washington D.C., USA	23,9	USD	1,1993	3.425	-1.416
51	Tolstoi Investimentos S.A.	São Paulo, Brasilien	31,1	BRL	3,9711	0 ⁵⁾	0 ⁵⁾
52	TOO Isi Gips Inder	Rayon Inderskij, Kasachstan	40,0	KZT	398,7500	1.115.640	123.632
53	TOO Knauf Gips Kaptschagaj	Kaptschagaj, Kasachstan	40,0	EUR	1,0000	22.119	6.183
54	Unibank Commercial Bank OJSC	Baku, Aserbaidshan	24,4	AZN	2,0499	-87.287	-117.132
55	Whitlam Holding Pte. Ltd.	Singapur, Singapur	38,7	USD	1,1993	28.938	1.410
56	Worldwide Group, Inc.	Charlestown, St. Kitts und Nevis	32,3	USD	1,1993	22.740	758

Anteilsbesitz der Interkonnektor GmbH

A. In den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen

1	DC Nordseekabel GmbH & Co. KG	Bayreuth	50,0	EUR	1,0000	365.792	33.613
---	-------------------------------	----------	------	-----	--------	---------	--------

B. Nicht in den Konzernabschluss einbezogene Gemeinschaftsunternehmen

2	DC Nordseekabel Beteiligungs GmbH	Bayreuth	50,0	EUR	1,0000	50	0
3	DC Nordseekabel Management GmbH	Bayreuth	50,0	EUR	1,0000	100	0

¹⁾ ISO-Währungscode

²⁾ WE = Währungseinheiten in Landeswährung, TWE = tausend Währungseinheiten in Landeswährung

³⁾ Abschlüsse erstellt nach den lokal zulässigen Rechnungslegungsvorschriften

⁴⁾ Das Unternehmen befindet sich in der Anlaufphase, es liegt noch kein Jahresabschluss vor.

⁵⁾ Es liegt noch kein Jahresabschluss vor.

Die Angaben basieren auf dem letzten vorliegenden Jahresabschluss des Beteiligungsunternehmens (soweit verfügbar).



Bestätigungen

Erklärung des Vorstands

198

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

199

Erklärung des Vorstands

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 20. Februar 2018
KfW



Dr. Günther Bräunig
(Vorstandsvorsitzender)



Dr. Ingrid Hengster



Bernd Loewen



Prof. Dr. Joachim Nagel



Dr. Stefan Peiß

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die KfW

Vermerk über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der KfW, Frankfurt am Main, und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzern-gesamtergebnisrechnung, der Konzernkapitalflussrechnung und dem Konzern-Eigenkapital-spiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der KfW für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 e Abs. 1 HGB anzuwenden- den deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Überein- stimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verant- wortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzern- lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen deutschen Berufspflich- ten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Der Verwaltungsrat ist gemäß § 8 der Satzung der KfW für den jährlichen Bericht des Verwaltungsrats verantwortlich. Der Vorstand und der Verwaltungsrat sind gemäß § 19 der Satzung der KfW verpflichtet jährlich zu erklären, dass den Empfehlungen des Public Corporate Governance Kodex des Bundes in der jeweils gültigen Fassung entsprochen wurde und die Erklärung als Teil des Corporate Governance Berichts zu veröffentlichen. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den von uns vor dem Datum dieses Bestätigungsvermerks erlangten Corporate Governance Bericht, die Erklärung zur Unternehmensführung, die Nichtfinanzielle Konzernklärung und die Abschnitte „Kennzahlen des KfW-Konzerns“ und „Überblick KfW“ des KfW-Finanzberichts sowie den uns voraussichtlich nach diesem Datum zur Verfügung gestellten Brief des Vorstands, den Bericht des Verwaltungsrats und die Abschnitte „Mitglieder und Aufgaben des Verwaltungsrats“, „Weiterdenken“ und „Wirkung erzielen“ des KfW-Finanzberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, Konzernlagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung

durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten Internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen

unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und der ergänzend nach § 315 e Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt;
- holen wir ausreichende und angemessene Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile;
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Eschborn, 27. Februar 2018

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Wagner
Wirtschaftsprüfer


Dombek
Wirtschaftsprüferin

Impressum

Herausgeber

KfW Bankengruppe

Abteilung Kommunikation

Palmengartenstraße 5–9, 60325 Frankfurt am Main

Telefon 069 7431-0, Telefax 069 7431-2944

infocenter@kfw.de, www.kfw.de

Konzeption und Realisation

MEHR⁺ Kommunikationsgesellschaft mbH, Düsseldorf

Fotografie

bpk/Germin | Seite 6 (links)

KfW Bankengruppe/Thekla Ehling | Seite 6 (rechts)

KfW Bankengruppe/Isadora Tast | Seite 7, 8, 11, 12, 15

laif/Matter/Keystone Schweiz | Seite 9 (links)

KfW Bankengruppe/Claus Morgenstern | Seite 9 (rechts)

Voith/– | Seite 10 (links)

KfW Bankengruppe/Rüdiger Nehmzow | Seite 10 (rechts)

KfW Bankengruppe/Historisches Konzernarchiv_G2 | Seite 13 (links)

Getty Images/Maskot | Seite 13 (rechts)

Heiko Specht/laif | Seite 14 (links)

laif/Murat Tueremis | Seite 14 (rechts)

BMW/Susanne Eriksson | Seite 17

Litho

Laser-Litho 4, Düsseldorf

Druck

Schirmer Medien GmbH & Co. KG, Ulm-Donautal

Gedruckt auf

Algro Design, Papier Union

MultiOffset, Papyrus



KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5–9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
infocenter@kfw.de
www.kfw.de

600 000 4231